

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VI)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 1 – E 12**

- 01) Ach, die Werte – zur Entwirrung eines Geschwurbels.
Von Reinhard K. Sprenger
- 02) Namibia reißt Von Francois-Statue nieder
- 03) Haustiere als „Klimaschädlinge“: Globalisten gehen nun gegen Hund, Katz und Co. vor!
- 04) Houellebecq: „Der große Austausch ist eine Tatsache“.
Von BARNABÁS LEIMEISZTER
- 05) Twitter wurde von Biden-Wahlkampfteam unterwandert
- 06) Anthony Carty: „Politischer Moralismus des Westens bedroht den Frieden“

E. b) 2 Sonderthema Corona **Seiten E 13 – E 14**

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seiten E 15– E 26**

- 01) Dem deutschen Staat sind die blutigen Folgen seiner Migrationspolitik egal. Von Eric Gujer
- 02) Deutschland und die Flüchtlinge. Eine Abrechnung
- 03) Namibia lädt Deutsche zum Auswandern ein: Niedrige Energiepreise und keine Blackout-Gefahr
- 04) Migranten aus Nigeria 5000 km auf Schiffs-Ruder unterwegs
- 05) Serbien registrierte mindestens 109.000 Zuwanderer – die nicht bleiben

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 27 – E 48**

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 10.12.2022
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 03.12.2022
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 03.12.2022

E. e) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 49 – E 62

Europäische Union (EU) (Seiten E 49– E 62)

- 01) „Bedauernswert“ – EU-eigener Rentenfond vor der Pleite
- 02) Linker Korruptionsskandal erschüttert EU-Parlament: +UPDATE 17:00+ 600.000 EUR in Säcken – Linke Menschenrechts-NGOs verwickelt
- 03) Selbstzerstörerische EU-Politik gegen Russland treibt Europa in den Untergang – USA als Profiteur
- 04) „Zentrale Medienaufsichtsbehörde“ als ‚Großer Bruder‘: So plant die EU die Pressefreiheit-Abschaffung. Von David Berger
- 05) Joachim Kuhs: Migrantengewalt in Brüssel sind hausgemachte Probleme unfähiger europäischer Eliten

E. f) Mitteleuropa

Seite E 63

Keine Berichte!

E. g) Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 64– E 155

BENELUX-LÄNDER (Seiten E 64 – E 71)

Belgien (Seiten E 64 - E 69)

- 01) Belgiens Fußball-WM-Krawalle: Ein Symbol für das Scheitern der Migrationspolitik. Von Alain Destexhe
- 02) Belgien: Mehr als ein Gerichtsurteil im Zusammenhang mit Terrorismus – pro Woche!
- 03) Brüssel: Zehntausende Polizisten auf Demo gegen Gewalt-Exzesse

Niederlande (Seiten E 70 - E 71)

- 04) Niederlande im „Great Reset“-Modus: Zwangsenteignung von 3.000 Farmen, um „Klimaziele“ zu erreichen

B R Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 72– E 113)

- 05) Dr. Norbert van Handel – Der Fall „Reichsbürger“
- 06) Energie-Krise – Die Lust am Untergang. Von Ed Koch
- 07) ACHTUNG REICHELT! Von JULIAN REICHELT
- 08) „Was fürchtet denn der Staat?“
- 09) Neuer Höhepunkt im Moralisten-Irrsinn: Faesers „OneLove“-Binde soll ins „Haus der Geschichte“
- 10) Linken-Abgeordnete: „Die Razzia wirkt wie eine PR-Aktion“

- 11) Verhaftung von 52 "Reichsbürgern". Berichtete Fakten Kommentar des Verfassers
- 12) Ganz Deutschland lacht über das Staatstheater „Reichsbürger-Putsch“. Von DAVID BERGER
- 13) PETR BYSTRON über die Razzia: „Größter Machtmissbrauch in der Geschichte der Bundesrepublik“
- 14) Ein Gespenst geht um in Deutschland! Von Vera Lengsfeld
- 15) Generalbundesanwalt schweigt. Was fanden 3.000 Polizisten bei der Reichsbürger-Razzia wirklich? Von Henning Hoffgaard
- 16) Ballweg: Haftrichter lässt keine Entlastungs-Beweise zu
- 17) Die späte Erkenntnis der Presstituierten. Von Wolfgang Hübner
- 18) EXKLUSIV-Interview mit Hans-Georg Maaßen: „Raus aus der Defensive!“
- 19) Deutscher Bundestag mit „schamloser Geschichtskorrektur“
- 20) ACHTUNG REICHELT! Von Julian Reichelt
- 21) Ausrufung finanzieller Notlage in NRW
- 22) Religion beleidigt: Pizzeria-Killer „schuldunfähig“ da Somalier an „Fluchtbedingter posttraumatischer Belastungsstörung“ leidet
- 23) Linke Gewaltexzesse gegen Polizei bei Leipzig Demo

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 114 – E 124)

- 24) Grüner geht's nicht: Grüner Besuch aus Düsseldorf im Grünen Tempelhof-Schöneberg. Von Ed Koch
- 25) Stromnetz Berlin - Neuer Eigentümer – Neuer Chef. Das Gespräch mit Dr. Erik Landeck führte Ed Koch
- 26) Besuch aus der türkischen Partnergemeinde Mersin in Tempelhof-Schöneberg. Von Ed Koch
- 27) Berlin: Deutsche Straßennamen werden umbenannt – afrikanische Kämpfer als neue Namenspatrone
- 28) Tagesspiegel ohne Artikel. Die neue Aufmachung. Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 125 – E 131)

- 29) ZurZeit-Podiumsdiskussion: Energiepreise und Inflation
- 30) Niederösterreich: ÖVP-Chefin Mikl-Leitner holt scheinbar „Soros-Kaderschmiede“ ins Land
- 31) Wiener Sozialist will „Grüß-Gott“-Verbot: Föderal-Rassismus, anti-christlicher Kulturhass, Sprach-Zensur
- 32) Österreichs Anti-AKW-Lobby scheitert mit Klage gegen ungarisches AKW

Südtirol (Seiten E 132 – E 153)

- 33) Roms unveränderte Zielsetzung: Beseitigung der Identität Südtirols
- 34) Was steht Südtirol unter einer Regierung Meloni bevor?

Schweiz (Seiten E 154 - E 155)

- 365) Schweiz plant Fahrverbote für E-Autos wegen Energiekrise

E. h) Ostmitteleuropa

Seiten E 156– E 168

Tschechien (Seiten E 156 E – E 157)

- 01) Tschechien: Neun Kandidaten für die Nachfolge von Miloš Zeman

Ungarn (Seiten E 158 – E 166)

- 02) EXKLUSIV: Schonungsloser EU-Energiepreis-Vergleich: USA ist Profiteur – Ungarn am billigsten – Berlin und Wien Spitzenreiter
- 03) Aus für Kraftstoff-Preis-Obergrenze in Ungarn

Slowenien (Seiten E 167 - E 168)

- 04) Auch Slowenien leider unter Migrantenansturm: Kubaner, Russen, Iraker, Marokkaner und Co. verhaftet... Von Andrej Žitnik (Nova24TV)

E. i) Osteuropa

Seiten E 169– E 202

Ukraine (Seiten E 169– E 172)

- 01) Unterstützung der US-Amerikaner für Ukrainekrieg beginnt laut Umfrage zu bröckeln
- 02) Nach umstrittenem Vortrag: Wissenschaftlerin zerlegt Thesen von Gabriele Krone-Schmalz. Von Michael Ströbel

Russland (Seiten E 173 – E 202)

- 03) Sergej Lawrow zur Presse in Moskau: „... warten bis die Zurechnungsfähigen wiederkommen!“

E. j) Kaukasusgebiet

Seite E 203

Keine Berichte!

E. k) Südosteuropa

Seite E 204

Keine Berichte!

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 205 - E 206

Frankreich (Seiten E 205 - E 206)

01) Migranten: Frankreich, vom EGMR verurteilt. Skandalös

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 207 – E 208

Großbritannien (Seiten E 207 – E 208)

01) Großbritannien: Weiße und christliche Briten werden zum Auslaufmodell

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	<i>Seite E 209</i>
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	<i>Seite E 210</i>
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	<i>Seite E 211</i>
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	<i>Seite E 212</i>
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	<i>Seite E 213</i>
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	<i>Seite E 214</i>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1 – E 12

01) Ach, die Werte – zur Entwirrung eines Geschwurbels

Von Reinhard K. Sprenger

16

Meinung & Debatte

Freitag, 16. Dezember 2022

Neue Zürcher Zeitung



Ach, die Werte – zur Entwirrung eines Geschwurbels

Der Gebrauch des Wortes »Werte« hat Dauerkonjunktur. Dabei handelt es sich um eine Leerformel, die darum gut passt, weil sie so distinkt klingt und doch weitgehend bedeutungsfrei ist. Gastkommentar von Reinhard K. Sprenger

Ethik! Was ist sie wertlos! – In der Ukraine, in Kenia, beim G20-Gipfel in Indonesien oder beim Kampf um klobhafte Anträge der Werte. Unsprachlich geht es nie nur im Singular und entzerrnen sie die überausreiche Sprache zum Schwere, wurde wertlos (schlecht). Im frühen 19. Jahrhundert aber wanderte sie in die Metaphorik ein, plakatieren sich dort und treiben seitdem ihr Wüten. Die Begriffe sind im Unwissen als Kampfbegriffen, die Sache der politischen Auseinandersetzung.

Engagement Interessen
Wollen wir das Wort-Geschwurbel entwirren, müssen wir zunächst die Initial Operation der Sprachverweilungsstrategie erkennen: Interessen werden in Werte umgewandelt. Diese von Interessen her, führt offenbar nicht zum Guten, weil Werte hat, schon. Es gibt dabei in modernen Gesellschaften keine politische Interessen, das nicht im Namen des allgemeinen Guten auftritt, mag es jemals aller Wertes nach so partikulär sein. Deshalb werden rechtliche, wissenschaftliche und ökonomische Probleme gerne zu Wert-Fragen umgewandelt. Hiermit nicht man Werte sagt über ein Recht – auch die Diskussion um selbstbildende Klammern. Oder man hat klare strategische Interessen, diskutiert sie aber nur Zugehörigkeit zu einer »Interessa-

schalt« – nabe der Europäer, der Russen, der Menschenrechte oder der Zivilisierten.
Der unentbehrliche Vorteil dieses Kaffis: Interessen können gleichzeitig vertrieben wie sprachlich geordnet werden. Das ist unentbehrlich. Wir will schon gegen Werte das Wort einsetzen? Mit unentbehrlicher Sicherheit: Wer möchte, dass der andere seine Interessen übernimmt, nennt sie Werte. Manse Interessen seien diese Mühen! Im Wechseln von Werten kann man seinen Ansprüche annehmen, ohne die Begriffe zu missen. Werte ein weiterer Vorteil vorhanden ist: Man kann damit verhandeln, das oder den jeweils anderen als zuplatz sein zu erklären. Es ist, wie zu den eigenen Werten ja bekehren.
Implizit jedoch bemerkt man die eigenen Werte als höherwertig, die Werte der anderen als niedrigerwertig. Man setzt beide – dem anderen kann man sie nicht abgeben. Das zeigt die große Verwirrung der Wert-Argumentation, die Unmöglichkeit einer Hierarchie aufzuheben, immer in der Absicht, dass andere beiseite oder über den Verstand zu machen, dass es offensichtlich Werte sein sollte oder nicht beachtet. Folglich schäme wir den Umgang mit Menschen, die offen zu ihren Werten stehen – vorausgesetzt, sie haben dieselben wie wir.
Womit ein weiterer Nutzen der Werte-Verwertung deutlich wird: Dialog-Vermeidung. Über Interessen kann man verhandeln, über Werte nicht. Das kann man so formulieren, sie sind abstrakt, bezugslos absolute Gültigkeit. Sie postulieren ein Menschheitsbild, das so klar ist wie die Sprachregeln. Überallher, Widerprüfliche, Ausgeschlossen, Paradoxien, all das was die Menschen sind. Die Zusammenhänge abstrakt, hat darin keinen Platz. So dass man Diskussionen ausschließen, glaubt man, nach dem Buchstabe würde verhandeln.
Dabei ist genau das Gegenteil der Fall: Nicht nur können wir verhandeln, dass es auch andere Teil von unentbehrliche(-)Werte gibt, nicht nur zeigt die Ein-

führung, dass sie keineswegs Zusammenhalt erzeugen, sondern nicht selten Unzufriedenheit und Widerstand. Man würde nicht selten durch »Gerechtigkeit« erfinden! Werte sind auch in sich nicht eindeutig. Lohnt man Extrem wie Demokratie oder Terror ist, dass gibt es keinen Wert, der nicht durch einen Schwerepunkt begleitet wird, der ebenso berechtigt ist. Gleich gültig aber. Die Frage lautet: jenseits der Gültigkeit, welche Begriffe ist so wichtig wie Offenheit, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit wie Nachdenklichkeit, Handeln ebenso wie Zurückhaltung. Und in Momenten nicht immer dort im Platz, wo Verstand das Handeln ist.
Aber Wert gewinnen. Kann man gegenüber einem konkretistischen Wert. Auch Freiheit und Zwang brauchen einander, sind aber nicht in Über-

einstimmung zu bringen. Wir können einfach über den Gegen-Wert nicht aus. Der Verlust des einen ist der Gewinn des anderen. Der Bekanntheit Werte ist daher eine Schwäche, die die Nichtanerkennung der Welt regiert. So wie sich der Wertes behält ist der Menschheit verwehrt.
Nun gibt es eine zweite ganz grundsätzliche Schwäche nach dem Ende der Mehrwertigkeit. Sie lässt sich als Populismus, Panos, Myster oder behauptete Alternativlosigkeit. Und eben als Präzisionen schrittweisender Werte. Niklas Luhmann würde sagen: Man führt an der Komplexität in den verschiedenen Kontexten. Die Funktionen über nur konstant. Dann prompt machen sich die andere Seite zu Wert. Wert-funktionen haben nämlich die zugehörige Eigenschaft, dass die Alternative nicht nur abgelehnt wird sie wird auch nicht.
Überhaupt sagt sich die Ausgrenzung, Unentbehrlich auch: Die Behauptung, dass der Gegen aus. Oh genug wird durch die Wert-Präzisionen gerade nicht die gewählte Alternative gestärkt, sondern die nichtgewählte. Die springt aus glücken täglich auf den Tisch. Ein Einseitigkeit, was behält, es will nicht in den Verkehr, erhebt sich wie Autarkie eines unterirdischen Vertices. Die Mechanik der Konflikte: Werte da nicht so drücken würden, einen sich nicht so drücken.

Ein weiterer Nutzen der Werte-Verwertung ist Dialog-Vermeidung. Über Interessen kann man verhandeln, über Werte nicht.

Affirmation als Negation
Der aggressive Charakter der Werte-Verwertung zeigt sich nämlich in zweierlei Hinsicht: Erstens ist Affirmation immer Negation und die Destruktion für die eine Seite eine Wertverlust. Zweitens ist der Schwerepunkt, der von gleichzeitigen gültigen Bedeutungen in »Ach« (nicht jedes Wertes) werden die Tendenz, einen geringen eingeschätzten Wert abzugeben. Was bei der materielle und subjektive Tragfähigkeit des Wertverweilens an zweifeltig zu Konflikten führt. Denn es sind Menschen, die ihren Umgang verhandeln.
Es sind also die Werte, die die Menschen zu Gegenpart machen. Die offenbar den Wert eines Werts nicht sehen – dabei bestragen sie mit dem Gegen-Wert. Jeder Krieg wird dann zum sprachlichen Krieg. Diese immerwährende Aggression ist die Initial Operation der Werte.
Die Schwerepunkte der Werte-Funktion ist ein Rückfall von dem physisch-ethischen Stellen aufgeklimmten Denken. Denn angesichts der vielen unendlichen Zyklen, ist ein Leben mit weiser Eigenliebe eine Unmöglichkeit. Wir sollten daher nicht eine Klarheit verschaffen, die wirklichkeit ist. Anstatt über Interessen sprechen, sie lassen sich in der Regel eingewöhnen. Lassen wir es dann dem Strom unserer Entscheidungen – wir werden in einer Minute sagen, dass es ein heiliges Seiten gleich mit ihm (ist).

Reinhard K. Sprenger ist Professor, Universitätslehramt für Politik und Soziologie, Leiter der ZEP (Zentrum für Ethik und Politik) und der ZEP (Zentrum für Ethik und Politik) an der Universität Zürich.

02) Namibia reißt Von Francois-Statue nieder

Die Statue von **Curt von François** wurde 1965 zu Ehren des Stadtgründers errichtet.

Aktivisten wiesen diese Behauptung als „Lüge“ zurück und sagten, er sei ein Symbol der „kolonialen Unterdrückung“. Örtliche Künstler führten vorher Rituale durch, um den Platz zurück zu bekommen, auf dem die Statue stand, bevor die Arbeiter sie abbauten.

Es ist die letzte Statue, die in einer weltweiten Kampagne gegen Symbole der Kolonialzeit entfernt wurde. Vor zwei Jahren wurde im benachbarten Südafrika die Statue des britischen Imperialisten **Cecil Rhodes** geköpft. [Hier geht es weiter.](#)

Namibia reißt die Statue eines deutschen Kolonialoffiziers in Windhuk ab

Bericht von Farouk Chothia, BBC News

- BBC Africa Live: Neues aus dem ganzen Kontinent



- Eine Gruppe, die sich A Curt Farewell nennt, drängte auf die Entfernung der Statue

Die Statue eines umstrittenen deutschen Kolonialoffiziers in Namibias Hauptstadt Windhuk / Windhoek ist auf Druck von Aktivisten abgerissen worden.

Die Statue von Curt von **François** wurde 1965 zu Ehren des Stadtgründers errichtet.

Aktivisten wiesen diese Behauptung als „Lüge“ zurück und sagten, er sei ein Symbol der „kolonialen Unterdrückung“.

Örtliche Künstler führten vorher Rituale durch, um den Platz zurück zu bekommen, auf dem die Statue stand, bevor die Arbeiter sie abbauten.

Es ist die letzte Statue, die in einer weltweiten Kampagne gegen Symbole der Kolonialzeit entfernt wurde. Vor zwei Jahren wurde im benachbarten Südafrika der Kopf der Statue des britischen Imperialisten Cecil Rhodes geköpft.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Von François war ein hochrangiger Militäroffizier im damaligen Südwestafrika zwischen 1889 und 1894, während der Zeit als deutsche Kolonie.

Er war der Kommandant einer Operation in den 1890er Jahren, um eine wachsende Rebellion der Namas niederzuschlagen; mindestens 80 Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, wurden dabei getötet. Später wurde es als Massaker von Hoornkrans bekannt. Die Kampagne zur Entfernung der Statue wurde von einer Gruppe angeführt, die sich A Curt Farewell nannte.

Die Aktivistin Hildegard Titus, die die Petition zum Abbau der Statue leitete, sagte gegenüber der Zeitung „The Namibian News“, dass sie während der Entfernung „sehr erregt“ war.

Sie sagte, Von François sei „fälschlicherweise als Gründer von Windhuk bezeichnet worden“. Er war aber vielmehr ein Symbol der „kolonialen Unterdrückung“.

Auf der Netzseite der Stadt Windhoek steht, dass die heutige Stadt 1890 gegründet wurde, als Von François den Grundstein für eine Festung legte, aber die ersten aufgezeichneten Siedlungen stammen aus der Zeit um 1849.

Eine Menschenansammlung applaudierte, als die Statue entfernt wurde.

Die Entscheidung, die Statue vor dem Hauptsitz des Stadtrates von Windhoek zu entfernen, wurde letzten Monat [Oktober 2022] getroffen.

Sie kommt vorerst in einem Museum unter, aber „wieder zusammengestellt“, sobald man sich auf einen neuen Standort geeinigt hat, sagte Stadtsprecher Harold Akwenye.

Die Statue wurde aufgestellt, als Namibia unter der Kontrolle der Rep. Süd Afrikas war, geführt von einem Regime der weißen Minderheit.

Namibia erlangte 1990 seine Unabhängigkeit von Süd Afrika, im selben Jahr, in dem die Anti-Apartheid-Ikone Nelson Mandela aus dem Gefängnis entlassen wurde.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 150, 2022

Wien, am 14. Dezember 2022

03) Haustiere als „Klimaschädlinge“: Globalisten gehen nun gegen Hund, Katz und Co. vor!

12. 12. 2022



Die wahnwitzigen Pläne und teils auch bereits in Umsetzung befindlichen Politiken der globalen Eliten rund um das World Economic Forum (WEF) von Klaus Schwab reichen von künstlicher-gentechnisch veränderter Nahrung und Insekten als „Wunderwaffe“ gegen den Welthunger, über den transhumanen Menschen, den Verbot von Privatbesitz bis hin zu mRNA-Impfungen und der völligen digitalen Überwachung des Alltags. Neu hinzu kommen allerlei Aspekte der Klima-Diktatur, die mit Überlegungen von „Klima-Lockdowns“ und geplanten Blackouts nun bis hin zum Kampf gegen Nutz- und auch Haustiere mutiert.

Haustiere als Klimaschädlinge

Dass die Nutztierhaltung bereits seit geraumer Zeit im Visier der Klimasektierer und Weltuntergangsapologeten ist, dürfte hinlänglich bekannt sein. Daher will man sich auch schrittweise von der nutztierbasierten Landwirtschaft verabschieden – zu klimaschädlich sei diese, wir berichteten etwa über die Zwangsschließungen von Farmen in Holland.

Nun geraten aber auch die geliebten Haustiere ins Visier der Globalisten. [CNN titelte dazu kürzlich in einem Artikel](#) „Unsere Haustiere sind Teil des Klimaproblems“. In dem Artikel dazu gibt man floglich haarsträubende Ratschläge, wie man seine Haustiere möglichst „klimaneutral“ hält. In der Einleitung heißt es dazu:

„Unsere vierbeinigen Freunde fahren keine benzinschluckenden Geländewagen und benutzen keine energievereschlingenden Geräte, aber das bedeutet nicht, dass sie keinen

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Einfluss auf das Klima haben. Tatsächlich haben Forscher gezeigt, dass Haustiere eine wichtige Rolle in der Klimakrise spielen.“

Schädlich sei, neben dem vielen nicht-nachhaltigen Spielzeug, vor allem das Futter, welches man den Vierbeinern auftische. Viel zu fleischlastig und damit klimaschädlich. Die Fütterung von Hunden und Katzen verursache alleine in den USA jedes Jahr das Äquivalent von etwa 64 Millionen Tonnen Kohlendioxid.

Hund und Katz auf pflanzen/insektenbasierte Diät setzen oder eintauschen

Was also tun, als klimabewusster Weltbürger? Man soll einfach die Essgewohnheiten seiner Haustiere ändern, besonders jene von Hunden. Diese müssten nicht ständig Fleisch essen. Man könne auf pflanzenbasierte Nahrung setzen, auf klimaschonendes, synthetisches Laborfleisch oder auf „insektenbasierte Nahrung“.

Eine andere Alternative wäre laut „Experten“ Hund und Katz gegen Reptilien als Haustiere einzutauschen. Diese wäre weit weniger schädlich für das Klima.

Haustiere sterben lassen, um Inflation zu bewältigen

In eine ähnliche Kerbe schlug zu Beginn des Jahres [ein Kommentar bei Bloomberg](#), der sich mit Methoden befasste, um der Inflation zu begegnen. Einer der Vorschläge beinhaltete den bewussten Verzicht auf teure medizinische Behandlung von Haustieren – was in letzter Konsequenz bedeutet, die Tiere sterben zu lassen.

<https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2022-03-13/inflation-stings-most-for-those-earning-under-300-000>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Houellebecq: „Der große Austausch ist eine Tatsache“

Von BARNABÁS LEIMEISZTER

06. 12. 2022



Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

„Ich möchte den Westen schützen, aber er muss es auch wert sein, verteidigt zu werden“ – so Michel Houellebecq. Der renommierte französische Schriftsteller sprach mit dem nonkonformistischen Philosophen Michel Onfray über die heißen Debatten unserer Zeit. Unsere Rezension!

Der nonkonformistische, linkslibertäre Philosoph Michel Onfray veröffentlichte sein Gespräch mit dem französischen Schriftsteller Michel Houellebecq (in einer Sonderausgabe seiner Zeitschrift Front Populaire).

In dem Gespräch geht es auch um Transhumanismus, „Great Swapping“, Amerikanisierung, europäische Bürokratie und den Verlust des Christentums.

Houellebecq und Onfray haben neben dem „reaktionären“ Beinamen, den ihnen ihre Kritiker eingebracht haben, auch gemeinsam, dass beide scharfe Analytiker der zeitgenössischen Dekadenz sind.

Allerdings repräsentieren sie jedoch unterschiedliche Temperamente: Onfray spricht in einem kriegerischen, energischen, empörten Ton, während Houellebecq phlegmatischer, resignierter ist – sein Pessimismus neigt fast zur Frömmigkeit.

Houellebecq, der einen Teil seiner Kindheit in Algerien verbrachte, meinte: General De Gaulle habe es verdient, an eine Wand gestellt zu werden, weil er Muslime im Stich gelassen habe, die den Franzosen treu ergeben waren, als Algerien unabhängig wurde – nämlich die Harkies, die nach dem Abzug der Franzosen massakriert wurden, oft auf bestialische Art und Weise. Schätzungen gehen von mindestens 30.000 Opfern (Wikipedia) aus, die Zahl könnte aber auch 150.000 erreichen.

„Der große Austausch“: Hauptfaktor für den Niedergang des Westens

In Bezug auf den „großen Austausch“ (die Wortschöpfung geht auf Renaud Camus zurück), sagte Houellebecq: Es erstaunt ihn, dass der Bevölkerungsaustausch als „Theorie“ bezeichnet wird. „Das ist keine Theorie, das ist eine Tatsache“. „Die Zahlen sind objektiv rückgängig“, fügte Onfray hinzu. Der weiters glaubt, dass der Hauptfaktor für den Niedergang des Westens die demographische Krise ist.

„Frankreich geht zwar nicht stärker zurück als andere europäische Länder, aber es erlebt seinen eigenen Rückgang sehr stark“, sagt Houellebecq.

Der Islamismus

Die Bedeutung des Islamismus wird unterschiedlich eingeschätzt: Der Philosoph Onfray sieht ihn nicht als definierendes Phänomen, sondern als Reaktion auf den amerikanischen Großmachtschub. Zudem glaubt er, dass sich westliche Muslime irgendwann an die materialistisch-konsumorientierte Kultur anpassen werden. Houellebecq sieht die Lage ernster: „Ganze Viertel stehen unter der Kontrolle der Islamisten. Ich denke, diejenigen, die sich ihnen widersetzen, werden auch aktiv werden. Es wird Attentate geben, Schießereien in Moscheen.“ Der Autor sagt „umgekehrte Bataclans“ voraus, worauf Onfray antwortet:

„Sie denken, wir werden einen Bürgerkrieg haben. Ich hingegen denke, dieser ist leise, aber es passiert bereits.“

Eigene ideologische Position

Es wurde auch darüber debattiert, wo sich beide ideologisch einordnen. Onfray bezeichnet sich selbst als „Populist“ und qualifiziert Houellebecq in gleicher Weise. „Das ist der Beinamen, den ich nehme. Ich habe meine Zweifel, ob ich rechts bin, aber Populismus ist okay“, antwortete der Schriftsteller.

Ohne Religion kann eine Zivilisation nicht überleben

Auch der Atheist Onfray und der Agnostiker Houellebecq tauschen sich über den heutigen Stand der Religion aus. Beide stimmen mit dem Positivisten Auguste Comte überein, dass Religion für das Überleben einer Zivilisation unerlässlich ist.

„Nur Religion kann eine Zivilisation vereinen und ihr ein transzendentes Ziel setzen“ – so Onfray. Houellebecq sieht die Rolle der Religion vor allem darin, Menschen zu verbinden. In der heiligen Messe lieben sich die Menschen, „das ist großartig“, sagte er. Onfray fügte hinzu: Dass Religion mehr sei als nur eine Verbindung zwischen Menschen, denn sie verbindet das Unten und das Oben, es ist eine vertikale Beziehung. Houellebecq erwähnte auch Joseph de Maistre, einen der Väter des konterrevolutionären, ultrakonservativen Denkens, und meinte, dass es schön gewesen wäre, wenn er während des Zweiten Vatikanischen Konzils bei uns gewesen wäre.

Ist das Böse erblich?

Das Gespräch endet mit Gedanken über die Erbsünde: „Glaubst du, dass ein Mensch von Natur aus schuldig ist?“ – fragte der Philosoph den Schriftsteller. Houellebecq antwortet als „fundamentalistischer“ Schopenhauer-Gläubiger mit „Ja“. „Man muss erzogen werden. Er wird böse geboren, aber es ist möglich, ihn zu erziehen. Wie wir so oft bei Rousseau sehen, ist das Gegenteil der Fall von dem, was er behauptet, wahr.“

Diese Rezension erschien in Erstveröffentlichung bei [MANDINER](#), unserem Partner der Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Twitter wurde von Biden-Wahlkampfteam unterwandert

04. 12. 2022



Diesbezüglich wurde eine interne Korrespondenz über die Twitter-Praktiken zum Löschen von Inhalten veröffentlicht.

„Offenheit nach links“

Twitter hatte zwar unter der vorherigen Trump-Regierung Zugang zu beiden politischen Lagern, den Demokraten und den Republikaner. Trotzdem wären allerdings die Twitter-Mitarbeiter überwiegend parteiisch vorgegangen, nämlich viel offener nach links – wie nun eine interne Korrespondenz über die früheren Twitter-Betriebspraktiken verriet: Diese wurde auf Initiative des neuen Eigentümers Elon Musk aus Transparenz-Gründen am Freitagabend veröffentlicht.

Die interne Korrespondenz wurde von Elon Musk an einen Journalisten, Matt Taibi, übergeben, welcher sie auf seinem eigenen Twitter-Kanal veröffentlichte. Eine in der Geschichte der sozialen Medien beispiellose Dokumentation zeigt detailliert auf, wie das Medium funktioniert.

Hunter Bidens Laptop-Skandal wird zensiert

In den zugänglich gemachten internen Briefen sprechen mehrere Mitarbeiter über den Entscheidungsprozess, der dazu führte: Dass Twitter (im Oktober 2020, also dem letzten Monat der Präsidentschaftskampagne) Inhalte blockiert hatte, die sich auf Informationen der „New York Post“ über die Laptop-Affäre des Sohnes des US-Präsidenten, Hunter Biden bezogen hatten. (Anmerkung: Eine Darstellung des Laptop-Skandals folgt umgehend als Update)

Direkte Intervention des Biden-Wahlkampf-Teams

Laut der vorgelegten internen Korrespondenz gab es Fälle, in denen einem Antrag des Biden-Wahlkampfteams direkt stattgegeben wurde.

Laut Matt Taibi, der die Dokumente (Twitter Files) zusammenfasste und präsentierte, hatten zwar beide Parteien Zugang zu den Twitter-Tools. Wobei es auch Fälle gegeben hätte, in denen sich das Weiße Haus unter Trump an das Unternehmen gewandt habe... Trotzdem wäre aber das System aus dem Gleichgewicht geraten und auf politischen Beziehungen aufgebaut gewesen. Weil nämlich Twitter-Mitarbeiter überwiegend zu einer der politischen Seiten gehörten, hätte es für sie viel mehr Kanäle und die Möglichkeit gegeben, eine Beschwerde einzureichen.

Überwachungstools zur politischen Manipulation

Twitters erstes Tool zur Überwachung der freien Meinungsäußerung wurde ursprünglich zur Bekämpfung von Spam und Finanzbetrug entwickelt. Im Laufe der Zeit nutzten die Mitarbeiter und Manager des Unternehmens es aber für immer mehr andere Zwecke, so die Zusammenfassung: „Es ist ab 2020 zur Routine geworden ist, Beiträge aufgrund von Anfragen verschiedener angeschlossener Akteure zu löschen“.

Dieser Artikel erschien als Erstveröffentlichung unter [MANDINER](#), unserem Partner der Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Anthony Carty: "Politischer Moralismus des Westens bedroht den Frieden"

29. 11. 2022



Der Völkerrechtler Dr. Anthony Carty

Der Völkerrechtler Anthony Carty über Demokratie und Völker, seine Einteilung in „gute Demokratien“ und „schlechte Demokratien“, das chinesische Modell der Meritokratie und wie China den Westen betrachtet.

Frage: Der Westen und insbesondere die USA stellen ihr Modell der Demokratie als Maßstab für die gesamte Welt dar. Was aber sagt das Völkerrecht zur Vielfalt politischer Systeme?

Anthony Carty: Ein Grundsatz des Völkerrechts ist seine Neutralität gegenüber den jeweiligen innenpolitischen Ordnungssystemen. Dieser Grundsatz, der dem Prinzip der Souveränität entspringt, ist in Artikel 7 der UN-Charta verankert. Daher ist es für ein Land unangemessen, die innere Ordnung eines anderen Landes zu kritisieren.

Die Vereinigten Staaten wollen Demokratie überall auf der Welt fördern, und es gibt Aktivitäten politischer Stiftungen wie dem National Endowment for Democracy, die in China sowie in verschiedenen afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten aktiv sind. Stellen die Aktivitäten dieser politischen Stiftungen einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung dar?

Carty: Ich denke, sie stellen einen Verstoß dar. Vor sechseinhalb Jahren hatte ich in Hongkong eine Professur für Menschenrechte, Völkerrecht und Öffentliches Recht an der Universität Hongkong und dann später in Peking. Tatsache ist, dass es viele Organisationen wie das National Endowment for Democracy gibt, die in Hongkong aktiv sind und die wesentlich zur Vergrößerung der Spannungen in Hongkong beigetragen haben. Das ist ein Beispiel für die Ideologie des Liberalismus, als die Vereinigten Staaten entschieden, dass sie im Ersten Weltkrieg intervenieren sollten, um die Welt „save for democracy“, also sicher für die Demokratie zu machen.. Die österreichisch-ungarische und die deutsche Regierung waren autokratisch – offenkundig aber auch Russland, das an der Seite der sogenannten Demokratien stand. Die Problematik der Einmischung im Namen der Demokratie geht auf diese Zeit zurück.

Für die westlichen Mächte, angeführt von den Vereinigten Staaten, spielt das Völkerrecht, wie es in der UN-Charta verankert ist, eine immer geringere Rolle als die sogenannte regelbasierte internationale Ordnung, welche die Werte der liberalen Demokratie verkörpert. Das provoziert eine Krise im internationalen System, wenn der Westen versucht, das Völkerrecht durch die regelbasierte internationale Ordnung zu ersetzen. Und das ist auch ein Problem der Europäischen Union mit Ursula von der Leyen und in Deutschland mit Annalena Baerbock. Meiner Meinung nach stellen sie eine Bedrohung für internationalen Frieden und Ordnung dar. **Die Exisiz westlicher Werte wird vom Westen als Symbol seiner Überlegenheit über andere betrachtet.**

Kann man es auch so sehen, dass der Westen versucht, die Demokratie als Waffe einzusetzen?

Carty: Ja, und ich denke, dass sie es insbesondere auf eine unintelligente Weise versuchen. In der westlichen politischen Theorie, die auf Aristoteles zurückgeht, gibt es eine „gute Demokratie“ und eine „schlechte Demokratie“. In einer „guten Demokratie“ sind die Leute moralisch davon überzeugt, dass der Populismus eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie darstellt. Der konservative deutsche Philosoph Hermann Lübke sagte, dass der politische Moralismus in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten immer mehr um sich greift. Auf der anderen Seite gilt für den Westen die autoritäre Regierung Chinas als „moralisch schlecht“ und als Autokratie.

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Wie sehen Sie die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA? Hier ist die Rede von einem Wettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien, womit mit Letzten unter anderem China gemeint ist. Könnte das die Spannungen zwischen den USA und China vergrößern?

Carty: Die Existenz westlicher Werte wird vom Westen als Symbol der Überlegenheit betrachtet gegenüber jenen, die sich nicht teilen. Das ist gefährlicher Moralismus. In einem Artikel in einer deutschen Zeitung über die wirtschaftlichen Verknüpfungen zwischen dem Westen und China stand, dass China viel mehr als der Westen von einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen leiden würde. Ich denke, die Situation in Deutschland könnte ziemlich gefährlich werden, weil moralistische Politiker wie Annalena Baerbock die Natur der Unterschiede in den Beziehungen zwischen Russland und Europa oder China und Europa nicht wirklich verstehen. China ist gegenüber Sanktionen viel verwundbarer als Russland.

Wie schätzen Sie das politische System Chinas ein?

Carty: Aufgrund der Erfahrungen, die ich machte, als ich in China lebte, kann ich sagen, dass China eine Meritokratie ist. Auch wenn es nominell ein kommunistisches Regime bzw. ein Einparteiensstaat ist, ist es tatsächlich eine Meritokratie, wo rund 90 Millionen Menschen (so viele Mitglieder hat die KP, Anm.) den Präsidenten auswählen und die Minister, die das Land führen. Das ist sehr ähnlich dem System in Deutschland unter den Hohenzollern im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Es ist im Grunde genommen eine professionelle Bürokratie. Auch wenn China die Unzulänglichkeiten einer Bürokratie hat wie Korruption, ist es im Grunde genommen ein kompetentes System. Ich mache mir aber Sorgen, wenn ich sehe, wenn in Deutschland oder in der EU Leute wie Baerbock oder von der Leyen in Spitzenpositionen kommen, für die sie nicht qualifiziert sind.

Wie sieht eigentlich China den Westen und die westliche Demokratie.

Carty: China genießt eine Art Schadenfreude, indem es sich über die Inkompetenz und die moralische Spaltung der westlichen Demokratie lustig macht. Die Chinesen beobachten sehr genau, was im Westen geschieht, sie sind sich der zunehmenden Spannungen und der zunehmenden Spaltungen im Westen bewusst. Die Chinesen sind sich sehr bewusst, dass die Vereinigten Staaten und die Europäische Union industrielle und militärische Interessen verfolgt und dass die Bevölkerung insgesamt sehr wenig Ahnung hat, was vor sich geht und durch die Mainstream-Medien schlecht informiert ist. **Die konfuzianische Philosophie ist der vormodernen europäischen Philosophie näher, als allgemein bekannt ist.**

Sie sagten, dass China eine Meritokratie ist. Hängt das damit zusammen, dass China eine andere geschichtliche und kulturelle Entwicklung nahm als der Westen und deshalb einen anderen kulturellen Hintergrund hat? Welche Rolle spielt der Konfuzianismus zum Verständnis Chinas?

Carty: Ich denke, dass viele der Unterschiede zwischen China und dem Westen theologischer und politischer Natur sind, weil der Westen die Aufklärung hatte und im Westen dem Individuum und seinen Entscheidungen ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt wird. Die konfuzianische Philosophie ist hingegen der vormodernen europäischen Philosophie viel näher als allgemein bekannt ist. Also näher den christlichen Werten und der griechisch-römischen Kultur, der Vernunft, die darin enthalten ist.

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Ich beobachtete in China die Verhandlungen mit der römisch-katholischen Kirche zur Erneuerung des Konkordats. Das chinesische Regime, obwohl es nominell kommunistisch ist, war sehr daran interessiert, den Vertrag zu erneuern. Es ging ihm vor allem um die Ernennung der Bischöfe, bei der die Regierung ein Mitspracherecht haben sollte. Ansonsten ist die Religionsfreiheit in China ein unumstrittenes Thema.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war, dass die chinesischen Behörden mit dem Vatikan eine Ausstellung über christliche Kunst und Kultur in China veranstalteten. Es gab Ausstellungen in chinesischen Universitäten über die Grenzenlosigkeit der griechischen Klassik und des Konfuzianismus.

Ich denke, die westliche Moderne seit der Aufklärung, insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg, ist eine zivilisatorische Ebene, die in China als künstlich verstanden wird. Natürlich gibt es junge Chinesen, die dafür Bewunderung haben, aber die offizielle Kultur versucht, eine alternative chinesische Sicht der Moderne zu präsentieren, die näher an der westeuropäischen kulturellen Tradition vor der Aufklärung angesiedelt ist.

Dr. Anthony Carty ist Professor für Völkerrecht am Beijing Institute of Technology in Peking. Zudem hat Carty den Sir Y K Pao-Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Universität von Hongkong inne. Zuvor wirkte er als Professor für Öffentliches Recht an der Universität Aberdeen (Schottland).

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz. Dieser Beitrag erschien zuvor in [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier](#).

<https://unser-mittleuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPfZWANG“

30 Stk. 

runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

€ 19,⁹⁰ inkl. Porto

Jetzt mit einem [Klick](#) bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

**Limitierte
Auflage**

01) Dem deutschen Staat sind die blutigen Folgen seiner Migrationspolitik egal
Von Eric Gujer

[Im Browser lesen](#)

von Eric Gujer

Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung»

NZZ Digital

1€ für 1 Monat. Sichern Sie sich gleich dieses attraktive Kennenlernangebot.

[Probemonat starten](#)

Thema der Woche: Dem deutschen Staat sind die blutigen Folgen seiner Migrationspolitik egal

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl legt am Tatort des Messerangriffs in Illerkirchberg einen Kranz nieder.

Bernd Weissbrod / DPA

Deutsche Richter pflegen Haftbefehle nicht leichtfertig zu vollziehen. Nach der Razzia gegen Reichsbürger vor einer Woche taten sie es in 23 Fällen. Von der mit immensem Aufwand zerschlagenen Gruppe dürfte daher eine gewisse Gefahr ausgegangen sein. Der von ihr geplante Staatsstreich wäre jedoch gescheitert.

Der Staat demonstrierte seine Machtfülle, indem er 3000 Mann zur Festnahme einer Handvoll Personen ausrücken liess. Das wäre plausibel, wenn es sich bei der Gruppe um eine bis an die Zähne bewaffnete, mit Sprengstoffwesten ausgestaffierte Terroristenzelle gehandelt hätte. Bei den Rädelsführern und einem guten Teil der Gruppe handelt es sich jedoch um Personen im fortgeschrittenen Alter. Rentner sind schlechte Rambos.

Auch die Vorbereitung zeugt mehr von Aufschneiderei und Grossmannssucht als von professioneller Planung. Das von der Polizei sichergestellte Waffenarsenal ist überschaubar: geeignet für den Überfall auf eine Pommes-Bude, aber nicht für den Bundestag, der mit seinen verschiedenen, durch Tunnel und Passerellen verbundenen Gebäuden ein eigenes Stadtviertel ist.

Selbst wenn einige der Möchtegern-Verschwörer ins Parlament eingedrungen wären und dort Personen gekidnappt hätten, hätte ein Sondereinsatzkommando dem Spuk vermutlich rasch ein Ende bereitet.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Vor allem hätte eine Aktion im Bundestag keine Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der übrigen Staatsorgane gehabt. [Niemand hätte sich den pensionierten Wirrköpfen angeschlossen.](#) Dilettantischer kann man einen Staatsstreich nicht planen. Wenn seine übelsten Feinde so aussehen, kann der deutsche Michel ruhig weiter dösen.

Mit der Grossrazzia wollen die Behörden vor allem abschrecken

Warum also setzte der Staat sein ganzes Arsenal bis hin zur GSG 9 in Bewegung? Warum sprach Innenministerin Nancy Faeser von einem «Abgrund einer terroristischen Bedrohung», und warum trat am Abend des Geschehens der sonst so öffentlichkeitsscheue Generalbundesanwalt vor die Presse?

Die Vermutung liegt nahe, dass es sich beim eigentlichen Motiv um etwas handelt, was Juristen verschämt Generalprävention nennen – oder in weniger gestelztem Deutsch: um Abschreckung. Man wollte dem auf 20 000 Personen geschätzten Narrensaum der Reichsbürger eine Lektion erteilen und die AfD ein weiteres Mal delegitimieren. Thüringens Innenminister Georg Maier gab den Ton vor, als er behauptete, die Reichsbürger würden sich «mit der AfD, mit anderen rechtsextremistischen Gruppen und mit der Querdenker-Szene» vernetzen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass in Erfurt nur eine Minderheitsregierung amtiert, weil die AfD die zweitstärkste Partei im Landtag ist.

Die thüringische SPD-Abgeordnete Dorothea Marx fordert gar ein Verbot der Partei. Man will die AfD loswerden, was ein durchaus verständlicher Wunsch ist. Weil das aber nicht im demokratischen Wettbewerb gelingt, soll dies auf anderen Wegen geschehen. Solche leicht durchschaubaren Versuche, die Partei anzuschwärzen, dürften das Gegenteil bewirken. Die AfD kann sich umso besser als Outlaw stilisieren. Die gegen alle nachrichtendienstlichen Gepflogenheiten laut angekündigte Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz beeinträchtigt ihren Erfolg an den Wahlurnen jedenfalls nicht.

Heribert Prantl, einer der grossen Kommentatoren des deutschen Journalismus und kein Freund rechtsextremer Umtriebe, sieht einen weiteren Grund, weshalb eine allzu forcierte Abschreckungsstrategie

scheitert. Er schrieb in der «Süddeutschen Zeitung», die Zerschlagung der obskuren «Prinzengarde» unter ihrem [Anführer Heinrich XIII. zu Reuss](#) richte bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus mehr Schaden als Nutzen an, «weil der Rechtsextremismus nun als eine eigentlich lächerliche Veranstaltung gelten könnte».

Tatsächlich sendete die «Heute-Show» des ZDF einen Sketch, der die Reichsbürger als zwischen Senilität und Debilität schwankende Knallchargen zeigt. Dass sich in dem Milieu gewaltbereite Rabauken tummeln, kann angesichts des in Cordhose und Sakko gewandeten Opas Prinz Reuss leicht vergessengehen.

Wer einen Angriff überlebt, hat ihn nicht überstanden

Will die Demokratie als wehrhaft erscheinen, muss sie alle Bedrohungen gleichermassen ernst nehmen. Geht sie stattdessen selektiv vor, weckt sie damit nur den Verdacht einer politischen Instrumentalisierung. Wer Gefahren gegeneinander ausspielt, wirkt alsbald, als wäre er auf einem Auge blind. Daher schadet Innenministerin Faeser ihrem Anliegen, wenn sie oft über Rechtsextremismus und militante Querdenker spricht, aber nur selten über Linksextremismus, Islamismus und andere Gefahren. Zumal eine offensichtliche Gefahr in fast schon verdächtiger Weise vernachlässigt wird. In regelmässigen Abständen werden in Deutschland Menschen Opfer von Messerattacken, die von Migranten verübt werden. [Jüngst tötete ein Eritreer in Illerkirchberg bei Ulm ein 14-jähriges Mädchen und verletzte deren Freundin schwer.](#)

Im Oktober tötet ein Somalier in Ludwigshafen zwei Männer und verletzt einen schwer. Im September verletzt ein «Allahu akbar» rufender Mann zwei Passanten mit dem Messer, bevor er von der Polizei erschossen wird. Im Juli verurteilt ein Gericht einen somalischen Flüchtling zur Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik. Er hatte im Vorjahr in Würzburg drei Frauen erstochen und sechs Personen verletzt. Im Mai verletzt ein Iraker in einem Zug bei Herzogenrath im Rheinland fünf Menschen.

Wer einen Angriff überlebt, hat ihn nicht überstanden. So ist ein Opfer des Würzburger Blutbads seither an den Rollstuhl gefesselt. Ein weiterer Verletzter hat einen gelähmten Arm, und eine damals 11-

Jährige wird nie vergessen, wie vor ihren Augen die 49-jährige Mutter erstochen wurde.

Nach der Tat sagte der somalische Flüchtling, er habe so viele Menschen wie möglich töten wollen, weil er in Deutschland keine Gerechtigkeit erfahren habe. Jahrelang sei er gequält worden. Aus solchen Worten spricht nicht Undankbarkeit, sondern eine pathologische Störung. In deutschen Flüchtlingsunterkünften leben tickende Zeitbomben – und niemand schaut hin.

Obwohl bei jeder dieser Attacken Menschen sterben, verletzt und traumatisiert werden, treten weder die Bundesinnenministerin noch der Generalbundesanwalt deswegen in den Hauptnachrichten auf. Man hört zwar, wie Politiker pflichtschuldig nach Floskeln der Betroffenheit suchen, doch dann gerät die Tat in Vergessenheit. Nach kurzer Zeit sind es ohnehin andere Politiker in einer anderen Stadt, die ihr «Entsetzen» und ihre «Fassungslosigkeit» bekunden müssen.

Die Polizei ermahnt die Bürger, als wären diese kleine Kinder

Gleichzeitig behandelt man die Bürger, als wären sie ein blutrünstiger Lynchmob. Die Polizei appellierte nach der Bluttat in Illerkirchberg an die Öffentlichkeit, «keinen Generalverdacht gegen Fremde, Schutzsuchende oder Asylbewerber allgemein zu hegen oder solchem Verdacht Vorschub oder Unterstützung zu leisten». Denn «Ereignisse dieser Art schüren Ängste und Emotionen». Angst zu haben, ist offenkundig verboten. Ausser die Bürger haben vor den richtigen, also regierungsamtlich erlaubten Dingen Angst.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann warnte zudem davor, irgendwelche Zusammenhänge zur Flüchtlingspolitik herzustellen, bevor die Tat wirklich aufgeklärt sei. Es ist sicher kein Zufall, dass ein Politiker der Grünen, die in der Bundesregierung am vehementesten für eine Lockerung des Ausländerrechts eintreten, eine solche Warnung ausspricht – gemäss der Devise: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Auch die anderen Parteien, denen sonst kein Thema zu gering erscheint, um darüber ausgiebig zu streiten, sind auffällig ambitionslos, wenn es um die Begleiterscheinungen von Angela Merkels Willkommenskultur geht. Nicht nur CDU und CSU, sondern

**Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom
15.12.2022**

auch die Sozialdemokraten tragen für diese Politik schliesslich direkte Verantwortung.

Die wenigsten der Messerangriffe haben einen terroristischen Hintergrund. Es handelt sich nicht um staatsgefährdende Delikte. Die Migranten sind verzweifelt und verbittert nach Jahren des perspektivlosen Wartens in einer Flüchtlingsunterkunft; viele sind nicht schulfähig. Tragische Einzelschicksale also, und dennoch verdienen die Taten mehr Aufmerksamkeit – und sei es nur, um zu verhindern, dass weitere Unschuldige getötet oder physisch und psychisch verletzt werden.

Es bleibt falsch, Bedrohungen gegeneinander aufzurechnen. Innere Sicherheit ist unteilbar. Weder das 14-jährige Mädchen in Illerkirchberg noch die 49 Jahre alte Mutter in Würzburg würden noch leben, wenn der Staat die Reichsbürger mit weniger Inbrunst verfolgen würde. Aber in einem Moment, in dem die deutsche Polizei ausschwärmt, um einer durchgeknallten «Prinzengarde» habhaft zu werden, wird schmerzhaft klar, wie gleichgültig den Parteien die Konsequenzen ihrer Migrationspolitik sind.

<https://mail.google.com/mail/u/0/?pli=1#inbox/FMfcgzGrbbwZDvMPGXTQQkbpJrpNbdNv>

02) Deutschland und die Flüchtlinge. Eine Abrechnung



Deutschland und die Flüchtlinge
EINE ABRECHNUNG

Berlin - **Es ist eine Voll-Abrechnung mit der deutschen Migrationspolitik!** Die renommierte US-Zeitung „Wall Street Journal“ (WSJ) hat analysiert, warum Deutschland trotz der hohen Anzahl von Migranten so viele Fachkräfte fehlen. Das Urteil: **Die meisten Asylbewerber würden dem Arbeitsmarkt kaum helfen. Stattdessen würden viele Migranten „die Reihen der Sozialhilfempfeänger füllen oder die**

Kriminalstatistik ankurbeln“. Deutschland befinde sich in einer „paradoxen“ Situation, so das WSJ. **Das Land habe „Jahre der Rekord-Einwanderung“ hinter sich, „jedes Jahr kam die Einwohnerzahl einer Großstadt ins Land“.** Aktuell sei „jeder 6. Mensch in Deutschland im Ausland geboren“, in den USA sei es nur jeder 7.

ABER: Trotz Fachkräftemangel gebe es in Deutschland „keine Arbeit für die

Neuankömmlinge“. Nur jeder 10., der ins Land kommt, sei Arbeitsmigrant. Und: „Die Arbeitslosigkeit bei Ausländern liegt bei etwa 12%, bei Deutschen unter 5%.“ In den USA ist es umgekehrt.

Brisant: Das WSJ ist skeptisch, ob die Ampel-Pläne das Problem lösen können. **Deutschland werde „wahrscheinlich weiter viele Asylbewerber aufnehmen, die es nicht beschäftigen kann“.**

Filipp Piatov

03) Namibia lädt Deutsche zum Auswandern ein: Niedrige Energiepreise und keine Blackout-Gefahr

14. 12. 2022



Bild: www.siyabona.com/windhoek-guide-information.html

Namibia/Deutschland – Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) rät den Deutschen, sich an die horrenden Energiepreise zu gewöhnen. Nach der Türkei verspürt nun auch Namibia Mitleid – und wirbt für Auswanderung.

Während sich Deutschland immer noch als weltweites Modell für eine gelungene Energiewende begreift, bleibt die Energie im eigenen Land knapp – und teuer. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln geht davon aus, dass die Energiepreise hoch bleiben werden. Länder wie Namibia nehmen dies sogar zum Anlass, deutschen Arbeitnehmern und Unternehmen das Auswandern nahezu legen. In dem südwestafrikanischen Land sei Energie günstig – und es bestehe auch keine Blackout-Gefahr.

Privater Konsum kann Produktionseinbruch nicht mehr auffangen

IW-Direktor Michael Hüther hat am eine Mittwoch (14.12.) seine Konjunkturprognose für den Winter vorgestellt. Dabei verkündete er den Deutschen eindeutige Nachricht mit Blick auf ihren Lebensstandard:

Wir werden uns wohl oder übel an die horrenden Energiepreise gewöhnen müssen.“

Bereits in diesem Jahr hätten diese das Leben der Menschen und der Unternehmen „stark verteuert und das Land ausgebremst“. Im kommenden Jahr werde es „kaum besser“ werden. Die Weltwirtschaft insgesamt werde noch um zwei Prozent wachsen. Deutschland selbst werde jedoch in die Rezession rutschen. Das BIP werde um 0,75 Prozent sinken. Hüther prognostiziert weiter:

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Unternehmen werden weniger investieren und produzieren, ihre Erwartungen sind pessimistisch.“

Diesmal werde der private Konsum diese Entwicklung nicht mehr auffangen. Die Energieversorgung bleibe unsicher, die Lieferketten belastet und es drohten Produktionsausfälle. Die Arbeitslosigkeit werde sich zwar noch in Grenzen halten und von 5,3 auf 5,4 Prozent steigen. Ein Ende der Krise sei jedoch nicht absehbar.

Habeck besuchte mit einer Delegation in der Vorwoche Namibia

Bereits im Sommer hatten erste Reiseanbieter in der Türkei begonnen, um Langzeittouristen aus Deutschland zu werben. Vor allem Rentnern und Familien stellten Tourismusagenten vor allem aus der Provinz Antalya in Aussicht, durch 56-Tage-Arrangements zum Sonderpreis Inflation und Gaspreiswucher zu entgehen.

Die „Hürriyet“ rechnete damals vor, dass es in Antalya Langzeitarrangements mit All-inclusive-Verpflegung für bereits 21 Euro pro Person und Tag gebe. Dies würde für viele Menschen in Deutschland eine Alternative zu explodierenden Lebenshaltungskosten bieten.

Nun springt auch Namibia auf diesen Zug auf. In der Vorwoche weilte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck zusammen mit einer Delegation in der früheren deutschen Kolonie. Dabei bot ihm Präsident Hage Gottfried Geingob persönlich an, Deutschen, die unter knapper Energie und teuren Preisen leiden, eine Alternative zu eröffnen. Dies berichteten deutsche Medien.

Namibia: „Keine Obergrenze“ für Energiepreisflüchtlinge

Das sogenannte Digitalnomadenvisum soll für bis zu sechs Monate gelten und an Arbeitnehmer oder Gewerbetreibende ausgestellt werden, die von Namibia aus im Homeoffice arbeiten. Voraussetzungen für eine Teilnahme sind ein Monatseinkommen von mindestens 2000 namibischen Dollar (1895 Euro), ein Führungszeugnis und ein Homeoffice-tauglicher Arbeitsplatz. In der Regierungspartei SWAPO zeigte man sich „überrascht“ über die Probleme, die Deutschland aufweise. Nangula Uuandja, der Geschäftsführer des Namibian Investment Promotion and Development Board, stellte in Aussicht, dass es für interessierte Energiepreisflüchtlinge „keine Obergrenze“ geben werde.

Einen Kulturschock würden deutsche Expats dort nicht erleben. Bereits jetzt lebten in Namibia bis zu 15.000 deutsche Nachfahren früherer Siedler, Deutsch sei eine der Amtssprachen des Landes. Es gebe deutschsprachige Zeitungen und Radiostationen, an Schulen werde vielfach auf Deutsch unterrichtet. Auch begehe man in Namibia traditionelle deutsche Feste wie Karneval oder das Oktoberfest.

Uuandja betont:

„Man kann hier im Winter leben und arbeiten, man muss keine Angst vor den hohen Heizkosten wie in Deutschland haben.“

Außerdem – so der Wirtschaftsfunktionär – „haben wir immer Strom“.

Deutschland sagt Kenia 112 Millionen Euro für Vollendung der Energiewende zu

Trotz der Energieprobleme im eigenen Land will Deutschland die Energiewende auch in anderen Staaten unterstützen. Deshalb hat das Bundesentwicklungsministerium am

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Sonntag in Berlin angekündigt, Kenia mit mindestens 112 Millionen Euro helfen zu wollen, zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit Kenia liegen den Angaben zufolge beim Ausbau erneuerbarer Energien, des Stromnetzes, der Wasserstoffproduktion und der Schaffung neuer Jobs. Kofler bezeichnete Kenia als „ein bei der Energiewende besonders weit fortgeschrittenes Land“.

Die Weichen für die Klima- und Entwicklungspartnerschaft waren vergangenen Monat bei der UN-Klimakonferenz im ägyptischen Scharm el-Scheich von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Kenias Staatschef William Ruto gestellt worden.

Kenia produziert laut BMZ schon heute rund 90 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien – und nimmt damit einen globalen Spitzenplatz ein. Bis 2030 will das Land ganz auf erneuerbare Energien umstellen.

Einer der Gründe, warum Kenia in diesem Bereich Deutschland abhängt, könnte indes in den klimatischen Voraussetzungen zu suchen sein. In dem Land herrscht ein tropisches Klima mit durchschnittlich mehr als sieben Sonnenstunden. Zudem weht in manchen Regionen auch ausreichend Wind, um Windparks rentabel betreiben zu können. Dunkelflauten sind in Kenia nicht zu befürchten.

Dieser Beitrag erschien zuvor auf EPOCH TIMES

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Migranten aus Nigeria 5000 km auf Schiffs-Ruder unterwegs

30. 11. 2022



Die Arten, wie Flüchtlinge ins ferne Europa gelangen wollen, werden immer abenteuerlicher.

Seite E 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Die drei Migranten saßen auf dem Ruder eines Schiffes und verbrachten Tage damit, Europa zu erreichen – wie die BBC [berichtete](#).

Die spanische Küstenwache veröffentlichte dazu ein Foto mit den Migranten, auf dem Ruder des Öltankers sitzend, ihre Füße kaum einen Meter über dem Wasser haltend.

Die unter maltesischer Flagge fahrende „Althini II“ legte aus Nigerias Hauptstadt Lagos ins spanische Las Palmas auf den Kanarischen Inseln eine Reise von mehr als 5000 Kilometern zurück.

Noch ist nicht klar, ob die Männer die gesamte Reise auf dem Ruder saßen. Sie wurden wegen Dehydrierung ins Krankenhaus der Insel Gran Canaria gebracht.

Laut BBC waren es aber nicht die ersten, die eine solche Reise auf dem Ruder sitzend unternommen hatten. Im Jahr 2020 berichtete ein 14-jähriger Junge spanischen Zeitungen gegenüber, wie er 15 Tage lang auf einem Schiffsruder unterwegs war. Dabei trank er Salzwasser und schlief in einem Loch über dem Ruder. ([El Pais](#))

Gefrorener Flüchtling fiel von Flugzeug

Ein noch schlimmerer Vorfall ereignete sich am 30. Juni 2019: Damals fiel ein eingefrorener Leichnam in den Garten eines Anwohners des Londoner Stadtteils Clapham, wie unter anderem der britische [„Mirror“](#) berichtete. Der Londoner hatte Glück, weil der vom Himmel Gefallene nur einen Meter neben ihm gelandet war. Es soll sich dabei um die Leiche eines kenianischen Flüchtlings gehandelt haben, der als blinder Passagier in einer „Kenya Airways“-Maschine mitgeflogen ist. Er soll aus rund 1000 Höhenmetern aus dem Flugzeug-Fahrwerk gestürzt sein.



Aufschlagsort im Garten

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Serbien registrierte mindestens 109.000 Zuwanderer – die nicht bleiben

30. 11. 2022



huGO-BildID: 50441396 About 1000 migrants are escorted by Slovenian police officers from the border crossing with Croatia, on October 22, 2015, near the village Rigonce to Dobova in Slovenia. More than 12,600 migrants arrived in Slovenia over a 24-hour period, police said on October 22, 2015, a record that surpasses even that in Hungary at the height of the crisis in September. *AFP PHOTO / STRINGER*

Laut der Leiterin des Regierungskommissariats für Migranten und Flüchtlinge, Nataša Stanisavljević, befinden sich in den 15 Zentren nur rund 4800 Migranten, außerhalb davon „mehr als 1000“.

Seit der sogenannten Flüchtlingskrise wurden im Balkanstaat insgesamt 1,5 Millionen Zuwanderer registriert. Laut der serbischen Beauftragten für Migration kämen davon 40 Prozent aus Afghanistan, der Rest größtenteils aus Syrien, Marokko und Pakistan.

Wie die veröffentlichten Daten aufzeigen, bleibt allerdings kaum einer dieser Außereuropäer am Balkan. Lediglich werde Serbien als Zweigstelle benutzt. Das behaupten unter anderem Staaten wie Österreich. Schuld daran sei die in Serbien geltende Visafreiheit.

Serbien wird vorgeworfen, dadurch illegale Migrationsströme in Richtung der Europäischen Union zu fördern. Österreich verzeichnete deswegen viele Asylanträge etwa von Indern. Diese waren zuvor visafrei nach Serbien gereist.

Dieses Problem nimmt der Balkanstaat allmählich in Angriff. Für Tunesien und Burundi wurde die Visafreiheit bereits aufgehoben. Weitere sollen folgen. Um welche es sich dabei handelt, erwähnte Präsident Aleksandar Vucic allerdings nicht.

Ohne Zweifel bewegen sich die Zuwanderungsströme weiter in die wohlhabenden Sozialstaaten Österreich, Deutschland und Schweden. Österreich registrierte bisher auch über 100.000 Zuwanderer. Im Gegensatz zu Serbien bleiben diese allerdings hier. Und im Gegensatz zu Schweden vermutlich nicht nur temporär.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Wie sich diese Massenzuwanderung auf unsere Bevölkerung auswirkt, sehen Sie hier:

bevoelkerungsaustausch.at



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Aaldorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 10.12.2022

Australien – 130.000 Antennen und 200 Satellitenschüsseln werden das Square Kilometre Array-Projekt (SKA) bilden. Es wird zwei riesige und superempfindliche Teleskope an Observatorien in Australien und Südafrika umfassen. Der Kernstandort befindet sich in Mileura bei Boolardy in Westaustralien, 315 km nordöstlich von Geraldton. Der andere befindet sich im Meerkat-Nationalpark auf 1000 Metern im Karoo-Gebiet der Provinz Nordkap. Es soll achtmal empfindlicher sein als bestehende Teleskope und den Himmel 135-mal schneller kartieren. Das SKA wird die Signale kombinieren, um ein einziges riesiges Radioteleskop mit extrem hoher Empfindlichkeit und Winkelauflösung zu simulieren, wobei eine Technik namens Apertursynthese verwendet wird. Das gesamte Projekt kostet 2 Mrd. €. ABC.au

Brasilien – Im September 2021 wurde der Fussballstar Pelé (82) operiert, um einen Tumor auf der rechten Seite seines Dickdarms zu entfernen. Im November 2022 berichtete ESPN Brasil, dass Pelé mit „allgemeiner Schwellung“ ins Krankenhaus eingeliefert worden sei, zusammen mit Herzproblemen und Bedenken, dass seine Chemotherapie nicht die

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

erwartete Wirkung habe. Am 3. Dezember 2022 wurde berichtet, dass Pelé in die Pflege am Lebensende verlegt wurde und nur wegen Symptomen wie Schmerzen und Kurzatmigkeit behandelt wird. CNN.br

Bulgarien – Die europäische Solidarität steht in Bulgarien vor dem Test, wo eine Übergangsregierung bereit ist, Sanktionen gegen Moskau zu ignorieren, um einem russischen Ölgiganten Steuereinnahmen in Millionenhöhe abzupressen. Sofia hat mündlich zugesagt, das am 5. Dezember in Kraft tretende EU-Embargo für russisches Rohöl zu umgehen, damit LUKoil (ЛУКОЙЛ) eine zweijährige Ausnahmeregelung nutzen kann, die die Staatskasse füllen wird. RFE.cz

China – 2023 startet ein gutes Dutzend Marken mit Elektroautos in europäischen Ländern. Vor allem von BYD dürfte viel zu hören und sehen sein, auch in Österreich. ORF.at

- China plant 250 neue Kohlekraftwerke. Der Weg zum Kohleausstieg verläuft harzig. Und in Öl und Gas wird wieder mehr investiert. SRF.ch

Deutschland – Deutschland verzichtet auf Militärmaterial aus der Schweiz.

- Die Bundesregierung will Strom- und Gaspreiserhöhungen im kommenden Jahr verbieten.
- Bundestag beschliesst Bargeldverbot bei Immobilienkäufen.
- Bundesfinanzminister Lindner warnt vor einem Handelskrieg mit den USA. Er sagte der Zeitung „Welt am Sonntag“, Washington müsse auf die negativen Konsequenzen seiner geplanten milliardenschweren Subventionen für amerikanische Unternehmen hingewiesen werden. Er nannte die Massnahmen „enorm protektionistisch“. SPD-Chefin Esken sagte, andere Industrienationen könnten mit ähnlichen Massnahmen reagieren. RBB.de
- Noch nie sind in Deutschland so viele Geldautomaten gesprengt worden wie in diesem Jahr. Die Täter sind meist „Holländer“. Einem Bericht zufolge werden die Delikte vermehrt mit Sprengstoff verübt. Dadurch wachse auch die Gefahr für die Menschen in der Tatumgebung. TRT.tr

EU – «Wenn sich die Regelverstöße fortsetzen, werden wir die Twitter-Plattform in Europa abschalten, sagte Kommissar Breton. Die EU überwacht Twitter seit der Übernahme durch Elon Musk. Die EU will mit einem Gesetz, die Verbreitung von Hass im Internet bekämpfen. Musk hat sich anlässlich seiner milliardenschweren Twitter-Übernahme zu einem Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit erklärt. SRF.ch

- So begibt sich die europäische Integration, die anfänglich an den Prinzipien der Marktwirtschaft ausgerichtet war, einen großen Schritt weiter in Richtung Planwirtschaft. Doch bei einer Preisobergrenze von 57 USD pro Fass können russische Konzerne, deren Förderkosten pro Fass sich um 10 bis 15 US-Dollar bewegen, weiter viel Gewinn pro Fass machen. Die aktuelle russische Tagesproduktion bewegt sich um 9,8 Millionen Fass pro Tag. Innerhalb der EU forderten daher Polen und die baltischen Staaten einen Deckel von 30 USD. SP.ru

Frankreich – Baguette bekommt Weltkulturerbestatus. Der Name ist italienisch (bacchetta=Zauberstab), das Rezept kommt aus Österreich. Marie Antoinette (1755–1793) soll gesagt haben, «Wenn mein Volk kein Brot hat, sollen sie Kuchen essen», doch der Ausspruch ist von ihrer Hofdame und war ganz anders gemeint. Wenn es kein Brot gab, musste der Bäcker Kuchen und Torten zum Brotpreis verkaufen, der unter Ludwig XVI auch schon extra niedrig verordnet war, so dass Bäcker daran nichts verdienten. Die Baguette [ba'gɛt], in Deutschland auch Pariser, in der Schweiz auch Parisetten, ist ein langgestrecktes, knuspriges Weißbrot französischen Ursprungs. Die Porung der Krume ist immer sehr grob und ungleichmässig, der Anteil an Kruste im Verhältnis zur Krume ist hoch und für den kräftig-aromatischen Geschmack verantwortlich. Das Brot lässt sich leicht brechen und eignet sich dadurch als Beilage zu anderen Speisen. Der Wiener August Zang (1807–1888) gründete um 1839 in Paris die boulangerie viennoise (Wiener Bäckerei) in der rue de

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Richelieu 92. Baguettes verkaufte er ab 1840 als «pain viennois» (Wiener Brot). Auf der Weltausstellung 1867 führte Adolf Ignaz Mautner von Markhof (1801–1889) aus Wien die österreichische Kompaktheife in Paris ein. Bis 1986 gab es für Baguettes einen Höchstpreis. Baguette darf nur Weizenmehl, Wasser, Salz und Hefe beinhalten. Eine Baguette wiegt 240 bis 310 Gramm, und ist 55 bis 70 Zentimeter lang. Der Querschnitt ist oval und etwa fünf Zentimeter breit. Algerier sind die besten Baguetteesser mit einem Verbrauch von 50 Mio Baguettes pro Tag. NPO.nl

Guatemala – Claudia Paz y Paz war oberste Staatsanwältin in Guatemala und brachte den ehemaligen Diktator, Efraín Ríos Montt, vor Gericht. Heute lebt sie im Exil. Der Rechtsstaat sei ausgehöhlt und das sei gefährlich, sagt sie im Gespräch. «Selbst die oberste Staatsanwältin Guatemalas, Consuela Porras, gilt als korrupt.» SRF.ch

Indonesien – Indonesien verbietet außerehelichen Sex.

- In der Hauptstadt Jakarta sollen Hochhäuser mehr als zehn Sekunden lang gewackelt haben. Für einige Gebäude wurden Evakuierungen angeordnet. Nach Angaben einer US-Erdbebenwarte hatte das Beben eine Stärke von 5,7 RBB.de
- Auf den Tag genau ein Jahr nach seiner letzten Eruption ist der Vulkan Gunung Semeru auf Java erneut ausgebrochen. Das Zentrum für Vulkanologie und geologische Gefahrenvorbeugung gab die höchste Warnstufe 4 aus. Der Vulkan hatte ab den frühen Morgenstunden mehrfach heiße Asche bis zu 1'500 Meter hoch in den Himmel gespien. Semeru, auch bekannt als Mahameru (sanskrit: Großer Berg महान् पर्वतः), ist ein Stratovulkan und mit 3'676 m Höhe der höchste Berg der Insel Java. Er hat einen Kraterdurchmesser von rund 500 Metern. Der Vulkan befindet sich ca. 100 km südöstlich von Surabaya im Nationalpark Bromo-Tengger-Semeru. SRF.ch

Iran – Baubeginn des Kernkraftwerks Darkhovin (دارخوین) an der Grenze zum Irak. ORF.at

- Iran löst die Sittenpolizei auf. Die Kopftuchpflicht für Frauen bleibt in Kraft.
- Besonders engagiert in der Protestbewegung gegen das iranische Regime sind die Kurden. Und besonders blutig ist in den kurdischen Gebieten die Antwort der Staatsmacht. Die iranische Armee beschießt kurdische Stellungen, auch im benachbarten Irak. Für die Schiiten sind Iran+Irak+Libanon ein Staat SRF.ch

Jemen. Ein humanitärer Charterflug landete auf dem neuen Flughafen Al Makha (المخا), ein erster Schritt zur vollständigen Eröffnung. Das Flugzeug landete auf der neu gebauten Landebahn des Flughafens. Das Projekt befindet sich in seiner ersten Entwicklungsphase, während der Bau zur Eröffnung von Passagierhallen für kommerzielle Flüge im Gange ist. Der Flughafen Al Makha befindet sich bei Taiz, das von Houthi belagert wird, wodurch Menschen gehindert werden, Hilfe zu erhalten. Der Flughafen sei ein „neues Portal“, um die Houthi-Isolation zu umgehen. YRTC.ye

Malta – Malta demonstriert für Beibehaltung des totalen Abtreibungsverbotes. SRF.ch

Mongolei – Bei minus 21° haben heute in Ulan-Bator mehrere tausend Menschen gegen die Korruption in der Kohleindustrie und die steigende Inflation protestiert. Demonstranten versuchten, den Regierungssitz zu stürmen. RFA-us

Niederlande – Snacks wie Frikandel, Bärenhapp, Bitterballen, Kroketten, Bami, Nasi, Zwiebelsauce, usw. drohen zu verschwinden, weil sie unbezahlbar werden. NPO.nl

Österreich – Taschendiebstähle nehmen stark zu, vorallem zur Weihnachtszeit, auf Märkten und in Einkaufsstrassen. Man patzt dich an und hilft dir beim Reinigen und dein

Portemonnaie ist weg. 100'000 Fälle, 5% werden aufgeklärt. Taschendiebe treten immer im Team auf, nie allein.

- Wenige Tage nach seinem 92. Geburtstag am 17. November ist der Volksschauspieler Karl Merkatz am 4.12. zu Hause in Irrsdorf im Flachgau (Salzburg) verstorben. ORF.at
- Das Finanzloch sei beträchtlich und die Lage beim ORF wirke tatsächlich dramatisch, sagt Medienjournalist Harald Fidler: «Das Problem ist, dass die 8% und auf fünf Jahre kalkulierte Gebührenerhöhung bereits 2022 von der Teuerung aufgefressen wird.» So fehlen in der ORF-Kasse bis zu 130 Millionen Euro jährlich, mehr als ein Zehntel des bisherigen Umsatzes. Ursachen sind stark gestiegene Energiekosten und Werbeausfälle. Doch auch die Zahl der Gebührenzahler nimmt ab, weil immer weniger Leute ein TV- oder ein Radiogerät haben. Laut Gesetz darf der ORF Gebühren nur für empfangsbereite Geräte erheben, nicht aber für die Nutzung per Streaming. Wer also per Handy ORF konsumiert, tut dies gratis. So zahlen vor allem viele Junge keine Gebühr. Die ORF-Finanzierung bis Ende 2023 werde vermutlich auf eine Budgetfinanzierung oder eine erweiterte Geräteabgabe hinauslaufen. Letzteres hält er nicht für klug, hätte es doch vermehrte unpopuläre Wohnungskontrollbesuche durch den Gebühren Info Service GIS zur Folge. Auch eine generelle Haushaltsgebühr wie in der Schweiz sei wenig populär, weil es jene betreffen würde, die bisher nichts bezahlen. Bleibt also die direkte Finanzierung des ORF übers staatliche Budget mit Steuergeld. Ein System, wie es Frankreich gerade umsetzt. Braucht der ORF zum Beispiel vier TV-Kanäle, zwölf Radio-Programme, ein Symphonieorchester und neun Landesstudios, also eines für jedes Bundesland? Gerade die Landesstudios stehen immer wieder im Verdacht, viel zu stark von der jeweiligen Landesregierung abhängig zu sein. Ganz generell sei der politische Einfluss auf den ORF groß und der Stiftungsrat als oberstes Entscheidungsgremium des ORF zu mindestens zwei Dritteln politiknah besetzt. Bundesregierung, Bundesländer, Parteien. Da sei es schon fast ein Wunder, dass dies das Programm des ORF bisher kaum tangiert. Ein größerer Abbau ist nicht ausgeschlossen. SRF.ch Autos von Rasern sollen beschlagahmt und versteigert werden. ORF.atr

Russland – Russland hat laut der US-Raumfahrtbehörde (NASA) heuer 5,8 Millionen Tonnen Weizen im Wert von rund einer Milliarde Dollar von ukrainischen Feldern geerntet, die nicht unter der Kontrolle des Landes liegen.

- Wladimir Putin betrachtet heute die Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 als einen Fehler, erklärte er beim Muttertagstreffen Ende November. Anstatt im unmittelbaren Anschluss das gesamte Donez-Becken zu befreien, hielt Russland ein – und stimmte einem unter Mitwirkung Deutschlands und Frankreichs in Minsk vermittelten Waffenstillstand zu. Putin erklärte den Soldatenmüttern, dass Moskau zu diesem Zeitpunkt die Gefühle der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung im Donbass nicht genau kannte und hoffte, dass Donezk und Lugansk unter den in Minsk festgelegten Bedingungen irgendwie mit der Ukraine wiedervereinigt werden könnten. Bis zu einem recht späten Zeitpunkt hoffte Putin auch, dass er sich noch mit den Deutschen und Franzosen sowie mit der US-Führung hätte einigen können. Das Eingeständnis von Fehlern ist bei amtierenden Staatsoberhäuptern selten. Putin zog aus dieser Erfahrung offenbar den Schluss, dass Moskau acht Jahre zuvor Kiew, Berlin und Paris kein Vertrauen hätte schenken dürfen und sich stattdessen auf seine eigene militärische Macht hätte verlassen sollen, um die russischsprachigen Gebiete der Ukraine zu befreien. VESTI.ru

- Das Ziel des Ölpreisdeckels ist es, die russischen Einnahmen aus dem Ölgeschäft zu drücken und so die Finanzierung des Kriegs gegen die Ukraine schwieriger zu machen. Andererseits soll Russland durchaus weiter Öl vermarkten. Sonst würde die wertvolle Ressource auf dem Weltmarkt noch knapper und die Preise würden auch im Westen steigen. Nur wenn der Preisdeckel von 60 Dollar pro Fass russisches Öl eingehalten wird, dürfen westliche Reedereien mit ihren Schiffen künftig weiterhin russisches Öl nach Indien, China oder in andere Länder bringen. Moskau wirkt in der Opec+ darauf hin, dass die

weltweite Ölförderung gekürzt wird. Damit würden die Preise steigen und die globale Energiekrise verschärft. SRF.ch

- „Von diesem Jahr an wird Europa ohne russisches Öl leben“, hatte zuvor der russische Botschafter bei internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, auf Telegram mitgeteilt. Russland hat einen Lieferboykott für Staaten angedeutet, die sich an einem Preisdeckel beteiligen. Russland bezeichnet den geplanten Ölpreisdeckel als gefährlich und sieht darin einen Verstoß gegen die Gesetze des freien Marktes. ORF.at
- Die „Financial Times“ berichtet, Russland habe 109 Tankschiffe für den Transport von Öl gekauft, um die Sanktionen zu umgehen.
- Die Kaspische Robbe ist das einzige Säugetier im Kaspischen Meer. 2008 hatte die International Union for Conservation of Nature die Art als vom Aussterben bedroht eingestuft. 2020 wurde diese Robbe auf die Rote Liste aufgenommen. Die Population geht stark zurück, auch wegen der zunehmenden Verschmutzung des Kaspischen Meeres, wo etwa Öl gefördert wird. Heute gibt es nur noch etwa 50.000 Individuen. Die Tiere sterben nach Angaben von Experten durch Öllecks, Wilderei und Überfischung. Mindestens 650 tote Robben sind in der russischen Teilrepublik Dagestan im Nordkaukasus ans Ufer des Kaspischen Meeres gespült worden. Dies berichtete die russische Fischereibehörde Rosrybolowstwo am 3. Dezember. RT.ru
- Ein Militärflugzeug ist in ein Wohnhaus in Jeisk, (Ейск) im Westen Russlands gestürzt, hat ein riesiges Feuer verursacht und 30 Menschen getötet. Beide Piloten wurden aus dem Flugzeug geschleudert. Der Unfall ereignete sich am frühen Montagabend, als das Su-34-Kampfflugzeug, in einen Wohnblock in Jeisk stürzte, einer Stadt am Ufer des Asowschen Meeres gegenüber der Ukraine. VESTI.ru

Saudiarabien – Berichten zufolge bietet das saudische Team Ronaldo einen Mega-Vertrag an. Der portugiesische Fußballstar würde mehr als 207 Millionen Dollar pro Jahr verdienen. REKA.il

Schweiz – 3:2-Sieg gegen Serbien. Reifeprüfung bravourös bestanden: Nati steht im WM-Achtelfinal!.

- Die US-Sperre für neue Huawei-Technik könnte globale Folgen haben. Der chinesische Tech-Konzern Huawei glaubt nicht, dass der US-Entscheid Einfluß auf sein Europa-Geschäft hat. Huawei Schweiz reagiert auf Anfrage von SRF mit nur einem Satz: «Wir bleiben unseren Millionen von Kunden verpflichtet und werden weiterhin unverändert Huawei-Produktinnovationen in Europa und damit auch in der Schweiz verkaufen.» Betroffen sind nebst Huawei auch die Hersteller ZTE, Dahua, Hytera und Hikvision. Die Geräte dieser Hersteller zu verbieten, wie in den USA, ist in der Schweiz nicht möglich. Der Bund habe dafür keine Kompetenz, solange die gesetzlichen Anforderungen erfüllt seien, schreibt das Bundesamt für Kommunikation (Bakom).
- Am höchsten ist die Artenvielfalt in naturbelassenen Regionen. Duftende Blüten, farbenfrohe Wiesen und seltene Sträucher finden wir eher in Schweizer Städten als in der Landwirtschaftszone. Das lässt sich beispielhaft in Bern und Genf zeigen. Je weiter man aber aus der Stadt raus in die landwirtschaftlich genutzte Zone geht, desto artenärmer wird die Landschaft. Das liegt auch an der intensiven Landwirtschaft. So ist beispielsweise der Löwenzahn weltweit auf dem Vormarsch und verdrängt andere Blumen, Gräser und Kräuter, die weniger konkurrenzfähig sind. «Im intensiv genutzten Agrarland treffen wir kaum Natur an» Wer neben überdüngten Weiden und mit Pestiziden behandelten Äckern spaziere, begeben sich sozusagen in eine Industriezone Je weniger der Mensch in einen Lebensraum eingreife, desto besser kann sich die Biodiversität entwickeln.
- Digitalisierung bei der Post: Umstellung auf QR-Rechnung läuft reibungslos. Zwei Monate nach Abschaffung der orangenen und roten Einzahlungsscheine auf QR-Rechnung zieht die Post eine positive Bilanz. Der Swiss QR Code entspricht dem Standard ISO 18004. Er besitzt die Fehlerkorrekturstufe M (15 %) und kann zwischen 213 (Version 10) und 997

seum (Version 25) Zeichen speichern. Seine Abmessungen betragen – unabhängig von der Anzahl Zeichen – immer 46 mm x 46 mm mit einem weißen Rand von 5 mm. Als Erkennungsmerkmal ist der Code in der Mitte mit einem 7 mm x 7 mm großen Schweizer Kreuz überlagert.

- Gastronom Dirk Hany hat ein Problem. In seiner Zürcher «Bar am Wasser» trinken die Gäste gerne Champagner. Aber die passenden Gläser sind derzeit rar. «Es kann sein, dass wir zwei bis drei Monate auf eine Lieferung warten müssen». Die weltweite Logistik ist gestört. Lieferketten funktionieren nicht mehr wie zuvor, Container sind kontingentiert, LKW-Fahrer fehlen. Laut Fredy Angst sind Aufträge außerdem von Asien nach Europa verlegt worden und binden zusätzliche Kapazitäten. Auch produzierten nicht alle Glas-Brennereien voll. Dies, weil die gestiegenen Gas-Preise ihre Kosten so sehr erhöht hätten, dass sich das nicht mehr alle leisten könnten. Christian Kraus von Riedel sagt, die Gas-Kosten seien seit Februar um das Dreieinhalbfache gestiegen. Für Bar-Betreiber Dirk Hany heißt das: Er zahlt schon heute 20 % mehr für ein Glas als vor einem Jahr. Die Mehrkosten werden demnächst auch seine Gäste spüren.
- Mit 50.3 % in die Zukunft ohne EWR. Die Schweiz hat den Nicht-Beitritt im Gegensatz zu vielen Prognosen sehr gut überlebt. Christoph Blocher (82) hatte die richtige Einschätzung. SRF.ch

Somalia – Kanadische Forscher haben in einem Meteoriten 3 Minerale gefunden, die nicht von dieser Welt sind. Die beiden außerirdischen Minerale sind Verbindungen aus Eisen, Phosphor und Sauerstoff. Sie stammen aus dem Nightfall-Meteoriten von Ceel Cali (عيل علي) im Hiran (4°17.281'N, 44°53.893'O). Darin fanden die Forscher die beiden bisher unbekannt Mineralien sowie den Hinweis auf ein drittes. Das erste Mineral hat die Summenformel Fe₉PO₁₂ und wurde nach dem Meteoritenfundort Elaliit benannt. Das zweite heißt Elkinstantonit, nach der Planetenforscherin Lindy Elkins-Tanton benannt und hat die Formel Fe₄(PO₄)₂O. Der Meteorit wurde nach China verkauft und dorthin verschifft. SP.ru

Südafrika – In Südafrika haben sich am Freitag Spitzenvertreter der Regierungspartei ANC getroffen – Thema waren Korruptionsvorwürfe gegen Präsident Cyril Ramaphosa (70) und die Frage, ob dieser deswegen zurücktreten muss. Einen formellen Entscheid hat die Partei nicht getroffen, wie sie mitteilte. Am Sonntag will sie sich jedoch erneut treffen und weiter beraten. Im November kam ein Untersuchungsbericht des Parlaments zum Schluss, Ramaphosa habe gegen ein Anti-Korruptions-Gesetz sowie die Verfassung verstoßen. Dabei ging es um einen Raubüberfall, bei dem 2020 angeblich vier Millionen Dollar Bargeld von der privaten Büffelfarm des Präsidenten gestohlen wurden – deutlich mehr als die halbe Million, die Ramaphosa vor dem Untersuchungsausschuss zugegeben hatte. Außerdem hatte Ramaphosa ursprünglich lediglich den Überfall gemeldet, nicht aber das Verschwinden des Geldes.

- Korruptionsskandal. Schweizer Industriekonzern ABB muss Bussen in Höhe von 430 Millionen Dollar bezahlen. Der Bestechungsskandal rund um ein Kohlekraftwerk in Südafrika kommt den Industriekonzern teuer zu stehen. SRF.ch

Tschechien – Ein von Ludwig van Beethoven handgeschriebenes Musikmanuskript wird an die Erben der reichsten Familie in der ČSR zurückgegeben, die 1939 flohen, den Erben von Otto Petschek (1882–1934). Das Mährische Landesmuseum in Brünn besaß das Originalmanuskript für den vierten Satz von Beethovens Streichquartett in B-Dur op. 130 – weithin als eines der späten Meisterwerke des Komponisten angesehen – seit mehr als 80 Jahren in seiner Sammlung. In Erwartung der Übergabe der Partitur an die ursprünglichen Besitzer stellt das Museum sie diese Woche zum ersten Mal aus. „Es war eines der wertvollsten Objekte in unseren Sammlungen“, sagte Museumskuratorin Simona Šindelářová. RP.cz

Ukraine – Ukrainische Drohnen greifen russische Militärflughäfen bei Moskau und Saratow an.

- Die Ukraine kritisiert die geplante Preisobergrenze des Westens für russisches Öl als zu niedrig. Um die russische Wirtschaft zu treffen, sei es notwendig den Preis auf 30 statt wie geplant auf 60 Dollar pro Barrel (159 l); 0,36 € pro Liter zu reduzieren, sagte der Chef des ukrainischen Präsidentenbüros, Jermak. RBB.de
- Die russischen Invasionstruppen in der Ukraine haben sich nach Ansicht britischer Militärexperten in einen unverhältnismäßig aufwendigen Kampf um die Stadt Bachmut (75'000 Ew.) im Donezk verbissen.
- Österreich beteiligt sich mit 20 Millionen Euro an einem neuen Hilfsfonds der Weltbank für die Ukraine. ORF.at
- Flixbus fährt ab 15. Dezember von der Ukraine nach Polen, Tschechien und Moldawien. DW.de

Ungarn – Zum Inhalt des neunten Sanktionspakets gegen Russland, das von der EU vorbereitet wird, sagte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán in einem Interview, dass die „Brüsseler Bürokraten“ Strafmassnahmen auf Atomenergie und Gas ausweiten wollen. Dies werde tragische Folgen für Ungarn haben, fügte er hinzu. Bisher habe Budapest durchhalten und Ausnahmeregelungen erwirken können. Die EU blockiert fast 15 Mrd. Euro, die für Ungarn bestimmt sind. KR.hu

Uruguay – In Uruguay erhandeln 170 Länder über Regeln, um die weltweite Plastikschwemme in den Griff zu bekommen. SRF.ch

USA – Die US-Luftwaffe hat ihren neuen Tarnkappenbomber B-21 Raider vorgestellt – das erste neue Bombermodell der Air Force seit Jahrzehnten. Das Hightech-Flugzeug wurde gestern in einer aufwendigen Inszenierung auf dem Gelände des Rüstungskonzerns Northrop Grumman in Palmdale (Kalifornien) präsentiert. Der B-21 ist dank neuester Technologie für gegnerische Radare noch schwieriger auszumachen als andere Tarnkappenbomber und kann theoretisch ohne Besatzung fliegen. Er kann sowohl atomar als auch konventionell bestückte Raketen abfeuern. Der Preis pro Flugzeug dürfte bei 670 Millionen Euro liegen, die US-Luftwaffe will mindestens hundert Maschinen kaufen. Der erste Flug ist für das kommende Jahr geplant. Der B-21 soll in der Air Force schrittweise die bisherigen B-1- und B-2-Bomber ablösen, die aus der Zeit des Kalten Krieges stammen.

- Die 20-Mio-Metropole New York ist auf der Suche nach einem obersten Rattenfänger. Gesucht werde jemand mit einem Bachelor-Abschluss und mehreren Jahren Berufserfahrung unter anderem in der Stadtplanung. Gefordert sind auch die Beherrschung mehrerer Computersprachen sowie eine „generell knallharte Aura“. Bewerber bräuchten einen „Killerinstinkt, den echten Feind zu bekämpfen – die unerbittliche Rattenbevölkerung von New York City“, heißt es in der Ausschreibung. Der Auserwählte bekäme für seine Tätigkeit bis zu 170.000 Dollar pro Jahr. Die vielen Ratten werden in der Millionenmetropole New York schon seit längerem als großes Problem angesehen. ORF.at
- Bundesfinanzminister Lindner warnt vor einem Handelskrieg mit den USA. Die Regierung in Washington plant milliardenschwere Investitionen in den Klimaschutz. Subventionen sollen dabei nur an Unternehmen gehen, die amerikanische Produkte verwenden oder selbst in den USA produzieren. RBB.de
- Der Besitzer von Twitter Elon Musk postete auf seinem Twitter-Account einen Link zu internen Dokumenten des sozialen Netzwerks, die von dem Journalisten Matt Taibbi (52) veröffentlicht worden waren. Am 14. Oktober 2020, drei Wochen vor den US-Präsidentschaftswahlen, hatte die New York Post über Dateien berichtet, die auf dem Laptop von Hunter Biden (sein Vater kandidierte damals für die Präsidentschaft) gefunden worden sein sollen. In der Enthüllungsgeschichte war unter anderem auf E-Mails über die dubiosen Geschäfte der Familie Biden in der Ukraine verwiesen worden. Der Laptop war

Seite E 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

2019 mit einem Wasserschaden bei einer Reparaturwerkstatt in Delaware abgegeben, jedoch nie abgeholt worden. Aufgrund eines positiven Kokaintests wurde Biden 2013 als DCO der US-Marine entlassen. Er gab eine Alkohol- und Kokainabhängigkeit zu. Im Mai 2014 gab der größte private Gasproduzent in der Ukraine, Burisma Holdings, bekannt, den Verwaltungsrat mit Biden zu erweitern. Diese Ernennung wurde im Rahmen der gleichzeitig grassierenden Krise in der Ukraine kritisiert, in der die russische Staatsführung der US-Regierung und damit auch Bidens Vater vorwarf, Drahtzieher der politischen Verwerfungen in der Ukraine zu sein. Eine republikanernahe Publikation sprach den Verdacht aus, die ukrainische Firma könne mit der Berufung von Biden jr. versuchen, sich eine bevorzugte Behandlung durch die US-Regierung zu verschaffen. In einem Blogbeitrag versammelte Adam Taylor etliche Stimmen, wonach die Personalie die diplomatischen Bemühungen der US-Regierung zur Lösung des Konflikts in der Ukraine gefährdeten. Im Dezember 2020 wurde publik, dass seit 2018 gegen Hunter Biden wegen Steuervergehen im Ausland ermittelt wird. Publik wurde auch Geschäftsbeziehungen von Hunter Biden mit CEFC China Energy. Im Laufe von 14 Monaten zahlten das chinesische Energiekonglomerat und seine Führungskräfte 4,8 Millionen US-Dollar an Unternehmen, die von Hunter Biden und seinem Onkel kontrolliert werden. Im Juli 2022 wurden Videos im Internet publik, die Biden beim Konsumieren von Crack zeigen. Taibbi versprach, in Zukunft weitere Twitter-Dateien zu veröffentlichen. RT.ru

- Am Golden Gate zeigt sich ein unschönes Bild: Der Konsum harter Drogen auf offener Straße nimmt stark zu. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 03.12.2022

Albanien – Aus Ärger über den kosovarischen Ministerpräsidenten Albin Kurti bleibt der serbische Präsident Aleksandar Vucic einem geplanten Gipfeltreffen der Europäischen Union mit sechs Westbalkan-Staaten fern. SRF.ch

Algerien – Wenn Marokko auf Frankreich und Israel zählen kann, hat sich Algerien an seinen langjährigen Verbündeten Russland gewandt, um sein Arsenal zu stärken. Nach den jüngsten Bränden im Osten Algeriens kaufte Algier umgehend das russische Beriev-Modul für alle seine Militärflugzeuge und verwandelte sie in leistungsstarke Canadairs für knapp 20 % der Kosten eines Wasserbombers. Im Bereich der Cyber-Abwehr setzt Algerien seit Jahren auf russische Technologie. Und seit dem israelischen Pegasus-Skandal hat dieser Aspekt der Sicherheitskooperation an Bedeutung gewonnen. „Da Russland Algeriens erster Militärpartner ist, wäre eine Zusammenarbeit mit diesem Land notwendig, um die Entwicklung dieser Art von Technologien, einschließlich der elektronischen Verschlüsselung, zu starten, bevor algerische Ingenieure beginnen, ihre eigenen Werkzeuge zu entwickeln, indem sie Universitäten mit ihnen verbinden“, sagt Dr. Mohamed Salah Djemal, Sicherheitsspezialist für Afrika am European Centre for Counterterrorism Studies (ECCI). Was Drohnen und fortschrittliche Technologien angeht, hat Algerien wie Marokko kürzlich Abkommen mit der Türkei und den USA geschlossen, die es vorziehen, im Konflikt zwischen den Nachbarn am Rande zu bleiben. Aber mit der Markteinführung von Hyperschallwaffen ist Russland einen Schritt voraus. Ein Vorteil bei Querschlägern für Algerien, das durchaus der erste afrikanische Verbündete Moskaus werden könnte, der diese Waffen erhält.

Seite E 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

- Die tunesische Premierministerin Najla Bouden (64) begrüßte am 28.11. in Algier die Unterstützung Algeriens in dieser „sensiblen Situation“. RA.dz

Argentinien – Es ist der Albtraum eines jeden Seefahrers: In einem Sturm wird ein Kreuzfahrtschiff von einer Riesenwelle getroffen. Dabei gehen mehrere Scheiben zu Bruch. Für einen Mann endet der Zwischenfall tödlich. SRF.ch

China – Nach 6 Stunden haben drei Taikonauten (太空) die Raumstation Tiangong „天宫“ betreten.

- Ehemaliger chinesischer Präsident Jiang Zemin ist tot. Er wurde 96 Jahre alt.
- Die zweite Nacht in Folge gab es in der Wirtschaftsmetropole Schanghai Proteste. Nachdem gestern Hunderte lautstark die Aufhebung der Null-Covid-Massnahmen, und den Rücktritt des Präsidenten forderten, waren heute in Schanghai Tausende unterwegs. SRF.ch
- Die chinesischen Riesenstädte Guangzhou und Chongqing kündigten am 30.11. eine Lockerung der COVID-Massnahmen an, einen Tag nachdem Demonstranten im Süden von Guangzhou bei einer Reihe von Protesten gegen die weltweit härtesten Coronavirus-Beschränkungen mit der Polizei zusammenstießen. NPO.nl

Deutschland – Die Verbraucherpreise lagen im Durchschnitt um 10 % höher als vor einem Jahr. Beschleunigt hat sich allerdings der Preisanstieg bei Lebensmitteln. Sie waren im November um 21 % teurer als im Vorjahresmonat.

- Im September war erstmals seit Beginn des Angriffs auf die Ukraine wieder russisches Uran an eine Brennelementefabrik in Lingen im Emsland geliefert worden, die dem französischen Staatskonzern Framatome gehört. RBB.de
- Lebenslange Haft für Polizistenmörder von Kusel. Bei dem Verbrechen waren eine Polizeianwärterin und ein Polizeikommissar mit Kopfschüssen getötet worden. Kusel liegt am Kuselbach im Südwesten von Rheinland-Pfalz im Nordpfälzer Bergland, mit 5500 Einwohnern.
- Es ging im letzten WM-Gruppenspiel um Alles oder Nichts. Deutschland verlässt Katar da Japan die Spanier besiegte. SRF.ch
- Bundesregierung verursachte 308 Tonnen Kohlenstoffdioxid bei Flügen zu Weltklimakonferenz in Ägypten. DW.de
- Leugnen, lügen, vertuschen: MDR-Bericht offenbart deutsche Praxis im Umgang mit Impfschäden. MDR.de

Donezk – Auch am Donnerstag wurde das Zentrum von Donezk beschossen. Die Geschosse aus einem Mehrfachraketenwerfer trafen ein Wohnviertel, wo unter anderem das Ramada-Hotel beschädigt wurde. RT.ru

EU – Fast 30 % der Pestizidzulassungen in der EU sind nach Foodwatch-Recherchen im vergangenen Jahrzehnt ohne erneute Risikoüberprüfung verlängert worden. ORF.at

- „Die europäischen Spotgaspreise haben 2500 Dollar (pro 1000 Kubikmeter) erreicht“, so Gazprom. „Nach vorsichtigen Schätzungen werden die Preise in diesem Winter 4.000 Dollar pro 1000 Kubikmeter überschreiten, wenn diese Tendenz anhält.“ Die Ukraine hat eine der Gazprom-Routen für Lieferungen nach Europa geschlossen. VESTI.ru
- Niederländer und Schweden bezahlen am meisten fürs Gas. Die Kosten für Erdgas sind in Deutschland nicht am höchsten. In der zweiten Hälfte des Jahres 2021 zahlten Haushalte in Schweden im EU-Vergleich mit Abstand die höchsten Preise: Pro Kilowattstunde (kWh) waren es inklusive Steuern 0,185 Euro für die Konsumenten. Dänemark lag mit 0,124 Euro im Schnitt auf Platz zwei der EU-Länder, gefolgt von den Niederlanden und Spanien mit jeweils etwas über 0,10 Euro pro kWh Erdgas. Deutschland lag damals mit 0,069 Euro je Kilowattstunde Gas deutlich im Mittelfeld – hinter Italien, Frankreich, Irland und Portugal. NPO.nl

Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

- Die EU will Russland gemeinsam mit internationalen Partnern dazu zwingen, Erdöl künftig unter Marktpreis an Abnehmer in anderen Staaten zu verkaufen. Eine heute von Regierungsvertretern erzielte Absprache sieht vor, zunächst eine Preisobergrenze von 60 US-Dollar pro Barrel festzulegen. Der Preis von umgerechnet etwa 57 Euro pro 159 Liter würde dann um bis zu neun Euro unter dem jüngsten Marktpreis für russisches Rohöl der Sorte Urals liegen. Er wird den Plänen zufolge von Montag an gelten. Aus Moskau kam umgehend Kritik. ORF.at

Finnland – Das US-Verteidigungsministerium hat den geplanten Verkauf von Raketen im Wert von 323 Millionen Dollar angekündigt. Der Verkauf werde die finnischen „Luft-Luft- und Luft-Boden-Waffenfähigkeiten verbessern und sich positiv auf die US-Beziehungen zu den Ländern der nordischen Region auswirken“, erklärte das Pentagon gestern. ORF.at

Frankreich – Das Europäische Parlament in Straßburg will die Wiederherstellung der beiden Nord Stream-Pipelines verhindern. RT.ru

Griechenland – „Das Heiligtum des Poseidon von Samikon wurde entdeckt!“ heißt es in der Ankündigung des Österreichischen Archäologischen Instituts in Athen. Die Ausgrabung im Bereich des antiken Samikon ist eine Zusammenarbeit zwischen dem Ephorat für Altertümer von Elis unter der Leitung von Dr. Erofili Kolia und der Zweigstelle Athen des Österreichischen Archäologischen Instituts Akademie der Wissenschaften, geleitet von Dr. Birgitta Eder. Ende September entdeckte die Ausgrabung das Fundament eines großen Gebäudes, fast zehn Meter breit, mit dicken Mauern von etwa 8–10 Meter. Die Archäologen glauben, dass das Gebäude mindestens 28 Meter lang gewesen war, mit zwei Innenräumen, einem Vestibül namens Pronaos und einer innersten Kammer. „Das längliche große Gebäude kann nichts anderes als ein archaischer Tempel gewesen sein, der sich an der Stelle des Heiligtums von Poseidon befindet“, heißt es in der Erklärung, „vielleicht sogar dem Gott selbst gewidmet.“ Der Poseidon-Tempel wurde in der Geographie von Strabon bezeugt, der zwischen 64 v. Chr. lebte. und 24 nach Chr. Die Geographie war eine enzyklopädische Beschreibung von Europa und dem Mittelmeerraum um die Regierungszeit von Kaiser Augustus. Obwohl es für das Werk keine genaue Datierung gibt, enthält es einen Hinweis auf den Tod des mauretanischen Königs Juba II. im Jahr 23, kurz vor Strabos (63v.-23n.) eigenem Tod. Obwohl Poseidon heute im Volksmund als Gott des Meeres gilt, hatte er viele Eigenschaften in der klassischen hellenischen Religion, darunter Erdbeben und Pferde. ORF.at

Großbritannien – Wegen überfüllter Gefängnisse hat die britische Regierung die Polizei bei der Unterbringung von Häftlingen um Hilfe gebeten. Es gehe um bis zu 400 Zellen.

- Die Royal Mint enthüllt anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Band eine Münze der Rolling Stones. Die neue 5-Pfund-Münze (5.8 €) zeigt ein Silhouettenbild der auftretenden Kultband – Frontmann Mick Jagger, die Gitarristen Keith Richards und Ronnie Wood und den verstorbenen Schlagzeuger Charlie Watts – sowie den Namen der Band. Die Münze sagte, es sei eine der letzten Münzen, die mit dem Bild von Königin Elizabeth II. herausgegeben wurde, die im September im Alter von 96 Jahren starb. BBC.uk

Hawaii – Auf der Hauptinsel ist am Sonntag der höchste aktive Vulkan der Welt seit 40 Jahren ausgebrochen. der Mauna Loa (4'200 m). RT.ru

Iran – Erstmals hat ein iranischer General im Zusammenhang mit den Protesten im Land von 300 Todesopfern gesprochen. SRF.ch

Israel – Israel hat mit den USA eine Reihe von militärischen Flugübungen begonnen. Kampfjets und Tankflugzeuge beider Länder werden dazu mehrere Tage Szenarien angesichts regionaler Bedrohungen simulieren“. ORF.at

Italien – 100 € Strafe für Impfmuffel, 150 € Strafe für Maskenmuffel im ÖV. ORF.at

Kanada – In den nächsten fünf Jahren wird Kanada gemäss der neuen Strategie fast 2,3 Milliarden CAD (1,7 Milliarden €) in verschiedene Initiativen investieren, um seine wirtschaftliche und strategische Rolle in der Region zu stärken. 720 Millionen CAD (535,8 Millionen €) werden in die Stärkung der Marinepräsenz und die Erhöhung der Beteiligung der kanadischen Streitkräfte an Militärübungen in der Indopazifik-Region investiert. Die kanadische Regierung sagte, sie werde weiterhin mit Partnern zusammenarbeiten, „um gegen alle einseitigen Maßnahmen vorzugehen, die den Status quo in der Taiwanstraße sowie im Ost- und Südchinesischen Meer bedrohen“. [RFA.us](https://www.rfa.org)

Katar – Das Gastgeberland unterliegt im letzten Gruppenspiel gegen die Niederlande mit 0:2 und scheidet damit an der Heim-WM punktlos aus.

- Der Energieriese Qatar Energy hat laut Katars Energieminister Saad Scharida al-Kaabi Abkommen über Flüssiggaslieferungen nach Deutschland geschlossen. Die Lieferung soll 2026 beginnen und mindestens 15 Jahre laufen. Jährlich sollen bis zu 2 Millionen Tonnen geliefert werden. Das Gas wird an das US-Unternehmen Conoco Phillips verkauft, das es weiter ins deutsche Brunsbüttel liefert. Der Produzent Qatar Energy will über 27 Jahre insgesamt 108 Millionen Tonnen Flüssiggas (LNG) an den chinesischen Konzern Sinopec liefern. Es handele sich um den längsten Gasliefervertrag in der Geschichte der Flüssiggasindustrie, SRF.ch

- Die Stadien sind halb leer, weil die Kataris, die Tickets haben, nicht hingehen, weil sie mit der Leistung ihres Teams nicht zufrieden sind. Sie können die Karten nicht zurückgeben, dass sie wieder verkauft werden können. So gibt es viele Touristen, die hin wollen und keine Karten haben. Es gibt auch keinen Schwarzmarkt. NPO.nl

- Katar erlaubt Regenbogen.

- Katar trägt auch Schönheitswettbewerb für Kamele aus. ORF.at

Lettland – Der lettische Verteidigungsminister Artis Pabriks (56) hat am Freitag die Ausweisung des derzeit in Riga residierenden TV-Senders Doschd (Дошд) der russischen Opposition aus dem Land gefordert. LR.lv

Niederlande – Lautstärke in Lokalen muss runter von 103 auf maximal 100 Dezibel. 3 db bedeutet eine Verdopplung der Lautstärke. Das Bel (B) ist eine Maßeinheit zur Kennzeichnung des dekadischen Logarithmus des Verhältnisses zweier Größen der gleichen Art bei Pegeln und Massen. Diese werden in der Elektrotechnik und der Akustik angewendet.

- Friesisch wird nicht mehr automatisch von Vater/Mutter auf Sohn/Tochter übertragen. Es läuft Gefahr, einen langsamen Tod zu sterben. Friesisch ist eine der drei in der Europäischen Charta anerkannten Minderheitensprachen in den Niederlanden (neben Limburgisch und Niedersächsisch). In der niederländischen Provinz Friesland sprachen 2004 etwa 440'000 Menschen Friesisch, von denen etwa 350'000, etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, als Muttersprache. Friesisch wird auch im Groninger Westerkwartier, der deutschen Gemeinde Saterland im niedersächsischen Landkreis Cloppenburg und in Schleswig-Holstein an der Grenze zu Dänemark gesprochen.

- Da kaum ein Flüchtling ukrainisch spricht, gibt es jetzt Ukrainischkurse für Russischsprachige.

- Geplant: Zigarettenrauchen ab 21, die Packung ab 10 €

- Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) in Amsterdam warnt vor Medikamenten zur Behandlung von trockenem Husten, die den Wirkstoff Pholcodin enthalten. NPO.nl

Österreich – Wien ist bei einer Umfrage unter Expats erneut zur unfreundlichsten Stadt der Welt gekürt worden. Zwar zählt die Stadt beim „Expats City Ranking 2022“ zu jenen mit der höchsten Lebensqualität – bei der Freundlichkeit landete sie am Ende. Zudem wird Wien als nicht besonders teuer wahrgenommen und belegte den neunten Platz im Index zu den persönlichen Finanzen. Punkten konnte Wien aber in den Kategorien „Reisen & Transportwesen“ (Platz eins) sowie „Gesundheit & allgemeines Wohlbefinden“ (Platz zwei). Der Index zur Eingewöhnung (letzter Platz) ist dagegen ein großer Minuspunkt. Auch in der Kategorie „Freundlichkeit“ landete Wien ganz hinten. 54 % fanden es laut der Umfrage schwer, sich mit den Wienern anzufreunden (weltweit: 37 %). Weitere 32 % fühlten sich nicht willkommen.

- Christiane Hörbiger ist im Alter von 84 Jahren verstorben. Sie war eine der beliebtesten Fernsehschauspielerinnen des Landes und erhielt zahlreiche Auszeichnungen, etwa 2018 die Goldene Kamera für ihr Lebenswerk. Ihre Karriere umfasst rund 130 Film- und TV-Produktionen. Dabei hatte es die Schauspielerin, die vor mehr als 60 Jahren ihr Bühnendebüt gab, als Tochter des legendären Schauspielerehepaars Paula Wessely und Attila Hörbiger zunächst nicht leicht.

- Die älteste Tageszeitung der Welt – von der Regierung herausgegeben – wird bald nur mehr im Internet erscheinen und nur einmal im Monat. Grund sind Regelungen der EU, die offizielle Veröffentlichungen neu regeln. Obwohl es private Interessenten gibt, soll die neue Internetzeitung mit Journalistenausbildung gekoppelt werden und in Staatsbesitz bleiben. Der prominente Journalist Hugo Portisch (1927–2021) hatte Weltkulturerbestatus gefordert. Die Wiener Zeitung wurde 1703 als Wienerisches Diarium gegründet. Die erste Ausgabe erschien am 8. August 1703. Damit handelt es sich um die älteste noch stets erscheinende Tageszeitung der Welt. Die Zeitung ist zu 100 % im Besitz der Republik Österreich. Mit Bezug zur EU-Richtlinie 2019/1151 erwägt die österreichische Bundesregierung, die Verpflichtung zur bezahlten Veröffentlichung von Jahresabschlüssen und anderen Kundmachungen für Firmen aufzuheben, was bisher die Zeitung finanzierte. SRF.ch

- Telekom Austria streikt am Donnerstag. ORF.at

Pakistan – Die Taliban haben die Waffenruhe mit der pakistanischen Regierung aufgekündigt. Sie riefen ihre Kämpfer gleichzeitig dazu auf, im ganzen Land Vergeltungsanschläge zu begehen. Die Waffenruhe war seit Juni 2022 in Kraft. Sie war nach rund 20 Jahren bewaffneten Konflikts eingeführt worden. Als Grund für das Aufheben des Waffenstillstands geben die pakistanischen Taliban an, Taliban-Kämpfer würden durch das Militär der nordwestlichen Region Khyber Pakhtunkhwa und anderen Teilen des Landes verfolgt. SRF.ch

Panama – Es bedarf einer neutralen Ukraine, damit Russland keine Bedrohung für die Sicherheit Europas darstellen kann. Das sei das Wichtigste, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán, Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI), am Samstag auf der Vorstandssitzung der UNO in Panama City. KR.hu

Polen – OSZE-Sicherheitstreffen überschattet von Russlands Krieg, Außenminister Lawrow (72) wurde ausgeschlossen. Russlands ständiger Vertreter bei der Organisation, Alexander Lukaschewitsch, leitete die russische Delegation nach Łódź [ˈwutɕ]. Lukaschewitsch verurteilte die westlichen Länder. OSZE-Minister können sich nicht auf Erklärung einigen. PR.pl

Ruanda – Die Schweiz auf Seiten der Völkermörder von Ruanda? Félicien Kabuga war einer der meistgesuchten Verbrecher der Welt. Er gilt als Financier des Völkermords in Ruanda. 26 Jahre war Kabuga auf der Flucht. Ein Grund dafür ist die Schweiz. Sie hätte ihn 1994 festnehmen können. Warum ließ man den mutmaßlichen Völkermörder damals laufen? «Als ich merkte, dass ich mich im gleichen Asylzentrum in Genf befinde wie Félicien Kabuga, erfasste mich die Panik. Das war wie plötzlich vor Hitler zu stehen», erinnert sich die Ruanderin Aline, die ihren richtigen Namen nicht nennen will. Aline ist Tutsi und hat damals 1994 Schutz gesucht in der Schweiz, um nicht wie rund 800'000 ihrer Landsleute von Hutu-Extremisten wie Félicien Kabuga abgemetzelt zu werden. Doch anstatt den mutmaßlichen Völkermörder zu verhaften, zieht Bern es vor ihn auszuweisen und scheut dafür keine Kosten. Was genau ist damals im Sommer 1994 passiert? Warum kann Kabuga in die Schweiz ein- und ausreisen, obwohl schon damals bekannt ist, welche tragende Rolle er beim Planen und Ausführen des Völkermordes wohl spielte? Es ist eine Geschichte über undurchsichtige Nähe zwischen einem Bundesbeamten in Bern und der Familie Kabuga, Pannen, Nicht-Kommunikation und Wegschauen in der Schweiz. Und es ist eine Geschichte über das Erbe des Genozids, das die heutige Generation in Ruanda mit sich trägt. «International» SRF.ch

Rumänien – Die NATO werde ihre Präsenz vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee verstärken, sagte US-Außenminister Blinken (60) in der rumänischen Hauptstadt Bukarest. RT.ru Nach dem NATO Treffen in Bukarest: Ukraine enttäuscht. Die Ukraine erhält weitere Defensivwaffen sowie Störsender zur Drohnenabwehr. Und das, was auf dem Nato-Außenministertreffen als Winterhilfspaket zur Überlebenshilfe bezeichnet wurde: medizinisches Material, Winterausrüstung, aber auch Stromgeneratoren, Transformatoren sowie Geld, Material und Knowhow, um die ramponierte Strom- und Gasversorgung notdürftig zu reparieren. Kiew hätte sich mehr erhofft. SRF.ch

- Der lettische Außenminister Edgar Rinkevics (49) sagt, der Ukraine sollte erlaubt werden, Militäranlagen innerhalb Russlands anzugreifen, da sie Angriffe auf ihre kritische Infrastruktur abwehrt. „Wir sollten den Ukrainern erlauben, Waffen einzusetzen, um Raketenstandorte oder Flugplätze anzugreifen, von denen aus diese Operationen gestartet werden“, sagte Rinkevics am 29.11. in einem Interview, als er am Treffen der NATO-Außenminister in Bukarest teilnahm. NATO-Verbündete, einschließlich der Vereinigten Staaten, haben sich zurückgehalten, Angriffswaffen zu schicken. RFE.cz

Russland – Russlands Rüstungsbeschaffungsplan für 2023 wird um 50 % wachsen, um sicherzustellen, dass die russischen Truppen zu 97 % mit Waffen und militärischer Ausrüstung versorgt sind, sagte Armeegeneral Sergej Schoigu (67), Verteidigungsminister, auf der Vorstandssitzung des Ministeriums am Mittwoch.

- Iranische Automobilhersteller versuchen, sich auf dem russischen Markt zu etablieren. Laut einer am Montag von Moskau und Teheran unterzeichneten Absichtserklärung sollen iranische Autos im Wert von 300 Millionen US-Dollar nach Russland exportiert werden. RT.ru

- Ukraine griff Kraftwerk in Kursk an. Es liegt am Zusammenfluss der Flüsse Tuskar und Sejm, etwa 100 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt. Westlich der Stadt befindet sich ein Meteoritenkrater mit einem Durchmesser von 5,5 Kilometern. ORF.at

- Edward Snowden (39) erhält russischen Pass. Im Juni 2013 stellte Snowden Journalisten der Washington Post und des Guardian geheime Dokumente über geheime NSA-Spionageaktivitäten zur Verfügung. Er erklärte, wie die NSA mit dem Computerprogramm PRISM weltweit die Online-Kommunikation überwacht. Später tauchten Dokumente über das XKeyscore-Programm und eine Reihe anderer NSA-Spionageaktivitäten auf, darunter das Bullrun-Programm, das sichere Internetkommunikation entschlüsselt. Das FBI ordnete

Seite E 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

2013 seine Verhaftung wegen Spionage an. Er ist in Russland gestrandet, weil ihm sein Pass entzogen wurde und ihm dort später politisches Asyl gewährt wurde. Er erhielt die russische Staatsbürgerschaft. NPO.nl

- Putin habe versucht, noch vor Beginn der militärischen Sonderoperation Verhandlungen mit den USA, der NATO und der OSZE aufzunehmen. Die Initiative stieß aber nicht auf Gegenseitigkeit. SP.ru
- Lawrow nennt Kriegsziel der NATO: „Russland draußen, Deutschland unten“ VESTI.ru

Saint Helena -Jonathan, eine Seychellen- Riesenschildkröte, feiert am Wochenende den 190. Geburtstag auf der Insel im Südatlantik, wo der französische Kaiser Napoleon 1821 im Exil gestorben war. BBC.uk.

Schweden – International Idea, eine weltweit tätige internationale Organisation, der auch die Schweiz seit 2005 als Mitglied angehört, kommt zum Schluss: Noch nie seit 1990 gab es so wenige und schwache Demokratien wie heute in der Welt. Erstes Opfer ist dabei in vielen Teilen der Welt die Meinungsfreiheit. Von den über 170 untersuchten Staaten weltweit stuft International Idea derzeit über ein Drittel als Autokratien ein. Aber es gibt auch einige wenige Lichtblicke: So haben so unterschiedliche Länder wie Gambia, Sri Lanka und Moldau erfreuliche Schritte in Richtung mehr Demokratie getan. In Kenia und Brasilien haben sich die Wahlbehörden bewährt. SRF.ch

- Der vor der Verstaatlichung stehende Energiekonzern Uniper will vom russischen Gazprom-Konzern wegen ausbleibender Gaslieferungen Schadenersatz in Milliardenhöhe erstreiten. Uniper habe ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet, sagte Vorstandschef Maubach in Düsseldorf. Die höheren Kosten für die Ersatzbeschaffung bezifferte er auf bisher 11,6 Milliarden Euro. Das Verfahren werde vor einem internationalen Schiedsgericht in Stockholm stattfinden.. ORF.at

Schweiz – Die Schuhfirma Vögele ist am Ende. Betroffen sind 131 Mitarbeiter.

- Nationalrat sorgt sich wegen düsterer Finanzaussichten. Die Bundesfinanzen geben viel zu reden. Die Rechte und die Linke sind sich uneinig, ob und wo sparen angebracht ist.
- Das sich eintrübende internationale Umfeld wirkt bremsend auf die Schweizer Industrie.
- Bundesratswahlen. Anhörung hinter verschlossener Tür: Wer taugt zur Bundesrätin? Beim politischen Speeddating stellen sich die Kandidierenden den Parteien. Trotz geheimen Hearings sickern Fakten durch.
- Neues System im Kanton Luzern. Wer Angehörige pflegt, soll eine Entschädigung vom Staat erhalten.
- Die Covid-Impfung kann in seltenen Fällen zu schweren Nebenwirkungen führen. Betroffene fordern mehr Unterstützung.
- Kinder befragen SVP-Kandidaten. «Darf man als Bundesrat lügen, Herr Röstli?»
- Vor ein paar Tagen machten diverse IT-Portale auf einen riesigen Whatsapp-Leak aufmerksam. Offenbar werden aktuell mehr als 1.5 Millionen Schweizer Handynummern im Darknet zum Verkauf angeboten. Das berichtet die Westschweizer Zeitung «Le Temps». Insgesamt gehe es um 500 Millionen Nummern aus einer WhatsApp-Datenbank, die ein Hacker zum Verkauf anbietet.
- Die 6 Aufklärungsdrohnen, die die Armee um 300 Mio. Franken in Israel kauft, können nicht vor 2024 geliefert werden. Sie sollen die Grenzen überwachen. SRF.ch

Slowakei – Im Rahmen eines mit Deutschland vereinbarten Ringtauschs hat die Slowakei der Ukraine 30 Schützenpanzer des sowjetischen Typs BMP-1 übergeben. Das teilte Verteidigungsminister Jaroslav Nad heute mit. SRF.ch

Spanien – Ein Umschlag mit einer Bombe traf heute zu Mittag bei der ukrainischen Botschaft in Madrid ein, wobei ein Mitarbeiter leicht verletzt wurde. Lokale Medien berichten

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

darüber. Demnach sei noch nicht bekannt, wer den Brief oder die Art des Sprengstoffs verschickt habe. Als Reaktion auf den Vorfall kündigte Kiew an, die Sicherheit in all seinen Botschaften zu verstärken. RP.cz

- Eine unbekannte Täterschaft verschickt Briefbomben an führende Politiker und Botschaften in Spanien. SRF.ch

Südkorea – Südkorea gibt Warnschüsse ab. Nach Angaben des südkoreanischen Militärs drangen am frühen Morgen wiederholt chinesische H-6-Bomber in die Luftverteidigungszone ein. Einige Stunden später seien sie dann von russischen Jets begleitet worden, darunter TU-95-Bombern und SU-35-Kampffjets. Die Flugzeuggruppe habe die Zone nach 18 Minuten wieder verlassen. Die russischen und chinesischen Flugzeuge hätten sich an das Völkerrecht gehalten und keine ausländischen Lufträume verletzt. Die Luftüberwachungszone ist eine Art Pufferzone, vor dem Luftraum. SRF.ch

Ukraine – Die EU-Kommission hat am Mittwoch aus einer Rede der Kommissionschefin Ursula von der Leyen Angaben zu der Anzahl ukrainischer Gefallener entfernen lassen. Die Politikerin hatte in einer Ansprache von über 100.000 ukrainischer Militärs gesprochen, die seit Februar gefallen seien. RT.ru

- Mitarbeiter einer von ukrainischen Behörden eingerichteten Hotline für russische Soldaten, die sich lieber ergeben als gegen die Ukraine zu kämpfen, bearbeiten täglich bis zu 100 Anfragen. Die Ukrainer haben im September ein Projekt mit dem Titel „Ich will leben“ gestartet, seitdem haben sie 3'500 Kontakte von Soldaten der russischen Armee oder ihren Angehörigen verzeichnet. Durch den Anruf einer Hotline oder die Eingabe von Daten über Apps könnten russische Soldaten den besten Weg aushandeln, sich zu ergeben. BBC.uk
- Der Gesetzgeber in der ukrainischen Hafenstadt Odessa am Schwarzen Meer hat beschlossen, das Denkmal der russischen Kaiserin Katharina der Großen (1729–1796), die Gründerin von Odessa zu entfernen. RFE.cz
- Ukraine verbietet russische Kirchen. NPO.nl
- Nach einer Briefbombe in Spanien haben andere diplomatische Vertretungen der Ukraine Angaben aus Kiew zufolge Päckchen mit blutigem Inhalt bekommen. In den Botschaften in Ungarn, den Niederlanden, Polen, Kroatien, Italien und drei Konsulaten in Italien, Polen und Tschechien seien Päckchen mit Tieraugen eingegangen, teilte das ukrainische Außenministerium heute mit.
- USA planen, Waffen aus dem Nahen Osten in die Ukraine zu verlagern, u.a. das Luftabwehrsystem NASAMS. das aus Norwegen stammt. Hierzu sind sechs Raketen auf einem Startgerät montiert, das entweder auf einem LKW oder als Anhänger mitgeführt wird. SRF.ch

Ungarn – Ein typischer ungarischer Haushalt verfügte 2021 über ein Bruttoeinkommen pro Kopf von gut 2,4 Mio. Forint (6'000 €), Singlehaushalte brachten es auf mehr als 2,9 Mio. Forint (7'000 €). Ungefähr ein Fünftel der Bevölkerung war dem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt.

- „Ungarn fühlt als tausendjähriger christlicher Staat eine besondere Verantwortung für die verfolgten Christen der Welt“, erklärte Außenminister Péter Szijjártó am Montag auf einer Fachkonferenz in London. „Es ist traurig, dass im 21. Jahrhundert noch immer extremistische Ideologien Verbreitung finden, die Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder Religion der Verfolgung aussetzen, häufig gepaart mit sexueller Gewalt“, sagte der Aussenminister. Deshalb habe Ungarn vor fünf Jahren das Programm „Hungary Helps“ aufgelegt. Seither flossen rund 80 Mio. USD in den Wiederaufbau von Wohnhäusern und Einrichtungen, Schulen und Krankenhäusern sowie an wirtschaftlichen Beihilfen, um das Leben der Menschen in ihrer angestammten Heimat in 54 Ländern attraktiver zu gestalten. Besondere Unterstützung erhielten die Katholische Kirche Nigerias und die

Seite E 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Chalädisch-Katholische Kirche im Irak bei der Rehabilitation von Mädchen und Frauen, die Opfer islamistischer Terroristen wurden. Szijjártó versicherte auf der Konferenz, Ungarn werde die Hilfsprogramme allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Herausforderungen zum Trotz weiterführen. KR.hu

- EU-Gericht in Luxemburg wies Österreichs Klage gegen AKW Paks II, 180 km von Österreich ab. Finanziert wird der Ausbau um die zwei Reaktoren mit einer Leistung von je 1'200 Megawatt hauptsächlich durch einen Kredit in der Höhe von umgerechnet zehn Milliarden Euro von Russland. ORF.at
- EU-Kommission empfiehlt, 7.5 Milliarden Euro einzufrieren. SRF.ch

USA – Die USA werfen Iran aus Fussball-WM.

- Mexiko hält an Importverbot für US-Genmais fest.
- San Francisco erlaubt Polizei Roboter zum Töten. ORF.at
- In den USA kamen vor einem Monat die Zwillinge Timothy und Lydia zur Welt. Das Besondere: die beiden wurden vor 30 Jahren gezeugt und als Embryonen eingefroren. Noch nie kamen Babys auf die Welt, die so lange eingefroren waren.
- Die US-Demokraten haben einen Generationenwechsel vollzogen und Hakeem Jeffries (52) zu Nancy Pelosis (82) als Fraktionschef Nachfolger gewählt. SRF.ch
- USA sollen Unterseekabel und Pipelines in der Nord- und Ostsee am Boden des Meeres verteidigen.
- Harrison Ford (80) bekam die verjüngende Benjamin-Button-Behandlung für den fünften „Indiana Jones“ Film, in dem er einen jungen Mann spielt. NPO.nl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 03.12.2022

Ägypten – Der Klimawandel bringt den Wasserhaushalt weltweit durcheinander. Ägypten ist ein Land, in dem der Wassermangel bereits ausgeprägt ist. Projekte mit deutscher und Schweizer Unterstützung zeigen, wie Anpassung funktionieren kann und wie aufwändig sie ist. Ein gutes Dutzend Bauern sitzen mitten in einem Feld im Halbkreis, außerhalb der Kleinstadt Quai rund 150 Kilometer südlich von Kairo. Die Novembersonne ist warm, aber nicht mehr heiß. Ein Instruktor erklärt den Männern, wie sie ihre Knoblauch-Kulturen besser an den Klimawandel anpassen können. Wasser sparen und im Boden halten, ist die eine Devise. Den Knoblauch vor Stürmen schützen, die andere. Wie beides funktioniert, erklärt der Instruktor den Bauern auf einem Demonstrationsfeld der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ. Die Bauern können dieses Feld direkt mit ihren eigenen vergleichen und entsprechend ihre Lehren daraus ziehen. Anstatt in Reihen wird der Knoblauch hier zusammen mit Geranien angepflanzt. Das helfe, das Wasser und den Dünger länger im Boden zu halten, erklärt der Instruktor. Ägypten gehört zu den zehn wichtigsten Exportländern von Knoblauch. Dessen Anbau hat hier eine jahrtausendelange Tradition. Doch die überlieferten Anbau-Methoden funktionieren nicht mehr. «Die plötzlichen heftigen Regenfälle in den letzten Sommern und dann die höheren Temperaturen machen mir zu schaffen», sagt einer der Bauern. «Ich ernte weniger und schlechteren Knoblauch.» Ägypten leidet seit Jahren unter Wassermangel. Pro Kopf steht der Bevölkerung nur gut halb so viel Wasser zur Verfügung, wie die UNO eigentlich als Minimum definiert hat. Derweil wächst die Bevölkerung rasant und der Wasserstand des Nils – von dem der Großteil des Wassers kommt – sinkt aufgrund des Klimawandels. Dazu kommt, dass das südliche Nachbarland Äthiopien am Oberlauf des Flusses einen neuen Stausee am Füllen ist. SRF.ch

Belarus – Der Außenminister von Belarus, Wladimir Makej, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Die staatliche Nachrichtenagentur Belta berichtete heute von einem „plötzlichen Tod“, ohne nähere Einzelheiten zu nennen. Über Krankheiten war nichts bekannt. Makej hatte sich lange Zeit für eine Verbesserung der Beziehungen seines Landes zum Westen eingesetzt und auch den Verbündeten Russland kritisiert. Von diesem Kurs war er jedoch nach Massenprotesten der Bevölkerung gegen die Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 abgerückt. Er hatte die Proteste als Kampagne westlicher Agenten bezeichnet. ORF.at

China – In China hat die strenge Corona-Politik am Wochenende zu den größten Protesten seit Jahrzehnten geführt. In der Hauptstadt Peking und anderen Millionenstädten gingen Demonstranten zu Hunderten auf die Straßen. Auch in Schanghai waren in der Nacht zum Sonntag vor allem junge Leute zu einem Protestmarsch unterwegs. Auslöser der jüngsten Proteste war ein Wohnungsbrand am Donnerstagabend in der nordwestchinesischen Stadt Ürümqi, bei dem mindestens zehn Menschen getötet und weitere neun verletzt wurden. Auf Videos von Schanghai, die sich trotz staatlicher Zensur im Internet verbreiteten, waren Rufe wie «Nieder mit der Kommunistischen Partei! Nieder mit Xi Jinping!» zu hören. Unter dem jetzigen Staats- und Parteichef verfolgt die Volksrepublik eine strikte Null-Covid-Strategie. SRF.ch

Dänemark – Nachhaltiges Spielzeug. Lego will vom Plastik wegkommen. Der Spielzeug-Riese forscht an Materialien wie Zuckerrohr. SRF.ch

Deutschland – Bundeskanzler Scholz hat sich für eine leichtere Einbürgerung ausgesprochen. Nach den Plänen von Bundesinnenministerin Faeser sollen hier lebende Ausländer schon nach fünf Jahren den deutschen Pass bekommen können – bisher waren es acht. Die Union kritisiert die Pläne von Bundesinnenministerin Faeser, Einbürgerungen zu erleichtern.

- Die Deutsche Bahn sieht keinen Spielraum dafür, mehr Züge einzusetzen. Sollte die Nachfrage im Regionalverkehr durch das geplante 49-Euro-Ticket steigen, könne man aus einem Halbstunden- keinen Viertelstundentakt machen, sagte Bahn-Vorstand Huber der Zeitung „Welt am Sonntag“. Dafür gebe es zu wenig Netz für zuviel Verkehr – also schlicht keinen Platz.
- Falscher Alarm. Wie die BZ berichtet, hat ein Unbekannter per Notruf angekündigt, mit einem Fahrzeug auf den Berliner Weihnachtsmarkt zu rasen. Daraufhin wurden die Straßen in der Umgebung und auch der Tunnel Grunerstraße gesperrt. RBB.de

Großbritannien – Medienhäuser haben an die US-Regierung appelliert, die Strafverfolgung von WikiLeaks-Gründer Julian Assange einzustellen. In dem von Spiegel, Le Monde, El Pais, New York Times und Guardian unterzeichneten und heute veröffentlichten offenen Brief heißt es, die Anklage schaffe einen gefährlichen Präzedenzfall und drohe die Pressefreiheit zu untergraben. Assange versucht, gegen seine Auslieferung in die USA vorzugehen am High Court in London. ORF.at

Irak – Nach dem Auffliegen eines Korruptionsskandals enormen Ausmaßes hat die Regierung in Bagdad einen Teil der von einem Regierungskonto entwendeten 2,5 Mrd. Dollar zurückbekommen. ORF.at

Katar – Nach dem Spiel gegen Wales warfen die iranischen Fußball-Profis ihren Trainer Carlos Queiroz in die Luft und zelebrierten ihren bewegenden Sieg unter größtem politischen und sportlichen Druck. Der WM-Aussenseiter gewann dank Toren von Roozbeh Cheshmi und Ramin Rezaeian in der achten und elften Minute der Nachspielzeit mit 2:0 SRF.ch

Marokko – Es war der bisher tödlichste Vorfall an Europas einziger Landgrenze mit Afrika: Im Juni versuchten fast 2000 Migranten, den Grenzzaun in Melilla zu überwinden. Mindestens 23 starben. Doch die Aufarbeitung des Dramas geht kaum voran – zu explosiv ist die Grenzpolitik in Nordafrika. Augenzeugen beschreiben die Ereignisse vom 24. Juni wie eine Schlacht zwischen den Migranten aus afrikanischen Ländern und der Polizei. Die Migranten hatten versucht, die Stacheldrahtzäune zu überwinden, die die spanische Exklave von Marokko trennen. Auf Videos sind hunderte junger Männer zu sehen, die offenbar mit Tränengas beschossen werden. Auf einem anderen Filmschnipsel sieht man eine Menschenmenge wie tot am Boden liegend und Verletzte mit zerrissenen und blutigen Kleidern. Die marokkanische Polizei soll mit Stöcken auf die Migranten eingeschlagen haben, Marokkos Behörden wiederum berichten von Gewalt von Seiten der Migranten und verletzten marokkanischen Beamten. Madrid und Rabat schieben die Schuld an dem Drama Menschenhändlern zu, die Ermittlungen laufen noch. Was sich aber zeigt: Die Migranten sind nicht nur zunehmend verzweifelt, sondern viele sind mit Gewalt und bewaffneten Konflikten aufgewachsen, was das Risiko erhöht, dass sie selber gewalttätig werden. In Marokko aber machen viele die Abschottungspolitik der EU mitverantwortlich. Diese jedoch reagiert verhalten. Das Thema ist brisant. Das zeigt sich auch während der Recherche zu dieser Reportage an Europas Außengrenzen. «International» SRF.ch

Mexiko – Zwei Wochen nach Massendemonstrationen gegen ihn ist der mexikanische Präsident Andres Manuel Lopez Obrador (69) mit Tausenden Anhängern und Anhängerinnen auf die Strasse gegangen. Gemeinsam marschierten sie gestern mehr als vier Stunden lang durch Mexiko-Stadt zum zentralen Platz Zocalo. Anlass war der Ablauf der ersten vier Jahre seiner sechsjährigen Amtszeit. ORF.at

Niederlande – Kein Geld, um Lebensmittel zu kaufen, kein Dach über dem Kopf und keinen sicheren Ort oder medizinische Versorgung. Das ist die Realität für immer mehr Niederländer. Das Rote Kreuz ist besorgt über die Situation in den Niederlanden. Ein Teil des Geldes, das die Hilfsorganisation erhält, wird nun für die Niederlande ausgegeben.

- Gemeinden suchen intensiv nach mehr Unterkünften für Ukrainer. NPO.nl

Österreich – Nach gescheiterten Tarifverhandlungen legen Österreichs Eisenbahner den Zugverkehr am Montag mit einem 24-stündigen Warnstreik still. Laut den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) sind schon ab Sonntag auch grenzüberschreitende Verbindungen mit der Schweiz und anderen Ländern von der Maßnahme betroffen. Busse und andere öffentliche Verkehrsmittel in Österreich sind vom Streik nicht betroffen. Die Gewerkschaft vda, die rund 50'000 Eisenbahner in Österreich vertritt, hatte eine pauschale Lohnerhöhung von 400 Euro gefordert, was laut Arbeitnehmervertretern ein durchschnittliches Plus von etwa 12 Prozent ausmachen würde. Die Wirtschaftskammer, die auf Arbeitgeberseite die Verhandlungen führt, besserte ihr Angebot zuletzt auf 8.4 Prozent nach. Die Inflation lag in Österreich im Oktober im Jahresvergleich bei 11 Prozent. Im Handel drohen Freitag und Samstag Streiks. SRF.ch

- Klagenfurt hat bald Europas größtes Schachmuseum. ORF.at

Pakistan – Neuer Armeechef. Ex-Geheimdienstchef wird mächtigster Mann der Atommacht Pakistan. Monatelang wurde spekuliert. Nun ist klar: Asim Munir übernimmt die Führung im krisengeschüttelten Land. General Asim Munir wird neuer Armeechef. Eigentlich stand er kurz vor der Pensionierung, nun soll Munir für die nächsten drei Jahre höchster pakistanischer Militär werden. Und damit die Nachfolge des einflussreichen Amtsinhabers, General Javed Bajwa, antreten. Der monatelange Auswahlprozess war höchst kontrovers. Der Grund: Anhaltende politische Machtkämpfe, in denen die Armee eine wichtige Rolle spielt. Es geht um die Rivalität zwischen dem amtierenden Premierminister Shebaz Sharif

und dem im Frühjahr per Misstrauensvotum aus dem Amt gewählten Ex-Premier Imran Khan, sagt die pakistanische Politikwissenschaftlerin und Militär-Expertin Ayesha Siddiqa. Am Ende habe sich die amtierende Regierung Sharif vor allem deshalb für General Munir als Armeechef entschieden, weil dieser ein Kritiker des ehemaligen Premiers Khan sei. SRF.ch

Russland – In Russland wird der Muttertag am letzten Sonntag im November gefeiert, also heuer am 27. November, in Weißrussland am 14. Oktober, in Georgien am 3. März, in Armenien am 7. April. In der Republik Kasachstan wird der Muttertag am dritten Sonntag im September gefeiert, in Kirgisistan am dritten Sonntag im Mai. Der Muttertag ist ein internationaler Feiertag, der Müttern gewidmet ist. An diesem Tag ist es üblich, Müttern und schwangeren Frauen zu gratulieren, im Gegensatz zum Internationalen Frauentag, an dem alle weiblichen Vertreter Glückwünsche entgegennehmen. Im Russischen Reich wurde der Muttertag erstmals am 1. Dezember 1915 begangen. Das Vergissmeinnicht ist das Symbol des Muttertags in Russland: Eine kleine Blume symbolisiert Beständigkeit, Hingabe, Zärtlichkeit und selbstlose Liebe – all die Natur, die so großzügig dem Herzen einer Mutter geschenkt wurde. Auch Bilder von Teddybären mit Vergissmeinnicht in den Pfoten sind ein Attribut des Feiertags. Dieser Tag fällt in verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Daten. (In den meisten Ländern am 2. Sonntag im Mai. in Großbritannien – am ersten Sonntag im März, in Griechenland – am 9. Mai, in Polen – am 26. Mai. Schweden und Franzosen gratulieren ihren Müttern am letzten Sonntag im Mai. Serben – im Dezember. In Ungarn, Spanien, Portugal und Litauen wird der Muttertag am ersten Sonntag im Mai gefeiert. 10. Mai auf den Philippinen, 21. März in Ägypten) SP.ru

Schweiz – Wohin mit Verwahrten, die ihre Strafe abgesessen haben? Im Kanton Solothurn leben sie separat in einem Haus. Nach dem Verbüßen der Strafe bleiben Verwahrte weiterhin im Gefängnis. Dort haben sie ein Anrecht auf ein möglichst normales Leben. Das sei schwierig, erklärt Charles Jakober, Direktor der Justizvollzugsanstalt. Man müsse den übrigen Gefängnisbetrieb und jenen der Verwahrten trennen. In Deitingen wohnen sechs von zwölf Verwahrten deshalb im ehemaligen Direktorenhaus in einer Wohngemeinschaft. Wie in einer normalen Wohngemeinschaft gibt es auch in der Gefängnis-WG Pflichten. Die Bewohner müssen kochen und putzen. Und sie dürfen nicht dauernd miteinander streiten. Die sechs Verwahrten sind zudem ständig unter Aufsicht. Es herrsche eine gewisse familiäre Atmosphäre, meint Wohngruppenleiter Gerhard Imfeld. Und er betont die Ruhe im Haus.

- Bei Grabungsarbeiten für das neue Fernwärmenetz in Basel haben Archäologen einen Fund gemacht, den sie als «spektakulär» bezeichnen. Im Kleinbasel legten die Forscher 15 Gräber aus dem Frühmittelalter frei. Die Besitzerin der Gewandschließe soll eine rund 20-jährige junge Frau gewesen sein. Das Schmuckstück zeige auf, wie filigran das Goldschmiedehandwerk schon zu dieser Zeit war. Es ist aus Buntmetall gefertigt und mit blauem Glas und hellgrünem Granat besetzt. Im Grab der jungen Frau finden sich noch zahlreiche andere Schmuckstücke. «Der Reichtum im Grab der jungen Frau ist wirklich außergewöhnlich», sagt Lassau. An ihrem Oberkörper trug die Frau beispielsweise 160 Perlen aus Glas und Amethyst, sowie einen großen auffälligen Bernsteinanhänger, um die Taille einen Gürtel mit zahlreichen durchlöcherten römischen Münzen. Beigelegt ist dem Grab auch ein Kamm aus Knochen. Die zahlreichen Beigaben weisen auf den hohen gesellschaftlichen Status der Frau hin. Vermutlich stammte sie aus einer Familie mit Grundbesitz in der damals noch ländlichen Gegend des heutigen Kleinbasels. Solche Funde seien in frühmittelalterlichen Gräbern «eher singulär». Das Skelett ist nur noch vom Hals bis zu den Knien erhalten. Grund dafür seien Bauarbeiten, die im 20. Jahrhundert durchgeführt wurden. Dabei wurde das Skelett versehentlich zerstört, der Schmuck blieb damals noch unentdeckt. Aufgrund der aktuellen Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Ausbau des

Fernwärmenetzes haben die Forschenden zahlreiche weitere Gräber entdeckt. Das Grabfeld im Kleinbasel sei viel dichter genutzt worden als ursprünglich angenommen. «Es scheint ein Hotspot zu sein, ein spezieller Ort, wo besonders wohlhabende Leute begraben wurden», sagt Lassau. So stießen die Forschenden auch auf ein Mädchengrab mit einer goldtuschierten Gürtelschnalle und 380 Perlen. Ein weiteres Grab eines Buben enthielt unter anderem silbertuschierte Gürtelbeschläge. Zudem kam das Skelett eines Mannes zum Vorschein, dessen Schädel im Gesicht massive Verletzungen aufweist. Der Mann habe zu Lebzeiten einen massiven Schwerthieb erlitten und dabei einen Teil des Oberkiefers verloren. Der Verseherte, vermutlich selbst ein Schwertkämpfer, habe das aber überlebt und sei erst Jahre danach gestorben, erklärte Lassau. Dies sei ein Hinweis auf die fortgeschrittene medizinische Versorgung im Frühmittelalter. Das frühmittelalterliche Grabfeld war schon seit dem 19. Jahrhundert bekannt. Im Januar sind weitere Grabungen im Kleinbasel vorgesehen. Plan für Strommangellage. Ölheizung hui, Wärmepumpe pfui: Mieter kritisieren Stromspar-Plan. Im Notfall noch höchstens 18 Grad in der Wohnung: Hauseigentümer- und Mieterverband kritisieren diesen Plan scharf.

- Am auffälligsten sind sprachliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Lautung: Und hier tun sich vor allem Baseldeutsch und Churerdeutsch als hochdeutschnah hervor. Augenscheinlich ist dies etwa bei den «typisch» schweizerdeutschen Lauten [ch] und [kch]: Während man im Schweizerdeutschen allgemein kehlig von Chue und Sack redet, tönt es in Basel und Chur (Khuur) weicher: Khue und Sagg – genau wie auch im Hochdeutschen. Noch weiter verbreitet ist die Längung jener Vokale, die in mittelhochdeutscher Zeit noch kurz waren: In der Nordwestschweiz (inkl. Basel), im Rheintal (inkl. Chur) und im Kanton Uri spricht man Baasel, Oofe, Stuube und siibe lang aus – genau wie im Standarddeutschen. In den anderen schweizerdeutschen Dialekte sind diese Vokale mehrheitlich kurz geblieben: Basel, Ofe, Stube, sibe. Nur in Basel hingegen heißt es wie im Hochdeutschen saage, während man in allen anderen schweizerdeutschen Dialekten sä(ä)ge sagt.
- Pünktlich zum Ende des Jahres erscheint das alljährliche «Bilanz»-Ranking der 300 Reichsten. Zwar hat das Gesamtvermögen erstmals seit Jahren abgenommen – dennoch zeigt sich das Vermögen der 300 Reichsten widerstandsfähig. Im Editorial mit dem Titel «Resiliente Reiche» meldet das Magazin «Bilanz», dass das Gesamtvermögen zwar geschrumpft sei, aber insgesamt immer noch beträchtliche 820'975'000'000 – also 820 Milliarden Franken – betrage. Zudem stellt das Magazin einen Generationenwechsel bei vielen Familienunternehmen fest. Auf dem ersten Platz befindet sich mit 55 Mrd. Franken wie in den letzten 20 Jahren die Familie Kamprad. Das Ikea-Imperium wird seit dem Tod des Firmengründers von seinen drei Söhnen geführt. Auf dem zweiten Platz befindet sich Gérard Wertheimer mit 39 Mrd., der im Kanton Genf wohnt. Das Vermögen des Chanel-Eigentümers beläuft sich dieses Jahr auf etwa 39 Milliarden Franken. Auf Platz drei befinden sich die Roche-Erben: die Familien Hoffmann, Oeri und Duschmalé mit 31 Mrd.
- «Impfdrängler», «Maskenpflicht» oder «2G-Regel» – die Pandemie war ein gutes Beispiel dafür, wie sich Sprache weiterentwickelt. Neue Wörter kommen hinzu, alte werden immer seltener benutzt und verschwinden irgendwann. Die Redaktorinnen und Redaktoren beim romanischen Radio und Fernsehen RTR stellt das nicht selten vor Probleme. Denn für viele neue Wörter der deutschen Sprache gibt es schlicht keine romanische Übersetzung. Deshalb tüfteln sie fast täglich selber an der eigenen Sprache. Anna-Alice Dazzi erklärt ihre Tätigkeit so: «Ich bin ein Sprachkiosk – alle können ständig zu mir kommen und schnell fragen.» Dabei hat sie auch einen offiziellen Auftrag. Denn Dazzi ist berechtigt, ihre Wortkreationen ins Pledari Grond, das digitale rätoromanische Wörterbuch, zu schreiben.
- Städte und Gemeinden sparen bei Weihnachtsbeleutung.
- Letzter Krieg auf Schweizer Boden: vor 175 Jahren. Im November 1847 kam es im luzernischen Gisikon zum entscheidenden Gefecht. Es legte die Basis für die moderne Schweiz.
- Fünf Wisente tummeln sich neu im Solothurner Jura. Das Urrind Europas sorgt für Begeisterung – und Widerstand. SRF.ch

Slowenien – Referendum. Nach Auszählung der Stimmen sprachen sich die Wähler für das Inkrafttreten der Änderungen des Rundfunkgesetzes, des Regierungsgesetzes und des Langzeitpflegegesetzes aus. SRF.ch

Taiwan – Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen hat nach einer Wahlniederlage bei den Kommunalwahlen den Vorsitz ihrer Partei niedergelegt. Die demokratische Fortschrittspartei hatte in vielen Gebieten des Landes die Mehrheit verloren. In Jeans und elegantem Langarmshirt jubelt der Sieger des Abends seinen Fans zu. Chiang Wan-an dankt seinen Anhängern. Der smarte Politiker von der oppositionellen, rechtskonservativen Kuomintang, kurz KMT, hat in Taiwans Hauptstadt Taipeh die Mehrheit errungen. Chiang soll ein Ur-Urenkel des früheren Diktators Chiang Kai-shek sein, der 1949 nach dem verlorenen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten Chinas nach Taiwan gekommen war. Die KMT gilt als china-freundlich und hat bei den Kommunalwahlen ihre Macht behauptet und sogar ausbauen können. DW.de

Ukraine – Trotz der wiederholten Raketen- und Drohnenangriffe in Kiew versuchten die Menschen, ein einigermaßen normales Leben zu führen. Seit September gehen ihre Kinder wieder zur Schule. Das sei möglich, weil es in der Schule einen Luftschutzbunker gibt. Doch die andauernden russischen Angriffe auf die kritische Infrastruktur haben massive Auswirkungen im Alltag. Der Strom fällt stundenlang aus. «Dann gibt es in unserem Wohnblock nicht nur kein Licht, sondern auch keine Heizung, kein heißes Wasser, kein Internet.» Und auch das Mobilfunknetz breche wegen Überlastung zusammen. Bei Stromausfall kann man stundenlang im Lift stecken bleiben. Schwer ist es, wenn es buchstäblich Raketen regnet, wie am 15. November. Was auch immer sich die Russen ausdenken würden, die Ukrainer würden es aushalten. und sie werden siegen.»

- Inmitten des russischen Angriffskriegs hat die Ukraine am 26.11. der von der Sowjetführung vor 90 Jahren verursachten Hungersnot Holodomor gedacht.
- Russland beschränkt ukrainischen Angaben zufolge die Getreide-Ausfuhren durch die Verzögerung von Schiffskontrollen. «Es war üblich, 40 Inspektionen pro Tag durchzuführen, jetzt gibt es fünfmal weniger. SRF.ch

Ungarn – BMW München verdoppelt seine Investition im gerade erst entstehenden Werk für Elektroautos. Neben der Fertigung einer Elektroautoreihe plant BMW in Debrecen nun auch einen Batteriepark.

- Wenngleich die Bruttolöhne im September wieder über 500.000 Forint (1'500 Euro) kletterten, sind die Reallöhne mit -2% ins Minus gerutscht.
- Die verfehlte Sanktionspolitik der EU hat den ungarischen Staatshaushalt schon bislang mindestens 10 Mrd. Euro gekostet. Das behauptete der Stellvertretende Ministerpräsident Zsolt Semjén auf einem Einwohnerforum am Mittwochabend in Csorna. KR.hu

USA -verbannen neue Huawei-Geräte vom Markt. Die US-Regierung verbietet den Verkauf und Import von Produkten der chinesischen Firmen Huawei und ZTE. Wegen nationalem Sicherheitsrisiko.

- Vier Rentner im Ruderboot, 4500 Kilometer und viele Haifische. Von Kalifornien nach Hawaii rudern und zeigen, dass auch ältere Menschen etwas leisten können: Das wollen vier Aargauer. «Jetzt realisieren wir, worauf wir uns eingelassen haben», sagt Rolf Düggelin, Jahrgang 1952 aus Scherz im Kanton Aargau. In einem Viererteam will er im Juni 2024 von Monterey in Kalifornien nach Hawaii rudern. Alle vier Teilnehmer im Team Wise Swiss Rowers werden beim Start der 4500 Kilometer langen Pacific Challenge über 70 Jahre alt sein. Sie wollen beim Rennen zeigen, dass man im Pensionsalter noch nicht zum alten Eisen gehört. Die erste Pacific Challenge startet im Juni 2023 und soll laut den Veranstaltern danach jährlich ausgetragen werden. Mit reiner Muskelkraft legen die teilnehmenden Teams 4500 Kilometer im Pazifischen Ozean zurück. 40 bis 60 Tage soll die Überfahrt dauern. Das

Rennen im Pazifik wird von den Organisatoren der Atlantic Challenge veranstaltet. Dieses Rennen von den Kanaren in die Karibik gewann 2022 das Schweizer Team «Swiss Raw».

- «What a Feeling»-Sängerin Irene Cara ist mit 63 Jahren in Florida gestorben.
- Der Spionage-Chef des US-Auslandgeheimdienstes CIA, David Marlowe, hatte letzte Woche einen bemerkenswerten Auftritt, als er öffentlich russische Agenten anwarb: Die CIA schaue sich auf der ganzen Welt nach Russen um, die angewidert vom Krieg in der Ukraine seien.
- Brushing: Fiese Paketbestellungen unter falschem Namen. Ein Mann erhält plötzlich haufenweise Pakete von Amazon. Dabei hat er dort weder bestellt noch ein Kundenkonto. Die erste Lieferung kam Anfang Oktober. Und dann ein Paket nach dem anderen: Bettwäsche, Hundespielzeug, Elektronik, Pullover etc. Der Mann aus dem Kanton Luzern erhält auch eine Monatsrechnung vom Onlinehändler Amazon. Zunächst denken er und seine Partnerin an einen Irrtum. Vom Amazon-Kundendienst erfahren sie, dass auf seinen Namen ein Konto existiert. Nur hat der Mann dieses nicht selbst eröffnet und auch noch nie bei Amazon bestellt. Weiter erstaunlich: Jemand schreibt aus Deutschland im Namen dieses Mannes Fünf-Sterne-Bewertungen. Und zwar für Partnerhändler, die ihre Waren über Amazon verkaufen. Mit diversen E-Mails und Telefonaten versucht der Mann, das Konto löschen zu lassen. Erfolglos. Der Amazon-Kundendienst scheint das Problem nicht zu verstehen. Dem Mann wird wiederholt geraten, sich einzuloggen und Bestellungen und Konto zu löschen. Dabei hat er gar keinen Zugriff. Und um das Passwort zurückzusetzen, bräuchte er einen Code. Dieser wird aber auf ein fremdes Handy geschickt. Um das Konto zu löschen, verlangt Amazon nun diverse persönliche Informationen: Ausweiskopie, Telefonnummer, aktueller Adressnachweis und Kopie einer Anzeige. Bei der Polizei war der Mann. Die Anzeige wurde auch aufgenommen. Allerdings erhalte er keine Kopie, weil er nur als Auskunftsperson gelte. Geschädigt sei Amazon, habe es auf dem Polizeissen geheißsen. «Wir fühlen uns machtlos», sagt das Paar zu «Espresso». SRF.ch
- Das Weiße Haus hat den früheren Präsidenten Donald Trump dafür verurteilt, dass er sich in seinem Anwesen in Florida mit dem Holocaustleugner Kanye West getroffen hat. ORF.at
- Ein Artikel in der „New York Times“ beschreibt, wie die imperiale Kriegsmaschine den Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine gegen Russland verwendet, um neue Waffen zu testen. Das dient offenbar der Vorbereitung auf einen größeren Konflikt. SP.ru

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten E 49 – E 62)

01) „Bedauernswert“ – EU-eigener Rentenfond vor der Pleite

12. 12. 2022



Nicht nur die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen, wie auch „EU selbstgestrickter Sanktions-Nachwehen“ sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen.

Rentenfond-Boom nun als Bumerang

Nunmehr seit Jahrzehnten preist die neoliberale Politik als angeblich sichere und bessere Alternative zum bewährten Umlagesystem, gewinnorientierte, kapitalgedeckte Rentenversicherungen als „Ultima Ratio“, an.

Nun droht jedoch ausgerechnet und ironischer Weise einem speziellen Rentenfonds für EU-Parlamentarier, die nicht gerade zu den Geringverdienern gehören, die Zahlungsunfähigkeit.

Dies bestätigte die EU-Abgeordnete Monika Hohlmeier (CSU) gegenüber der *dpa* am 9. Dezember des Jahres.

Demnach verfüge der Fonds nur noch über Anlagen im Wert von 84 Millionen Euro, benötige jedoch langfristig 379 Millionen Euro, um die Ansprüche der Abgeordneten abzudecken zu können. Daher werde er voraussichtlich zwischen 2024 und 2026 pleitegehen. Zuvor hatte die *Bild-Zeitung* das drohende Aus ebenfalls gemeldet.

Mögliche zukünftige Rentenzahlungen aus EU-Haushalt

Die EU-Abgeordneten und das Parlament hatten bis 2009 in den Fonds eingezahlt, um später eine zusätzliche Pension zu beziehen. Wie viele derzeitige und frühere Parlamentarier noch Geld aus dem Fonds beziehen werden, sei jedoch unklar. Sollte der Fonds tatsächlich zahlungsunfähig werden, könnte es notwendig werden, Geld aus dem EU-Haushalt nachzuschießen.

„Die Art und Weise, wie es mit dem freiwilligen Pensionsfonds weitergehen soll, kann man mit der Quadratur des Kreises vergleichen. Keiner wird mit der Lösung zufrieden sein“, erklärte dazu Hohlmeier gegenüber der *dpa*. Es gebe jedenfalls ehemalige Abgeordnete oder deren Hinterbliebene, die fest mit den Zahlungen aus dem Pensionsfonds rechnen würden.

„Andererseits gibt es die mehr als berechtigten Ansprüche der Steuerzahler, dass der Fonds nicht einfach mit vielen Millionen gestützt wird, um das fehlerhafte Management des Fonds und Fehler in seiner Abwicklung auszugleichen“, erklärte die CSU-Politikerin weiter.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte bereits im September die Ansprüche aus dem Fonds gekürzt. Hohlmeier forderte, die Abwicklung des Fonds müsse nun auf eine faire, vertretbare und rechtlich abgesicherte Weise passieren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**02) Linker Korruptionsskandal erschüttert EU-Parlament: +UPDATE 17:00+
600.000 EUR in Säcken – Linke Menschenrechts-NGOs verwickelt**

11. 12. 2022



+++UPDATE vom 11.12.2022 – 17:15+++

600.000 EUR in Säcken – Linke Menschenrechts-NGOs verwickelt

Der Korruptionsskandal um die in Brüssel verhaftete Eva Kaili, Vizepräsidentin des EU-Parlaments, nimmt immer erschreckendere und groteskere Ausmaße aus, teils wie aus einem schlechten Mafiafilm.

Die Nacht musste die hübsche Griechin jedenfalls in Haft verbringen – trotz parlamentarischer Immunität. Zu schwer wogen die Verdachtsmomente: Wurden doch in ihrer Wohnung „Taschen mit Banknoten“ gefunden wurden – wie die belgische Zeitung „L’Echo“ schrieb. Denn im Falle flagranter Delikte erlischt laut interner Vorschriften des EP die Immunität automatisch.

„Schockierendstes Korruptionsproblem der EU“

Auf alle Fälle sieht Alberto Alemanno (Juraprofessor an der Pariser Hochschule für Wirtschaft und Recht und Aktivist für Transparenzfragen) die Katar-Affäre als den „schockierendsten Integritätsskandal in der Geschichte der EU.“ ([Politico](#)) Welcher außerdem zeige, „dass die EU ein Korruptionsproblem“ habe:

„Er enthüllt die Unzulänglichkeit des EU-Ethiksystems..., sowie das Fehlen jeglicher Versuche, die ausländische Lobbyarbeit zu kontrollieren“ – wie er ausführte.

Amtsenthbung

Am Abend wurde dann auch Kailis Amtsenthebung bekannt gegeben:

Seite E 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

„Angesichts der laufenden gerichtlichen Ermittlungen ... hat die Präsidentin des EU-Parlaments, Roberta Metsola, beschlossen, alle Befugnisse, Aufgaben und Delegationen von Eva Kaili in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments mit sofortiger Wirkung auszusetzen“

- wie Metsola-Sprecherin Juri Laas verkündete.

Wie ein Mafiafilm

In die hochgradige Korruptionsaffäre sollen laut griechischer Nachrichtenagentur „AnamPA“ auch Kailis Lebensgefährte Francesco Giorgi verwickelt sei. Auch er wurde festgenommen.

Unfassbar auch: Rund 600.000 Euro in bar sollen in dessen Brüsseler Residenz aufgefunden worden sein. Auch Panzeris Ehefrau und Tochter wurden in der Nähe von Bergamo von italienischen Polizisten festgenommen. Laut griechischen Medien soll auch der Kailis Vater Kailis überführt worden sein, wie er mit einer Aktentasche voller Geld zu türmen versuchte. ([Kurier](#))

Politischer Zynismus und Heuchelei linker Gutmenschen-Zirkel

Alle Verwicklungen sind extrem politisch: War doch Giorgi früher parlamentarischer Assistent des ebenfalls verhafteten Antonio Panzeri. Dieser sozialistische EU-Abgeordnete für Menschenrechte (!) soll der Motor des Ganzen gewesen sein. ([Repubblica](#))

In den Skandal ist ausgerechnet der frisch gewählte Generalsekretär des „Internationalen Gewerkschaftsbundes“ (IGB), Luca Visentin, verwickelt. Weiters Niccolò Figà-Talamanca, Direktor der NGO „No Peace Without Justice“, sowie die NGO „Fight impunity“.

Immerhin ließ Kaili schon im Jahre 2018 ihre Verachtung für soziale Randgruppen durchblicken, als sie im Sender „Epsilon“ behauptete: Dass alle Sozialhilfe-Empfänger pauschal „Faulpelze“ wären „und zu Lasten der Mittelschicht leben, die für sie geopfert wird“. ([Focus](#))

Sozialistin Kaili als zynische Moral-Weißwäscherin Katars

Hatte doch Kaili mit kaum fassbarer Heuchelei noch bis vor wenigen Tagen im EU-Plenarsaal die Fortschritte des Golfstaates i Bezug auf Arbeitnehmer- und Menschenrechte im Zuge der laufenden Fußball-Weltmeisterschaft überschwänglich gelobt.

„Heute ist die Weltmeisterschaft in Katar ein Beweis dafür, wie Sportdiplomatie eine historische Transformation eines Landes mit Reformen erreichen kann, die die arabische Welt inspiriert haben. Ich allein habe gesagt, dass Katar bei den Arbeitnehmerrechten an vorderster Front steht, indem es Kafala abschafft und den Mindestlohn senkt. Trotz der Herausforderungen, die selbst europäische Unternehmen bei der Durchsetzung dieser Gesetze ablehnen, haben sie sich einer Vision aus freien Stücken verschrieben und sich der Welt geöffnet. Einige hier fordern jedoch eine Diskriminierung gegen sie. Sie misshandeln sie und beschuldigen jeden, der mit ihnen spricht oder mit ihnen in Konfrontation tritt, der Korruption. Aber trotzdem nehmen sie ihr Gas. Aber sie haben ihre Unternehmen, die dort Milliarden verdienen“ – sagte sie in ihrer Rede in Straßburg. ([Repubblica](#))

<https://www.youtube.com/watch?v=biNzabUMNbE>

Visa-Verhandlungen mit Katar

Alles muss auch mit den für Montag beginnenden EU-Verhandlungen bezüglich Visaerleichterungen Katars und Kuweits in Zusammenhang stehen.

Am Montag sollte im EU-Parlament formell der Beginn von Verhandlungen zwischen Parlament und den Mitgliedstaaten über Visa-Erleichterungen für Katar und Kuwait bekannt gegeben werden. Alles schien nach Plan zu laufen: Denn der verantwortliche Parlamentsausschuss sowie die Mitgliedsländer hatten sich bereits grundsätzlich für einen 90-Tageaufenthalt ohne Visum in der EU ausgesprochen. Nun soll das auf Eis gelegt werden. Zu groß ist die Angst, dass auch andere Abgeordnete von Katar bestochen sein könnten. ([Spiegel](#))

+++UPDATE vom 10.12.2022 – 17:00

Sozialistische Vizepräsidentin war Mitglied in Soros-Thinktanks

Die am Freitag festgenommene Eva Kaili ist eine einflussreiche Politikerin der europäischen Linken, die in einer Denkfabrik u.a. mit dem ungarischen sozialistische Ex-Ministerpräsidenten (2009–2010) Gordon Bajnai, Dávid Korányi (derzeit Chefberater des grünen Budapester Bürgermeister Karacsony, 2009 Chefaußenminister und nationaler Sicherheitsberater von Bajnai) und George Soros sitzt.

Alle drei arbeit(ete)n auch am Sturz der ungarischen Regierung Orban, indem sie Ungarns linke Opposition mit Soros-Geldern finanzierten ([UM](#) berichtete). Hier auch eine [UM-Analyse](#): „Wie das Soros-Netzwerk in Mitteleuropa und auf dem Balkan arbeitet“.

Jung, attraktiv, unerfahren: Politische Senkrecht-Karriere

Eva Kaili wurde 1978 in Thessaloniki geboren, ihr Vater war Maschinenbauingenieur, Generaldirektor einer griechischen Region. Sie studierte ursprünglich Architektur in ihrer Heimatstadt, studierte dann Internationale Studien in Piräus, aber auch in Harvard.

Kaili trat 1992 im Alter von nur 14 Jahren der griechischen sozialistischen Pasok-Partei bei. Sie war auch Studentenfürherin an der Universität und wurde 2002 als jüngste Vertreterin in den Stadtrat von Thessaloniki gewählt.

Die junge Frau stieg schnell in der politischen Karriereleiter auf, kandidierte 2004 für das Parlament und wurde 2007 als jüngstes Mitglied in die Athener Legislative gewählt.

Eva Kaili wechselte 2014 auf die europäische Bühne: Sie wurde als Europaabgeordnete gewählt und stärkt seitdem die Fraktion der „Sozialdemokratischen Partei Europas“. Als Mitglied einer Reihe von Ausschüssen sowohl in Athen als auch im EU-Parlament konzentrierte sie sich in den letzten Jahren hauptsächlich auf digitale und diverse andere Technologiepolitik.

Im Januar 2022 wurde sie zu einer der neuen Vizepräsidenten des EU-Parlaments gewählt – als erste Griechin auf diesem Posten.

Jäher Absturz

Am Freitag dann der jähe Absturz: Kaili wurde während der Antikorruptionsrazzia festgenommen, ebenso wie ihre Partner Francesco Giorgi, der auch parlamentarischer Mitarbeiter der belgischen sozialistischen Europaabgeordneten Marie Arena ist.

Mitglied im Soros., „European Council on Foreign Relations“

Übrigens ist Kaili auch Mitglied des „European Council on Foreign Relations“, einem Soros-Think Tank ([wikipedia](#)), der dunkelste Verschwörungstheoretiker neue Nahrung bieten dürfte: Bringt er doch über 300 Europäer aus ganz Europa zusammen, sozusagen das [who-is-who](#) (etwa der Grüne Ex-Außenminister Joschka Fischer) offiziöser EU-Politik: amtierende Außen-, ehemalige Premierminister, [Mitglieder](#) der nationalen Parlamente und des EU- Parlaments, EU-Kommissare, ehemalige NATO-Generalsekretäre, Denker, Journalisten und Wirtschaftsführer.

Kaili reiht sich somit ein in eine Reiher von jungen, attraktiven Teflon-Politikern aus dem Umfeld von Klaus Schwabs [Global-Leaders](#)-Forum, die dann aber doch nach einiger Zeit über ihre eigene Unfähigkeit, Selbstüberschätzung und Eitelkeit stürz(ten): (UM berichtete: „Holländischer Ministerpräsident und WEF-Global-Leader [Rutte](#) setzt Flüchtlings-Agenda um“ oder „[Baerbock](#): Die Washingtonerin in Berlin“)

Dieser Artikel basiert auf einer Erstveöffentlichung von [MANDINER](#), unserem Partener der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

ERST-Artikel vom 10.12.2022 – 09:00

Sozialisten, Gewerkschaftsbund, NGOs involviert – Vizepräsidentin festgenommen

Ausgerechnet sozialistische Politfunktionäre, die sich gemeinhin für Arbeitnehmerrechte einzusetzen vorgeben, wurden wegen mutmaßlicher Korruption im Zusammenhang mit der Fußball-WM in Katar festgenommen. Die Vorwürfe sind schwer und erschüttern das EU-Parlament: Korruption, Geldwäsche und versuchte Einflussnahme zugunsten eines Golfstaates.

Bei den Ermittlungen soll es um mutmaßliche Bemühungen eines Golfstaats gehen, „die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen des EU-Parlaments zu beeinflussen, indem jenr beträchtliche Geldsummen zahlt oder bedeutende Geschenke macht“. ([Spiegel](#))

Am Freitag wurden im EU-Parlament in Brüssel vier Personen, darunter ein ehemaliger sozialistischer Europaabgeordneter, im Rahmen einer Untersuchung wegen Korruptionsverdachts zugunsten eines „Golfstaats“ festgenommen – wie die Bundesanwaltschaft mitteilte. Besonders schwerwiegend:

„Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, die griechische Sozialistin Eva Kaili, wurde festgenommen.“

- wie AFP auf [Twitter](#) berichtete

[Euronews](#) erwähnte unter Berufung auf EP-Quellen: Neben Kaili habe die Polizei auch die Büros der belgischen Sozialisten Maria Arena und Marc Tarabella durchsucht und insgesamt 600 000 Euro Bargeld, Computer und Mobiltelefone beschlagnahmt.

Sozialisten, Internationaler Gewerkschaftsbund, linke NGOs involviert

Auch die belgische [Le Soir](#) berichtete: Eva Kaili, Mitglied der griechischen sozialistischen Partei „Pasok“ und Vizepräsidentin des EU-Parlaments befindet sich unter den Festgenommenen. Und dann auch noch das: Luca Visentini, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), wurde von der Polizei abgeführt.

Der IGB ließ auf seiner Website kryptisch verlautbaren: Die Organisation sei „über die in der Presse verbreiteten Informationen informiert“, lehne jedoch „zum jetzigen Zeitpunkt“ jeglichen Kommentar ab.

Kaum zu überbietende Heuchelei: Hatte doch Visentini noch diese Woche in einem Interview über die Situation der Sklavenarbeiter in Katar gesprochen: Visenti hatte insbesondere dazu aufgerufen: „Weiterhin Druck auf die Behörden und Arbeitgeber auszuüben“, um bessere Löhne und mehr Mobilität bei der Arbeit zu erreichen. (ORF)

Außerdem soll der Ex-Europaabgeordnete (von 2004 – 2019), der italienische Sozialdemokrat Pier Antonio Panzeri involviert sein. Der Gipfel der Heuchelei: Panzeri leitet heute die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Fight Impunity“, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen wendet. ([ORF](#))

Weiters sollen, „Le Soir“ und der flämischen „Knack“ zufolge, zudem ein parlamentarischer Mitarbeiter und ein weiterer NGO-Vorsitzender festgenommen worden sein.

„Katar: Spitzenreiter für Arbeitnehmerrechte“

In diesem Zusammenhang nannte die [Politico](#) ein verdächtiges Detail: Kaili soll Katar neulich als einen Spitzenreiter für Arbeitnehmerrechte bezeichnet haben. – Zur Erinnerung: Während des Baus für die monströsen WM-Stadien sollen Gastarbeiter größtenteils rechtlos wie Sklaven ausgebeutet worden, hunderte sollen gestorben sein. ([Bild](#))

Kaili hatte erst Ende Oktober und Anfang November Katar besucht und dabei Premierminister Chalid bin Chalifa bin Abdulasis Al Thani sowie andere ranghohe Regierungsvertreter getroffen, wie die staatliche Nachrichtenagentur Katars berichtete.

Die Politikerin hat bisher noch nicht auf die Razzien am Freitagabend reagiert.

Im Zuge dieser Entwicklungen kündigte die Sozialdemokratische Fraktion Europas an, Kailis Mitgliedschaft sofort auszusetzen – wie die griechische „Pasok“ bekannt gab.

Europäische Sozialdemokraten „hart getroffen“

Sie erklärten, uneingeschränkt mit den Ermittlungsbehörden zusammenarbeiten zu wollen.

Bisher ist nur bekannt, dass Ermittlungen wegen Korruption und Geldwäsche eingeleitet wurden. Presseberichten zufolge untersuchen die Behörden, ob es eine Lobbyarbeit Katars im EU-Parlament gegeben hat.

Anmerkung: Für alle Inkriminierten gilt die Unschuldsvermutung.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Auch das ist nicht unsere Meinung...:

03) Selbstzerstörerische EU-Politik gegen Russland treibt Europa in den Untergang – USA als Profiteur

04. 12. 2022



„Durch Erfahrung immer dümmel!“ Mit diesem Zitat soll Karl Kraus die Verhältnisse in Österreich in der Zwischenkriegszeit beschrieben haben. Leider trifft diese Haltung inzwischen auf die ganze EU zu!

Russenhass statt Kooperation

Die EU ist ein lernunfähiger Koloss, der stur an verrückten ideologischen Dogmen, aber auch an anderen unsinnigen Paradigmen festhält. Ein derartiges unsinniges Paradigma ist der tiefsitzende Russenhass, der sich in Europa mindestens 200 Jahre zurückverfolgen lässt. Dumm ist bloß, dass sich diese Haltung von unseren angloamerikanischen „Freunden“ wunderbar instrumentalisieren lässt.

Dadurch hat sich die EU in einen selbstzerstörerischen Antagonismus gegenüber Russland hineintreiben lassen, anstatt eine Kooperation mit Russland zum gegenseitigen Vorteil anzustreben. Das begann schon mit der unsinnigen NATO-Osterweiterung, für die es nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes keinen objektiven Grund gab. Die Behauptung, dass die NATO ein Verteidigungspakt sei, ist absurd. Die NATO ist ein Angriffspakt, wie die unzähligen Kriege, die die NATO in den letzten 20 Jahren geführt hat, belegen. Wer immer einen Angriffspakt beitrifft, muss wissen, dass er Anderen auf die Zehen steigt.

Kriegsakt gegen Deutschland bleibt ohne Folgen

Es kann daher auch für die Ukraine keine Art von „Naturrecht“ geben, der NATO beizutreten, wie die westliche Propaganda ständig behauptet. Es war aber gerade diese Osterweiterung, die den Ost-West-Antagonismus perpetuierte. Niemand begreift in der EU, dass damit amerikanischen Interessen zum Schaden europäischer Interessen gedient wird. Nicht einmal die Sprengung der Nordstream-Leitungen durch die USA und/oder den Briten konnte daran etwas ändern, obwohl so ein Akt in jeder anderen Situation als Kriegsakt gegen die EU, aber insbesondere gegen Deutschland aufgefasst worden wäre.

Dass der Ukrainekrieg für die USA zu Lasten Europas ein Bombengeschäft ist, dämmert derzeit nur Wenigen in der EU. Wesentlich dabei sind die unsinnigen Sanktionen, mit denen sich ausschließlich die EU ständig in das eigene Knie schießt.

Ende des Ukrainekrieges ist absehbar

Die Gründe dafür sind schnell aufgezählt:

Die NATO hat bereits Zweidrittel ihrer Munitionsreserven aufgebraucht und verfügt über keine ausreichende Kapazität den Verbrauch zu ersetzen. Russland verfügt hingegen ganz offensichtlich über einen gigantischen Vorrat vor allem an Artilleriegeschossen.

Praktisch alle verfügbaren Reserven der NATO an Waffen sind bereits in der Ukraine und werden dort laufend von der russischen Armee zerstört.

Russland verfügt über die totale Luftüberlegenheit über den ukrainischen Luftraum, wodurch jetzt die systematische Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur ermöglicht wurde.

Bereits jetzt leidet die ukrainische Armee unter Versorgungsmängel, die darauf zurückzuführen sind, dass das Transportwesen in der Ukraine hauptsächlich auf E-Loks beruht, die durch die Beeinträchtigung der Stromversorgung nur noch beschränkt betrieben werden können.

Die bisherigen Verluste der ukrainischen Armee sind horrend, wie unlängst Kommissionspräsidentin von der Leyen zugegeben hat. Zu den von ihr genannten 100.000 Gefallenen müssen mindestens noch doppelt so viele Verwundete hinzugerechnet werden.

Selenskij rühmte sich über eine Armee von einer Million Mann zu verfügen. Diese Anzahl schmilzt laufend dahin und wird in Zukunft durch all die Nachteile der ukrainischen Armee noch schneller schmelzen.

In Kürze werden die russischen Reserven zum Einsatz kommen, die sich jetzt noch in Ausbildung befinden und so dem russischen Kommando ganz andere Operationsmöglichkeiten offerieren.

Selenskij selbst hat die Aussichtslosigkeit der ukrainischen Position selbst indirekt durch seine kriminelle Operation unter falscher Flagge gegen Polen wohl indirekt eingestanden.

Friedensgespräche für Westen gleich einer Kapitulation

Jeder, der also bis drei zählen kann, kann sich ausrechnen wie der Krieg nächstes Jahr ausgehen wird. Das Naheliegendste wäre jetzt, schnellstens ernsthafte Friedensgespräche zu beginnen, bei denen die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands im Vordergrund stehen müssten. So ein Schritt wird jedoch vom kollektiven Westen als „Kapitulation“ betrachtet und somit nicht in Betracht gezogen. Die „Kapitulation“ würde darin bestehen, dass der Westen seinen absurden Anspruch die ganze Welt zu kontrollieren, aufgeben müsste. Dazu ist man nicht bereit. Man glaubt tatsächlich, dass der ganze Planet dauerhaft nach der amerikanischen Pfeife tanzen muss. Die Realitätsverweigerer in Brüssel und Berlin wollen lieber warten, bis die ukrainische Armee kollabiert und Russland einfach Tatsachen nach dem eigenen Dafürhalten schafft.

Selbsterstörerische Sanktionen sollen weiter verstärkt werden

Statt Friedensverhandlungen einzuleiten versucht man jetzt nochmals das, was bisher schon nicht funktioniert hat, nämlich die Verschärfung der Sanktionen durch eine Ölpreisobergrenze von 60 Dollar. Dabei geht man offenbar davon aus, dass Russland ausschließlich von den Öleinnahmen lebe und ohne sie bald zusammenbrechen werde. Treffend für diese unsinnige Einschätzung ist die Bezeichnung Russlands als „Tankstelle mit Atomwaffen“. Dass diese „Tankstelle mit Atomwaffen“ gerade dabei ist den kollektiven Westen in der Ukraine zu besiegen, wollen die Realitätsverweigerer nicht zur Kenntnis nehmen. Der Ölpreisdeckel wird für Europa wieder muntere Preissteigerungen bei den Treibstoffen verursachen, nachdem das offizielle Russland bereits angekündigt hat, zu diesen Bedingungen gar kein Öl zu liefern. Man kann es sich offenbar leisten. Russland hat sich auf diese [Situation bereits vorbereitet](#) und 109 Tankschiffe gekauft.

Es gibt rund um den Globus genügend Abnehmer für russisches Öl und die Sinnlossanktionen der EU werden ins Leere laufen und den Ruin Europas weiter befördern. Die Sieger in diesem Konflikt werden neben Russland die USA sein, die die europäische Industrie durch niedrige Energiekosten absaugen werden. Hinzu kommen noch umfangreiche Förderprogramme, wie der „Inflation Reduction Act“, durch den amerikanische Firmen, oder Firmen die in den USA operieren, massiv bevorzugt werden.

Die herrschenden Machteliten in Europa haben in allem und jedem jegliches Maß und Ziel verloren und treiben jede Idee bis zum Exzess und führen sie dadurch ad absurdum. Letztlich schadet sich die EU und da wieder vor allem Deutschland wirtschaftlich am meisten. Ein wirtschaftlich starkes Deutschland ist aber die Zentripetalkraft, die die EU zusammenhält. Ruiniert sich Deutschland selbst, ruiniert Deutschland auch die EU. Die ost- und südeuropäischen Länder haben ohne dem wirtschaftlich starken Deutschland keine Motivation mehr, in der EU zu verbleiben. Man wird sich lieber, wie derzeit schon Ungarn, mehr und mehr an China orientieren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) „Zentrale Medienaufsichtsbehörde“ als ‚Großer Bruder‘: So plant die EU die Pressefreiheit-Abschaffung

Von DAVID BERGER Von David Berger

02. 12. 2022



Bild: Shutterstock

Mit dem Argument die abnehmende Pressefreiheit in der EU zu retten, plant Brüssel derzeit eine, von Frau von der Leyen angeregte zentrale Medienaufsichtsbehörde, die die Pressefreiheit de facto selbst abschafft. Die EU überzieht Elon Musk, der angetreten ist, die Meinungsfreiheit auf Twitter wiederherzustellen, bereits mit handfesten Drohungen.

Dass man in Deutschland schon seit längerem Demokratie und Rechtsstaat aushöhlt mit dem Anspruch dadurch die Demokratie zu retten, ist nicht neu. Eine ähnliche Strategie legt nun auch die EU an, die mit einem neuen „Medienfreiheitsgesetz“ angeblich die Pressefreiheit in Ländern wie Polen und Ungarn retten möchte.

Medienfreiheit auch in Deutschland in großer Gefahr

Fakt ist: Seit geraumer Zeit – besonders stark zunehmend im Rahmen der Corona-Hysterie und nun des Ukraine-Konflikts konstatieren Studien und Fachleute einen bedenklichen Rückgang der Pressefreiheit in vielen Ländern der EU. Der sog. [Rule of Law Report](#) und der Media Pluralism Monitor der EU kommen erstaunlicherweise beide zu dem Schluss, „dass die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien in der EU in Gefahr ist.“ ([Quelle](#))

Dagegen will die Europäische Kommission nun mit dem sog. European Media Freedom Act (EMFA), den [von der Leyen](#) bereits 2021 vollmundig in einer Rede an die Nation als Lösung dieses Problems angekündigt hatte, vorgehen.

Auch Polen und Ungarn im Visier

Dass von der Leyen dabei v.a. Länder wie Polen oder Ungarn im Visier hatte, war überdeutlich. Man konnte also bereits ahnen, wie wenig es hier wirklich um Freiheit, vielmehr um zentralisierte Kontrolle und Zensur ging. Ganz abgesehen davon ist solch ein Plan ein gigantischer Tabubruch: Eine zentrale Medienaufsichtsbehörde, die von Brüssel aus auch noch von der nicht gewählten EU-Kommission geleitet wird bricht selbst mit allen Prinzipien der Pressefreiheit.

Nirgends in den Verträgen, die die EU begründen, ist eine solche Kontrolle vorgesehen, ja sie wird abgelehnt:

„Mitgliedstaaten haben das höchstempfindliche Feld der Medienpolitik stets als ihre alleinige Zuständigkeit verstanden. Der EMFA stellt also einen Paradigmenwechsel dar.“ ([Quelle](#))

Für die EU ist Abschaffung der Pressefreiheit Chefsache

Zutreffend, wenn auch noch verhältnismäßig zurückhaltend äußern sich dazu Helmut Verdenhalven und Philippe Meistermann vom Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV):

„Die EU-Kommission wählt als Reaktion [auf die abnehmende Pressefreiheit in der EU] einen Weg, der das Gegenteil des Nötigen erreichen wird. Statt jenen Staaten, die Medienfreiheit nicht gewährleisten, mit den vorhandenen durchaus scharfen Werkzeugen des EU-Rechts zu begegnen, soll ein Regulierungskorsett für Medien überall in Europa geschnürt werden.“ ([Quelle](#))

Kurzum: In Brüssel scheint man nach dem Motto zu verfahren: Wenn die Pressfreiheit in vielen Ländern den Bach runtergeht, dann schaffen wir sie doch ganz nach unseren Regeln und unter unserer Regie ab.

EU droht Musk schon jetzt mit Zensur von Twitter

Wie sehr man die Überwachung der europäischen Medien von Brüssel aus forciert, zeigt gut, dass man bei der EU rot sah, als E. Musk Twitter übernahm und ankündigte, dort die Meinungsfreiheit wieder herzustellen: So einfach dürfe er das nicht, für große digitale Plattformen gebe es in Europa ganz bestimmte Regeln, ließ man Musk wissen:

„Als Musk nach seinem Deal verkündete, der Vogel sei befreit – in Anspielung auf das Markenzeichen des Kurznachrichtendienstes – antwortete Breton für die Europäische Kommission unmissverständlich: ‚Der Vogel fliegt nach unseren Regeln.‘ Und diese Regeln, so Breton, gälten für alle Plattformen, die auf dem europäischen Kontinent tätig sein wollten.“ ([Quelle](#))

Dieser Beitrag erscheint erstmalig auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Joachim Kuhs: Migrantengewalt in Brüssel sind hausgemachte Probleme unfähiger europäischer Eliten

28. 11. 2022



Joachim Kuhs, MdEP: In Wahrheit geht es um eine kulturmarxistische Umerziehung unserer Kinder

Unsere Redaktion berichtete zeitnah als eine der ersten Medien im deutschen Sprachraum über die Randalen in Brüssel anlässlich der WM-Niederlage Belgiens gegen Marokko. Dass es vor dem Hintergrund derartiger Zu- und Missstände keine Reaktion seitens deutscher Politiker, mit Ausnahme der AfD, gab war zu erwarten. Aus Brüssel, quasi vor Ort der Ausschreitungen, mimt Joachim Kuhs (AfD), EU-Abgeordneter der ID-Fraktion, dazu wie folgt Stellung.

BRÜSSEL – „Verwüstete Straßenzüge, brennende Autos, zerstörte Schaufenster, Böller-Attacken, Angriffe auf Polizisten – die belgische Hauptstadt bot gestern ein Bild des Grauens. Die Krawalle in Brüssel und weiteren belgischen sowie niederländischen Städten sind ein Zeichen für das Versagen der europäischen politischen Eliten und der sie unterstützenden Medien“, Joachim Kuhs und fordert:

„Einen radikalen Kurswechsel in der Migrationspolitik“

„Die Politik hat es zugelassen, dass sich solche Parallelgesellschaften bilden konnten; eine ungezügelter Einwanderungspolitik in Verbindung mit üppigen Sozialleistungen und fehlendem Selbstbehauptungswillen der Einheimischen hat solche Zustände regelrecht provoziert. Die etablierten Medien wiederum verharmlosen die Migrantengewalt als Unruhen am Rande von Feiern überschwänglicher Fußballfans“, so Kuhs weiter, der der Polizei ausdrücklich für ihren Einsatz dankt:

„Mein Dank gilt an dieser Stelle den vielen Polizisten, die mit ihrem tapferen Einsatz Schlimmeres verhindert hatten“.

Selbstaufgabe Europas

Der AfD-Politiker sieht die tieferen Ursachen in der Selbstaufgabe Europas:

„Wo ist der Wille, sich energisch für die eigene Kultur und Tradition einzusetzen und eine Anpassung der Zugewanderten an hiesige Gepflogenheiten einzufordern“, fragt Joachim Kuhs.

Anstatt sich mit den fatalen Folgen einer jahrzehntelang betriebenen falschen Politik auseinanderzusetzen und schleunigst eine Kurskorrektur voranzutreiben, inszeniere man am Persischen Golf als Ersatzhandlung *„ein absurdes Theater um eine zum Fetisch erhobene bunte Kapitänsbinde“* und Kuhs weiter:

*„Die Gewaltexzesse in Belgien und den Niederlanden waren **klar ethnisch geprägt**, die Täter kamen aus den marokkanischen Parallelgesellschaften: Junge, aus Nordafrika stammende Männer zeigten ihren Gastländern, wo der Hammer hängt. Sie eint der **Hass auf das Land, das ihnen bzw. ihren Vorfahren Aufnahme gewährt hat** und das sie zu einem großen Teil alimentiert. Marokkaner stellen die größte Einwanderergruppe hier in Brüssel und die Unruhen gestern zeigten überdeutlich, wie es um deren Integration bestellt ist.“*

Dazu zieht Joachim Kuhs einen Vergleich:

„In Düsseldorf existiert die größte japanische Gemeinschaft Deutschlands, ein ‚Nippon am Rhein‘ genanntes Viertel mit japanischen Geschäften, kulturellen Zentren und Vereinen. Haben Sie irgendetwas mitbekommen, dass die dort lebenden Japaner nach dem Sieg der japanischen Mannschaft gegen Deutschland vorige Woche die Düsseldorfer Innenstadt zerlegt hätten? Nein? Vielleicht, weil es dazu nicht kam. Vielleicht, weil die Gewaltaffinität, wie sie in Brüssel zum Vorschein kam, doch etwas mit der Herkunft aus einer anderen, ganz bestimmten Weltgegend, mit einer bestimmten Religion und Kultur zu tun haben könnte. Solange wir die Augen vor diesem Problem verschließen, wird es sich verschlimmern, bis Korrekturen nicht mehr möglich sind.“

Hintergrund: Am Sonntag wüteten nach dem WM-Spiel Marokko gegen Belgien (2–0) wüteten marokkanische Randalierer in der Innenstadt und verwüsteten ganze Straßenzüge. Auch in Lüttich und Antwerpen sowie einigen niederländischen Städten kam es zu Ausschreitungen.

Die Randalierer warfen mit Feuerwerkskörpern und waren teils mit Stöcken bewaffnet; ein Journalist wurde durch einen Feuerwerkskörper im Gesicht getroffen, es gab weitere Verletzte und die Sachbeschädigungen gingen in die Millionenhöhe. Das ganze Ausmaß der Zerstörung ist zurzeit noch nicht erfasst.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte!

BENELUX-LÄNDER (Seite E 64 – E 71)

Belgien (Seiten E 64 - E 69)

01) Belgiens Fußball-WM-Krawalle: Ein Symbol für das Scheitern der Migrationspolitik

von Alain Destexhe

13. 12. 2022



Nach dem Fußballspiel Marokko-Belgien während der Fußballweltmeisterschaft in Katar kam es in Belgien zu gewaltsamen Zusammenstößen.

Es kam zu Ausschreitungen in Brüssel, Antwerpen und Lüttich, wo eine Polizeistation von etwa 50 „Jugendlichen“ angegriffen wurde, sowie in mehreren Städten in den Niederlanden. Abgesehen von diesen Vorfällen zeigte der Jubel der Bevölkerung in den überwiegend

marokkanischen Vierteln Brüssels, insbesondere in Molenbeek, dass die marokkanische Identität in diesen Vierteln viel stärker ist als die belgische, obwohl die meisten Einwohner die doppelte Staatsbürgerschaft haben.

Man müsste schon blind sein und versuchen, die Realität in die Ideologie des „Zusammenlebens um jeden Preis“ einzupassen, um nicht zu erkennen, dass die Sympathien der Marokkaner in Belgien der marokkanischen Mannschaft und nicht der Mannschaft ihrer „zweiten Heimat“ gelten. Einige Journalisten versuchten dies mit Schlagzeilen wie „Egal, wer zwischen Belgien und Marokko gewinnt, es wird eine Party geben“.

Das Fest fand tatsächlich statt, und zwar in Molenbeek, Anderlecht, Schaerbeek und Brüssel, Gemeinden, in denen marokkanische Einwanderer und ihre Nachkommen zahlreicher sind als andere Menschen, einschließlich der einheimischen Belgier. Man konnte die Begeisterung dieser Anhänger sehen, die in den Straßen der Hauptstadt in ihren Autos mit belgischem Kennzeichen hupten und marokkanische Flaggen zeigten.

Für viele einheimische Belgier brach dieses Spektakel den Mythos der Integration in das Gastland, vielleicht weil die Feierlichkeiten für Belgien, das diesen Marokkanern erlaubt hat, in einem wohlhabenden Land zu leben und von den Vorteilen des Wohlfahrtsstaates zu profitieren, übertrieben und sogar unanständig erschienen.

Die Fernsehsender zeigten weder Bilder von einem Mann, der unter dem Beifall der Menge eine belgische Fahne von einem Gebäude herunterholt, noch ein auffälliges Aufeinandertreffen von Hunderten von Marokkanern, die nur einen Steinwurf vom Grand-Place in Brüssel entfernt tanzen und singen, während ein Kordon von behelmteten und mit Schlagstöcken bewaffneten Polizisten ihnen den Zugang zum Stadtzentrum versperrt.

Nach Angaben von Statbel, dem offiziellen belgischen statistischen Amt, sind heute 46 % der Brüsseler Bevölkerung nichteuropäischer Herkunft (im Sinne der Europäischen Union plus Grossbritannien) und nur 24 % belgischer Herkunft. Marokkaner machen 7 % der belgischen Bevölkerung aus, in der Region der Hauptstadt Brüssel jedoch 12 %, von denen die meisten auch die belgische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Zahl der Marokkaner in Belgien hat exponentiell zugenommen: 1961 waren es nur 460, 1970 39.000 und vierzig Jahre später 800.000 – eine große Zahl für ein Land mit nur 11 Millionen Einwohnern. Infolge dieser demografischen Entwicklung und der Leichtigkeit, mit der die belgische Staatsbürgerschaft erworben werden kann (in einigen Fällen bereits nach drei Jahren Aufenthalt ohne weitere Bedingungen), gibt es in Belgien heute 26 regionale oder föderale Abgeordnete marokkanischer Herkunft und mehrere Bürgermeister, die häufig den Kommunitarismus, d. h. die „Zugehörigkeit zur eigenen Gemeinschaft“, fördern.

In Brüssel gibt es in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen mehr Marokkaner als Menschen belgischer Herkunft; Viele Schulen werden ausschließlich von Kindern außereuropäischer Herkunft besucht. In den öffentlichen Schulen, in denen die Eltern den Religionsunterricht wählen können, wird der Islam inzwischen von einer Mehrheit der Schüler gewählt. Ob man diese Veränderungen als „Vielfalt“ oder als „großen Austausch“ bezeichnet, spielt dabei keine Rolle; Im Laufe der Jahrzehnte war die Entwicklung beträchtlich und hat das soziale Gefüge der belgischen Städte verändert.

Der Hijab (islamischer Schleier) ist zunehmend präsent und wird in einigen Gemeinden von einer Mehrheit der Frauen getragen. Während des Ramadan sind in einigen Gegenden fast alle Geschäfte und Restaurants tagsüber geschlossen. Die Zahl der Moscheen explodiert

und alle islamischen Strömungen sind in Brüssel vertreten, wo die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten oder sogar zwischen Marokkanern und Türken manchmal hoch sind, insbesondere innerhalb der Muslimischen Exekutive von Belgien, einer Struktur, die die Bundesregierung eingerichtet hat um einen einzigen Gesprächspartner für die muslimische Gemeinschaft zu haben, die aber von Krise zu Krise taumelt.

Während in Flandern und Wallonien das Schlachten von Tieren ohne vorherige Betäubung verboten ist, ist es der muslimischen Lobby im Brüsseler Parlament gelungen, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu blockieren. Bei Prozessen oder Wahlen kommt es häufig vor, dass Frauen mit ihren Ehemännern eintreffen und erklären, dass sie nicht als Geschworene oder Beisitzer eingesetzt werden können, weil sie keine der belgischen Amtssprachen sprechen, was von einer völlig verfehlten Integrationspolitik zeugt. Das von der belgischen Politik gepriesene „vivre ensemble“ („zusammen leben“) ist ein Mythos, bei dem Gemeinschaften nebeneinander leben, sich aber nicht vermischen. Marokkaner heiraten marokkanische Frauen und Türken heiraten türkische Frauen, die sie oft aus ihrem Heimatland mitbringen. Die Familienzusammenführung ist jetzt die Haupteinwanderungsquelle in Belgien, wie in Frankreich.

In Frankreich wird regelmäßig die koloniale Vergangenheit des Landes beschworen, um den Zorn junger Nordafrikaner zu rechtfertigen. Es ist eine Erklärung, die nicht zutrifft: Ähnliche Vorfälle ereignen sich in Belgien, einem Land, das keine historische Verbindung zu Nordafrika hat. Es war eine Konvention von 1964, die der Wirtschaftsmigration den Weg ebnete, deren Bedarf längst nicht mehr besteht, die aber durch den Familiennachzug, den die Amerikaner zu Recht „Kettenmigration“ nennen, auf unbestimmte Zeit fortbesteht.

Am beunruhigendsten ist die Leugnung und das völlige Fehlen einer Debatte über die Themen Einwanderung und Integration, hauptsächlich auf der französischsprachigen Seite des Landes. Weder die Medien noch die politischen Parteien sprechen darüber. Die Unruhen vom Sonntag wurden vom Bürgermeister von Brüssel „Schlägern und Schurken“ zugeschrieben, ein Diskurs, der ohne jegliche Präzisierung oder Analyse weithin wiederholt wurde. Die Verbindung mit einer übermäßigen Einwanderung, die proportional größer ist als die von Frankreich, wird nie wieder hergestellt. Während in Frankreich und anderswo in Europa lebhaft über dieses Thema diskutiert wird, scheint es, als hätte Belgien aufgegeben, sein Schicksal als multikulturelles Land mit einer muslimischen Mehrheit in seiner Hauptstadt akzeptiert und von Zeit zu Zeit eine „neue Normalität“ geschaffen von städtischen Unruhen, Schießereien und Terroranschlägen.

Alain Destexhe, Kolumnist und politischer Analyst, ist Ehrensensator in Belgien und ehemaliger Generalsekretär von Ärzte ohne Grenzen (Médecins Sans Frontières).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [GATESTONE INSTITUTE](https://www.gatestoneinstitute.org/), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Belgien: Mehr als ein Gerichtsurteil im Zusammenhang mit Terrorismus – pro Woche!

06. 12. 2022



Der Vlaams Belang in Belgien deckt aktuell auf:

Im Jahr 2021 wurden 75 Gerichtsurteile im Zusammenhang mit Terrorismus gefällt. „Das ist mehr als eine pro Woche“, wundert sich Senator Guy D’haeseleer, der kürzlich den Justizminister der Open Vld, Vincent Van Quickenborne, nach den Zahlen gefragt hat. Er zieht daraus die Lehre, dass „dies zeigt, dass die terroristische Bedrohung noch lange nicht verschwunden ist und dass wir ständig wachsam bleiben müssen“.

Belgien hatte proportional zu Bevölkerung meiste IS-Terroristen

Die 75 Urteile betrafen 118 Angeklagte. Sechs Jahre nach den Anschlägen in Zaventem und der U-Bahn-Station Maelbeek ist die terroristische Bedrohung nicht nur eine schmerzhafteste Erinnerung, nein, sie ist immer noch eine gefährliche Realität.

Belgien hielt den unheimlichen Rekord für die höchste Zahl – im Verhältnis zu unserer Gesamtbevölkerung – von Kämpfern in den Reihen des Daesh in Syrien in ganz Europa. Nicht weniger als 500 „Belgier“ hatten sich dieser Terrorarmee angeschlossen, die, wie wir uns erinnern sollten, die schlimmsten Gräueltaten begangen hat, die man sich vorstellen kann. Inzwischen sind viele von ihnen bereits wieder hier. Und erst in den letzten Wochen hielt es die Regierung Vivaldi für angebracht, eine Reihe von kriminellen Frauen zu repatriieren, die sich ebenfalls dieser monströsen Armee angeschlossen hatten.

Der Terrorismus stellt eine echte und dauerhafte Bedrohung für unsere Gesellschaft dar, und die 75 Gerichtsentscheidungen tun nicht viel, um etwas dagegen zu unternehmen. Ihn zu bekämpfen muss für die Regierung oberste Priorität haben. Um den Terrorismus wirksam zu bekämpfen, muss zunächst sein Nährboden entwässert werden, der im Wesentlichen aus dem organisierten Islam und einigen seiner Anhänger besteht. Darüber hinaus müssen

energische Maßnahmen ergriffen werden, um angemessen zurückzuschlagen. Beispielsweise möchte der Vlaams Belang, dass jeder, der auf der Grundlage der Antiterrorgesetzgebung verurteilt wurde und eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, die belgische Staatsbürgerschaft verliert und nach Verbüßung der Strafe für immer des Landes verwiesen wird. Außerdem muss es eine „besondere lebenslange Freiheitsstrafe“ für Terroristen geben, um sicherzustellen, dass sie nie wieder freigelassen werden können. Wann wird die Politik in diesem Land einwilligen, etwas politischen Mut zu zeigen, ohne sich hinter einer bis zum Gehtnichtmehr abgenutzten pseudo-humanistischen Rhetorik zu verstecken?



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EUROLIBERTÉS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Brüssel: Zehntausende Polizisten auf Demo gegen Gewalt-Exzesse

29. 11. 2022



Mehrere zehntausend Polizisten marschierten am Montag in der belgischen Hauptstadt Brüssel, um auf Gewalt gegen die Strafverfolgungsbehörden aufmerksam zu machen: Erst kürzlich war ein junger Polizist getötet und ein Mitarbeiter bei einem Messerangriff verletzt worden – wie „RTL Info“ berichtete.

Die Demonstration wurde von nationalen Polizeigewerkschaften organisiert, die von der belgischen Regierung konkrete Antworten auf ihre Bedenken erwarten. Schließlich trafen sich Interessenvertretungen der Polizei und der belgische Premierminister Alexander De Croo am Nachmittag. Die Gewerkschaften verließen die Gespräche allerdings enttäuscht. Sie forderten von der Regierung mehr Personal, mehr Sicherheitsausrüstung und ein berechenbareres Karrieremodell.

„Wir haben mehrere Stunden geredet, aber wir haben uns nicht wirklich verstanden.“ – wie Carlo Medo, Präsident der nationalen Gewerkschaft der Strafverfolgungsbehörden, sagte.

Die Polizeigewerkschaften zeigten sich auch wütend, weil die Regierung ihre früheren Versprechen, Gewalt gegen Beamte strenger zu verfolgen, nicht eingehalten hat. Sie kündigten weitere Demonstrationen an.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [MANDINER](#), unserem Medienkooperationspartner.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Niederlande (Seiten E 70 - E 71)

04) Niederlande im „Great Reset“-Modus: Zwangsenteignung von 3.000 Farmen, um „Klimaziele“ zu erreichen

05. 12. 2022



Die Niederlande dürften in den Plänen des „Great Reset“ sowie den von der UNO vorgegebenen „Social Development Goals 2030“ eine gewichtige Rolle spielen. Denn die Regierung unter Ministerpräsident Mark Rutte setzt wie kaum eine andere europäische Zwangsmaßnahmen ohne Wenn und Aber um – man erinnere sich an die größten Bauernproteste seit hunderten Jahren, die keinerlei Abweichen von einer völlig destruktiven Politik bewirken konnten. Farmer, Bauern und Landwirte gelten überhaupt als erklärtes Ziel der Globalisten, will man doch die „umweltschädlichen“ Nahrungsmittelproduzenten und ihre Betriebe im Sinne von globalen Gentechnik-Industrien ausmerzen.

3.000 geschlossene Bauernhöfe für die Klimaziele

Nun ist man in den Niederlanden bereits einen Schritt weiter. Die ohnehin bis zum Existenzminimum dezimierten Bauern werden dabei erneut ins Visier genommen. [Bis zu 3.000 landwirtschaftliche Betriebe](#), die von der Regierung als „Spitzenverschmutzer“ gebrandmarkt wurden, sollen bald zwangsenteignet und verkauft werden. Noch bietet man an, die Höfe aufzukaufen, um die nach EU-Recht (!) illegalen Ammoniak- und Stickoxidemissionen zu reduzieren.

Die für Stickstoff zuständige Ministerin Christianne van der Wal erklärte, den Landwirten würden mehr als 100 % des Wertes ihrer Betriebe angeboten, wenn sie aufgeben. Zum ersten Mal hat die Regierung erklärt, dass im nächsten Jahr Zwangsaufkäufe folgen werden, wenn die freiwilligen Maßnahmen scheitern.

Regierung drängt Landwirte zur Aufgabe

Die Landwirte werden nun vor die Wahl gestellt, im Sinne der Technologisierung und des „Great Reset“: Innovation zur drastischen Verringerung der Emissionen, Umstellung auf eine neue Art von Unternehmen, Erweiterung in einer Weise, die ihre Auswirkungen verringert, Umsiedlung oder „freiwilliger Ausstieg“.

„Für landwirtschaftliche Unternehmer wird es ein möglichst attraktives Ausstiegsprogramm geben“, sagte Van der Wal in einer Reihe von parlamentarischen Briefings. „Für industrielle Spitzenverschmutzer werden wir mit einem maßgeschneiderten Ansatz und einer Verschärfung der Genehmigungen an die Arbeit gehen. Nach einem Jahr werden wir sehen, ob wir damit genug erreicht haben“. Zwar betreffen die Maßnahmen auch multinationale Konzerne und ihre Dependancen, wie Shell und BP, jedoch werden die einfachen Landwirte die Hauptleidtragenden sein.

Auch eine 30-prozentige (!) Verringerung des Viehbestandes will die niederländische Regierung bis zum Jahr 2030 anstreben. Denn: Der Agrarsektor ist für 45 % der „bösen“ Treibhausgase verantwortlich.

Bauern wütend – Klimafanatiker jubeln

„Die Reduzierung wird kommen“, sagte Tjeerd de Groot, der agrarpolitische Sprecher der Partei D66, der glaubt, dass das Land die Zahl der Schweine und Hühner um 50 % reduzieren und die Kühe auf Gras weiden lassen muss. „Ich bin jetzt sehr hoffnungsvoll, denn es ist nicht mehr nur freiwillig. Die ganze Wirtschaft ist wegen dieser Stickstofffrage zum Stillstand gekommen.“

„Das macht den politischen Druck, auch in konservativen, bäuerlich orientierten Gesellschaften, groß. Ein relativ kleiner Teil der Wirtschaft blockiert den Rest der Gesellschaft, ganz abgesehen von den Problemen mit der biologischen Vielfalt und der Degradation. Jetzt wird es passieren, weil wir mit dem Rücken zur Wand stehen.“

Trotz früherer freiwilliger Aufkaufprogramme haben nach Angaben der Volkskrant nur etwa 30 Landwirte aufgehört. Neue Zahlen zeigen, dass die Zahl der Tiere in den letzten zehn Jahren mehr oder weniger gleich geblieben ist, wobei in den Niederlanden mehr als fünfmal so viele Nutztiere gehalten werden wie 17,8 Millionen Menschen leben.

Die Landwirte sind wütend. Die BoerBurgerBeweging (Bauern-Bürger-Bewegung) erklärte, sie sei „erstaunt, dass die Landwirte und ihre Familien noch ein weiteres Jahr in Ungewissheit leben müssen“.

Umweltschützer sind vorsichtig optimistisch. Natasja Oerlemans, Leiterin des Lebensmittelteams beim WWF Niederlande, sagte, die Landwirte seien zwar nicht schuld daran, dass sie sich an das System hielten, aber eine Reform sei schon seit Jahren notwendig.

„Alles in allem glauben wir, dass dies zu einem vielversprechenden Weg für die dringend benötigte Agrarwende in den Niederlanden führen könnte“, sagte sie, fügte aber hinzu, dass es noch ungewiss sei, wie die Regierung die Abschaltungen durchsetzen würde, wenn ihr freiwilliger Ansatz scheitert.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

BR Deutschland (E 72 – E 113)

05) Dr. Norbert van Handel – Der Fall „Reichsbürger“

14. 12. 2022



Dr. Norbert van Handel

Da haben also 3.000 Polizisten in Deutschland ganze 25 so genannte Reichsbürger gefasst. Geht man vom Verhältnis Österreich-Deutschland – etwa 1:10 – aus, dann hätten in Österreich 300 Polizisten 2,5 Reichsbürger gefangengesetzt.

Was immer die Reichsbürger wollen oder sind, es drängt sich die Frage auf, ob sie so gefährlich sind, dass die ganze deutsche Politik in Aufruhr ist. Dies scheint uns doch etwas übertrieben – aber von außen weiß man nichts Genaues und kann nur Vermutungen anstellen. Es ergeben sich vielmehr einige Fragen, wie es überhaupt dazu kommen kann, dass immer mehr Bürger gegen den Staat als solches sind?

Zum Beispiel:

- Kann es sein, dass die Menschen zunehmend mehr verunsichert werden, wenn Spitzenpolitiker meinen: „Deutschland ist sch...“ oder „Patriotismus kotzt mich an“ u.s.w. Dürfen solche Leute eigentlich überhaupt Politik für ein Land machen, das sie so tief verachten?
- Wir fragen uns, kann es vielleicht auch die so genannte politische Korrektness und die ganze Genderei sein, die den Menschen furchtbar auf die Nerven gehen, weil man nicht mehr sagen soll oder darf, was eigentlich Sache ist?
- Kann es etwa sein, dass die so genannte Vergangenheitsbewältigung derartig inflationär geworden ist, dass sie wie eine Hintergrundmusik in einem Großkaufhaus oder eine endlose Warteschleife die Menschen begleitet, ob sie wollen oder nicht? Hier geht es nicht darum, dass den Schrecken des Holocaust natürlich in würdiger Form gedacht werden muss. Es geht noch viel weiter, wenn die ganze überwiegend

positive Geschichte eines Landes ständig in den Dreck gezogen wird. Wie sollen da vor allem junge Menschen den Staat und seine Vergangenheit, die laufend herabgewürdigt werden, respektieren?

- Ist es vielleicht so, dass die gesamte LGBTQ u.s.w. – Politik die Menschen abstößt, nicht deshalb, weil die sexuelle Freiheit jedes Einzelnen toleriert wird, sondern vielmehr, weil LGBTQ schlechthin zum Staatsziel wird? Kommt zur Quotenfrau nun auch der Quotenschwule?
- Auch die heterogene Familie, die schlechthin die Keimzelle eines Staates ist, wird ständig zugunsten einer Politik, die alles was möglich ist auch möglich machen will, ersetzt. Kinder aus zerrütteten Familien sind am ehesten bereit zu Staatsverweigerern zu werden, wie eine Forschung jüngst ergeben hat. Ist es nicht vielleicht höchste Zeit, die christliche Familie wieder als Kernpunkt jeder Gesellschaft zu sehen und nicht die Ehe wie einen Mietvertrag zu behandeln, den man nach Lust und Laune kündigen kann? Und stößt es die Menschen nicht ab, dass überhaupt die christliche Kultur unserer Gesellschaft völlig verschwindet? Dass Symbole, wie Kreuze oder Feiertage, zunehmend mehr negiert werden, wobei leider auch die christlichen Kirchen ein gerütteltes Maß an Verantwortung dafür tragen.
- Sind die Menschen nicht verstört, dass statt einer Friedenspolitik eine Kriegspolitik im tragischen Ukraine-Krieg gemacht wird? Statt alles zu tun, um diesen Krieg zu beenden, werden Waffen geliefert und damit der Krieg, den man angeblich nicht will, unabsehbar hinausgezogen. Ist nicht die Scheinheiligkeit auf den Höhepunkt getrieben, wenn man die bedauernswerten Ukrainer bemitleidet, gleichzeitig aber alles macht, damit der Konflikt weitergeht?
- Könnte es vielleicht so sein, dass die Menschen es auch nicht verstehen, dass die einst starke Bundeswehr abgewirtschaftet wurde? Die Folge ist, dass ein Staat, der sich nicht mehr verteidigen kann und will, nicht mehr wert ist Staat zu sein. • Lehnen die Menschen vielleicht den Staat deshalb ab, weil seit der Willkommenspolitik 2015 die Grenzen weit geöffnet wurden für Immigranten, Asylsuchende, Wirtschaftsflüchtlinge etc., deren Kultur, deren Religion, deren Verhältnis zur Gewalt Gefahr läuft Deutschland total zu verändern?
- Haben die Menschen vielleicht Angst, dass diese Art einer völlig fehlgeleiteten Politik dazu führt, die Jahrtausende alte Identität und überwiegend positive Geschichte des Landes schlecht zu machen und zu zerstören?
- Sind die Menschen vielleicht verzweifelt, weil eine völlig überbordende Bürokratie es ihnen kaum mehr möglich macht zu verstehen, was die Obrigkeit eigentlich will, und steht man dieser Entwicklung zunehmend hilfloser gegenüber?

Vielleicht sollte man in der Weihnachtszeit alle diese Fragen überlegen, diskutieren und versuchen Maßnahmen zu ergreifen, um den Staat von Grund auf zu ändern. Dazu braucht man Reichsbürger nicht, das betrifft uns alle!

Dr. Norbert van Handel

13.12.2022, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Energie-Krise – Die Lust am Untergang. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 608-06

8. Dezember 2022

47. Jahrgang

Die Lust am Untergang

Bei der Industriekonferenz am 29. November auf dem EUREF-Campus beklagte **Robert Habeck**, dass es „geradezu eine Lust daran gäbe, den Untergang herbeizureden.“ Gemeint waren die kritischen Stimmen, die nicht davon zu überzeugen sind, dass wir die Energiekrise überstehen werden.

Gestern erfolgte eine Razzia in einem Ausmaß, das wir in Berlin nur vom Erstürmen eines Edelpuffs kennen. Der Hintergrund war dramatischer. „Reichsbürger“ wollen unser demokratisches System untergehen lassen und durch ein anderes ersetzen, das was dann besser macht? Wie es beim Umgang mit der Pandemie in Diktaturen abläuft, wollen wir uns lieber nicht vorstellen. Dann doch lieber den manchmal leicht verwirrten Professor ertragen.

Wir müssen uns keine Sorgen machen, dass es diesen Figuren aus einer schlechten Comedy-Show gelingen könnte, unsere Regierung zu stürzen. Sorglos können wir trotzdem nicht sein. Denn diese Leute aus der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ sind gefährlich. Sie haben Kontakte in die Bundeswehr und sind bewaffnet, also jederzeit in der Lage, Attentate zu verüben. Nicht die „Letzte Generation“ ist die neue RAF, sondern jene, die gestern in Gewahrsam genommen und hoffentlich nun im Knast für längere Zeit festgeklebt werden.

Die „Reichsbürger“ haben nicht das Potenzial, das Parlament zu stürmen, so wie es die Anhänger des immer noch auf freiem Fuße wandelnden Ex-Präsidenten Trump vormachten. Der Versuch in Berlin scheiterte schon an drei Polizisten, die sich dem Mob entgegenstellten. Mit dieser Truppe kann man kein Scheißhaus stürmen, weil sie noch zu viel Angst vor der eigenen Courage haben. Das kann sich ändern. Also wachsam sein. Dass die gestrige Aktion zeitgleich in elf Bundesländern durchgeführt werden konnte, zeigt, dass unsere Sicherheitskräfte besser als ihr Ruf sind. In sie zu investieren, ist ebenso wichtig wie die Bundeswehr einsatzfähig zu machen.

Als Sozialarbeiter frage ich mich immer, was in den Köpfen dieser Leute vorgeht, und, ob es möglich ist, aus ihnen gute Demokraten zu machen. In meinen beruflichen Erfahrungen habe ich viele Erfolge dieser Bemühungen erlebt, aber eben auch nicht wenige Misserfolge. Es gibt Menschen, die kann man nicht zum Besseren bekehren, weil sie ihren Irrglauben für eine Religion halten. Wer nicht zugänglich für andere Argumente und Meinungen ist, bei dem sind eben

Hopfen und Malz verloren. Es bleibt also nur, diese Leute unter Beobachtung zu stellen. Und wenn sich die AfD darüber aufregt, dass sie unter dieser Beobachtung steht, dann sollte sie dafür sorgen, nicht immer wieder Beweise zu liefern, dass die Maßnahmen gegen sie erforderlich sind.

Nur bei einer kaputten Ampel leuchten alle Farben gleichzeitig. Normalerweise: entweder Rot oder Grün, und auch Rot-Gelb. Heute vor einem Jahr wurde **Olaf Scholz** zum Bundeskanzler gewählt und die Ampel aus SPD, Grünen und FDP nahm ihre Arbeit auf. „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ steht auf dem Koalitionsvertrag. Klingt ein wenig nach **Willy Brandts** „mehr Demokratie wagen.“ 52 Jahre nach der Rede des Bundeskanzlers gilt diese Aufforderung in einigen Teilen unseres Landes immer noch.

Kaum hatten die Minister der neuen Bundesregierung ihre Büros eingerichtet, veränderte sich die Welt schlagartig und dramatisch mit dem Überfall Putins auf die Ukraine. Die Pandemie war zu diesem Zeitpunkt noch in voller Blüte. Die Ampel war also von Anfang an im Krisenmodus und alle Lampen blinkten aufgeregt vor sich hin.

Die Zeremonie zur Unterschrift unter den Koalitionsvertrag war kein Vereinigungsparteitag. SPD, Grüne und FDP blieben eigenständige Wesen. Dass jede Partei Abstriche von ihrem Wahlprogramm machen musste, versteht sich von selbst. Wer darüber meckert, wie schwierig es ist, drei Parteien unter einen Hut zu bekommen, soll gefälligst anders wählen, und zwar so, dass nicht eine Partei, die nur ein Viertel der Wählerschaft repräsentiert, den Bundeskanzler stellen darf, eine 15-Prozent-Partei uns vorschreiben kann, wie wir zu leben haben, und eine Elfeinhalbpartei nicht einsehen will, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Pluralismus ist etwas Schönes, wenn er sich allerdings in Parteilenvielfalt widerspiegelt, ist das kontraproduktiv.

Die Ampel hat es trotz aller Probleme geschafft, dass niemand frieren muss und die Weihnachtslichter leuchten. Gedankt wird es ihr nicht, denn in allen Umfragen hat sie keine Mehrheit, die SPD liegt zwischen 18 und 20 Prozent, die Grünen zwischen 17 und 19 und die FDP zwischen fünf und sieben. Gewinnen würde die Union mit 28 bis 30 Prozent. Und dann? Wenn Sie heute um 11 Uhr den Alarm vernehmen, wird weder die Ampel ausgeschaltet, noch übernehmen die Reichsbürger das Land. **Ed Koch**

1

07) ACHTUNG REICHELT!

Von JULIAN REICHELT

13. 12. 2022



Sie ist mit ihrer ideologischen Amtsführung die gefährlichste Ministerin der Ampel-Regierung: Nancy Faeser. Die Innenministerin sagte im Bundestag, die Beweislastumkehr abzuschaffen, um Beamte schneller loswerden zu können. Es gibt kaum eine größere Grausamkeit, als Menschen ohne Beweise zu beschuldigen und sie dann zu zwingen, ihre Unschuld zu beweisen.

Es ist nahezu unmöglich, zu beweisen, was man NICHT getan hat oder NICHT denkt. Genau deswegen haben wir die Unschuldsvermutung. Genau deswegen liegt im Rechtsstaat die Beweislast immer beim Ankläger. Die Deutsche Polizeigewerkschaft, POLIZISTEN, vergleichen ihre Dienstherrin für ihren Vorstoß mit den Folterknechten der Hexenverbrennung, mit dem düstersten Mittelalter. Da wurde Frauen vorgeworfen, eine Hexe zu sein – und die sollten dann mal schön beweisen, dass dem NICHT so ist.

Warum will Nancy Faeser das? Die Antwort ist einfach: Nichts schüchtert mehr ein, nichts sät so sehr Angst und Schrecken wie die Beweislastumkehr. Die Beweislastumkehr, auch noch ausgerechnet für politisch Andersdenkende, ist das Ende der Demokratie. Wer nicht für die Regierung ist, soll Angst haben!

<https://www.youtube.com/watch?v=7KQ5EGvtx1c&t=14s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) „Was fürchtet denn der Staat?“

12. 12. 2022



Die Rebellion der Rentner!

Letzte Woche wurden wir Zeugen einer unglaublichen Polit-Schmierenkommödie, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Dazu fällt dem Autor ein altes österreichisches Arbeiterlied aus dem neunzehnten Jahrhundert ein:

Der Staat ist in Gefahr!
Der Staat ist in Gefahr!
Der Staat, der noch nie sicher war,
Ja, ja sicher war,
Der Staat ist in Gefahr!

Was fürchtet denn der Staat?
Das Volk, das er betrogen hat,
Das fürchtet jetzt der Staat.

´s ist nicht der Staat allein:
Es müssen mehr Betrüger sein.
´s ist nicht der Staat allein.

usw. [1]

Diese ersten drei Strophen charakterisieren offenbar die gegenwärtige Situation in Deutschland und in Österreich. Wie zu allen Zeiten, in der der politische Mainstream

Seite E 77 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

langsam die Deutungshoheit verliert, unterstellt man der Opposition Insurrektion, Hochverrat und versucht diese mit den abenteuerlichsten Vorwürfen zu kriminalisieren. Nun ist es wieder soweit!

3.000 Polizisten treffen 25 „Terroristen“ friedlich in Wohnungen an

Die gegenwärtige politische Situation in Deutschland wird scheinbar von der Bundesregierung dermaßen prekär eingestuft, dass man einer Truppe von 25 Personen, meist schon Rentner, zutraut das politische Fass zum überlaufen zu bringen und das politische System in Deutschland zu kippen. Wie sonst ist es sonst zu erklären, dass man 3000 Polizisten mobilisierte, um diese 25 Personen zu inhaftieren? Haben sich diese Leute irgendwo in den Bergen, in einer Art „Alpenfestung“, oder in irgend welchen Wäldern verschanzt und sich zum Sturm auf Berlin vorzubereiten?

Natürlich war nichts von dem der Fall. Die Verdächtigen konnten in ihren Wohnungen verhaftet werden. Niemand leistete Widerstand. Auch wurden offenbar keine Waffen gefunden. Möglicherweise wussten die Betroffenen sogar, so wie die vorweg informierten Medien, im Voraus von ihrer bevorstehenden Verhaftung und verzichteten sich irgendwo in einem Unterschlupf zu verstecken.

Diese absurde Aktion steht im krassen Gegensatz dazu, dass sich die deutschen Behörden einen Dreck um den größten Terrorakt gegen Deutschland in der deutschen Nachkriegsgeschichte, nämlich der Sprengung der Nordstream-Leitungen scheren, wodurch die Energieversorgung ganz Europas beeinträchtigt wurde! Und nicht nur das, die deutschen Behörden decken sogar die Terroristen.

Was wirft man den „Reichsbürger-Putschisten“ eigentlich vor?

Laut Generalbundesanwaltschaft hätten sich einzelne Mitglieder der Gruppe überlegt, gewaltsam in den Bundestag einzudringen! Man muss sich diesen Vorwurf auf der Zunge zergehen lassen: Vielleicht haben einige Mitglieder in Weinlaune darüber sinniert, wie man die derzeitige Führungsclique, bestehend fast ausschließlich aus Studienabbrechern und Zivilversagern, die sich Regierung schimpft, loswerden könne! Solche Gedankenspiele fallen im heutigen Deutschland bereits unter Terrorismus! Und das, während Antifa-Schlägertypen sogar im Bundestag gehuldigt werden.

Ein „Putsch“ der nie stattfand

Allerdings verstrichen nach SPIEGEL-Informationen mehrere Tage, an denen die Gruppe eigentlich hatte losschlagen wollen, ohne dass sie militante Aktionen unternahm. War vielleicht gar der eine oder andere Rollator defekt, sodass der Sturm aufgeschoben werden musste? Man hat also weder irgend einen Beweis, dass ein dummes Gerede ernst gemeint war, noch konnte man die Existenz irgend eines Planes, oder der dafür notwendigen Waffen nachweisen.

Wie in dem Lied hat diese Regierung allen Grund sich vor dem Volk zu fürchten, das nicht nur betrogen, sondern dessen Existenz auf das Spiel gesetzt wird z.B. durch:

- den Klimaschwindel und durch die sogenannte Energiewende, die
- die Deindustrialisierung Deutschlands,
- die unkontrollierte Masseneinwanderung, die zur Folge haben wird, dass
- Asylantenterror und Morde weiter stattfinden werden.
- den Meinungsterror des Mainstreams,

Seite E 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

- den Abbau des Sozialstaates,
- LGBTQ+ Schwachsinn, und Genderwahn,
- den verdeckten Krieg gegen Russland,
- das Hegemoniestreben Deutschlands in Europa am Rockzipfel der USA, wofür man sich sogar die Nordstream-Leitungen wegsprengen ließ, usw.

Deswegen benötigt diese Regierung nun eine moderne Version des Bierkeller-Putsches, wie er von Hitler 1923 versucht wurde. Bloß ist kein Hitler in Sicht, vor dem man sich fürchten müsste.

Das ganze Drehbuch im „Kampf“ gegen diesen „Putsch“ von Rentnern ist offenbar dem Reichstagsbrand nachempfunden, der mutmaßlich von den Nationalsozialisten inszeniert, aber mit Sicherheit instrumentalisiert wurde, um die Notstandsgesetze auf Schiene zu bringen.

Man darf gespannt sein, welche Notverordnungen diesmal beschlossen werden, um die Opposition zum Schweigen zu bringen, war doch unter den „aufständischen Terroristen“ auch eine ehemalige AFD-Abgeordnete und Richterin Frau Birgit Malsack-Winkemann, die mit ihren 58 Jahren eine der Jüngsten im Bunde ist.

Soll jetzt die AFD als terroristische Vereinigung gebrandmarkt und verboten werden, wie dereinst die KPD von den Nationalsozialisten, soll jede wie immer geartete Opposition eingeschüchtert werden, oder soll der private Waffenbesitz untersagt werden? Was auch immer, man darf gespannt sein!

Bereits jetzt, wenige Tage nach dem nicht stattgefundenen „Putsch“ zeichnet sich der „Nutzen“ für die Regierenden aus der überzogenen Aktion ab: Der bestialische Mädchen-Mord ist völlig aus den medialen Berichterstattung verschwunden und die anständigen und aufrechten Personen, die sich mutig gegen den Corona-Impfwahnsinn stellen, werden wieder ins rechte Eck gestellt und erneut als „Corona-Leugner“ beworfen. Siehe unser Storybild über dem Artikel.

[1] Für historisch Interessierte: [hier](#) der komplette Lied-Text plus Vertonung.

<https://martinauer.bandcamp.com/track/der-staat-ist-in-gefahr>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Neuer Höhepunkt im Moralisten-Irrsinn: Faesers „OneLove“-Binde soll ins „Haus der Geschichte“

11. 12. 2022



Es stellt wohl den Gipfel der Peinlichkeit dar: Die „OneLove“-Armbinde, mit der Innenministerin Faeser in Katar provozierte, soll im „Haus der Geschichte“ der Nachwelt erhalten bleiben.

Diese Peinlich-Aktion der völlig undiplomatisch agierenden Innenministerin soll nicht als Mahnung für künftige Generationen museal erhalten bleiben, was passiert, wenn wieder die Welt am deutschen Wesen genesen soll, sondern als Zeichen von „Vielfalt und Toleranz“.

Man kann wohl davon ausgehen, dass die Leitung des „Hauses der Geschichte“, die Faesers Armbinde haben will, zu hundert Prozent im Sinne dieses kranken Zeitgeistes ideologisch gedrillt wurde. So habe laut Innenministerium die Stiftung um Überlassung der Binde gebeten, denn man bemühe sich um Objekte, die „die vielfältigen Diskussionen um die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar und das Engagement für Vielfalt und Toleranz auf nationaler und internationaler Ebene visualisieren“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Linken-Abgeordnete: „Die Razzia wirkt wie eine PR-Aktion“

11. 12. 2022



Der bundesweite Einsatz von rund 3000 Beamten gegen einen angeblich von sogenannten Reichsbürgern geplanten Umsturz war der größte seiner Art seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Nun hagelt es Festnahmen, was wohl auch kaum anders vorstellbar wäre, denn der betriebene Aufwand muss gerechtfertigt werden. Die Inszenierung pfeift dabei so laut aus allen Ritzen, dass schon jetzt kritische Stimmen laut werden, lange bevor das Schauspiel als durchschaut und aufgeklärt gelten kann.

Dem bekannten Publizisten Jan Fleischhauer ist die Sache offenbar nicht geheuer. [Er twittert:](#)

„Das ist sicherlich das erste Antiterrorverfahren, bei dem man jeder Redaktion in Deutschland, die eine Kamera tragen kann, die Liste der Beschuldigten hat zukommen lassen, damit sie rechtzeitig vor Ort ist, um, ganz konspirativ, die Festnahme zu dokumentieren.“

Einer seiner Kommentatoren fragt spitz: „Werden die ganzen Redaktionen ab jetzt auch eingeladen, wenn man irgendwelche Clans hochnimmt oder ist das dann doch zu gefährlich?“. Woraufhin Erika Steinbach bemerkt: „Clans nimmt man doch nicht hoch – wäre zu gefährlich.“

Stirnrunzeln stellt sich offenbar zum Teil aber auch dort ein, wo Politik, Justiz und Massenmedien eher Applaus erwartet hätten. Beispielsweise bei Martina Renner, der Sprecherin für Antifaschistische Politik der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag. [n-tv zitiert sie mit der Äußerung:](#) „Die Razzia wirkt wie eine PR-Aktion“.

Seite E 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Die Durchsuchungen und Festnahmen seien nicht wirklich geheim gewesen, behauptet die Bundestagsabgeordnete den Angaben zufolge:

„Ich selbst wusste seit Mitte letzter Woche bereits davon und weiß außerdem von mehreren Medien, die schon seit zwei Wochen Kenntnis hatten. Es waren die Namen der Beschuldigten bekannt, ihre Adresse und der geplante Zeitpunkt des Zugriffs.“

Waffen wurden bei der großangelegten Aktion kaum gefunden. Von den Tatverdächtigen sah offenbar niemand eine Veranlassung, sich vor der Polizei zu verstecken: Die vermeintlichen Umstürzler stehen im Telefonbuch und wohnen reihum dort, wo sie gemeldet sind. Konspirativ geht anders. Die Unterschiede zur RAF in den 1970er Jahren sind schwer zu übersehen.

Wer politisch einigermaßen durchblickt, kann nicht übersehen, dass bei diesem Unternehmen irgendetwas nicht stimmt. Bei Otto Normalverbraucher dagegen bleibt der Eindruck hängen, die AfD habe irgendetwas mit Terrorismus und Umsturzplänen zu tun. Und das dürfte wohl auch genauso beabsichtigt sein.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PI-NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Verhaftung von 52 "Reichsbürgern". Berichtete Fakten Kommentar des Verfassers

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Aufsehen-erregende Verhaftung von 52 „Reichsbürgern“ kann nicht unkommentiert bleiben.

Meine Auffassung dazu lesen Sie hier anschließend. (Beachten Sie dabei die Neigung des Verfassers zur Satire).

Auch die Junge Freiheit hat sich mit dem Thema befasst. Was sie schreibt, lesen Sie hier unter Nr. **xx**

Mit freundlichen Grüßen und Wünschen zum dritten Advent

Hannes Zimmermann

Am Hang 19

53819 Neunkirchen-Seelscheid

E-Mail: info@aviadoc.de

Berichtete Fakten	Kommentar des Verfassers
<p>Ermittlungen durch: Bundesamt für Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbehörden der Länder, des militärischen Abschirmdienstes und des Bundeskriminalamts.</p>	<p>Volle Breitseite: Alle dafür in Betracht kommenden Behörden waren beteiligt: „Bravo“!</p>
<p>Durchführende: 3000 Einsatzkräfte aus der Polizei, der Antiterrorereinheit GSG 9 der Bundespolizei und Beamte aus Spezialeinheiten (SEK) der Bundesländer.</p>	<p>Das sind 57,7 (!) Einsatzkräfte pro Beschuldigten. Und zwar die Besten, die es in der Bundesrepublik Deutschland gibt: „Donnerwetter“.</p> <p>Ob der Personaleinsatz im Verhältnis zum Festnahme-/Durchsuchungserfolg in einem vernünftigen Verhältnis steht, sei dahingestellt.</p>
<p>52 Beschuldigte,</p> <p>darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ eine ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete, die erfolgreich gegen die Berliner Senatsverwaltung geklagt hatte und als Richterin wieder eingestellt werden musste, ▶ mehrere KSK-Offiziere, z.T. auch aus der CORONA-Protestbewegung und ▶ ein Sportschütze als Besitzer polizeilich registrierter Waffen, der als Beschaffer des „Materials“ fungieren sollte. 	<ul style="list-style-type: none"> a) Es wird ja nicht so sein, dass man bei monatelangen Beobachtungen der 52 Beschuldigten für alle am gleichen Tag zur Erkenntnis kommt, dass diese Straftaten begangen haben könnten. Wenn die Reichsbürger so gefährlich sind, wie hier suggeriert wird: Warum ergreift man sie nicht sofort, wenn die Erkenntnis strafbarer Handlungen vorliegt? Warum wartet man, bis eine so große Zahl zusammengekommen ist? Der Verdacht kommt auf: Weil man damit - politisch so erwünscht - in der Öffentlichkeit mehr Aufsehen/Abscheu erweckt werden kann. b) „Wie gut, dass auch eine frühere AfD-Bundestagsabgeordnete unter den Beschuldigten war“. Da hat man - politisch so erwünscht - eine prima Gelegenheit, die AfD zu diskreditieren, die mit der Angelegenheit nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Weiterhin: Wie gut, dass man nun die Gelegenheit hat, sie - was vor Gericht nicht gelungen war - auf andere Art und Weise als Richterin loszuwerden. c) Dass das Kommando Spezialkräfte (KSK) aus linksgrüner Betrachtungsweise am besten aufgelöst würde, hat sich bei dessen Behandlung aus der Politik schon bei zurückliegenden Ereignissen gezeigt. d) Die Corona-Protestbewegung besteht aus Menschen, die ihr im Grundgesetz garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nehmen. Wo da was Strafbares zu erkennen ist, bleibt unklar. e) Mit „Material“ scheinen Waffen und Munition gemeint zu sein. Dazu folgendes: Ein Sportschütze kann - so ist die Rechtslage - <u>1</u> (eine ist unterstrichen!) Waffe dann erwerben, wenn er ein Bedürfnis dafür nachweisen kann. Das ist möglich, wenn er ein umfangreiches, monatelanges und zu dokumentierendes

Trainingsprogramm, gute Trefferergebnisse und auch die Teilnahme an Vereins-, Kreis-, und Landesmeisterschaften nachweisen kann. Dann und nur dann wird ihm vom Vorstand des Schützenvereins, dem er angehört, eine Befürwortung **für diese eine Waffe** ausgestellt.

Will er noch eine **weitere Waffe** erwerben, gilt das Gleiche: Umfangreiches Schießtraining, gute Schießergebnisse, Teilnahme an Vergleichsschießen und nach weiteren Monaten kann er auch eine zweite Waffe kaufen.

Zu suggerieren, dass ein solcher Sportschütze eine nennenswerte Anzahl von Waffen besorgen könne, ist abwegig.

[Anders liegt die Sache bei den weit verbreiteten Waffen aus dem „Schwarzen Markt“. Das sind illegale, polizeilich nicht gemeldete Waffen, die sich im Besitz von Straftätern, Banden, Clans... befinden. Die Politik wäre gut beraten, diese Beschaffungsmöglichkeit von (Feuer-) Waffen abzustellen].

Was also - außer, dass er als Reichsbürger möglicherweise Straftaten begangen hat - liegt konkret gegen diesen Sportschützen vor? Hat er seine Waffe (n) nicht vorschriftsmäßig aufbewahrt. Hat er sie an einen Unbefugten ausgeliehen? Ist er nicht sorgsam damit umgegangen? Hat er damit in der Öffentlichkeit geschossen?

Ein konkreter Vorwurf im Hinblick auf seinen Waffenbesitz ist jedenfalls nicht erkennbar.

Das Waffenrecht in Deutschland - die Innenministerin müsste das wissen - ist wohl das Strengste in Europa. Wer von sich sagen kann, dass er Sportschütze ist, ist kein Verbrecher, sondern ein von den zuständigen Behörden umfassend überprüfter Ehrenmann. Schon bevor er überhaupt Schütze ist, wird er vom Verfassungsschutz nach dessen Kriterien überprüft. Nachdem er dann Schütze geworden ist, sind es die Kreispolizeibehörden, die darüber wachen, dass die (strengen) gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden.

Wenn „die Grünen“ in ihrem Grundsatzprogramm ein Ende des privaten Besitzes von Schusswaffen fordern: Aus der aktuellen Beschlagnahmesituation dieses Sportschützen lässt sich das nicht herleiten.

<p>27 vollstreckte Haftbefehle, gegen 25 weitere wird ermittelt</p>	<p>27 vollstreckte Haftbefehle entsprechen ungefähr der Hälfte der Beschuldigten.</p>
<p>Durchsuchte Häuser: 150</p>	<p>150 Häuser bei 52 Beschuldigten?? Im Durchschnitt entfallen damit 2,88 Häuser auf jeden Reichsbürger! (Die Ärmsten können es wohl nicht gewesen sein).</p>
<p>An Feuerwaffen gefunden: Keine automatischen Waffen. An Schusswaffen: Zwei Gewehre und eine Pistole.</p>	<p>Was die Gefährlichkeit der gefundenen Waffen angeht: Es war nicht zu ersehen, um welche Waffen es sich gehandelt hat. Es gibt eine große Bandbreite, von eher harmlosen Luftdruckwaffen bis zu Waffen mit großen Kalibern und mehrschüssigen Magazinen.</p> <p>Die Wirksamkeit dieser Waffen hängt auch von der Frage ab, ob es sich um „single-action-“ oder „double-action-Waffen“ gehandelt hat.</p>
<p>Erhobene Vorwürfe:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Unter der Leitung eines 71jährigen Adligen mit ungewöhnlichen politischen Vorstellungen und ▶ unter Verwendung von zahlreichen, z. T. legalen Waffen ▶ eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, um die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu beseitigen und ▶ einen anderen Staat nach Vorbild des Deutschen Reichs von 1871 zu errichten ▶ Unter Mitwirkung von noch zu rekrutierenden KSK-Soldaten das Reichstagsgebäude zu stürmen und ▶ Bundestagsabgeordnete in Handschellen abführen zu wollen. ▶ "Blackouts" auszulösen. ▶ Nach bürgerkriegsähnlichen Zuständen die Bundesregierung abzusetzen, um dann die Macht zu übernehmen. Wichtige Ministerposten seien bereits besetzt gewesen. 	<p>Hier scheint die Fantasie bei den Ermittlungsbehörden eine erhebliche Rolle gespielt zu haben: Wenn die Tatsache, Reichsbürger zu sein, an sich strafbar wäre, müssten schon zahlreiche Bürger hinter Schloss und Riegel sein. Es ist zu vermuten, dass viele der ungewöhnlichen Überzeugungen dieses Personenkreises durch das Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt sind.</p> <p>Strafbare, gerichtsfest nachgewiesene Äußerungen oder Handlungen müssen hinzukommen, um strafrechtlich relevant zu werden.</p> <p>Einer blühenden Fantasie bedarf es, glaubhaft zu machen, dass eine Gruppe von Personen mit drei Feuerwaffen (Säbel, Armbrustwaffen, Schreckschusspistolen, Messer... seien hier außer Betracht gelassen) in der Lage ist,</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen, ▶ einen anderen Staat zu bilden, ▶ das Reichstagsgebäude zu stürmen, ▶ Bundestagsabgeordnete in Handschellen abzuführen, ▶ Blackouts auszulösen und ▶ die Macht, das heißt die Befehlsbefugnis über die beim Bundestag eingesetzten Sicherheitskräfte, über Polizei und Bundeswehr... zu übernehmen. <p>Etwas anderes könnte das Problem sein: Eine die Bevölkerung überzeugende Begründung für den Graben zu finden, der um das Reichstagsgebäude herum entstehen soll.</p> <p>Sollte sich herausstellen, dass die Inhaftierten nur zu einem geringen Anteil tatsächlich verurteilt werden, dürfte</p>

<p>► zig Spekulationen und Vermutungen</p>	<p>es entweder an aufbausenden Meldungen des Verfassungsschutzes oder aber daran liegen, dass die Beschuldigten - wie die Presse - frühzeitig von den Durchsuchungsplänen der Innenministerin erfahren haben und sich entsprechend vorbereiten konnten.</p> <p>Im ersten Fall sollte man Herrn Haldenwang empfehlen, die Ausrüstung seiner Mitarbeiter mit qualitativ hochwertigen Hörgeräten und extra-fein geschliffenen Brillengläsern zu beantragen.</p>
<p>Die Innenministerin Faeser ist entsetzt.</p>	<p>Dass die auf dem linken Auge blinde Innenministerin entsetzt ist, zeigt, dass die Bedeutung des Falles über die strafrechtliche hinausgeht.</p> <p>So lange die Beschuldigten nicht strafrechtlich verurteilt sind, ist „Entsetzen“ auf jeden Fall verfrüht.</p>

Dipl.-Ing. Hannes Zimmermann

Am Hang 19

53819 Neunkirchen-Seelscheid

Dipl.-Ing. Hannes Zimmermann

Am Hang 19

53819 Neunkirchen-Seelscheid

Eingang: 11.12.2022

12) Ganz Deutschland lacht über das Staatstheater „Reichsbürger-Putsch“

Von DAVID BERGER

10. 12. 2022



Was sich bereits bei der Story um die angebliche Klabauterbach-Entführung andeutete, das zeigt sich jetzt umso mehr in der Reichsbürger-Schmierenskomödie: Sehr viele Menschen in unserem Land nehmen die seltsamen Aktionen der Mächtigen in ihrem angeblichen Kampf gegen rechte Staatsfeinde nicht mehr ernst. Und lachen über die, die dem Theater noch Glauben schenken.

Das zeigt sich besonders in den Cartoons und Bildcollagen, die derzeit in den sozialen Netzwerken Hochkonjunktur haben oder auch privat verschickt werden. Hier eine kleine Auswahl von Zusendungen, die [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unseren Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION erreicht haben:

Eil: Kriminelle Reichsbürger mit Fluchtfahrzeugen entkommen



Augustputsch, Sowjetunion 1991

- 8 Politbüro-Mitglieder
- 4000 Soldaten
- 350 Panzer
- 500 Transporter
- Der gesamte KGB-Apparat

Putsch in der Türkei 2016

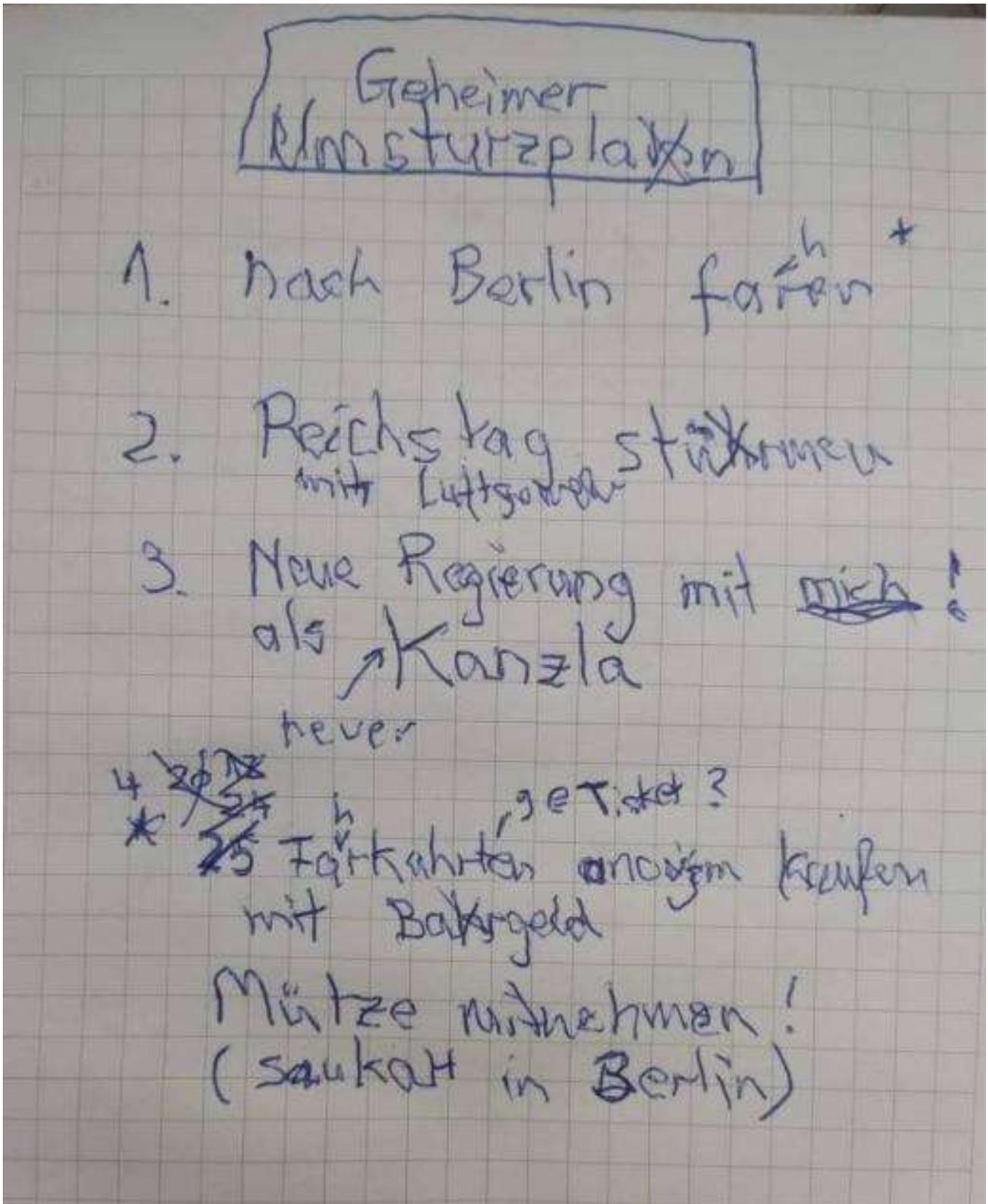
- 8000 Soldaten
- 35 Kampfflugzeuge
- 74 Panzer

"Putsch" in Deutschland 2022

- 1 Prinz
- 22 Rentner
- 1 Schusswaffe
- Dosenravioli

A vertical collage of three images. The top image shows a tank in a city street. The middle image shows a group of people on a tank with a Turkish flag. The bottom image shows a man in a white face mask and a brown jacket, with a 'PC' logo visible in the background.





Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) PETR BYSTRON über die Razzia: „Größter Machtmissbrauch in der Geschichte der Bundesrepublik“

10. 12. 2022



**Petr Bystron (AfD) zur „Reichsbürger“- Razzia:
„Größter Machtmissbrauch in Geschichte der Bundesrepublik!“**

Der Bundestagsabgeordnete und außenpolitische Sprecher der AfD, Petr Bystron hält die Razzia gegen ein paar Rentner aus der „Reichsbürger“-Szene nicht nur für hemmungslos überzogen, sondern auch für den „größten Machtmissbrauch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“.

Als einziger Grund zum Einsatz von 3.000 Polizisten für die Festnahme von 25 Personen, laut Bystron: Die Opposition auf den Straßen und im Reichstag einzuschüchtern.

Anm.:

Dass der Einsatz mit einer gewaltigen medialen „Begleitung“ wenige Tage nach dem furchtbaren Mord an der 14-jährigen Schülerin stattfand, war mit Sicherheit kein Zufall.

<https://www.youtube.com/watch?v=paic9bXUR5E&t=285s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Ein Gespenst geht um in Deutschland!

Von Vera Lengsfeld

[<https://vera-lengsfeld.de/2022/12/08/ein-gespenst-geht-um-in-deutschland/>](https://vera-lengsfeld.de/2022/12/08/ein-gespenst-geht-um-in-deutschland/)

Das Gespenst des Reichsbürgers. Alle Mächte der bunten Ampel haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Bundespräsident und der Kanzler, Innenministerin Faeser und das SEK, staatsnahe Radikale in den Medien und deutsche Polizisten.

Was sich gestern in Deutschland, Österreich und Italien von sechs Uhr morgens bis Mitternacht abgespielt hat, war eine Schmierenkomödie historischen Ausmaßes. Aus allen Kanälen, Politiker- und Journalisten-Tweets und Statements schallte es uns entgegen, dass die Republik vor einem Staatsstreich gerettet worden sei, den eine Rentner-Truppe geplant haben soll. Um den Ernst der Lage zu unterstreichen, wurden gegen 25 Verdächtige, von denen man zum Teil nur vermutete oder glauben wollte, dass sie der so genannten Reichsbürger-Szene angehören könnten, 3000! Antiterrorkräfte und Polizisten eingesetzt.

Das Ergebnis der Haussuchungen bestand in einer nicht näher bestimmten „scharfen“ Waffe, (ein Jagdgewehr aus dem Jagdschloss von Prinz Reuß?), Schreckschusspistolen, Preppervorräte und Bargeld.

Da kreißte ein Gebirge und gebar ein winziges Mäuslein.

Nur wer an den Weihnachtsmann glaubt, kann annehmen, dass 50 Senioren, von denen lediglich 19 verhaftet werden konnten, einen Umsturz gegen die 520- bis 530 000 Sicherheitskräfte, über die unsere Regierung verfügt, durchzuführen bereit gewesen sein könnten.

Aber Politik, Staatsanwaltschaft, Sicherheitskräfte und die staatstragenden Journalisten, die zum Teil schon zwei Wochen vor der „Geheimoperation“ Bescheid wussten und den todesmutigen Einsatz unserer Demokratieverteidiger von Anfang an mit Kameras begleitet haben, wollten wider besseren Wissens an die Legende glauben.

Man hätte lieber auf die Einbeziehung der Journaille verzichten sollen, denn die Bilder, die sie lieferte, waren zu entlarvend. Wer die alten Herrschaften in Handschellen sah, dem sprang förmlich ins Auge, dass die Show, die der Öffentlichkeit vorgeführt wurde, neudeutsch ein Fake war.

Das hielt Politiker nicht davon ab, sich per Twitter bis auf die Knochen zu blamieren. Linke-Vorsitzender Riexinger glaubte, „Rechtsextreme, AfD, KSK-Soldaten, [#Reichsbürger](#), [#Querdenker](#), bewaffnet bis zu den Zähnen, wollten mit [#Terror](#) einen [#Umsturz](#) in D herbeiführen und einen Prinzen als neues Oberhaupt einsetzen. Klingt nach einem Fantasieroman, ist aber bittere Realität seit heute Morgen. [#Razzia](#)“

Zur Ehrenrettung der Linken muss gesagt werden, dass eine Linke, Martina Renner, Innenpolitikerin der Linken, die Informationsstrategie des Innenministeriums rund um den Einsatz gegen die angebliche Reichsbürger-Terrorgruppe scharf kritisiert hat. Wenn Sie,

Seite E 92 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

wie viele Medien, schon zwei Wochen vorher von dem Einsatz gewusst hat, handelte es sich nicht um den „größten Anti-Terroreinsatz unserer Geschichte“, wie die SPD tönte, sondern um die größte PR-Aktion zur Irreführung der Öffentlichkeit.

Entsprechend behauptete Nancy Faeser, unsere Innenministerin, die uns weis machen will, der Rechtsextremismus sei unser größtes Problem: „Wir wehren uns mit aller Härte gegen die Feinde der Demokratie“.

Wer diese Feinde sind, wird neuerdings vom Verfassungsschutz bestimmt, der mit der Erfindung eines neuen Beobachtungsfalls „Delegitimierung des Staates“, in der zweiten deutschen Diktatur hieß das „staatsfeindliche Hetze“, alle Regierungskritiker unter Kuratel gestellt hat. Haldenwang musste inzwischen einräumen, dass es sich nicht um eine wirkliche Gefährdung des Staates gehandelt habe, es hätte aber „Überlegungen“ gegeben.

Damit werden Gedanken und Spinnereien, die in einer wirklichen Demokratie frei sein sollten, zur Gefährdung erklärt.

Diese Strategie ist nicht neu. erinnert sich noch jemand an das halbe Dutzend Chemnitzer, die in einer geschlossenen Chatgruppe, in die sich ein tapferer Verfassungsschützer eingeschleust hatte, über den Sturz des Staates schwadroniert haben sollen? Daraus wurde gemacht, sie hätten vorgehabt, am 3. Oktober die Regierung zu stürzen. Als sie verhaftet wurden, verfügten sie über ein Luftgewehr aus DDR-Beständen, das aber beim Schwiegervater eines der Verschwörer im Schuppen unter Verschluss lag. Die Jugendlichen bekamen die ganze „Härte des Rechtsstaates“ zu spüren, verschwanden im Gefängnis und wurden dort vergessen.

Noch nicht so lange her ist, dass eine offenbar geistig verwirrte 75-jährige mit viel Presserummel aus Thüringen nach Karlsruhe überstellt wurde, weil der Bundesstaatsanwalt das Verfahren gegen diese gefährliche Terroristin, die Gesundheitsminister Lauterbach angeblich entführen wollte,

an sich gezogen hat. Seitdem hat man von der alten Dame nichts mehr gehört.

Immerhin hat sich die Zahl der Terrorverdächtigen im aktuellen Fall auf 50 erhöht. Man fragt sich, wie diese 50 Leutchen den Umsturz bewältigen und anschließend regieren wollten. Ganz gefährlich ist offenbar die Tatsache, dass alle Mitglieder des Schattenkabinetts von Heinrich VIII. im Gegensatz zu den aktuellen Amtsinhabern über eine solide, abgeschlossene Ausbildung verfügen. Sollte auf diese perfide Weise Die Ampel-Regierung delegitimiert werden? Ironie off.

Tatsache ist, dass bei den zahlreichen Haussuchungen neben der einen scharfen Waffe nur „Preppervorräte“ und Bargeld gefunden wurde.

Nun wird es für uns ganz verzwickelt, denn die Regierung ruft seit Langem dazu auf, Vorräte für mindestens zwei Wochen anzulegen. Sie hat zum Thema eine Broschüre herausgegeben, die man sich schicken lassen kann. Darin steht auch, dass man eine größere Menge Bargeld vorhalten soll, weil bei Stromausfällen die Geldautomaten nicht funktionieren.

Wenn Prinz Reuß einen ähnlichen Aufruf verfasst hätte, wie würde der Vorwurf lauten?

Leider hat sich gestern wieder bewahrheitet, was der amerikanische Psychologe Stanley Milgram in seinen Studien herausgefunden hat, dass 80% der Menschen nicht über psychologische und moralische Ressourcen verfügen, sich einer Autorität zu widersetzen. Das zeigt sich an der Vorsicht, mit der mancher Widerspruch gegen die Aktion formuliert wurde. Wenn dieser Aufwand getrieben wurde, muss an der Gefährlichkeit der Spinnertruppe der Reichsbürger doch etwas dran sein? Dass dies nicht der Fall sein könnte, das traut sich kaum einer zu sagen. Der Kaiser ist nicht nackt, sondern zumindest in der Schamgegend noch bekleidet?

Nein, er ist ganz nackt und diese Tatsache wird nicht auf die Dauer unterdrückt werden können. Bis dahin machen die Opportunisten, die eigentlich wissen, dass dies eine Schmierkomödie ist, mit. Hinterher werden sie sagen, sie hätten doch nicht wissen können, dass sie sich an einer PR-Aktion beteiligt haben. Wie [ALEXANDER MARGUIER](#), Chefredakteur des Cicero schrieb, hat er mehrere seiner Kollegen befragt, warum sie sich an der Aktion beteiligt hätten. Die Antwort wäre gewesen, dass man schon Zweifel gehabt hätte, aber wenn alle Medien das Gleiche berichteten, hätte man nicht ausscheren können.

So viel zur Zivilcourage, die in Deutschland pausenlos gefordert, aber selten gezeigt wird.

Veröffentlicht am [8. Dezember 2022](#)

15) Generalbundesanwalt schweigt. Was fanden 3.000 Polizisten bei der Reichsbürger-Razzia wirklich?

Von Henning Hoffgaard

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2022/reichsbuerger-razzia-waffen/>

08.12.2022

36 Stunden nach der größten Razzia in der Geschichte der Bundesrepublik verdichten sich die Hinweise, dass die Ermittler offenbar nicht die erwarteten Waffenarsenale gefunden haben. Die Generalbundesanwaltschaft schweigt sich aus. Zweifel machen sich breit.

Die größte Razzia in der Geschichte der Bundesrepublik schlägt weiter hohe Wellen. Mehr als 3.000 Polizisten durchsuchten am Mittwoch mehr als 150 Objekte in ganz Deutschland. 27 Personen wurden festgenommen, gegen weitere 25 wird ermittelt. Sie sollen einen umfangreichen Staatstreich geplant haben und sollen sich mit Waffen versorgt haben. Doch was fanden die Ermittler in der bisher einmaligen Großaktion eigentlich? Laut dem Bundeskriminalamt wurden in 50 der 150 durchsuchten Objekte Waffen gefunden. Das klingt nach einem hohen Gefährdungspotential, sagt allerdings recht wenig aus. Als „Waffen“ galten bei vergleichbaren Großaktionen in der Vergangenheit auch Baseballschläger, Schweizer-Taschenmesser oder Schlagringe. Es macht eben einen Unterschied, ob die Behörden Maschinengewehre und Schusswaffen finden oder Messer, die es im Zweifel in jedem Haushalt gibt. Für den angeblich geplanten Militärputsch bräuchte es wohl mehr als eine Handvoll Küchenmesser.

Generalbundesanwalt will nichts sagen

Die JUNGE FREIHEIT schickte dem Generalbundesanwalt deswegen einen umfangreichen Fragekatalog, was für Gegenstände beschlagnahmt wurden, wie viele Schusswaffen sich darunter befinden und welche davon illegal sind. Dass die Behördenleitung

Seite E 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

das intern nicht weiß, kann angesichts des Umfangs der Razzia und der Bedeutung, die ihre das Innenministerium von Nancy Faeser (SPD) zumisst, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden.

Auf die JF-Anfrage will die Generalbundesanwaltschaft allerdings nicht antworten: Eine Sprecher bat „um Verständnis, dass wir uns derzeit zu den bei den – im Übrigen noch nicht abgeschlossenen – Durchsuchungsmaßnahmen aufgefundenen Asservaten derzeit nicht äußern“.

Warum man sich dazu äußert und wann die Öffentlichkeit transparent informiert wird, ist offenbar völlig unklar. Zur Erinnerung: Faser sprach von einem „Abgrund terroristischer Bedrohung“.

Das sind starke Worte in einem Land, in dem die RAF in den siebziger Jahren mordend durch die Republik zog und in dem ein Islamist mit einem LKW 2016 auf einer Amokfahrt auf einem Berliner Weihnachtsmarkt zwölf Menschen ermordete und Dutzende weitere verletzte. Wäre es nicht in Faesers Interesse, ihre markigen Worte schnell mit Fakten zu unterlegen? Oder wurden doch keine Waffenarsenale gefunden?

Dienstwaffe gefunden

Laut der Welt sei bislang „eine scharfe Schusswaffe“, Schreckschusswaffen, Prepper-Vorräte und Tausende Euro Bargeld gefunden worden. Das klingt nach einer eher mageren Ausbeute, zumal „tausende Euro“ bei 150 durchsuchten Häusern ebenfalls kein Indiz für die Bildung einer Terrorgruppe sein müsse. Vor allem weil das Innenministerium selbst angesichts der Blackout-Gefahr dazu aufruft immer Bargeld zu Hause zu haben. Ähnliches gilt für vermeintliche „Prepper-Vorräte“. Die Bundesregierung empfiehlt den Bürgern, sich umfangreich für Notfälle zu wappnen. Wo endet also Krisenvorsorge und wo beginnt vermeintliches „Preppern“? Da einige der Tatverdächtigen über Waffenbesitzkarten verfügen sollen, ist auch der Fund von Schreckschusswaffen nicht überraschend. Ein Parlament lässt sich mit letzteren nicht stürmen.

Etwas umfangreicher sollen heute die Obleute des Innenausschusses im Bundestag informiert worden sein. Laut Medienberichten sollen zwei Gewehre, eine Pistole sowie Schwerter, Schreckschuss- und Signalschusswaffen beschlagnahmt worden sein. Darunter allerdings auch Dienstwaffen von beschuldigten Polizisten. Ob es darüber hinaus waffenrechtliche Erlaubnisse für die anderen Waffen gab, ist noch nicht bekannt.

Immer mehr Medien beginnen zu zweifeln

In den Medien wachsen derweil die Zweifel, ob die Rekordrazzia wirklich angemessen war. So schreibt der Chefredakteur des Cicero, Alexander Marguier, bereits am Mittwoch: „Ich habe heute mit etlichen Kollegen aus anderen Medien gesprochen – auch solcher Medien, die bei der überschäumenden Umsturzplan-Berichterstattung ganz vorne mit dabei waren. Unisono (und natürlich nur im Vertrauen) hieß es: Uns kommt das alles auch völlig übertrieben vor, aber wenn die Konkurrenz so dramatisch reagiert, können wir die Sache nicht auf kleiner Flamme kochen.“

Die Welt-Reporterin Anna Schneider sprach auf dem Kurznachrichtendienst Twitter von einer „äußerst eigenartige Hysterie und In-Szene-Setzung dieses Spektakels“. Der ehemalige Leiter des Parlamentsbüros der Bild-Zeitung, Ralf Schuler, schrieb auf dem sozialen Netzwerk, er könne nur hoffen, dass die Verantwortlichen der „Riesen-

Razzia“ auch Beweise für den angeblichen Putschversuch vorlegen. Dass zahlreiche Medien offenbar schon seit einiger Zeit über die Razzien informiert wurden, kann angesichts der Tatsache, dass diese mit Kamerateams pünktlich mit den Einsatzkommandos eintrafen, als bewiesen gelten.

„Organisierte Medienbegleitung“

Die NZZ bemerkt dazu: „Der historische Großeinsatz und die flankierende Medienberichterstattung werfen Fragen auf.“ Weiter schreibt die Autorin Susanne Gaschke: „Im politischen Berlin war seit Tagen zu hören, es sei ‘eine große Sache im Busch’. Manche Medien wussten offensichtlich von den bevorstehenden Razzien und Verhaftungen, denn viele Redaktionen veröffentlichten fast zeitgleich – wie nach einer Sperrfrist – umfangreiche Berichte zu der eigentlich doch ganz neuen Eilmeldung.“

Sie hält die „organisierte Medienbegleitung der Einsätze“ grundsätzlich für problematisch: „Weil sie entweder ein unkalkulierbares Risiko für das Gelingen der ganzen Aktion hätte bedeuten können. Oder aber weil sie anzeigt, dass die Sache doch noch nicht so brandgefährlich war. Im letzteren Fall könnte der Eindruck entstehen, es gehe hier vor allem – oder auch – um eine politische Public-Relations-Übung.“

Wird jetzt wegen Geheimnisverrat ermittelt?

Der Tagesspiegel berichtet heute in aller Offenheit selten sei „ein derart großer Personenkreis vorher eingeweiht“ gewesen. Und weiter:

„Im Normalfall werden die Pläne für Durchsuchungen lediglich an eine Handvoll Journalisten durchgestochen, die sich in ihrer Arbeit explizit mit Sicherheitsthemen auseinandersetzen. Dazu kommt, dass die Informationen über die „Reichsbürger“-Razzia auch in politische Kreise durchgedrungen sind – und das ungewöhnlich früh.“ Laut Informationen des Blattes, „wurde sich im politischen Berlin bereits vergangene Woche hinter vorgehaltener Hand über den anstehenden Schlag gegen das rechte Extremisten-Netzwerk ausgetauscht“. Selbst einer der Verdächtigten könnte Wind von der Sache bekommen haben.

Die JUNGE FREIHEIT fragte die Generalbundesanwaltschaft deswegen auch an, wie die Journalisten an die Geheiminformationen kamen und ob wegen Geheimnisverrats ermittelt werde. Eine Antwort steht noch aus. Wie auf viele andere Fragen in dem Zusammenhang. Die Bundesregierung wäre gut beraten, die Informations-Dunkelflaute schnell zu beenden.-

16) Ballweg: Haftrichter lässt keine Entlastungs-Beweise zu

06. 12. 2022



Herzschrittmacher der Bewegung: Michael Ballweg rief im April 2020 zu den ersten Querdenken-Protesten in Stuttgart auf.- Foto: Paul Klemm / COMPACT

Der Haftbefehl gegen Querdenken-Gründer Michael Ballweg wurde erneuert, um seine U-Haft zu verlängern. Gipfel des Skandals: Der Haftrichter lässt keine entlastenden Beweise zu. In [COMPACT-Spezial 35: Politische Verfolgung](#) zeigen wir, wie das Regime Oppositionelle kriminalisiert, wegsperrt oder cancelt. [HIER mehr erfahren.](#)

Wie kaputt der Rechtsstaat in Deutschland ist, zeigt sich daran, wie wenig Ausreden die Machthaber noch benötigen, wenn sie dessen Grundsätze brechen. So im Fall von Michael Ballweg. Der Querdenken-Gründer wurde Ende Juni verhaftet. Offizielle Begründung: nicht zweckgebundene Ausgabe von Spendengeldern begründet. Dabei geht um 650.000 Euro. Ballweg bestreitet die Vorwürfe und der Journalist Alexander Wallach spottete:

„Aber der Zweck (von Querdenken) – Opposition gegen das Corona-Regime – wird als verfassungsfeindlich benannt! Was will die Staatsanwaltschaft also, dieser irren Logik folgend, von ihm? Sie möchte – so es um diesen Vorwurf geht –, dass die Spendengelder korrekt verfassungsfeindlich genutzt werden?“

Dass dieser Verdacht nur den Vorwand lieferte, um einen prominenten Widerständler aus dem Verkehr zu ziehen, bestätigt sich in diesen Tagen erneut: Obwohl das Oberlandesgericht Stuttgart den bisherigen Haftbefehl aufgehoben hatte, bleibt Ballweg weiter hinter Gittern. Dazu hatte der Haftrichter vom Amtsgericht Stuttgart – der schon Ballwegs erste Einknastung zu verantworten hat – einen neuen Haftverkündungstermin angesetzt.

Dabei habe der Richter – so Ballwegs Anwälte – sich geweigert, entlastende Beweismittel zuzulassen. In ihrer Presserklärung vom 1. Dezember schreibt das Anwälte-Team:

Seite E 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

„In diesem nunmehrigen Haftverkündungstermin weigerte sich das Gericht in Person des ursprünglichen Haftrichters am Amtsgericht Stuttgart, entlastende Beweismittel zuzulassen. So hat unter anderem der Hauptentlastungszeuge der Verteidigung rund fünf Stunden vor dem Gerichtssaal gestanden, ohne dass das Gericht ihn angehört hat. Ferner wurde die Anhörung von Michael Ballweg unvermittelt abgebrochen und weiteres rechtliches Gehör verwehrt. Dadurch konnten entscheidende Dokumente der Verteidigung nicht mehr vorgelegt werden.“

Fazit der Anwälte:

„Es besteht offensichtlich ein Interesse, obwohl juristisch nicht mehr begründbar, Michael Ballweg in Haft zu lassen.“

Schlimmer noch, nachdem der Haftbefehl wegen mutmaßlich vollendeten Betrug aufgehoben wurde, wird ein Grund vorgeschoben, der sogar in einer offenen Diktatur peinlich wäre. Die Anwälte:

„Jetzt wird Michael Ballweg lediglich noch vorgeworfen, daß sich die Straftat als sogenannter ‚untauglicher Versuch‘ in seinem Kopf abgespielt haben soll.“

Rechtsanwalt Ralf Ludwig kommentierte nach dem Termin:

„Nunmehr sind nach Auffassung der Verteidigung die rechtsstaatlichen Masken gefallen. Wegen dieser Verweigerung, rechtliches Gehör zu gewähren, wird Michael Ballweg weiterhin ohne Urteil seiner Freiheit beraubt.“

Als wäre das nicht schon genug Skandal, sorgen die Mainstream-Medien für eine zusätzliche Ungeheuerlichkeit: Durch ihr Schweigen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [COMPACT MAGAZIN](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Die späte Erkenntnis der Presstituierten

Von Wolfgang Hübner

05. 12. 2022



Als ich heute Morgen den FAZ-Leitartikel, der eine geradezu vernichtende Bilanz des kurzen, aber nachhaltig negativen deutschen Gastspiels bei der Fußball-WM in Katar zog, dachte ich halb amüsiert, halb verachtungsvoll: Jetzt haben selbst die gehobenen Presstituierten kapiert, was vielen vernünftigen Zeitgenossen in den sozialen Medien schon seit dem Abflug der DFB-Truppe in der Maschine mit der anmaßenden Aufschrift: „Diversity wins“ klar war. Nämlich, dass die geradezu hemmungslose politische Instrumentalisierung der Populärspports Fußball nicht gut gehen konnte und prompt nun auch noch mit einer beispiellosen [Blamage Deutschlands](#) in der ganzen Welt nicht gut gegangen ist.

Die Verantwortung dafür haben nicht nur die Zeitgeistritter vom DFB, der Antifa-Multimillionär Goretzka und sein Kumpel Neuer in der „Mannschaft“, die peinlichste Innenministerin auf dem Globus, sondern auch all die Medienleute, die nicht genug über Regenbogenbinden, das üble Gasemirat Katar und die noch bössere FIFA schreiben und plappern konnten.

Nun aber, nachdem die Pleite so groß ist, wird nach Konsequenzen gerufen, die Abrechnung gefordert, soll gar laut [BILD-Zeitung](#) das „ganze Land einen Ruck“ brauchen. Das Problem für all das sind Medienhyänen, die solches von sich geben: Wenn es diesen „Ruck“ tatsächlich gäbe, wären sie alle auf einen Schlag arbeitslos.

Denn dann bräuchten die Deutschen keine Schönschwätzer, keine „One Love“-Ideologen und keine sportlichen Hofnarren der „politischen Korrektheit“ mehr. Ebenso wenig wie eine Mannschaft, die keine Nationalmannschaft mehr sein darf, zudem nicht mehr die gesamte DFB-Spitze, Oliver Bierhoff voran. Die jetzt nach Veränderungen und „Ruck“ schreien, haben nichts so zu fürchten wie genau den „Ruck“. Doch sind wir nicht zu streng mit den medialen Trompetern. Denn schon der große Kritiker Karl Kraus hatte erkannt: „Journalisten schreiben, weil sie nichts zu sagen haben, und haben etwas zu sagen, weil sie schreiben.“ Daran hat sich nichts geändert.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PI-NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) EXKLUSIV-Interview mit Hans-Georg Maaßen: „Raus aus der Defensive!“

02. 12. 2022



mde

Mitte Oktober war der ehemalige Präsident des deutschen „Bundesamtes für Verfassungsschutzes“ (2012–2018) Hans-Georg Maaßen zu Besuch in Ungarn. Im Rahmen

dieses Besuchs unterhielten wir uns mit ihm über seine in Ungarn gewonnenen Eindrücke, die Zukunft der CDU sowie den im Westen immer mehr um sich greifenden Wokismus.

Frage: *Welche Eindrücke haben Sie bei Ihren Gesprächen in Ungarn gewonnen?*

„Die Ungarn trotzen linker Ideologisierung“

Hans-Georg Maaßen: Ich bin immer wieder gern in Ungarn. Ich mag das Land, seine Geschichte und die bodenständige, realistische und traditionsbewusste Art, wie die Ungarn leben. Heute noch mehr als vor Jahren, weil ich den Eindruck habe, dass die Ungarn im Unterschied zu den Bürgern der meisten anderen EU-Staaten der linken Ideologisierung und Fanatisierung trotzen. Die Ungarn sind in sich gefestigter und ruhiger als der große Rest der Europäer – das war für mich ganz eindeutig wahrzunehmen. Man hat die historische Erfahrung der Fremdbestimmtheit gemacht und ist deshalb sehr darauf bedacht, seine eigenen Ansichten und Lebensweisen selbstbewusst zu vertreten. Man lässt sich von Brüssel, Berlin oder Paris nicht vorschreiben, wie man in Ungarn zu leben hat und wie man seine Kinder erziehen soll. Das ist eigentlich selbstverständlich, aber in einer Zeit, in der die linksextreme Woke-Ideologie Brüssel und Berlin immer mehr beherrscht, ist es mutig, denn die Anhänger dieser Ideologie haben keine Skrupel, Ungarn unter Druck zu setzen, der ideologischen Linie zu folgen. Für mich ist eine Reise nach Ungarn eine Reise in die Normalität, wo ich nicht gezwungen werde zu glauben, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt, und wo ich als weißer deutscher Mann nicht diskriminiert und diffamiert werde.

Sie können also nachvollziehen, dass immer mehr Deutsche nach Ungarn auswandern?

Hans-Georg Maaßen: Natürlich. Im vergangenen Jahr sind insgesamt schätzungsweise 150.000 Deutsche ausgewandert, weil sie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als repressiv empfinden und diese nicht mehr sich selbst und ihren Kindern zumuten wollen. Es sind überwiegend hochqualifizierte oder wohlhabende Menschen oder politische Dissidenten. Ich schätze, dass sich derzeit mehrere Millionen Deutsche mit dem Gedanken beschäftigen, auszuwandern oder zeitweise das Land zu verlassen. In meinem Freundes- und Bekanntenkreis suchen viele nach einem Wohnsitz in einem politisch sicheren Land, weil sich die wirtschaftliche und menschenrechtliche Situation in Deutschland weiter verschlechtern kann. Ein Land, in dem man bestraft wird oder Repressionen erleidet, wenn man erklärt, es gebe nur zwei Geschlechter und nicht drei oder zwanzig, ein Land, in dem deutsche Kinder nicht mit einem Wurstbrot in den Kindergarten gehen dürfen, weil sich muslimische oder vegan erzogene Kinder gekränkt fühlen könnten, wenn ein anderes Kind Wurst isst, ein solches Land hat sich weit vom liberalen Geist des Bonner Grundgesetzes entfernt. Viele Deutsche wollen diesen Irrsinn nicht mitmachen. Hauptthemen unter den Wegzugswilligen sind: Wo kann ich einigermaßen sicher und normal leben und wie verhindere ich die Wegzugsbesteuerung. Ungarn ist für viele wegzugswillige Deutsche auf Grund der stabilen Politik der ungarischen Regierung, der geographischen und kulturellen Nähe zu Deutschland und des hohen Lebensstandards ein interessantes Exilland. Ich denke, Ungarn profitiert davon, dass diese Leute ihre Qualifikation und ihr Geld mitbringen werden. Nach Deutschland wandern dagegen vorrangig minderqualifizierte Asylbewerber aus muslimischen Ländern, deren kulturelle Passung und gesellschaftlicher Mehrwert mehr als in Frage steht.

Die von Ihnen geschilderte Situation in Deutschland ist ja völlig anders, als wir sie in den 1990er Jahren unter Helmut Kohl erlebten. Deutschland war damals für die meisten Ungarn ein großes Vorbild. Haben Sie den Eindruck, dass die Ungarn heute ein realistisches Bild von der Situation in Deutschland haben?

Hans-Georg Maaßen: Ja und nein. Als ich Premier Orbán im Oktober in einem Pressegespräch in Berlin erlebte und sein Interview mit der Budapester Zeitung las, hatte ich den Eindruck, dass er sieht, was in Deutschland vorgeht. Den Eindruck habe ich auch bei einigen Deutschlandkennern in der Regierung. Bei anderen ungarischen Gesprächspartnern hatte ich dagegen den Eindruck, dass sie zwar Fehler und Fehlentwicklungen in der deutschen Politik sehen, aber noch nicht die Gefährlichkeit der grün-woke Ideologie begriffen haben, die einen Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft, die liberalen Freiheiten und die Demokratie darstellt und die im Endergebnis Deutschland und die EU in den Abgrund stoßen wird.

Wie könnten die deutsch-ungarischen Beziehungen unter den gegebenen Umständen verbessert werden?

„Deutschland und die EU-Kommission zwingen andere EU-Staaten dazu, nach der grün-woke Ideologie zu leben.“

Hans-Georg Maaßen: Solange Deutschland und die EU-Kommission für sich das Recht in Anspruch nehmen, andere EU-Staaten dazu zwingen zu können, nach der grün-woke Ideologie zu leben, sehe ich keine Chancen für eine Verbesserung. Aber die deutschen Institutionen sind nicht Deutschland und auch nicht das deutsche Volk. Es ist großartig, wie viele Menschen sich zum Beispiel in der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft (DUG) engagieren und wie eng und gut die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit ist. Ungarn sollte sich auch vor Augen führen, dass es unglaublich viele Deutsche gibt, die die klare konservative und realitätsbezogene Politik von Ministerpräsident Orbán bewundern und sich eine stärkere Rolle Ungarns in Europa beim Kampf gegen die grün-woke Ideologie wünschen. Manche halten Ungarn gar für einen politischen Leuchtturm in einem Meer des politischen Wahns und der Realitätsverleugnung. Ungarn sollte – wenn ich diese Empfehlung geben darf – in der EU durchaus selbstbewusster auftreten. Ich nehme wahr, dass Ministerpräsident Orbán und die ungarische Regierung auf EU-Ebene in ähnlicher Weise diffamiert, diskreditiert und ausgegrenzt werden, wie politisch Andersdenkende, die offen die Wahrheit aussprechen, bei uns. Es ist politische Feindbekämpfung, die betrieben wird, und die hat nichts mit dem Grundgedanken einer freiheitlichen Demokratie und eines freiheitlichen Europas zu tun, sondern es sind Techniken der politischen Linken, um unliebsame Personen oder politische Positionen mundtot zu machen. Momentan ist die ungarische Regierung in meinen Augen noch zu sehr in der Defensive. Mit einer klassischen, konservativen Kohl-CDU und Stoiber-CSU gäbe es die Friktionen zwischen der Union und dem Fidesz vermutlich nicht. Wie bekommen die tonangebenden CDU-ler und CSU-ler das Kunststück fertig, indem sie gegen den Fidesz kämpfen, quasi gegen ihre eigene politische Vergangenheit zu opponieren? Ministerpräsident Orbán hatte zutreffend festgestellt, dass die CDU heute eine linke Partei ist. Ähnliches lässt sich über die CSU sagen. Frau Merkel, die nie eine Konservative war, war das Kunststück gelungen, aus der ehemals konservativen CDU eine linke Partei zu machen, indem sie personelle Schlüsselpositionen in der CDU mit politischen Linken oder Opportunisten besetzte und die CDU dann programmatisch an die Grünen heranzuführte. Viele Mitglieder haben deshalb die Partei verlassen. Für die Funktionäre ist der Fidesz keine Wiederbegegnung mit der Vergangenheit der CDU, weil es nicht ihre persönliche Vergangenheit ist, die schon immer links war.

Wie bewerten Sie momentan die Chancen dafür, dass aus der CDU noch einmal eine vernünftige konservative Kraft wird? (... die dann natürlich auch wieder ein starker Bündnispartner der ungarischen Regierungspartei Fidesz sein könnte.)

„Es braucht eine Ent-Merkelisierung der CDU“

Hans-Georg Maaßen: Dafür müsste es eine personelle und programmatische Ent-Merkelisierung der CDU geben, die Voraussetzung für einen Neuanfang der CDU ist. Erst dann wäre die CDU für Teile des Bürgertums wieder wählbar. Die CDU hatte durch Merkel den Anschluss an weite Teile des Bürgertums verloren. Ob es dazu kommen wird, ist ungewiss, zumal der derzeitige Parteivorsitzende Merz keinen Kurswechsel betreibt.

Die CDU-Führung hat sich inzwischen vollständig den Wünschen der linksgrünen Mainstream-Medien unterworfen. Wie sieht es jedoch an der CDU-Basis aus?

Hans-Georg Maaßen: Obwohl viele Mitglieder in den letzten Jahren die CDU verlassen haben, weil sie mit der linken Politik der CDU nicht einverstanden sind, denken viele Mitglieder an der CDU-Basis immer noch in weiten Teilen realpolitisch, liberal und konservativ. Die Wahl von Merz zum Parteivorsitzenden beruhte auf der Hoffnung dieser Mitglieder, dass es durch ihn zu einer Politikwende kommt. Leider hat er diese Hoffnung bisher enttäuscht.

Warum lassen sich die an der Basis demnach noch vorhandenen konservativen Elemente das alles bieten? Also eine linksgrüne Führung, die die Vielfalt an der Basis keinesfalls mehr abbildet.

„Umwandlung der CDU in eine sozialistische Partei“

Hans-Georg Maaßen: Es gibt und gab Widerstand gegen die Umwandlung der CDU in eine sozialistische Partei. So haben sich Mitglieder von CDU und CSU zur „WerteUnion“ zusammengeschlossen, in vielen Landesverbänden sind konservative Gruppen gegründet worden, und konservative Funktionsträger finden sich im Berliner Kreis zusammen. Allerdings wird es diesen Gruppen fast unmöglich gemacht, auf die Politik einzuwirken, da innerhalb der Partei durch die Parteiführung eine rücksichtslose Diffamierungs- und Ausgrenzungspolitik gegenüber den Konservativen stattfindet. Als Mitglied der „WerteUnion“ hat man so gut wie keine Chance, ein politisches Mandat zu erhalten. Diese Leute werden wie Rechtsextremisten behandelt und teilweise auch offen so diffamiert. Funktionsträger, bei denen bekannt würde, dass sie Mitglied des „Berliner Kreises“ oder der „WerteUnion“ sind, müssen damit rechnen, dass ihre politische Karriere sehr bald vorbei ist. All das wird von den tonangebenden Medien unterstützt, indem konservative CDU-Politiker öffentlich etwa als Rechtsextreme, Ewiggestrige oder Rechtspopulisten an den Pranger gestellt werden. Das sind keine Geschichten aus einem totalitären kommunistischen Staat, sondern das ist aus der CDU von Helmut Kohl und Konrad Adenauer geworden.

Welche parteipolitische Zukunft sehen Konservative wie Sie? Gibt es bei diesen noch einen Glauben an die Reformierbarkeit der CDU? Denkt man über die Gründung einer neuen Partei nach? Hofft man auf eine reformierte AfD? Oder denkt man gar daran, die Flinte ins Korn zu werfen und sich ins Private zurückzuziehen?

Hans-Georg Maaßen: Die Konservativen haben den Kampf nicht aufgegeben, sondern gehen unterschiedliche Wege. Die einen – wie die Mitglieder von „WerteUnion“ und „Berliner Kreis“ – setzen immer noch darauf, dass die Unionsparteien reformiert werden können, auch wenn derzeit die politischen und medialen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Andere haben die Partei verlassen und setzen auf eine neue politische Kraft zwischen den Unionsparteien und der AfD. Einige von ihnen haben die neue Partei „Bündnis Deutschland“

gegründet. Wieder andere setzen auf eine breite außerparlamentarische Bürgerbewegung, die durch die Mobilisierung der Massen Druck auf die Politik ausüben soll. Wieder andere setzen sich für eine Reform der Medien ein, weil dies eine Voraussetzung dafür ist, dass es zu einer Politikwende kommt.

Warum ist die CDU bei der Bekämpfung des linksextremen Terrors nicht so sonderlich aktiv? Sobald die CDU wieder eine konsequent an den Interessen von Deutschland ausgerichtete Politik betreiben würde, würden schließlich auch die Autos von CDU-Politikern brennen und deren Wohnhäuser beschmiert werden...

„Die Feigheit der bürgerlichen Politiker vor den linken Medien“

Hans-Georg Maaßen: Ein Hauptgrund dafür dürfte die Feigheit bürgerlicher Politiker vor den linken Medien sein. Über 90 Prozent der jungen Journalisten der Staatsmedien der ARD erklärten sich in einer Umfrage zu Anhängern der Grünen, der ehemaligen SED und der SPD. Es gibt leitende Politikjournalisten in den Staatsmedien, die aus der gewaltbereiten Antifa-Szene kommen. Sie können sich vorstellen, dass diese Medien linksradikale Gewalt oder Gewalt von Migranten in Deutschland entweder totschweigen oder – sofern es nicht mehr möglich ist – bagatellisieren oder uminterpretieren. Als CDU-Politiker sich dagegen zu stellen, bedarf eines Rückgrats und eines dicken Fells, was bei den heutigen Politikern kaum mehr zu finden ist.

Welche Zukunft hat das bürgerlich-konservative Lager in Deutschland überhaupt noch? Kann es angesichts des – von linksgrünen Meinungswächtern an die Adresse von CDU-, CSU- und FDP-Politikern verhängten und von diesen unterwürfig eingehaltenen – Fraternalisierungs- und Politisierungsverbots gegenüber der AfD überhaupt noch zu einer bürgerlichen Mehrheit kommen?

„Klassische sozialistische Feindbekämpfung aus dem Lehrbuch einer kommunistischen Partei“

Hans-Georg Maaßen: Die Zukunft Deutschlands wird bürgerlich-konservativ sein, oder es wird keine gute Zukunft haben. Zunächst muss man sich der politischen Taktik der Linken bewusst sein. Was sie mit den Bürgerlichen und Konservativen betreiben, ist klassische sozialistische Feindbekämpfung wie aus dem Lehrbuch einer kommunistischen Partei. Die Bürgerlichen werden als Nazis, Faschisten und Verschwörungstheoretiker diffamiert, sie werden aus dem politischen, gesellschaftlichen und teilweise auch wirtschaftlichen Leben gedrängt und es werden Kontaktverbote verhängt: Wenn jemand mit jemandem redet, der ausgegrenzt ist, wird er ebenfalls ausgegrenzt. Diese Technik müssen die Bürgerlichen verstehen, besser noch studieren, und sie brauchen Mut, dagegen vorzugehen. Die Feigheit der heutigen bürgerlichen Politiker vor der linken politischen und medialen Dominanz müssen deren Kinder und Enkelkinder teuer bezahlen.

Etliche namhafte SPD- und Linken-Politiker sprechen sich dafür aus, dass Deutschland bezüglich des USA-Russland-Krieges lieber seine eigenen und europäischen Interessen vertreten sollte – statt einfach nur allen Wünschen der tonangebenden US-Geopolitiker blind Folge zu leisten. Warum hört man diesbezüglich von der CDU keine vernünftigen Ansätze?

Hans-Georg Maaßen: Die deutschen Politiker sind vom Volk gewählt worden, um deutsche Interessen und nicht die Interessen der USA oder des Selenskyj-Regimes zu vertreten. Leider scheinen Teile der CDU-Führung das anders zu sehen. Ich führe es darauf zurück, dass maßgebendes Führungspersonal der CDU sehr stark in die transatlantischen Beziehungen hineinsozialisiert worden ist und sich nicht vorstellen kann oder will, dass die

deutschen und europäischen Interessen nicht immer deckungsgleich sind mit denen Washingtons. Im Übrigen haben deutsche Politiker und Diplomaten seit längerem ein Problem damit, in Brüssel oder bei internationalen Verhandlungen nationale deutsche Interessen zu artikulieren. Sie wissen teilweise noch nicht einmal, was wir für Interessen haben. Nicht wenige Kollegen anderer Länder machen sich inzwischen darüber lustig.

Wie kommen wir angesichts der realen politischen Kräfte- und Medienverhältnisse überhaupt noch aus der Misere heraus?

„Multiple Krisen bringen einiges in Bewegung“

Hans-Georg Maaßen: Ohne eine Mobilisierung von größeren Teilen des Bürgertums und ohne eine Veränderung der Medien oder Medienberichterstattung wird es nicht gehen. Es ist derzeit auf Grund der multiplen Krisen, die uns treffen, einiges in Bewegung. Viele Menschen, die bisher unpolitisch waren, spüren die gewaltigen politischen Veränderungen auf Grund der linken Ideologie. Ich befürchte aber, es muss uns noch viel schlechter gehen, damit es wieder besser wird.

Hat diese EU in dieser Form noch eine Zukunft? Ist sie noch reformierbar?

„Republik Europa‘ ist wie ein entgleister Zug, ohne Steuerung“

Hans-Georg Maaßen: Ich sehe die europäische Idee eher emotionslos. Wenn wir sie nicht bräuchten, wäre es auch ohne gut. Aber wir brauchen eine enge europäische Kooperation, damit die europäischen Staaten nicht zum Spielball der großen Mächte USA, China und Russland werden. Wir brauchen dafür jedoch eine Union der Nationalstaaten mit so viel Europa wie notwendig und so vielen nationalen Freiheiten wie möglich. Das Projekt „Europäische Union“ steht aus meiner Sicht vor dem Scheitern, da es ideologisiert worden ist und nicht mehr die Interessen der Nationalstaaten, sondern die Ideologie einer bürokratischen Elite vertritt. Wir brauchen ein Europa der tatsächlich souveränen Nationalstaaten, die sich zunächst auf ihre eigenen Interessen besinnen und diese dann auch in der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zum Ausdruck bringen. Das Projekt „Republik Europa“ ist wie ein entgleister Zug, der ohne Steuerung durch die Landschaft rast und dabei immensen Schaden anrichtet, um ein Bild des britischen Autors Douglas Murray zu verwenden. Damit Europa nicht scheitert, müssen wir wieder zu dem Punkt zurückkehren, an dem die ideologischen Fehlentwicklungen angefangen haben. Und das begann schon vor der Maastricht-Zeit. Wir müssen die Europäische Union reformieren. Wenn das nicht geht, dann müssen wir sie durch etwas Effektiveres ersetzen.

Das Gespräch führte Jan Mainka.

Dieses Interview erschien in Erstveröffentlichung in der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Anm.: Die deutschsprachige **BUDAPESTER ZEITUNG** erscheint als Tageszeitung sowie als Wochenmagazin, auch als e-paper. Als unabhängige Qualitätszeitung ist sie unerlässlich für objektive (Hintergrund-)Informationen für deutschsprachige Leser in Deutschland und Exil-Deutsche in Ungarn. Für letztere interessant: [Auswanderungsberichte](#) von Deutschen. Hier der Link zu einem BZ-[Probe-Abo](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Deutscher Bundestag mit „schamloser Geschichtskorrektur“

02. 12. 2022



Deutscher Bundestag mit umstrittener Resolution im Sinne Kiews

Der Deutsche Bundestag hat die Hungersnot in der Ukraine, genannt Holodomor, nun offiziell als Genozid anerkannt.

Der Begriff Holodomor bezeichnet eine schwere, (menschengemachte) Hungersnot in der Ukraine von 1932 bis 1933, der mehrere Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren. Die Bewertung dieser historischen Ereignisse ist jedoch höchst umstritten.

Stellungnahme Russlands folgt prompt

Zu der, nun erfolgten Anerkennung des Holodomor als Genozid durch den deutschen Bundestag, nimmt nun das russische Außenministerium Stellung.

Deutschland versuche auf diese Weise, „seine Geschichte umzuschreiben und die Buße für die Schrecken des Zweiten Weltkriegs zu vergessen, die es selbst begangen hat“.

„Mit einem von ukrainischen Nationalradikalen erfundenen Völkermord, der der UdSSR zugeschrieben wird, versucht die deutsche politische Elite, ihre Schuld herunterzuspielen“, heißt es in einer offiziellen Erklärung, die am 1. Dezember auf der Homepage des russischen Außenministeriums veröffentlicht wurde.

Berlin erwähne jedoch nicht, dass die schreckliche Hungersnot damals nicht nur in der Ukraine, sondern im gesamten Lande gewütet und Millionen von Menschenleben gefordert habe.

Der Bundestag sollte sich für solche „unmoralischen Entscheidungen“ schämen, hieß es ferner. Deutschland versuche, die Geschichte umzuschreiben und die Reue für die, von ihnen begangenen Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs, vergessen zu machen.

Wir sprechen hier von der gezielten Vernichtung von 27 Millionen unserer Mitbürger im Rahmen eines „totalen Krieges“ an der Ostfront, dem Holocaust und der Belagerung von Leningrad. Handelte es sich dabei nicht um die vorsätzliche Ausrottung des sowjetischen Volkes?“

Sacharowa nennt die Resolution absurd

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa nannte die Resolution absurd. Ihrer Meinung nach verzerre sie historische Fakten.

Wie nicht anders zu erwarten, lobte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hingegen die, offenbar in seinem Sinne getroffene Entscheidung. „Dies ist eine Entscheidung für Gerechtigkeit, für Wahrheit“, sagte er in einer seiner obligaten Videoansprachen.

Mit großer Mehrheit hatten die Abgeordneten des Bundestages am Abend des 30. November einen gemeinsamen Antrag der Ampel-Koalition sowie der Unionsfraktion, in dem von einem „menschenverachtenden Verbrechen“ die Rede ist, gebilligt.

In der Debatte verurteilten alle Fraktionen den Holodomor („Mord durch Hunger“) in den Jahren 1932 und 1933, lediglich die AfD und die Linke enthielten sich bei der Abstimmung über den Antrag.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) ACHTUNG REICHELT!

Von Julian Reichelt

01. 12. 2022



8,4 Milliarden Euro. So viel Geld hat der Rundfunkbeitrag im Jahr 2021 in die Kassen der Öffentlich-Rechtlichen gespült. 8,4 Milliarden Euro dafür, dass bei ARD und ZDF Andersdenkende beleidigt werden. Die Realität verschleiert wird, weil sie nicht ins Weltbild der Redaktionen passt. Unkritisch die Regierungs-Narrative übernommen werden und wir umerzogen werden sollen.

Wir zeigen in diesem Video, wie ARD und ZDF schon lange ihre Legitimität verloren haben. Die Öffentlich-Rechtlichen nennen ihre Zwangsgebühr Demokratieabgabe. Wir sagen: Unsere Demokratie braucht diese Abgabe nicht. Unsere Demokratie ist sicherer und demokratischer ohne diese Abgabe. Wir brauchen diese Leute nicht, um eine Demokratie zu sein. Es gibt nur einen einzigen Grund, Menschen zu zwingen, für irgendetwas zu bezahlen: Man weiß, dass sie niemals freiwillig zahlen würden.

Es kann nicht rechtens sein, uns zu zwingen, für all das zu bezahlen. Deswegen habe ich, Julian Reichelt, für mich eine einfache und klare Entscheidung getroffen. Ab 2023 werde ich dafür nicht mehr bezahlen, egal, was man mir androht. Egal, wie man mich dafür schikaniert. Egal, als was man mich dann beschimpft. Wenn ich das kann, können Sie das auch!

[#AchtungReichelt](#) [#Tagesschau](#) [#StimmeDerMehrheit](#)

ARD & ZDF: Schafft! Sie! Ab!



[Achtung, Reichelt!](#)

246.000 Abonnenten

269.582 Aufrufe vor 6 Tagen

8,4 Milliarden Euro. So viel Geld hat der Rundfunkbeitrag im Jahr 2021 in die Kassen der Öffentlich-Rechtlichen gespült. 8,4 Milliarden Euro dafür, dass bei ARD und ZDF Andersdenkende beleidigt werden. Die Realität verschleiert wird, weil s

<<https://www.youtube.com/watch?v=ExZPSLHoUEE>>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Ausrufung finanzieller Notlage in NRW

01. 12. 2022



NRW greift tief in die Trickkiste für neue Schulden

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat für die Jahre 2022 und 2023 nun offiziell die finanzielle Notlage ausgerufen. Der Grund ist angeblich die Energiekrise.

„Notlagen-Ausrufung“ zwecks neuerlicher Aufnahme von Krediten

Die Ausrufung der Notlage ist notwendig, um trotz Schuldenbremse Kredite aufnehmen zu können. Zur Umwidmung des Corona-Rettungsschirms gab es allerdings verfassungsrechtliche Bedenken.

Die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen muss wenig erstaunlich, neue Schulden aufnehmen, um die Energiekrise mit geplanten fünf Milliarden Euro zu bekämpfen.

Da dies aufgrund der Schuldenbremse eigentlich nicht möglich gewesen wäre, hat man nun die finanzielle Notlage für dieses und nächstes Jahr ausgerufen. Die Landesregierung spreche von einer „außergewöhnlichen Notsituation“, wie auch der *WDR* berichtet.

Schuldenbremse „kinderleicht“ umgangen

Mit den neuen Schulden soll ein eigenes Rettungspaket für Nordrhein-Westfalen finanziert werden. Bisher sind diesen Schritt nur die Bundesländer Bremen und Mecklenburg-Vorpommern gegangen. Eine solche „finanzielle Notsituation“ festzustellen, ist die Grundlage dafür, dass ein Bundesland trotz Schuldenbremse Kredite aufnehmen darf.

Zwangsläufig muss hier jedoch die Sinnhaftigkeit wie auch die viel strapazierte Nachhaltigkeit einer Gesetzgebung (in diesem Fall der Schuldenbremse) hinterfragt werden, wenn diese dann so „kinderleicht“ ausgehebelt werden kann.

Seite E 109 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Ursprünglich hatten Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) vorgesehen, die im Corona-Rettungsschirm verbliebenen Mittel zur Abfederung der Energiekrise und der Rezession einfach umzuwidmen.

Mit dem neuen Schuldenplan änderte die Landesregierung den Haushaltsentwurf für 2023 jedoch bereits zum zweiten Mal im noch laufenden Beratungsverfahren. Nach der Bund-Länder-Einigung auf ein drittes Entlastungspaket hatte Finanzminister Marcus Optendrenk das erste Mal Anfang November „umgeplant“ und ein eigenes NRW-Entlastungspaket gegen die Energiekrise geschürt. Für die Finanzierung sollten drei Millionen Euro genutzt werden, die bereits als Kredit für den Corona-Rettungsschirm aufgenommen, aber noch nicht genutzt wurden.

Umwidmung des „Corona-Rettungsschirmes“ verfassungswidrig

Der Landesrechnungshof hatte dieses Vorgehen jedoch als verfassungswidrig kritisiert, auch die Opposition kritisierte diesen „Trick“. Ebenso standen Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster durch die Oppositionsparteien FDP und SPD im Raum. Nun hat die Regierung Nordrhein-Westfalens die Pläne zur Befüllung eines neuen Rettungsschirms zurückgezogen. Stattdessen beschloss das Landeskabinett, die finanzielle Notlage für 2022 und 2023 auszurufen.

Überdies soll ein Sondervermögen von fünf Milliarden Euro aufgenommen werden, also 1,5 Milliarden Euro mehr, als die Ursprungspläne vorgesehen hatten. Die Landesregierung teile die Bedenken des Landesrechnungshofes und der Opposition zwar nicht, wolle aber keine juristischen Streitigkeiten riskieren.

Die Wende hin zu neuen Schulden begründete die Landesregierung mit der sehr schlechten Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

„Wir befinden uns in einer Rezession, die noch bis weit in das Jahr 2023 anhalten wird“, erklärte Finanzminister Optendrenk.

Da sich in Nordrhein-Westfalen besonders viele energieintensive Industrien an Rhein und Ruhr befinden, ist das Bundesland in besonderer Weise von den steigenden Energiekosten betroffen.

SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty erklärte, die Notlage sei schon vor vielen Wochen erkennbar gewesen. Die Landesregierung habe den „Taschenspielertrick“ über den Corona-Rettungsschirm aus rein ideologischen Gründen versucht.

Damit hätte man die finanzielle Notlage und die Notwendigkeit neuer Schulden zur Überwindung der Energiekrise nicht einräumen müssen. Dies habe nun zur „Verfassungsbruchlandung allererster Güte“ geführt, so Kutschaty.

Die SPD sei aber bereit, die „hektische Kehrtwende“ mitzutragen und konstruktiv beizutragen, sofern man, anders als beim Corona-Rettungspaket, auch Vorschläge der Opposition berücksichtige.

Offenbar sind derlei schamlose „Zaubereien aus der Trickkiste“ eben nur der Ampelregierung vorbehalten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Religion beleidigt: Pizzeria-Killer „schuldunfähig“ da Somalier an „Fluchtbedingter posttraumatischer Belastungsstörung“ leidet

29. 11. 2022



Am Streifenwagen klebt das Blut des 32-jährigen Opfers. Ein Beamter hinterließ die Spuren beim Öffnen des Fahrzeugs, nachdem er Erste Hilfe geleistet hatte.- *Fotoquelle: BILD*

Drei Monate nach dem Pizzeria-Mord in Neustadt am Rübenberge (Region Hannover) hat die Staatsanwaltschaft Hannover die Unterbringung des somaliischen Täters Abdi R. (22) in der Psychiatrie beantragt, berichtet [BILD](#).

Es kam natürlich so, wie es zu erwarten war, wenn ein strenggläubiger Moslem aus „religiösen“ Gründen jemanden verletzt, oder am besten gleich umbringt: Gutachter und Gerichte stufen diese Verbrecher überwiegend als „schuldunfähig“ ein. Die Ursache solcher abartigen Handlungen in religiösen Vorgaben zu suchen, will man offensichtlich dadurch vom Tisch wischen. Dieses Thema wäre wohl zu heikel im „bunten“ und weltoffenen Deutschland.

Religion beleidigt

In den Genuss dieser eigenartigen Rechtsauffassung wird jetzt auch der somalische Killer kommen, der im August einen Jesiden (32) mit Hals- und Bruststichen niedermetzelte bis er verblutete, da dieser seine Religion beleidigt habe, wie der Schutzsuchende nach seiner Festnahme angab.

Als MUFL ins gelobte Land

Der junge Somalier aus Mogadischu reiste 2016 als minderjähriger unbegleiteter „Flüchtling“ (MUFL) nach Deutschland ein. Ja, und wenn man es als unbegleiteter, minderjähriger Afrikaner durch mehrerer sichere Drittstaaten bis in die Wunschdestination Germoney schafft, kann man da schon dabei was abkriegen. Beispielsweise eine „Fluchtbedingter posttraumatische Belastungsstörung“, wie jetzt die Gutachter feststellten. Kommt

dann noch, wie in diesem Fall, eine „paranoide Schizophrenie“ dazu, beiträgt das Gericht die Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik, so wie jetzt. Demnächst entscheidet das Landgericht Hannover im Sicherungsverfahren über die Unterbringung des mittlerweile 22-jährigen Schutzsuchenden.

Die Möglichkeit, diesen Mörder und Asylbetrüger in seine somalische Heimat zu repatriieren, um dort „behandelt“ zu werden, wird aus „humanitäre“ Gründen selbstverständlich ausgeschlossen. Diese „Humanität“ lässt man sich gerne ein paar hunderttausend Euro Behandlungs- und Unterbringungskosten in einer Spezialklinik kosten. Auf dass er bald geheilt sein und uns wieder bereichern möge.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Linke Gewaltexzesse gegen Polizei bei Leipzig Demo

29. 11. 2022



"Linke" deklariert sich auf Leipziger Demo

Seite E 112 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Am Samstag haben in Leipzig rund 1.200 Menschen unter dem Motto „Ami, go home“ für den Abzug amerikanischer Soldaten aus Deutschland demonstriert. Unsere Redaktion berichtete bereits zeitnah in unserer Serie „Zensierte Massenproteste gegen Ukraine-Krieg und Teuerung“ über die Kundgebung der Anständigen und Gegendemo der Linksfaschisten.

Während der Protestzug überwiegend friedlich verlief, kam es bei den „deutlich größeren“ Gegendemonstrationen zu teils heftigen Ausschreitungen.

Demo für „Verlassen des amerikanischen Sektors“ eskaliert von Links

Unter dem Motto „Ami, go home“ und „Frieden, Freiheit, Souveränität“ haben am 26. November in Leipzig mehrere Hundert Menschen gegen die Stationierung amerikanischer Soldaten in Deutschland protestiert. Bei der Versammlung vor dem Bundesverwaltungsgericht nahe dem US-Konsulat forderten die Teilnehmer die USA unter anderem dazu auf, ihre Truppen und Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen.

Aufgerufen zu der Demo hatte Jürgen Elsässer, der Herausgeber des „Compact“-Magazins. Unter den Teilnehmern befanden sich laut Polizeiangaben überwiegend Mitglieder der „Freien Sachsen“, der „Thüringer Patrioten“ und der AfD.

Staatlich vereinnahmte Linke „Antifaschismus-Heuchler“ eskalieren

Die Demonstration war für bis zu 15.000 Teilnehmer angemeldet worden. Nach Angaben der Polizei nahmen letztlich jedoch rund 1.200 Personen an der Veranstaltung teil.

Weil das „linke“ Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ zeitgleich zu diversen Gegendemonstrationen unter dem Motto „No Compact. Elsässer, go home!“ aufgerufen hatte, war die Polizei in der Stadt dennoch mit einem Großaufgebot an Einsatzkräften unterwegs. „Wir sind auf alles vorbereitet – auch für den Verlauf des Abends“, sagte eine Sprecherin gegenüber dem *MDR*.

In einer [Pressemitteilung zog die Leipziger Polizeidirektion](#) ein erstes Resümee über den Demo-Abend. Probleme habe es demnach insbesondere bei den Gegendemonstrationen gegeben.



Seite E 113 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Dort sei es im Verlauf des Abends vermehrt zu Sitzblockaden und Ausschreitungen gekommen. Mit dem Abbrennen von Pyrotechnik hätten Teilnehmer aus dem antideutschen Spektrum zudem mehrfach gegen die Versammlungsaufgaben verstoßen, teilte die Polizei weiter mit. Aus diesem Grund sei der Aufzug gestoppt worden.

Nach mehrfachem Ansprechen der Teilnehmer einer Sitzblockade auf der Friedrich-Ebert-Straße durch unsere Kräfte wird diese nun auf Verfügung der Versammlungsbehörde aufgelöst.

Die knapp 1.500 Beamten, die am 26. November im Einsatz waren, verzeichneten zudem mehrere Straftaten. Laut der Pressemitteilung wurden über ein Dutzend Ermittlungsverfahren eingeleitet, unter anderem wegen mehrfachen Widerstands und tätlicher Angriffe gegen die Polizeibeamten. Darüber hinaus sei es zu Beleidigungen, Körperverletzungen, Diebstahl und Nötigungen gekommen.

Mehrere Gegendemonstranten hätten zudem zu Gewalt gegen die Teilnehmer der „Ami, go home“-Demo aufgerufen. So war auf einem der bei den vielen Gegendemonstrationen mitgeführten Banner beispielsweise „Die Rechten zu Boden“ zu lesen gewesen. An den Gegendemonstrationen nahmen nach Angaben der Polizei insgesamt rund 2.200 Menschen teil.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Grüner geht's nicht: Grüner Besuch aus Düsseldorf im Grünen Tempelhof-Schöneberg. Von Ed Koch



Grüner geht's nicht

Grüner Besuch aus Düsseldorf im Grünen Tempelhof-Schöneberg

In Düsseldorf entsteht ein zweiter EUREF-Campus. Die Reisetätigkeit von Berlin in die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt ist deshalb sehr groß. Erst am 14. Oktober war das Berliner EUREF-Team am Rhein, um den Grundstein für den neuen Campus zu legen.



v.l. Karin Teichmann, Clara Gerlach, Jörn Oltmann

Am 30. November fand ein Gegenbesuch in Schöneberg statt. Die Düsseldorfer Bürgermeisterin **Clara Gerlach** wollte sich in Berlin anschauen, wie ein bereits seit vielen Jahren existierendes Reallabor der Energiewende funktioniert.

Politisches Ziel der Bürgermeisterin ist es, ein innovatives, kreatives und vielfältiges Düsseldorf zu schaffen. Dieses Ziel deckt sich genau mit dem, was am Flughafen Düsseldorf gegenwärtig entsteht.

Begrüßt wurde die Grüne Bürgermeisterin auf dem Campus von **Jörn Oltmann**, ebenfalls Grüner Bürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, und der EUREF-Vorständin **Karin Teichmann**. Bevor es in die Reallabors von Schneider Electric und Ubitricity ging, fand eine ganz besondere und exklusive Führung auf der Gasometer-Baustelle statt.



v.l. Jörg-Thomas Alvermann, Büroleiter von Bürgermeisterin Clara Gerlach, Heribert Günther, Christian Kohn, Bürgermeister Jörn Oltmann, Karin Teichmann. Im Hintergrund das Rathaus Schöneberg. Alle Fotos: Ed Koch

Der Rohbau des neuen Gebäudes im Stahl-Ring des Gasometers ist fertig, der Innenausbau in vollem Gange. Die Verglasung schreitet Stockwerk für Stockwerk voran. Ein Baustellenbesuch ist immer besonders spannend. Fachkundig

wurde **Clara Gerlach** vom Geschäftsführer und Bauleiter der EUREF-Consulting, **Heribert Günther**, und Bauleiter **Christian Kohn** über die Baumaßnahmen informiert. Ein Gebäude in einem denkmalgeschützten Gasometer entstehen zu lassen, ist eine große Herausforderung.

Besonders abenteuerlich war die Fahrt auf das Dach des Gebäudes in einem Bauaufzug. Um ganz nach oben zu kommen, waren noch ein paar Stufen zu erklimmen. Die Mühe hatte sich gelohnt, denn die Rundumaussicht dürfte in Berlin einmalig sein.



Über ein anderes Dach und wie dezentrale Energienetze funktionieren, informierte **Stefan Grund** von **Schneider Electric** den Gast aus Düsseldorf. Auf dem Dach der zero-MoBase (*zero emission energy and mobility base*) wird Strom durch Solarpaneele erzeugt. Zu den Stromerzeugern zählen auch Kleinwindanlagen und ein biomethanbetriebenes BHKW. An das Micro Smart Grid, ein Stromnetz, in dem unterschiedliche Energiequellen, Verbraucher sowie Speicher intelligent verknüpft sind, sind zwei Carsharing-Stationen mit insgesamt 36 Elektroladepunkten angeschlossen.



Letzte Station des Rundgangs war **Ubitricity**. Das Unternehmen, Marktführer in Großbritannien, installiert gerade 1.000 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge in Berlin. **Clara Gerlach** zeigte sich sehr interessiert und so wurden zwischen ihr, **Philipp Sindberg** (Foto rechts) und **Paul Schönwald** von Ubitricity Visitenkarten ausgetauscht. Vielleicht sieht man das Ladesystem, das den schönen Namen „Heinz“ trägt (Foto Mitte), bald auch in Düsseldorf.

Mit vielen interessanten Eindrücken machte sich die Bürgermeisterin auf den Heimweg nach Düsseldorf. Die Freude darüber, dass ein weiterentwickelter Campus demnächst in ihrer Stadt stehen wird, ist entsprechend groß. **Ed Koch**

25) Stromnetz Berlin - Neuer Eigentümer – Neuer Chef. Das Gespräch mit Dr. Erik Landeck führte Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 608-05

7. Dezember 2022

47. Jahrgang

Stromnetz Berlin Neuer Eigentümer – Neuer Chef



Foto: Stromnetz Berlin GmbH

Am 1. Juli 2021 ging das Stromnetz Berlin von Vattenfall zurück an die Stadt. Symbolisch wurde die Berlin-Flagge vor der Zentrale in der Eichenstraße gehisst. Mit dabei waren die damaligen Senatoren **Matthias Kollatz** (l.) und **Ramona Pop** (2.v.r.), **Thomas Schäfer** (Mitte), seinerzeit Vorsitzender der Geschäftsführung der Stromnetz Gesellschaft, **Wolfgang Neldner**, Geschäftsleiter Berlin Energie- und Netzholding (2.v.l.) und **Dr. Erik Landeck** (r.) im letzten Jahr noch Mitglied der Geschäftsführung und seit dem 1. Juni 2022 alleiniger Geschäftsführer der Stromnetz Berlin GmbH.

paperpress:

Herr Dr. Landeck, als neuer, alleiniger Geschäftsführer der Stromnetz Berlin GmbH brauchten Sie keine Einarbeitungszeit. Sie gehörten der Geschäftsführung schon von 2008 bis 2022 an und waren von 1997 bis 2003 in unterschiedlichen Positionen bei der BEWAG tätig.

Was hat sich bei Ihnen durch die neue Aufgabe verändert?

Dr. Landeck:

Inhaltlich gibt es natürlich keine Überraschungen. Unser Unternehmen ist gut aufgestellt und trotz einer Veränderung in der Geschäftsführung bleiben die Aufgaben für das Stromnetz selbstverständlich gleich. Persönlich ist die Verantwortung noch ein Stück größer geworden, die Bandbreite der Themen und Herausforderungen hat nochmals zugenommen und in meinem Terminkalender findet sich nahezu keine Lücke mehr. Es ist natürlich ein gravierender Unterschied, ob in einer Geschäftsführung die Auf-

gaben, Themen und Zuständigkeiten auf mehreren Schultern verteilt sind oder nicht. Immerhin ist Stromnetz Berlin ja auch kein ‚kleiner Laden‘ und gerade die anstehenden Aufgaben mit der Energie-/Gas-Mangellage und der Energiewende in der Stadt erfordern viel Aufmerksamkeit. Insofern spüre ich aktuell schon eine deutliche Mehrbelastung und mache kein Hehl daraus, dass ich mich auf die Zeit freue, wenn der bereits durch den Aufsichtsrat bestellte zweite Geschäftsführer im kommenden Jahr in unser Unternehmen eintritt. Und ich bedanke mich sehr für die außerordentliche Unterstützung von den Mitarbeitenden und Führungskräften in der aktuellen Situation.

paperpress:

Über das Netz werden rund 2,3 Millionen Haushalte und Gewerbetreibende in Berlin mit Strom versorgt. Sie stellen für die Stromkunden den Anschluss und für die Stromanbieter den Zugang zum Netz zur Verfügung, durch das jährlich rund dreizehn Milliarden Kilowattstunden fließen.

Auch wenn es eine formale strikte Trennung zwischen dem Stromanbieter Vattenfall und der Tochter Stromnetz-Gesellschaft gab, war für den Verbraucher diese Differenzierung unbedeutend, alles war eben Vattenfall.

Vattenfall hat seine Tochter verkauft und seit Mitte 2021 gehört das Stromnetz jetzt wieder Berlin und ist Bestandteil des Landesunternehmens „Berlin Energie- und Netzholding“ kurz BEN. Was ändert sich dadurch für die Stromanbieter und den Otto-Normal-Stromkunden?

Dr. Landeck:

Die Stromanbieter sind Profis. Die kennen natürlich den Unterschied, die verschiedenen Rollen und Funktionen in der Energiewirtschaft. So ändert sich für die Stromanbieter in der Tat wenig. Unsere gesetzliche und regulatorische Aufgabe bzw. Funktion hat sich - nun als Landesunternehmen - nicht verändert. Wir sind weiterhin der Betreiber des größten städtischen Verteilungsnetzes in der Europäischen Union und sorgen für die diskriminierungsfreie Versorgung der Berlinerinnen und Berliner mit Strom, völlig unabhängig davon, welcher Lieferant das Kundenverhältnis für sich in Anspruch nimmt. Natürlich hat sich unser Fokus als jetzt kommunales Unternehmen verändert. Das Land Berlin noch stärker bei der Erreichung seiner Klimaziele und den Herausforderungen von Energie- und Wärmewende zu unterstützen, ist für uns zu einer der zentralen Aufgaben geworden. Und



das wird, wie Sie sagen, auch der ‚Otto-Normal-Kunde‘ in der Zukunft merken: klar ist, dass viel mehr Solaranlagen in die Stadt kommen, dass die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität sowohl in dem öffentlichen Straßenland als auch auf Privatgrund zunimmt und dass viel mehr Wärmepumpen etc. in die Keller kommen. In unserer regulierten Rolle dürfen wir zwar diese Anlagen nicht bauen, aber dafür dürfen wir diese alle anschließen und das Netz dafür ausbauen. Und zwar idealerweise bevor unsere Kunden all diese neuen Verbraucher oder Einspeiser installieren. So sorgen wir dafür, dass die wachsende Stadt funktioniert und moderner wird. Und digitaler – viele dieser Anschlussbegehren können unsere Kunden schon heute online bei uns einreichen.

paperpress:

Wie viele Stromanbieter gibt es in Berlin und hat sich deren Zahl durch die Energiekrise verringert?

Dr. Landeck:

Es sind fast 600 Stromanbieter, die in Berlin Kunden haben. Einen signifikanten - durch die Energiekrise bedingten - Rückgang dieser Zahl konnten wir nicht erkennen. Im Jahr 2022 haben bisher drei Stromlieferanten die Belieferung von Stromkunden in der Hauptstadt eingestellt. Seit Oktober 2022 haben wir allerdings einen Zuwachs von fünf weiteren Lieferanten. Eine andere Frage ist, ob all diese Lieferanten auch attraktive Produkte und Preise anbieten. Aber das können wir als Netzbetreiber nicht beeinflussen.

paperpress:

Auf den Abrechnungen für Stromkunden gibt es zwei Positionen, die offenbar vom Netzbetreiber, also Ihnen, erhoben werden. Die Konzessionsabgabe mit rund sechs Prozent des Rechnungsbetrages und das Netznutzungsentgelt mit rund 22 Prozent. Haben sich diese Beträge durch die Energiekrise erhöht?

Dr. Landeck:

Die Konzessionsabgabe ist unverändert. Sie beträgt 2,84 Cent je verbrauchter Kilowattstunde und wird von uns an das Land Berlin abgeführt. Die Höhe der Konzessionsabgabe ist gesetzlich geregelt und wird dann durch das Land Berlin festgesetzt. In Summe waren das im vergangenen Jahr 143,2 Millionen Euro – eine nicht unwesentliche Einnahmequelle für die Haushaltsplanung unserer Stadt. Bei den Netzentgelten schlägt sich die Energiekrise tatsächlich deutlich nieder. Wir haben im Oktober die vorläufigen Netzentgelte für das kommende Jahr veröffentlicht und mussten leider eine Steigerung kommunizieren.

Insbesondere drastisch gestiegene Kosten bei der Beschaffung zum Ausgleich von Verlustenergie und unsere weiter steigenden Investitionen in das Berliner Verteilungsnetz führen zu einer Erhöhung. Konkret bedeutet das: Die Netzentgelte für die Berliner Haushalte setzen sich auch 2023 aus einem unveränderten jährlichen Grundpreis in Höhe von 39,70 Euro und einem veränderten Arbeitspreis in Höhe von 8,93 Cent je Kilowattstunde – bisher sind es 6,59 ct/kWh - zusammen. Für den Berliner Durchschnittshaushalt mit einem Jahresstromverbrauch von 1.950 Kilowattstunden wird dies in der Summe eine Steigerung von etwa 3,75 Euro im Monat bedeuten.

paperpress:

Sind die Berliner Stadtwerke, die gerade ihre Strompreise drastisch erhöht haben, Bestandteil des Landesunternehmens „Berlin Energie“?

Dr. Landeck:

Als Stromnetzbetreiber verkaufen wir keinen Strom. Das machen die vielen Stromvertriebe in Berlin. Die Berliner Stadtwerke sind genau solch ein Stromvertrieb und dazu noch ein Tochterunternehmen der Berliner Wasserbetriebe. Die Berliner Stadtwerke gehören nicht zur BEN-Gruppe. Bisher ist Stromnetz Berlin die einzige ‚Tochter‘ der BEN.

paperpress:



„Noch nie in seiner mehr als 130jährigen Geschichte wurde so viel in das Berliner Stromnetz investiert, wie in diesem Jahr.“, sagten Sie anlässlich der

Grundsteinlegung für ein neues Umspannwerk in Marzahn. „Insgesamt sind zwischen 2022 und 2026 Investitionen von rund 1,6 Milliarden Euro geplant.“, heißt es in einer Pressemitteilung. Wofür wird das Geld verwendet. Foto: v.r.n.l.: Dr. Erick Landeck, Stadtentwicklungsstadträtin Juliane Witt und Projektleiter Rene Görlitzer. Foto: Stromnetz Berlin GmbH

Dr. Landeck:

Ja, wir werden mit etwa 270 Millionen Euro Investitionen in diesem Jahr ein Allzeithoch erreichen. Und das ist natürlich auch für unsere Mannschaft eine riesige Herausforderung. Dahinter stehen eine Vielzahl von Projekten, Planungsleistungen, Organisation und Steuerung, Bauausführungen und vieles mehr. Unser



Unternehmen wächst zwar, was die Personalzahl anbelangt. Aber angesichts eines zunehmenden Fachkräftemangels finden wir die nötige Verstärkung nicht in allen Bereichen so schnell, wie es unsere Investitionstätigkeit und aktuelle Aufgabenstellungen eigentlich erfordern. Wir „investieren“ daher aktuell auch in unseren Bekanntheitsgrad auf den vielen Jobmessen in Berlin und suchen sowohl Auszubildende als auch Spezialisten und Spezialistinnen im Bereich Technik, IT oder auch bei kaufmännischen Themen. Und da können wir richtig was bieten: denn bei uns zu arbeiten heißt, sich ganz aktiv für Energiewende und Klimaschutz einzusetzen. Ohne unser Stromnetz geht das nicht und genau das bereiten wir durch unsere Investitionen vor.

Im Wesentlichen verteilen sich die Investitionen in das Berliner Stromnetz auf drei Bereiche: „Erhalt und Modernisierung“, „Wachsende Stadt“ und „Digitalisierung, Klimaziele Land Berlin sowie Kundenprojekte“.

Einige Beispiele für konkrete Projekte:

- Im November startete der Neubau UW Pöelchstraße (Grundsteinlegung) in Marzahn-Hellersdorf.
- weitere Netzausbaumaßnahmen, die Modernisierung von Netzanlagen, die Errichtung leistungsfähiger Kundenanschlüsse für Rechenzentren oder der Ausbau der Elektromobilität werden vorangetrieben
- so wurde in diesem Jahr bereits Richtfest für das UW Rollberg in Neukölln gefeiert, vor Kurzem ebenfalls der Grundstein für das neue UW Voltairestraße in Berlin-Mitte gelegt und in Marzahn-Hellersdorf steht das Umspannwerk Wuhletal kurz vor der Fertigstellung
- bei allen Investitionen (auch für die Folgejahre) liegt der Fokus auf den Kernpunkten Versorgungssicherheit, Kundenorientierung und Klimaschutz
- grundsätzlich werden die technischen Anlagen ertüchtigt, so dass sie mehr Strom transportieren können und dabei intelligenter werden; damit werden diese Anlagen fernsteuerbar, wir erhalten Online-Messwerte und können so die Belastungen im Netz steuern; durch intelligente Messsysteme erhalten unsere Kunden einen detaillierten Überblick zu ihrem Stromverbrauch und können zukünftig den Stromverbrauch auch in die Zeiten legen, wo Strom grün und

günstig ist – z. B. beim Laden des Elektrofahrzeugs oder des Stromspeichers im Keller.

paperpress:

BLACK OUT

Grundsteinlegung 2022

Wir können uns noch sehr gut an Ihren Geschäftsbericht des Jahres 2019 erinnern. „BLACK OUT“ stand auf dem Cover. Berichtet wurde über den 30-stündigen Stromausfall in Köpenick. Bei Bauarbeiten auf der Salvador-Allende-Brücke wurden gleich zwei Kabel, darunter das Ersatzkabel, durchtrennt.



Sie haben den Ablauf in einer „Graphik Novel“, dargestellt. Erzählt wird in Zeichnungen wie Sie und Ihr Geschäftsführer-Kollege Thomas Schäfer alle Hebel in Bewegung setzten, um wieder für Strom zu sorgen. Gab es Lehren, die aus dem „Black Out“ gezogen wurden und wie sicher ist das Netz heute. Der berühmte Bodo mit dem Bagger kann ja jederzeit wieder zuschlagen?

Dr. Landeck:

So ein Ereignis steckt man nicht einfach weg. Das hat uns auch noch im Nachgang sehr beschäftigt. Und das ist auch richtig so. Wir haben uns in der Nachbetrachtung ‚Köpenick 2019‘ sehr genau angeschaut, viele Themen und Bereiche auch kritisch hinterfragt und zusätzliche Maßnahmen abgeleitet. Das tun wir aber übrigens permanent und nicht erst, wenn es tatsächlich zu einem besonderen Ereignis kommt. Das zählt für uns auch zur Verantwortung und Risikovorsorge für eine kritische Infrastruktur, wie sie das Stromnetz darstellt. Trotzdem ist so ein



Ereignis schon etwas Besonders. Die Belegschaft von Stromnetz Berlin ist hervorragend ausgebildet und tut alles, um eine höchstmögliche Sicherheit der Stromversorgung zu gewährleisten. Dabei ist allein die Tatsache, dass 98 Prozent unserer rund 35.000 Kilometer Kabel unterirdisch verlegt sind, schon ein wertvolles Pfund, weil das Netz so weniger Angriffsfläche gegen mechanische Einwirkungen oder Wetterunbilden wie Sturm oder Hagel bietet. Gleichwohl ist Berlin eine wachsende Metropole und das bringt eben auch eine intensive Bautätigkeit mit sich. Gemeinsam mit den anderen Berliner Leitungsbetreibern versuchen wir die am Baugeschehen Beteiligten für das Thema Leitungsauskünfte zu sensibilisieren, damit ‚Bodo‘ bereits vor Arbeitsbeginn weiß, wo er mit dem Bagger ansetzen darf, ohne die wichtigen Lebensadern Berlins zu verletzen.

Und wenn mal was passiert, dann haben wir eine Vielzahl von Reparaturteams und Experten, die in kürzester Zeit die Störung beheben und den Fehler reparieren. Auch darauf sind wir stolz. Technische Fehler sind nicht gänzlich auszuschließen, weil Technik eben auch mal versagen kann. Aber wir können mit unseren Fachkräften die Auswirkungen dann möglichst klein halten. Und das leisten unsere Mitarbeitenden!

paperpress:

Täglich verfolgen wir in den Nachrichten die Zerstörung der Infrastruktur durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Auch die Stromversorgung wird immer wieder in Mitleidenschaft gezogen. Hat die Stromnetz Berlin GmbH der Ukraine helfen können?

Dr. Landeck:

Die fast grenzenlose Solidarität und das Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen hat mich überrascht. Sehr viele haben gespendet, vor allem Kleidung, Lebensmittel und notwendige Dinge des täglichen Bedarfs. Einige sind selbst mehrfach in die Ukraine gefahren und haben tonnenweise Spenden dorthin transportiert und übergeben. Von vielen weiteren unserer Beschäftigten weiß ich, dass sie bei der Ankunft von Geflüchteten am Haupt- oder Zentralen Omnibusbahnhof geholfen und auch selbst ukrainische Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben. Wir als Unternehmen haben die Möglichkeit von Freistellungen für die Unterstützung Geflüchteter eingeräumt und unterstützen den Verein „Mithelfen – Ukraine-Hilfe Berlin e.V.“. Natürlich wissen wir, dass der jetzt beginnende Winter insbesondere mit Blick

auf die Energie- und Wasserversorgung die Situation in der Ukraine nochmals extrem zuspitzen wird. Wenn dieser schreckliche Krieg endlich vorbei und Wiederaufbauhilfe angesagt ist, wird Stromnetz Berlin – auch durch seine vielen Kolleginnen und Kollegen, die beim THW aktiv sind – sich bestimmt nicht lange bitten lassen.



Der Firmensitz der Stromnetz Berlin GmbH in der Eichenstraße in Alt-Treptow – Foto: Ed Koch

paperpress:

Große Unternehmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Stadtgesellschaft unterstützen, sei es in Kultur oder Sport. Welche Projekte fördert die Stromnetz Berlin GmbH gegenwärtig?

Dr. Landeck:

Uns sind Themen wie Vielfalt, Partizipation und Jugendförderung sehr wichtig. Deshalb engagieren wir uns bei vielen Projekten, unter anderem beim lesbisch-schwulen Stadtfest in Schöneberg, beim Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband Berlin oder beim Innovationspreis Berlin-Brandenburg. Aber auch der ASB Wünschewagen, der Straßenkinder e.V., die WirBerlin gGmbH oder gerade jetzt mit einer Weihnachtsaktion das Kinderhospiz Berliner Herz und das Kinder- und Jugendhaus Bolle konnten in diesem Jahr mit unserer Unterstützung rechnen.

Durch unsere Mitgliedschaft im Bündnis gegen Homophobie des Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) gestalten wir beispielweise auch jedes Jahr einen Stromkasten in Regenbogenfarben. Damit wollen wir öffentlich zeigen, wie wichtig die Akzeptanz von Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder Herkunft für uns ist. Und zu nennen ist



in diesem Zusammenhang auch unser nun schon mehrjähriges Engagement beim CSD Berlin.

Ein anderes Beispiel ist die gelbe Villa, die Kinder und Jugendliche unabhängig vom kulturellen, religiösen und sozialen Hintergrund des Elternhauses fördert.

paperpress:

Ein besonders schönes Projekt ist das Stromkasten-Styling, vor allem, weil es das Stadtbild verschönert. Wie ist der gegenwärtige Stand, wie viele Stromkästen wurden bereits verschönert, wie viele sind in Planung?

Dr. Landeck:

Inzwischen erfreut sich das Stromkasten-Styling seit mehr als zehn Jahren großer Beliebtheit. Das macht uns auch ein wenig stolz. Etwa 8.500 Kästen sind seit dem Start gestaltet worden und es kommen jährlich rund 600 bunte ‚Stromverteiler‘ dazu. Auch für das kommende Jahr sind bereits alle teilnehmenden Schulen ausgewählt und eine lange Warteliste gibt es außerdem. Aber keine Sorge – wir haben noch genug Stromkästen und durch die wachsende Stadt kommen auch dauernd welche dazu!



Foto: Stromnetz Berlin GmbH

paperpress:

Das Stromkasten-Styling ist ein Projekt für den Nachwuchs. Wie sieht es generell mit dem Nachwuchs bei Stromnetz Berlin aus?

Dr. Landeck:

Nachwuchs ist für uns immens wichtig, und das nicht erst seitdem der Fachkräftemangel quer durch alle Branchen so deutlich zum Vorschein kam. Wir investieren seit vielen Jahren in die Ausbildung junger Menschen und übernehmen damit gern auch ein

Stück gesellschaftliche Verantwortung. Heute sind beim Berliner Stromnetz 1.568 Mitarbeiter und 134 Auszubildende und duale Studenten beschäftigt. Mit einer Ausbildungsquote von rund 8,5 Prozent liegen wir deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Natürlich hoffen wir, dass unsere Azubis sich am Ende ihrer Ausbildung auch für das Stromnetz entscheiden. Wir bieten dafür jedenfalls ein attraktives Umfeld und der Bedarf ist auch vorhanden.

Ich möchte aber an dieser Stelle auch bereits die Schulabgänger des kommenden Jahres auf uns aufmerksam machen. Es warten wieder 37 Ausbildungsplätze und zehn Stellen für ein duales Studium bei Stromnetz Berlin auf die Bewerberinnen und Bewerber. Interessenten kann ich versichern: das Stromnetz ist ein hervorragendes, interessantes und spannungsreiches Betätigungsfeld mit einem sehr sozialen Umfeld. Wer sich also eine Ausbildung zur Elektronikerin, zum Elektroniker für Betriebstechnik, Elektronikerin, Elektroniker für Automatisierungstechnik, Industrieelektrikerin, Industrieelektriker für Betriebstechnik, Bachelor of Engineering Elektrotechnik oder auch Industriekauffrau, -kaufmann und Bachelor of Science Wirtschaftsinformatik vorstellen kann, her mit der Bewerbung. Und ganz wichtig: wir bieten einen Arbeitsplatz, den man seinen Eltern gut erklären kann. Wir sorgen in der Hauptstadt für Strom. Und wir bauen das Netz für die Energiewende. Mehr Sinn bei der Arbeit geht fast nicht!

paperpress:

Wir danken Ihnen für das Gespräch.



Foto: Stromnetz Berlin GmbH

Das Gespräch mit Dr. Erik Landeck führte Ed Koch

26) Besuch aus der türkischen Partnergemeinde Mersin in Tempelhof-Schöneberg. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 608-04

7. Dezember 2022

47. Jahrgang

Besuch aus Mersin

20 Grad und Sonnenschein, das sind die Wetterausichten in dieser Woche für die türkische Stadt Mersin, gelegen an der Mittelmeerküste. Es musste schon einen besonderen Grund geben, um dieses Wohlfühlparadies zu verlassen und gegen regnerische ein bis zwei Grad in Berlin einzutauschen. Bürgermeister **Neset Tarhan**, seine Stellvertreterin **Nuran Kurtulus** und zehn weitere Mitarbeitende der Stadtverwaltung und Vertreter der Parteien hatten diesen guten Grund, sich auf die Reise nach Berlin zu machen. Nicht zuletzt, weil Tempelhof-Schöneberg Partnerstadt von Mersin ist.



Fotos: Ed Koch

Anlass für den Besuch ist ein Gemeinschaftsprojekt beider Stadtverwaltungen. In Mersin soll ein Nachbarschaftszentrum entstehen. Die Anregungen dafür holt man sich in Berlin, unter anderem beim Nachbarschaftsheim Schöneberg und dem Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik. Auch will man, wie in Tempelhof-Schöneberg, eine Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement einrichten. Gefördert wird das Projekt aus EU-Mitteln.

Im Besuchsprogramm für Dienstag, den 6. Dezember, steht: „Der **EUREF-Campus** in Berlin-Schöneberg ist als europaweit einmaliges Zentrum für innovative Zukunftsprojekte eine wertvolle Sehenswürdigkeit, die es bei einem Besuch hier im Bezirk zu besichtigen gilt.“ Klare Ansage! Am Nachmittag des 6. Dezember begrüßte die EUREF-Vorständin **Karin Teichmann** die Delegation aus der Türkei auf dem Campus. Begleitet wurde die Gruppe von der Beauftragten des Bezirks für Bürgerschaftliches Engagement und Leiterin des Ehrenamtsbüros, **Christine Fidancan**.

Der EUREF-Campus steht für den Einsatz umweltschonender Ressourcen und Nachhaltigkeit. Elemente, die beim Bau eines Nachbarschaftszentrums

Beachtung finden sollten. Beim Rundgang über den Campus wurden die Gäste in der zeeMoBase bei Schneider Electric und der GASAG-Energiezentrale darüber informiert, wie die Energiewende funktioniert und Klimaschutzziele erreicht werden können. Bürgermeister **Neset Tarhan** berichtete von den Bemühungen seiner Stadt, den Klimawandel zu bekämpfen und bedankte sich für die wertvollen Anregungen, die er auf dem EUREF-Campus sammeln konnte.

In Mersin wohnen über eine Million Menschen. Seit 2012 ist Mersin Partnerstadt von Tempelhof-Schöneberg. Die attraktive Hafenstadt im Osten der Türkei bietet moderne Hotels, palmengesäumte Straßen und lange Strände. Auch wirtschaftlich sieht es gut aus – neben dem Hafen, immerhin der wichtigste am östlichen Mittelmeer, ist hier natürlich die Fischerei, aber auch die Erdöl-, Nahrungsmittel-, Textil- und Zementindustrie zu Hause.

Seit dem 4. Dezember sind die Gäste in Berlin und bleiben hier noch bis zum 9. Dezember. Im Rathaus Schöneberg wurde die Gruppe von Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** willkommen geheißen. Auf dem Programm stand auch die Tour „Mythos Tempelhof“ auf dem ehemaligen Flughafen. Nachdem 2018 in Mersin-Mezitli ein Park nach Tempelhof-Schöneberg benannt wurde, erhielt 2019 ein neuer Park in Schöneberg an der Bautzener Straße den Namen der türkischen Partnerstadt. Ihren Park bekamen die Gäste natürlich auch zu sehen.

Die Alte Mälzerei in Lichtenrade und die Suppenküche im Ortsteil standen fernem auf dem Programm.



Der Besuch auf dem EUREF-Campus begann mit einem Mittagessen in der Schmiede und endete auf dem EUREF-Weihnachtsmarkt mit einem heißen Nikolaus-Punsch.

Ed Koch

27) Berlin: Deutsche Straßennamen werden umbenannt – afrikanische Kämpfer als neue Namenspatrone

02. 12. 2022



Berliner Umbenennungswahn trifft diesmal Lüderitzstraße und Nachtigalplatz

Die Stadt Berlin hat die Umbenennung der Lüderitzstraße sowie des Nachtigalplatzes im „Afrikanischen Viertel“ der Hauptstadt offiziell gemacht. Künftig sollen sie den Namen von Leuten tragen, die mancher als „antikoloniale Widerstandskämpfer“ bezeichnen würde.

BERLIN – Wieder werden deutsche Straßennamen durch Ausländische ersetzt. Bei der am 2. Dezember stattfindenden Umbenennungsfeier werden auch hochrangigere Afrikaner anwesend sein.

Straßen nach afrikanischen Terroristen benannt

Andere würden in diesem Zusammenhang eher von Terroristen und Verbrechern sprechen, die Deutsche ermordeten. So wird die Lüderitzstraße im Ortsteil Wedding nun also Cornelius-Fredericks-Straße heißen. Er war einer der indigenen Führer, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Guerillakrieg gegen die Deutschen im heutigen Namibia führten und dabei viele Deutsche tötete. Zuvor war sie nach Adolf Eduard Franz Lüderitz, einem deutschen Großkaufmann und ersten deutschen Landbesitzer im damaligen Deutsch-Südwestafrika, benannt.

Der Name des Nachtigalplatzes wird derweil in „Manga-Bell-Platz“ geändert, [wie die Berliner Woche berichtete](#). Die Benennung erfolge zu Ehren des Königspaares der Duala in Kamerun, Rudolf und Emily Duala Manga Bell, heißt es in der Mitteilung. „Das Königspaar

kämpfte gegen die deutsche Kolonialherrschaft. Rudolf Duala Manga Bell wurde als Anführer des Widerstands hingerichtet.“ Zuvor trug der Platz den Namen des deutschen Arztes und Afrikaforschers Gustav Nachtigal. Als Kommissar des deutschen Kaiserreichs gründete er die deutschen Kolonien in Westafrika.

Projekt zur Tilgung deutscher Geschichte

Die Umbenennungen sind Teil eines Projekts im „Afrikanischen Viertel“ Berlins zur „Dekolonialisierung“ der Hauptstadt. Auch der Name der Petersallee soll geändert werden. Dafür ist eine Teilung der Straße in zwei Abschnitte geplant. Einer soll „Anna-Mungunda-Allee“, der andere „Maji-Maji-Allee“ heißen. Anna Mugunda war eine Vorkämpferin für die Unabhängigkeit des heutigen Namibias. Der Maji Maji-Aufstand war eine von 1905–1907 dauernde Revolte der afrikanischen Bevölkerung gegen die Kolonialherrschaft im damaligen Deutsch-Ostafrika.

Zusammengefasst kann man also feststellen, dass im rot-rot-grün regierten Berlin die Namen deutscher Pioniere getilgt und durch die Namen von Ausländern ersetzt werden, die bewaffnete Kriege gegen die Deutschen führten und dabei sowohl deutsche Soldaten als auch in Afrika lebende deutsche Siedler ermordeten. Dass die Anwohner der betroffenen Straßen und Plätze dagegen waren, interessierte die etablierten Parteien nicht.

Protest von Anwohnern, Geschäftsleuten und der AfD

Geschäftsleute und Anwohner hatten sich immer wieder gegen beschlossene Änderungen der Straßennamen gewehrt. Über 200 Ladenbesitzer, Vereine und Arztpraxen reichten 2019 einen Sammelwiderrspruch ein.

Politischer Protest dagegen kam wenig überraschend lediglich von der AfD. Sie plädierte dafür, keine „hypermoralischen Maßstäbe unserer Zeit“ an Persönlichkeiten früherer Jahrhunderte anzulegen. Sie schlug vor, die Straßen nicht gleich umzubenennen, sondern mit Hinweisschildern über den zeitlich-politischen Kontext ihrer Namensgeber aufzuklären.

Umbenennung am 02. Dezember

Den Medien zufolge sollen die neuen Straßenschilder „am 2. Dezember um 11 Uhr auf dem Nachtigalplatz und um 12 Uhr in der Lüderitzstraße“ enthüllt werden. Offenbar werden die „Botschafter Kameruns und Namibias“ anwesend sein und „auch König Jean-Yves Eboumbou Douala Bell, ein Nachfahre des geehrten Königspaars“ hat sein Kommen angekündigt. Quelle: [unzensuriert.de](https://www.unzensuriert.de)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Tagesspiegel ohne Artikel. Die neue Aufmachung. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 607-33

30. November 2022

47. Jahrgang

Tagesspiegel ohne Artikel

Gestern ist der Tagesspiegel in neuer Aufmachung erschienen. Der Schriftzug gehörte zum Stadtbild wie der des KaDeWe.

DER TAGESSPIEGEL

Die wechselvolle Geschichte der Zeitung seit 1945 ist bei Wikipedia nachzulesen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Tagesspiegel



„Der neue Tagesspiegel ist da! Seit Wochen (Monaten! Jahren!) schwirrt die Redaktion wie ein Bienenstock, heute ist es endlich so weit – wir haben uns neu erfunden. Der Tagesspiegel hat in seine Redaktion investiert und bietet Ihnen ab heute zwei Zeitungen in einer: 40 Seiten aus Deutschland und der Welt und 40 Seiten aus unserer Weltstadt Berlin. Unser Anspruch: So tiefgehend über globale und lokale Themen zu berichten, wie sonst kein anderer – von Neukölln bis New York, Kreuzberg bis Kapstadt, Pankow bis Peking.“, erfuhren wir gestern früh aus dem Tagesspiegel Checkpoint-Newsletter.

Die auffälligste äußere Veränderung ist das neue Hochformat und dass die Seiten zusammengeklammert sind. Das alles ist praktisch, passt doch die Zeitung jetzt komplett aufgeschlagen auf den Tisch, wozu mach früher schon einen sehr großen Tisch brauchte. Eigentlich ideal für unterwegs in Bus und Bahn, wobei man dort überhaupt niemand mehr sieht, der eine Zeitung in der Hand hält. Das Handy hat die Zeitung im ÖPNV schon längst abgelöst.

Nachteil des neuen Formats ist, dass man die einzelnen Sektionen, Buch genannt, nicht mehr innerhalb der Familie verteilen kann, einer bekommt die Politik, ein anderer die Kultur und Papa den Sport. Dazu müsste man die Klammern lösen.

Ein weiterer Nachteil zeigt sich am Zeitungsständer in den Tankstellen. Im breiten Mittelteil liegen **Berliner Morgenpost**, **Berliner Zeitung**, **Süddeutsche Zeitung**, **BILD-Zeitung** etc. Es fehlt der **Tagesspiegel**, der nun am Seitenteil des Ständers gemeinsam mit der **BZ** zu finden ist.

Auffällig ist auch, dass der Artikel fehlt. Nicht mehr **Der Tagesspiegel**, sondern nur noch **Tagesspiegel**. Das ist offenbar die gegenderte Form, dem Zeitgeist entsprechend. Mal sehen, wann **Der Spiegel** nachzieht. Das Motto „*rerum cognoscere causas – die Ursachen der Dinge erkennen*“ steht nach wie vor unter dem Titel, allerdings nicht mehr so spektakulär um die Weltkugel geschlungen.

Der Tagesspiegel hat mächtig aufgerüstet. Ein so umfangreiches Blatt zu erstellen, bedarf vieler Journalisten. Es gibt zwei Chefredakteure, zwei Stellvertreter und sechs Mitglieder der erweiterten Chefredaktion, also zehn, davon drei Frauen. Immerhin.

Wenn man sich auch nur annähernd jeden Artikel wenigstens anschauen möchte, vergingen Stunden, die erst einmal zur Verfügung stehen müssen. Das Angebot an Informationen ist breit. Im Hauptteil ging es gestern um China, Russland, die Ukraine, den Sudan und Nordmazedonien.

Zwei Seiten beschäftigen sich mit Bundeskanzler **Olaf Scholz**, der ein knappes Jahr im Amt ist. Eigentlich geht es aber um seine fast 40 Jahre alte Aktentasche, seine ständige Begleiterin, die er beim Besteigen eines Flugzeugs mit beiden Händen vor sich hält, als hätte er Angst, sie verlieren zu können. „Was die Tasche über den Kanzler verrät“ erfahren wir in dem Artikel. **Frank Stauss** beschreibt die Verbindung von Tasche und Kanzler so: „Die Tasche arbeitet seriös, geräuschlos, zuverlässig und ausdauernd. Sie steckt ein und weg.“ Fazit: „Ein Mann wie seine Tasche.“

Wir erfahren auch, wie gut sich die Opposition geschlagen hat. Und in Folge 280 „*Political Animal*“, ein Begriff, der auf den griechischen Philosophen **Aristoteles** zurückgeht, fordert Herausgeber **Stephan-Andreas Casdorff** „Gerechtigkeit für die Ampel“ und meint „Die Bilanz stimmt.“ Im Wissenschaftsteil geht es um den „*Ursprung aller Kreaturen*“, es gibt einen Gesundheitsteil, und „*Im Gespräch*“ sagt der

1



Philosoph **Peter Sloterdijk**: „Die Klimaaktivisten sind voll im Recht, aber sie würden sich besser in Riad ankleben.“ In der saudi-arabischen Hauptstadt würden sich allerdings kaum freundliche Polizisten mit Spüli um sie kümmern, sondern sie vermutlich Kronprinz **Mohammed bin Salman al-Saud** mit der Kettensäge vom Asphalt befreien.

Wirtschaft, Klimaschutz, Kultur und Sport ergänzen das erste Buch des neuen Tagesspiegel.



Im Berlin-Teil finden wir die gleichen Rubriken auf Berlin bezogen. Aufmacher „Mediziner sind besorgt – Kinder bekommen seit Pandemie-Beginn seltener wichtige Impfungen.“ Den „Checkpoint“, der uns den Morgen mit kritischen, satirischen, gehässigen und informativen Nachrichten den Morgen verschönt, gibt es jetzt auch in der Druckversion.

„40 Seiten aus unserer Weltstadt Berlin.“ Der Umgang des Tagesspiegel mit „unserer Weltstadt“ ist teilweise abenteuerlich. Kritisch über die Politik zu berichten, ist die Aufgabe der Medien. Politiker aber vorzuführen, befriedigt allein das Vergnügen einiger Journalisten und ihrer vermeintliche Überlegenheit. Vor Regierenden Bürgermeistern muss man nicht buckeln, ein wenig Respekt vor dem Amt und der Person wäre aber angebracht, ohne, dass man sich mit ihnen gemein macht. Sie abwertend als „Regiermeister“ zu titulieren, ist unangemessen. Die Klugscheißerei ist beim *Tagesspiegel* Checkpoint besonders ausgeprägt. In Berlin läuft, wie anderswo, vieles schief. Man kann sich darüber aufregen, dass die Termine beim Bürgeramt knapp sind. Über die vielen tausend zustande gekommenen Termine spricht niemand. Wer plant, nach Berlin zu kommen und sich vorher allein aus dem „Checkpoint“ informiert, wird seine Pläne fallen lassen.

Besonders bedauerlich am Berlin-Buch des Tagesspiegel ist der Bezirksteil. Das ist umso unverständlich, weil es sehr gute und ausführliche Bezirks-Newsletter mit dem Titel „Leute“ gibt, die man kostenlos abonnieren kann. Es gäbe also reichlich Material, um die Bezirksseiten zu füllen.

<https://leute.tagesspiegel.de/>

Es gibt jedoch nur zwei Seiten, auf denen über so spannende Themen wie die „Bildgießerei Noack“ aus Charlottenburg-Wilmersdorf, „Rehe im Wildgehege erschossen“ (Pankow) oder „Ausweitung der Parkzonen“ (Neukölln) berichtet wird. **Rosa von Praunheims** (gestern Abend bei **Kurt Krömer**) 80ster Geburtstag und **Ilja Richters** 70ster wird auch gefeiert. Brandenburg hingegen widmet der Berlin-Teil vier Seiten. Berliner Bezirke 3.677.472 (31. Dezember 2021) Einwohner, Brandenburg 2.537.868 (31. Dezember 2021).

Der Tagesspiegel sieht sich gern als „Leitmedium“ Berlins. Es bleibt jedem selbst überlassen, von wem er sich leiten lässt. Mit 99.487 Exemplaren (3.Q. 2022) liegt der **Tagesspiegel** vorn. Gefolgt im gleichen Zeitraum von der **BZ** mit 82.520 Ex. Mo-Fr und 55.873 So. Von der **Berliner Zeitung** liegen keine aktuellen Zahlen vor, die letzten stammen vom 1. Quartal 2021, 81.613 Ex. Die **taz** kommt auf 45.618 Ex. im 3. Quartal 2022, die **Berliner Morgenpost** auf 42.591 im gleichen Zeitraum. (Quelle: Wikipedia)

Alle Zeitungen haben sehr ordentliche Internetauftritte. Und alle wollen, verständlicherweise, dafür Geld haben. Für knapp zehn Euro sind die Online-Angebote nutzbar. Letztlich zählt aber vor allem die Vielfalt. Wer den Markt beherrscht, darf nicht die Meinung beherrschen. Es liegt an jedem selbst.

Und da in paperpress der Herausgeber auch immer gern seine Meinung kundtun, wird es niemand überraschen, wenn er anmerkt, genau die Zeitung am liebsten zu lesen, die die geringste Auflage hat. So sind nun mal Sozialarbeiter. Gelesen wird allerdings nicht die Print-, sondern die Online-Version. Und diese ist von allen hier erwähnten die übersichtlichste. Und besonders schön ist der Bezirksblock. Einfach das Bezirkswappen anklicken und schon weiß man Bescheid, was in seinem Kiez los ist.

Obwohl die Mentalität eher zum bequemen Online-Angebot geht, kann man nur hoffen, dass die gedruckten Zeitungen weiterhin existieren können. Wir wünschen allen Zeitungen eine stabile Auflage und viel Erfolg.

Ed Koch

Österreich (Seiten E 125 – E 131)

29) ZurZeit-Podiumsdiskussion: Energiepreise und Inflation

06. 12. 2022



Während die Inflation dank Geldvermehrung und "grüner" Energie nach oben schießt, kämpft die Wirtschaft ums Überleben. | Bild: shutterstock

Die Inflation ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen, und die Teuerung spürt wohl jeder beim Einkauf im Supermarkt oder wenn er die Stromrechnung erhält. ZurZeit veranstaltete deshalb am 28. November auf dem Haus der Wiener Akademischen Burschenschaft Albia eine Podiumsdiskussion zum Thema „Energiepreise und Inflation“. Unter der Leitung von ZZ-Mitherausgeber Walter Tributsch diskutierten der ehemalige Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, Andreas Huss, Gewerkschafter und Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse, sowie der ehemalige EU-Diplomat Albrecht Rothacher.

Sehen Sie die gesamte Podiumsdiskussion auf unseren ["Youtube"](#)-Kanal:

5:51 / 1:37:11

[WIEN](#)

Energiepreise und Inflation - eine ZurZeit-Podiumsdiskussion



[Wochenmagazin ZurZeit](#)

307 Abonnenten

97 Aufrufe vor 3 Tagen

Die Inflation ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen, und die Teuerung spürt wohl jeder beim Einkauf im Supermarkt oder wenn er die Stromrechnung erhält. ZurZeit veranstaltete deshalb am 28. November auf dem Haus der Wiener Akademischen Burschenschaft ...

0 Kommentare

<https://www.youtube.com/watch?v=NL1hZWXuVLQ&t=308s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Niederösterreich: ÖVP-Chefin Mikl-Leitner holt scheinbar „Soros-Kaderschmiede“ ins Land

05. 12. 2022



"Soros-Uni" Wien sucht neuen Standort

Die Central European University (CEU), „Insidern“ auch als Kaderschmiede von George Soros bekannt, mit derzeitigem Standort in Wien Favoriten, sucht nach eigenen Angaben, aus Platzmangel, nach einem neuen Standort.

Die sogenannte „Elite-Universität“ siedelte 2019 von Budapest, wo diese von der dortigen Regierung nicht mehr geduldet wurde, nach Wien.

Quartiersuche fällt bei NÖ-Chefin auf „fruchtbaren Boden“

Ab 2025 braucht man seitens der „Soros-Zöglinge“ nun dringend ein neues Quartier, die Stadt Korneuburg hat sich mit dem Stadtentwicklungsgelände auf der ehemaligen Werft als Standort beworben.

So soll also „studentisches Leben“ einen neuen niederösterreichischen Stadtteil bevölkern.

Mit Umzügen kennt sich die CEU ja mittlerweile aus. Bereits im Studienjahr 2019/2020 übersiedelte die Eliteuniversität eben zwangsweise von Budapest nach Wien-Favoriten, denn die ungarische Regierung hatte den gesetzlichen Rahmen so geschickt adaptiert, dass der Soros-Eliteuniversität mit Sitz in den USA die Akkreditierung entzogen werden konnte.

Nach einer „Interimsphase“ in Wien-Favoriten wäre 2025 der Umzug in das [ehemalige Otto-Wagner-Spital](#) nach Wien-Penzing geplant gewesen. Der Standort musste im Sommer aus finanziellen Gründen verworfen werden.

Hierbei handelt es sich um historisch wertvolle Bausubstanz, die nur unter Denkmalschutzauflagen renoviert wie adaptiert werden darf und das war dann offenbar einem Herrn Soros die Investition nicht wert.

CEU hält sich noch bedeckt

Nun werden erneut mögliche Standorte geprüft, wobei wohl als aussichtsreichster Kandidat das Gelände in Mikl-Leitners Niederösterreichischem Korneuburg sein dürfte.

Laut der „Universität“ hätten sich 13 Standorte beworben, darunter auch die Stadt Korneuburg, wie auch der „Standard“ berichtete. „Wir sind dabei, wir bewerben uns für den Standort“, bestätigte der Geschäftsführer des Stadtentwicklungsfonds SEFKO hierzu gegenüber *noe.ORF.at*.

Ins Rennen schickte Korneuburg dabei das ehemalige Werftgelände, auf dem die Stadt, gemeinsam mit dem Immobilienkonzern Signa Holding ein neues Stadtviertel zu errichten plant. Zu diesem Projekt ist zur Zeit die Umweltverträglichkeitsprüfung im Gange.

„Wir planen dort immer eine Bildungsinsitution anzusiedeln“, so Raunig. Allerdings sei das Interesse, neue Schulen oder Fachhochschulen zu bauen, derzeit gering, darum wolle man die Chance nützen und den CEU-Campus nach Korneuburg holen. „Mit der CEU hätten wir die Möglichkeit, viele junge Menschen auf das Werftgelände zu bringen“, erklärte Raunig weiter. Erklärtes Ziel sei eine „gemischte Nutzung“ des Werftgeländes.

Zu den Chancen des Standortes Korneuburg wollte man sich bei der Universität auf Anfrage, gegenüber dem ORF nicht äußern. Man befinde sich in einem laufenden Prozess und werde keine Objekte kommentieren, erklärte dazu eine Sprecherin.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Wiener Sozialist will „Grüß-Gott“-Verbot: Föederal-Rassismus, anti-christlicher Kulturhass, Sprach-Zensur

03. 12. 2022



„Grüß Gott“-Verbot durch Sozi-Berufs-Aufsteiger

Während eines parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses ist es zwischen einem österreichischen Sozi und der post-konservativen ÖVP zu einem denkwürdigen Kultur-Kampf gekommen: Erstere störten sich an der Grußformel „Grüß Gott“.

SPÖ-Fraktionsführer (und Studienabbrecher) Kai Jan Krainer fühlte sich durch die (in weiten Teilen Österreichs gebräuchliche Grußformel), ausgesprochen durch Bernhard Ebner, Landesgeschäftsführer der niederösterreichischen Volkspartei brüskiert: Auf dessen herzliches „Grüß Gott“ soll Krainer ihm entgegengeworfen haben soll: „In Wien heißt das nicht ‚Grüß Gott‘, sondern ‚Guten Tag!‘ “

Föederal-Rassismus, anti-christlicher Kulturhass, politisch-korrekte Sprach-Zensur

Womit wieder einmal bewiesen wäre: Österreich ist in Wirklichkeit gar keine Nation, sondern ein Föederal-Ausgrenzungs-Politgebilde...

ÖVP entrüstet

Die ÖVP-Abgeordnete Corinna Scharzenberger reagierte mit einer Presseaussendung durchaus entrüstet:

„Wer ‚Grüß Gott‘ sagt, wird von der SPÖ verbal angegriffen. Dass SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer nun offenbar allen Menschen in Wien die Grußformel ‚Grüß Gott‘ verbieten will, ist eine massive Grenzüberschreitung und zeigt, wie abgehoben die SPÖ agiert. Krainer hat kein Gespür für dieses Land und seine Menschen.“ (oe24)

Außerdem ortete Scharzenberger in Krainers Aussage eine „Bevormundung“, die „vollumfänglich abzulehnen“ sei. Nun erwartet sie, dass „sich die noch verbliebenen vernünftigen Kräfte in der SPÖ von ihrem Parteifreund distanzieren“.

Who the fuck is Kai?



Kai Jan Krainer verfügt über eine nicht nur bei Sozialisten postmodern gewordene Under-Low-Karriere: Studienabbrecher der Wirtschaftsinformatik, Zivildienstler beim linken Arbeiter-Samariter-Bund. Dann Polit-Ersatz-Handlungen in der „Sozialistischen Jugend Österreichs“, bei der „Aktion Kritischer Schüler“. Bezirkssekretär, Bezirksrat und Radverkehrsbeauftragter...

Mit so einer Bilderbuch-Berufs-Politiker-Karriere musste es dann aber doch endlich klappen: Seit 2002 ist Kai Jan Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat geworden, wobei er klassisch Gutmenschen-Bereiche politisch abdeckte: Integrations- und Umweltsprecher der SPÖ... ([wikipedia](#))

Vorschlag: Politisch-korrektler Sprach-Verbots-Sprecher

Wie wäre es denn, wenn die SPÖ eine dringend gebotene neue Politfunktion mit Jan Kai besetzen würde...?

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Österreichs Anti-AKW-Lobby scheitert mit Klage gegen ungarisches AKW

01. 12. 2022



Von den westlichen Mainstreammedien wird diese juristische Niederlage Österreichs vor dem EU-Gerichtshof bisher verheimlicht oder in Unterrubiken versteckt ([ORF](#)): Der Europäische Gerichtshof hat Österreichs Klage wegen der Erweiterung des ungarischen AKW-Paks abgewiesen.

Freie Wahl des Energie-Mixes

Dem Gerichtsbeschluss zufolge steht es demnach den Mitgliedstaaten frei, die Zusammensetzung ihres Energiemixes selbst zu bestimmen. Weiters kann die Kommission nicht verlangen, dass öffentliche Mittel für alternative Energiequellen bereitgestellt werden.

Österreichs Antrag zurückgewiesen

Der EU-Gerichtshof hat also folgenden Antrag Österreichs abgewiesen: Nämlich die Entscheidung der EU-Kommission zur Genehmigung des ungarischen AKW-Ausbaus in Paks aufzuheben – wie die in Luxemburg ansässige Behörde am Mittwoch mitteilte.

Österreich hatte den Ausschuss 2018 verklagt, nachdem das EU-Gremium den Plan Ungarns genehmigt hatte, 2017 mit Hilfe des Atomkonzerns „Rosatom“ zwei neue Reaktoren in Paks, südlich von Budapest, zu bauen. Bereits im Jahr 2015 hatte das EU-Gremium eine Untersuchung eingeleitet, um zu klären, ob die Finanzierung des Ausbaus des ungarischen AKWs den EU-Vorschriften entspricht.

Brüssel stellte nun folgendes fest:

Die ungarische Finanzhilfe für den Bau der beiden neuen Kernreaktoren umfasst staatliche Beihilfen.

Der Ausschuss hatte die Beihilfe schließlich per Anfang März 2017 nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt, da er der Auffassung war, dass der Beihilfebetrug in einem angemessenen Verhältnis zu den verfolgten Zielen stehe und nicht über das für deren Erreichung erforderliche Maß hinausgeht.

Diese Genehmigung hatte Österreich schließlich vor dem EU-Gerichtshof mit der Argumentation angefochten: Dass Kernenergie weder eine nachhaltige Energiequelle sei noch die richtige Antwort auf den Klimawandel biete. Die Wiener Regierung, unter Federführung der Grünen Umweltministerin Gewessler, beklagte unter anderem:

Dass die Entscheidung der EU-Kommission gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge verstößt, deren Einhaltung untrennbar mit dem Ziel der Beihilfe verbunden ist.

Und dass es deshalb zu unverhältnismäßigen Wettbewerbsverzerrungen auf dem Energiemarkt komme, sowie dass die Genehmigung von Beihilfen nicht im öffentlichen Interesse liegt.

Der Europäische Gerichtshof widersprach nun eindeutig der österreichischen Position. Österreich kann gegen die Entscheidung des EU-Gerichtshofs innerhalb von zwei Monaten und zehn Tagen nach Bekanntgabe Berufung einlegen.

Wien hatte bereits im Juli ebenfalls beim EU-Gerichtshof geklagt: Dass das EU-Parlament auf Vorschlag der EU-Kommission Atom- und Erdgasenergie als „grüne und nachhaltige“ Übergangsenergiequelle eingestuft hatte. ([Mandiner](#))

Aussichtslose österreichische Anti-AKW-Position

Es ist nicht das erste Mal, dass Österreich wegen eines Atomkraftwerks geklagt hat, zum Beispiel verklagte es 2015 das Vereinigte Königreich und 2011 die Tschechische Republik. Laut Euractiv gewinnt in Fällen wie diesem in der Regel die Europäische Kommission.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Südtirol (Seite E 132 – E 153)

33) Roms unveränderte Zielsetzung: Beseitigung der Identität Südtirols



„Ich rede deutsch, ich denke deutsch, ich träume deutsch. Ich habe einen italienischen Paß, aber fühle mich nicht als Italienerin. Und das wird immer so bleiben.“

(Verena Duregger, freie Journalistin, Autorin und Moderatorin, bei der Vorstellung ihres Buches „Die Pusterer Buben“ am 15. Mai 2014 in der Athesia-Buchhandlung von Bruneck.)

„Die wahre Heimat ist eigentlich die Sprache. Die Entfremdung vom Heimischen geht immer durch die Sprache am schnellsten und leichtesten, **wenn auch am leisesten vor sich.**“

(Wilhelm von Humboldt (1767 – 1835))

Es ging immer um die sprachlich-kulturelle Auslöschung der deutschen Volksgruppen

Entnationalisierungsmaßnahmen vor und während des Faschismus

Die Entnationalisierungspolitik Roms hatte bereits unmittelbar nach der Inbesitznahme Südtirols Ende 1918 einzusetzen begonnen. Es galt, eine Einheitsnation in einem Einheitsstaat zu etablieren. Hier wurde eine wesentliche Zielsetzung des Faschismus vorweggenommen.

Im Rom wusste man, dass man jene Jahrgänge, die im Weltkrieg die Grenzen des Landes verteidigt hatten, kaum zu nationalistisch begeisterten Italienern umformen konnte. Das Konzept lautete daher, die deutsche und die ladinische Jugend italienischsprachig zu erziehen.

Seite E 133 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Die Muttersprache ist nämlich viel mehr als nur ein Mittel zur Verständigung: sie ist das Abbild der Seele, der Ausdruck des Geistes, die Grundlage jeder menschlichen Kultur und des Wesens der Völker! Verliert ein Mensch oder ein Volk die Muttersprache, werden das „Ich“ und „Wir“ verloren!

Dr. Johann Lauber, Leiter des „Institutes für Integrative Gestalttherapie“ in Wien, erklärte dazu in einem ORF-Interview:

„Gut verwurzelt in der eigenen familiären und ethnischen Herkunft zu sein, gibt uns Menschen Halt. Wenn diese Verbindungen gestört oder unterbrochen sind, macht uns das in der Regel schwach. Ängste oder Depressionen sind dann häufig anzutreffen“.

Noch vor der Machtergreifung des Faschismus wurden von den königlich-militärischen Behörden bereits deutsche Schulen in italienische Schulen mit italienischer Unterrichtssprache umgewandelt. Deutsche Priester, die sich dagegen stellten, wurden behördlich verfolgt.

In der Zeit des Faschismus wurden die deutschen Volksschulen ebenso wie die Kindergärten und Kinderhorte in italienische Einrichtungen umgewandelt. Es war das Verdienst des deutschen Klerus, den geheimen „Katakomben-Unterricht“ unterstützt und selbst in den Pfarrhöfen geheimen deutschen Schulunterricht durchgeführt zu haben. Sie haben maßgeblich den kulturellen Volksmord – den Ethnozid – verhindert.

Priester wurden deshalb überfallen, von Faschisten schwer misshandelt und von den italienischen Behörden mit Ketten gefesselt in die Verbannung geschickt.

Von 1945 bis heute: Die Wahrung des faschistischen Erbes

Die Betonung der „Italianität“ Südtirols wird nach wie vor von weiten Kreisen der italienischen Bevölkerung begrüßt. Nur so ist es zu erklären, dass bis heute die faschistischen Denkmäler in Südtirol sorgsam vom Staat erhalten und gepflegt werden und als Kulisse für nationalistische Kundgebungen dienen können.



Gedenkfeier von Alpini-Veteranen vor dem faschistischen Alpini-Denkmal in Bruneck, welches die Rolle der Alpini bei dem Völkermord in den afrikanischen Kolonien Italiens verherrlicht. Zu solcher Verherrlichung passt, dass der Alpinioffizier Gennero Sora, der in Abessinien als Massenmörder schreckliche Kriegsverbrechen gegen wehrlose Zivilisten verübt hat, immer noch Ehrenbürger von Brixen ist. (Mitteilung aus: Internetportal Unser Tirol 24, 26. Februar 2020)



Alpini feiern vor dem Finanzamt in Bozen, welches mit einem Fries geschmückt ist, auf welchem der reitende „Duce“ Mussolini die Bürger dazu auffordert: „Glauben, gehorchen, kämpfen!“



Nationalistische Feier vor dem faschistischen „Siegesdenkmal“ in Bozen, dessen Säulen als „fasci“ – faschistische Liktorenbündel – gestaltet sind.

Von 1945 bis heute: Angriffe auf die deutsche Sprache und Kultur

- „*Siamo in Italia!*“: Diesen rassistisch angehauchten Satz hören die Südtiroler jeden Tag. Jeden Tag wird ihre kulturelle Identität und ihr Menschenrecht auf Verwendung der Muttersprache mit offen gezeigter Ablehnung staatlicher Stellen in Frage gestellt.
- Die mehrheitlich von dem Faschisten Tolomei erfundenen italienischen Ortsnamen sind bis heute die amtlichen Namen, die deutschen Bezeichnungen sind nur geduldet.



- 1993 war die Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache bei Gericht in Kraft getreten. 2005 wurde diese Regelung durch eine Beschränkung der Übersetzungen bei zweisprachigen Prozessen wieder ausgehöhlt.
- Den Südtirolern steht gesetzlich der Gebrauch ihrer Muttersprache im Verkehr mit den Behörden zu. 2005 berichtete jedoch die Austria Presse Agentur APA, dass die italienische Polizei einen Südtiroler bedroht bzw. eingeschüchtert habe, weil er mit ihnen deutsch und nicht italienisch gesprochen habe. Die Staatspolizei habe dabei geltendes Recht nicht nur missachtet, sondern auch dessen Existenz abgestritten. (APA0543 5 AA 0210)
- *Ebenfalls 2005 untersagte Rom dem Land Südtirol die Verwendung einsprachiger Werbung. (APA0607 5 AA 0127 WA)
- 2008 wurde die gerichtliche Anzeige eines Südtirolers gegen die Missachtung der Doppelsprachigkeit durch die italienische Post durch die Bozner Staatsanwaltschaft zurückgewiesen.
- 2009 teilte der Südtiroler Landtagsabgeordnete Sven Knoll der Öffentlichkeit mit, dass Jugendlichen in der Carabinieri-Kaserne in Meran einer „Sonderbehandlung“

unterzogen und mit Gummiknütteln geprügelt worden seien, nachdem sie gesetzeskonform verlangt hatten, dass die Amtshandlung in deutscher Sprache geführt werde. Einem Jugendlichen sei durch Schläge ins Gesicht die Nase gebrochen worden. (Pressekonferenz in Bozen am 24. Juni 2009)



Schlagspuren bei einem der Jugendlichen. (Foto veröffentlicht von Sven Knoll)

- 2009 hielt Südtirols Landeshauptmann Durnwalder auf einer UNESCO-Veranstaltung in Auronzo seine Begrüßungsworte auch auf Deutsch. Italienische Zuhörer piffen ihn aus und der für Italien zuständige Kommissionspräsident der Unesco, Giovanni Puglisi, verglich in einem Interview im Bozner „Corriere dell' Alto Adige“ den Landeschef sogar mit dem lybischen Diktator Gaddafi. (APA0220 5 AA 0264 KA)
- Das Musikstück „Dem Land Tirol die Treue“ ist allgemein bekannt. Als in Lana Schüler Poloshirts mit dieser Aufschrift samt gesticktem Tiroler Adler trugen, mussten sie auf Weisung der Lehrer die Kleider wechseln.

Keine Freude mit der Treue zu Tirol

SCHULE: Mutter eines Schülers beklagt Zensur in Sachen Kleidung an der Lanener Mittelschule – Mehrere Vorfälle sollen sich zugetragen haben

VON FLORIAN MAIR

LANA. „Dem Land Tirol die Treue“: Ein Musikstück, das auf fast jedem Fest im Land und sogar auf der „Wiesn“ in München gespielt wird. Poloshirts mit den Aufschriften „Dem Land Tirol die Treue“ samt gesticktem Tiroler Adler auf der Rückseite sowie „Südtirol“ auf der Vorderseite sind beliebte Kleidungsstücke, die aber nicht überall gerne gesehen werden. So soll es jedenfalls an der Lanener Mittelschule sein,



Die Aufschrift „Dem Land Tirol die Treue“ samt gesticktem Tiroler Adler brennt Lehrern unter den Nägeln. in



Auch die Aufschrift „Südtirol“ ist nicht erwünscht. in

Patriotismus und Nationalismus unterschieden werden muss. Patriotismus sei ein positiv besetzter Begriff, der nicht gegen jemanden gerichtet sei, sondern die Verbundenheit zur Heimat ausdrücke.

„Die Menschen suchen immer mehr nach Identität. Und solche Poloshirts sind Ausdruck dafür.“

„Dolomiten“ vom 21. August 2015

*2016 gab der SVP-Parlamentarier Hans Berger nach einem Treffen mit dem italienischen Staatspräsidenten gegenüber italienischen Journalisten eine Erklärung ab, in welcher er als Vertreter der deutschen Volksgruppe auch einige Sätze auf Deutsch sagte. Der italienische Radiomoderator Giuseppe Cruciani erklärte daraufhin am 14. Dezember 2016 im

Rundfunksender „RADIO 24“: *„Parla in te-des-co! Davanti alle telecamere. Parla in tedesco, sono diventato pazzo. Ma come in tedesco? Beh sì, perché dice... si rivolge alla minoranza. No! Esci dal quirinale, parli davanti agli italiani. Poi a casa tua, a Bolzano parli in quella minchia di tedesco di merda. Ma non puoi, cioè... non puoi parlare in tedesco davanti al quirinale. Parli in i-ta-lia-no, non in tedesco. Queste cose mi fanno impazzire.“*

Auf Deutsch: *„Er spricht Deutsch! Vor den Fernsehkameras. Er spricht Deutsch, ich werde verrückt. Aber warum Deutsch? Ja, er sagt... er wendet sich an die Minderheit. Nein! Verlass den Quirinals-Palast, du sprichst zu den Italienern. Dann, bei dir zu Hause, in Bozen, kannst du dein Scheißdreck von Deutsch sprechen. Aber du darfst nicht, ... du darfst nicht Deutsch im Quirinals-Palast reden. Sprich in I-ta-lie-nisch, nicht in Deutsch. Diese Dinge bringen mich zum Durchdrehen.“*

*Am 16. September 2021 stellte die „Süd-Tiroler Freiheit“ im Südtiroler Landtag den Antrag, dass die italienische Bezeichnung „**Südtirol**“ amtlich anerkannt werde und damit auch neben der vom Faschismus verordneten Bezeichnung „Alto Adige“ verwendet werden könne. **Der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP) lehnte dies ab und die SVP stimmte daher im Landtag zusammen mit italienischen Abgeordneten dagegen.**

Dies sind zur Illustration des Geschehens nur einige Beispiele aus einer Flut von Begebenheiten

Eine Rom-hörige politische Führung begünstigt den italienischen Kulturkampf gegen Südtirol

Kein Aktionen für die Wiederherstellung der ausgehöhlten Autonomie

Bereits vor zwei Jahren hat der **Jurist Matthias Haller** aus Sterzing in seiner Doktorarbeit „Südtiroler Minderheitenschutzsystem“ aufgezeigt, **dass Südtirol, bedingt durch staatliche Autonomie-Aushöhlungen, bei rund der Hälfte aller Kompetenzbereiche heute nicht mehr das Niveau von 1992 erreiche.** 2022 wurde ihm dafür der „Silvius-Magnago-Preis“ der gleichnamigen Akademie verliehen. („Dolomiten“ vom 15. April 2022)

Man hätte nun annehmen müssen, dass der **SVP-Landeshauptmann Arno Kompatscher** eine **Studienkommission zur Untersuchung dieses Sachverhaltes** einsetzen würde, die den Auftrag hätte, die Gewichtung der Mängel zu beurteilen und Vorschläge für die Wiederherstellung der beschädigten Kompetenzbereiche zu machen. **Nichts dergleichen geschah!**





Stattdessen schwangen **LH Arno Kompatscher (SVP)**, der **österreichische Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP)** und der **italienische Außenminister Luigi di Maio** auf einer offiziellen Jubelveranstaltung unter dem Titel „30 Jahre Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen – Südtirols Autonomie als gemeinsame Verantwortung“ salbungsvolle Reden. **LH Kompatscher** erklärte Südtirol-Autonomie zu einem „**Vorzeigemodell**“ und forderte gleichzeitig in seltsamem Widerspruch dazu, dass man die verloren gegangenen Kompetenzen wieder herstellen müsse.

In Wahrheit hat Arno Kompatscher im Einklang mit den Wünschen Roms dazu beigetragen, Reformbestrebungen für die Autonomie zu Grabe zu tragen. Ein auf Betreiben von Kompatscher 2016 eingesetzter **Autonomiekonvent**, dem Fachleute aller Richtungen angehörten, hatte in zahlreichen Sitzungen Vorschläge für die Wiederherstellung und Sicherung der Autonomie erarbeitet und der Landesregierung übermittelt. Alle diese Vorschläge verschwanden auf Nimmerwiedersehen in der Versenkung.

Kompatscher ist ein Gegner der Forderung nach Doppelstaatsbürgerschaft für die Südtiroler.

Kompatscher unternimmt nichts gegen die andauernde Überflutung des Landes durch Asyltouristen, die nach Erlernen der italienischen Sprache und Erhalt der italienischen Staatsbürgerschaft der italienischen Sprachgruppe zugezählt werden und damit das alte römische Ziel unterstützen, die Südtiroler in ihrem eigenen Land zur Minderheit zu machen.

Doch was kann man von so einem Mann erwarten?



Im Wahlkampf von 2018 warb Kompatscher mit der nichtssagenden Floskel „Gemeinsam dem Morgen entgegen“ um italienische Wählerstimmen.

In der „TAGESZEITUNG Online“ vom 11. Juni 2014 erklärte Kompatscher auf die Frage, ob er für die deutsche Fußballnationalmannschaft sei: **„Ich bin seit jeher Fan der italienischen Nationalmannschaft und drücke ihr ... die Daumen.“**

Der Rom ergebene Arno Kompatscher hat in einer jüdischen Zeitschrift erklärt: **„Mein Geschichtsprofessor im Bozner Realgymnasium, der Historiker Leopold Steurer, ist heute noch mein Mentor und Freund.“** („David-Jüdische Kulturzeitschrift“, Ebenfurth/Österreich, Ausgabe 18, Heft 12803/2021)

Dieser „Mentor und Freund“, der Historiker Leopold Steurer, führt sich ständig als Ankläger gegenüber seinen Landsleuten auf. Überall ortet er Reste „nazistischer“ Gesinnung und prangert diese an.



Der Mentor und Freund Steurer – der „rote Poldi“.

Steurer war als Lehrer unter seinen Schülern bereits als der „**rote Poldi**“ bekannt. Er war ein politischer Freund des linksextremen Alexander Langer, der sich in der noch links von dem „Partito Comunista Italiano“ (PCI) stehenden linksextremen Bewegung „Lotta Continua per il Comunismo“ – „Fortwährender Kampf für den Kommunismus“ – betätigte.

In einem Interview mit dem Südtiroler Wochenmagazin „FF“ vom 25. Jänner 2001 erklärte Steurer seine damalige eigene Gesinnung. Er gab seiner Bewunderung für Rotchina und den Massenmörder Mao Ausdruck : „... **da strahlte schon eine gewisse Faszination aus ... Die Intellektuellen waren die Verräter, nicht aber die Arbeiter und Bauern, und bei uns haben sich die Intellektuellen als Proletarier gefühlt und auch so gekleidet. Deshalb gab es mit China keinen Widerspruch.**“



Das Mao-Regime brachte Millionen Andersdenkende um. „... da strahlte schon eine gewisse Faszination aus.“

In der Folge wurde der „**rote Poldi**“ **grün** und kandidierte auch bei Wahlen erfolglos auf grünen Listenplätzen. An seiner politischen Einstellung dürfte sich nicht viel geändert haben. Die **kommunistische Senatorin Lidia Menapace** von der Partei „Rifondazione Comunista“ („Kommunistische Wiedergründung“) sah sich dazu bewogen, in einer Steuerer-Geburtstags-Festschrift einen Beitrag zu veröffentlichen, in welchem sie die „**tiefe Freundschaft**“ zu „Poldi“ hervorhebt, dem sie alles Gute wünscht und den sie fallweise trifft, um mit ihm an einem „**Kampf**“ teilzunehmen. (Christoph von Hartungen, Hans Heiss,

Günther Pallaver, Carlo Romeo, Martha Verdorfer (Hrsg.): „Demokratie und Erinnerung. Südtirol – Österreich – Italien“, Festschrift für Leopold Steurer zum 60. Geburtstag, Innsbruck-Wien-Bozen 2006, S. S. 236)

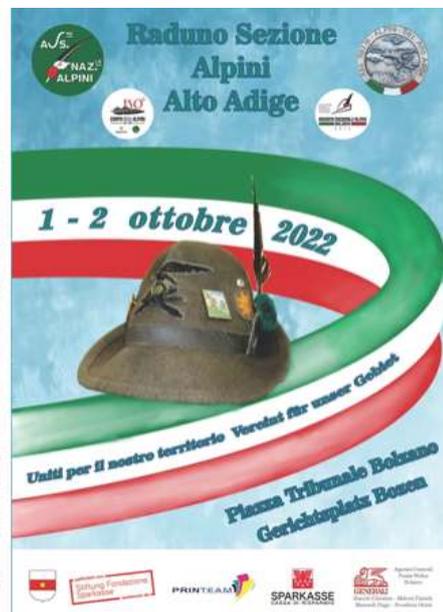


Lidia Menapace von der „Rifondazione Comunista“.

Zu dem „roten Poldi“ passt, dass er den **Südtiroler Schützenmajor und Freiheitskämpfer Georg Klotz** als „**Kriminellen**“ bezeichnete. (Südtiroler Wochenmagazin „FF“ vom 25. Jänner 2001)

Eine Stimme aus dem Volk

Zu Arno Kompatscher passt, dass er 2022 an dem Gedenkmarsch des Südtiroler Schützenbundes zur Erinnerung an den faschistischen „Marsch auf Bozen“ am 1. Oktober 2022 nicht teilnahm, sondern stattdessen lieber eine Alpini-Versammlung in Bozen besuchte.



Landeshauptmann Arno Kompatscher (2. von rechts) im Kreis seiner Alpini-Kameraden.

Dazu sei eine Stimme aus dem Volk wiedergegeben, die wohl für sehr viele Mitbürger sprach. Ein Leserbriefschreiber brachte am 20.10.2022 in den „Dolomiten“ den Zorn sehr vieler Südtiroler zum Ausdruck: **„Es ist immer wieder das gleiche Spiel. Vor 100 Jahren marschierten die Faschisten mit ihren Truppen durch Bozen, besetzten das Rathaus und beendeten die Demokratie. 100 Jahre später marschierten die Alpini am gleichen Wochenende mit Tricolore zum faschistischen Gerichtsplatz und feiern sich und ihre Italianita unter dem Duce-Relief mit Senator Luigi Spagnoli und Landeshauptmann Arno Kompatscher im Tricolore-Meer. Der Historiker Hannes Obermair und der pensionierte Geschichtslehrer Leopold Steurer, deren persönliche Einordnung jedem Südtiroler klar sein dürfte, erkennen hingegen absolut keine Parallelen, sondern unterstellen stattdessen den Schützen, die auf den faschistischen ‚Marsch auf Bozen‘ würdig, historisch korrekt und mahnend erinnert haben, irgendetwas Abstruses. Die Hintergründe sind klar: Irgendwer muss die Bozner Stadtpolitik und den Landeshauptmann decken, die sich lieber in Grün-Weiß-Rot feiern lassen und 100 Jahre nach dem Marsch auf Bozen eine gute Ausrede für ihre fragwürdige ‚Marende‘ bei den Alpini brauchen.“**

Die gezielte Umformung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) unter Kompatscher



Dr. Franz Pahl

Bereits am 24. Mai 2018 hat der ehemalige **SVP-Landtagsabgeordnete und Regionalratspräsident Dr. Franz Pahl** in dem Internet-Portal „SALTO“ in einem Interview über seine Partei und über Kompatscher gesagt: **Es seien „wesentliche Grundsätze der Südtirol-Politik und der Volkstumspolitik längst aufgegeben worden. Diese Entwicklung hat mit dem Amtsantritt von Landeshauptmann Arno Kompatscher begonnen und ist inzwischen unter seiner Führung zum System geworden. ...**

Ich blicke mit größter Sorge auf die Zukunft des Landes, weil wesentliche Grundlagen der Südtirol-Politik nicht mehr existent sind und sogar ins Gegenteil verdreht wurden. Und das ist die Politik von Landeshauptmann Arno Kompatscher. ...

Somit kann ich nur mit großer Sorge auf die Partei und das Land blicken. Denn es geht letztlich um die Existenz der Südtiroler als Deutsche und Ladinier im fremden Staat Italien.“

Das alles ist eine Tragödie! Leider zeichnet sich kurzfristig keine wesentliche Änderung ab. Es ist zu hoffen, dass endlich positive Gegenkräfte auf breiter Ebene in dieser Partei tätig werden.

Eingang: 22.11.2022

34) Was steht Südtirol unter einer Regierung Meloni bevor?



Bild: via wikipedia.org, Hermann Tertsch y Victor Gonzalez, [CC0](#), [Link](#), Bearbeitung: SID-Redaktion

Am 25. September 2022 ging eine von der italienischen Politikerin Giorgia Meloni und ihrer Partei „Fratelli d’Italia“ angeführte nationalistische Parteien-Allianz („Fratelli d’Italia“, „Lega“, Forza Italia“ und „Noi Moderati“) mit 43,9 % der Stimmen für die Abgeordnetenversammlung (112 Sitze von 200 Sitzen) und 44 % der Stimmen für den Senat (235 Sitze von 400 Sitzen) als Sieger aus den Parlamentswahlen hervor.

Das Bündnis konnte diesen Erfolg einfahren, weil es berechnete Forderungen der Bürger wie Eindämmung der Zuwanderung aus dem orientalischen und afrikanischen Raum vertreten und Italiens christliche Wurzeln gepriesen hatte.

Giorgia Meloni wird also demnächst als Premierministerin Italiens eine mit Gesinnungsgenossen bestückte Regierung bilden.

Für Südtirol bedeutet dieser Wahlsieg jedoch kaum Gutes – und dies liegt in der Persönlichkeit der Frau Meloni begründet.

Der Werdegang der Frau Giorgia Meloni

Sie wuchs als Tochter einer Sizilianerin und eines Sarden in Rom auf und trat im Alter von 15 Jahren der „Fronte della Gioventù“ („Jugendfront“) bei, der Jugendorganisation des neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI). Später betätigte sie sich in der „Alleanza Nazionale“ (AN), einer Nachfolgepartei des neofaschistischen MSI. 2006 wurde sie auf der Liste dieser Partei in die Abgeordnetenversammlung in Rom gewählt.



Im MSI war es üblich, mit dem von Benito Mussolini erfundenen „saluto romano“ zu grüßen. Der Chef der „Alleanza Nazionale“ (AN), Gianfranco Fini, warb sogar auf Wahlplakaten trotz gesetzlichen Verbotes mit dem faschistischen Gruß. Giorgia Meloni grüßte vorsichtshalber mit der linken Hand.

Im Dezember 2012 gründete Meloni zusammen mit dem ebenfalls aus der neofaschistischen Bewegung MSI kommenden [Ignazio La Russa](#) die Partei „**Fratelli d'Italia**“ („Brüder Italiens“). Im März 2014 wurde sie zur Vorsitzenden gewählt. Ihr Partner La Russa sollte 2020 dann übrigens vorschlagen, den faschistischen Gruß „saluto romano“ wieder öffentlich zu erlauben. („Dolomiten“ vom 30. September 2022)

Politische Positionierungen der Frau Meloni

Nach der Wahl tauchte im Internet ein Video über ein Interview auf, welches Meloni einem französischen Fernsehsender gegeben hatte. In diesem Video konnte man Folgendes von ihr hören:

„Ich denke, dass Mussolini ein guter Politiker war. Alles, was er gemacht hat, hat er für Italien gemacht. Es gab keine anderen Politiker wie ihn in den letzten 50 Jahren.“



Autonomie – „im Gesamtspektrum der nationalen Einheit“

Am 21. September 2022 veröffentlichten „Dolomiten“ eine Stellungnahme, die Giorgia Meloni der Tageszeitung hatte zukommen lassen. In Bezug auf die Autonomie gab sie unverbindliche Sprechblasen von sich wie: **„Starke Autonomie in einem starken Staat“**.

„Starke Autonomie in einem starken Staat“

WAHLEN: Giorgia Meloni, Spitzenkandidatin von „Fratelli d'Italia“, legt in einem Schreiben an die „Dolomiten“ ihre Ziele und Einstellungen auch zu Südtirol dar

„Die Autonomie hat den Vorteil, ein ganzes Gebiet aufzuwerten und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung zu bewirken, doch sie muss ins Gesamtspektrum der nationalen Einheit eingegliedert sein.“

Giorgia Meloni

Aus „Dolomiten“ vom 21. September 2022.

Die Autonomie dürfe nicht nur für muttersprachliche Gruppen gelten, sondern **„sie hat den Vorteil, ein ganzes Gebiet aufzuwerten.“**

Die Autonomie müsse **„im Gesamtspektrum der nationalen Einheit“** stehen. Sie brauche übrigens **„innerhalb eines staatlichen Gefüges nicht geschützt zu werden, weil niemand sie angreift.“**

Es gebe allerdings „**Bereiche von strategischem nationalen Interesse ... bei denen es angebracht ist, der Zentralregierung die Führung zu überlassen und die Regionen mit anderen Aufgaben zu betreuen.**“

Politische Beobachter befürchten, dass sich hinter dem ganzen Geschwafel die Absicht verbirgt, die derzeitige Autonomie mit ihren Schutzbestimmungen für die Volksgruppen in eine „Territorial-Autonomie“ für die „Region Trentino-Alto Adige“ umzuwandeln, in welcher die Südtiroler wieder wie einst einer italienischen Mehrheit ausgeliefert wären.

Unbotmäßige Südtiroler über den Brenner nach Österreich schicken

Wie die Landtagspartei „Süd-Tiroler Freiheit“ in einer Presseaussendung mitteilte, werde nun eine Frau Ministerpräsidentin, „**die jene Südtiroler, die sich nicht zu Italien bekennen wollen, über den Brenner schicken will.**“ (Meldung in „Unser Tirol.com“ vom 26. September 2022)

Eine Strafanzeige gegen Meloni

POLITIK | SÜDTIROL

von hz 22.08.2022 12:00 Uhr

„Süd-Tiroler Freiheit“ zeigt Giorgia Meloni an

Am Montagvormittag hat die „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) in Bozen zu einer Pressekonferenz eingeladen. Sie wird gemeinsam mit der FPÖ-Landtagskandidatin Gudrun Kofler eine Anzeige gegen die Vorsitzende von Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, bei der Bozner Staatsanwaltschaft hinterlegen.



Am 22. August 2022 berichtete das Internetportal „Unser Tirol.com“ mit, dass die Landtagspartei „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) und die aus Südtirol stammende FPÖ-Landtagskandidatin Gudrun Kofler (die in der Folge in den Nordtiroler Landtag gewählt wurde) gemeinsam **„eine Anzeige gegen die Vorsitzende von Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, bei der Bozner Staatsanwaltschaft hinterlegen.“**

Die Videos von Giorgia Meloni, in denen diese den faschistischen Diktator Benito Mussolini als guten Politiker bezeichnet und die Südtiroler über den Brenner verjagen möchte, wenn sie sich nicht als Italiener fühlen wollen, sind eine ‚ungeheuerliche Entgleisung‘ und dies ist der Beweggrund für die Anzeige gegen Meloni, teilen die STF und Kofler mit.“

Ein „Offener Brief“: Warnung vor einer „Wölfin im Schafspelz“



POLITIK | SÜDTIROL

von hz 16.09.2022-14:02-Uhr

Warnung vor Giorgia Meloni

Mit einem offenen Brief wenden sich politische Persönlichkeiten aus Südtirol und Österreich an die Vertreter der österreichischen Bundesregierung, an die Bundespräsidenten-Kandidaten sowie an die österreichischen Medien. Sie warnen vor dem viel zu leichtfertigen Umgang mit Giorgia Meloni, die nach den italienischen Parlamentswahlen am 25. September neue italienische Ministerpräsidentin werden könnte.



Bericht in dem Internetportal „[Unser Tirol.com](https://www.unser-tirol.com)“

Am 16. September 2022 sandten die **ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz** (Tochter des Freiheitskämpfers Georg Klotz), **ihre Nichte und FPÖ-Landtagskandidatin Gudrun Kofler**, die **Landtagsabgeordneten Sven Knoll und Miriam Atz-Tammerle**, der **Obmann des Südtiroler Heimatbunds (SHB) Roland Lang** und der ehemalige **FPÖ-Südtirol-Sprecher Werner Neubauer** einen „Offenen Brief“ an wichtige politische Persönlichkeiten aus.



Von links nach rechts: Dr. Eva Klotz, Gudrun Kofler, Roland Lang



Von links nach rechts: Miriam Atz-Tammerle, Sven Knoll und Werner Neubauer (Mitglied einer Südtiroler Schützenkompanie).

Nachstehend die wesentliche Passagen des „offenen Briefes“:



Landtagsabgeordneter

Sven Knoll.

Süd-Tiroler Landtag.
39100 Bozen – Tirol.

Offener Brief:

Warnung vor Giorgia Meloni:

Faschistische Wölfin im Schafspelz.

Mit einem offenem Brief wenden sich politische Persönlichkeiten aus Süd-Tirol und Österreich an die Vertreter der österreichischen Bundesregierung, an die Bundespräsidenten-Kandidaten sowie an die österreichischen Medien, um vor dem viel zu leichtfertigen Umgang mit Giorgia Meloni zu warnen, die nach den italienischen Parlamentswahlen am 25. September neue italienische Ministerpräsidentin werden könnte.

„Ich denke, dass Mussolini ein guter Politiker war. Alles, was er gemacht hat, hat er für Italien gemacht. Es gab keine anderen Politiker wie ihn in den letzten 50 Jahren.“ Diese Aussage von Giorgia Meloni sagt eigentlich schon alles über ihre politische Gesinnung aus und läßt gerade in Süd-Tirol große Besorgnis aufkommen, denn auch in Bezug auf die Minderheitenrechte der Süd-Tiroler hat Giorgia Meloni unmissverständliche Worte gefunden: „Wenn sich die Süd-Tiroler nicht als Italiener fühlen wollen, sollen sie nach Österreich auswandern, wenn ihnen die italienische Trikolore nicht passt, dann brauchen sie auch nicht die Milliarden an Euro, mit denen der italienische Staat die Autonomie finanziert“.

Melonis Parteigenossen machen jetzt schon deutlich, welche Politik Süd-Tirol erwartet, wenn diese Frau erst einmal an der Macht ist. So wurde unter anderem ein Berufsverbot für rein deutschsprachige Ärzte gefordert sowie eine verpflichtende Verwendung der faschistischen Ortsnamen für Süd-Tiroler Firmen. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bozen hat Meloni auch selbst noch mal klar zur Sprache gebracht, wohin die Reise mit ihr gehen soll. Demnach sei die ethnische Autonomie zum Schutze der deutsch- und ladinischsprachigen Süd-Tiroler nicht akzeptabel und müsse durch eine „Autonomie für alle“, also eine Territorialautonomie ersetzt werden. Damit würde das Prinzip des Minderheitenschutzes einfach ausgehebelt und zudem die von den Faschisten verhasste Schutzfunktion Österreichs für Süd-Tirol abgeschafft. Ziel dieser Politik ist es, Süd-Tirol zu einer rein inneritalienischen Angelegenheit zu machen.

Wenn in Italien nun eine bekennende Mussolini-Verehrerin und Süd-Tirol-Hasserin an die Macht kommen sollte, dann würde sich dies wohl auch auf Österreichs Süd-Tirol-Politik auswirken und darf daher nicht einfach ignoriert oder gar schöngeschrieben werden!

Auch an die Verantwortung der EU-Institutionen zum Minderheitenschutz muss appelliert werden, denn während Österreich wegen wesentlich weniger politischer Ereignisse mit Sanktionen belegt wurde, besteht zu Giorgia Meloni aus Brüssel bisher nur Schweigen.

L.-Abg. a.D. **Eva Klotz.**

FPÖ-Tirol Landtagskandidatin **Gudrun Kofler.**

L.-Abg. **Myriam Atz-Tammerle.**

Obmann des Süd-Tiroler Heimatbundes **Roland Lang.**

L.-Abg. **Sven Knoll.**

Süd-Tirol-Sprecher der FPÖ a.D. **Werner Neubauer.**

Eine seltsame und eigenmächtige Gratulation

Während die Aussicht darauf, es in Bälde es mit einer Frau Meloni als Ministerpräsidentin zu tun zu haben, in Südtirol auf keine Begeisterung stieß und ganz im Gegenteil Befürchtungen und Ängste für die Zukunft geäußert und auch in den Medien publiziert wurden, kam aus Brüssel eine seltsame Botschaft.

Der **FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky**, von dem man sonst die ganzen Jahre lang nur wenig hörte, sah sich plötzlich veranlasst, per „Originaltext Service“ nachstehende Gratulation der Frau Meloni und der Öffentlichkeit zu übergeben:

OTS

OTS0064, 26. Sep. 2022, 10:18

FPÖ – Vilimsky gratuliert Mitte-Rechts-Bündnis zum großartigen Wahlsieg in Italien

Klare Absage an Brüsseler Zentralismus und starkes Zeichen für Europa der Vaterländer

Wien (OTS) - Bei den gestrigen Parlamentswahlen in Italien konnte das Mitte-Rechts-Bündnis um Giorgia Meloni, Matteo Salvini und Silvio Berlusconi einen klaren Wahlsieg einfahren. Der freiheitliche Delegationsleiter im EU-Parlament, Harald Vilimsky, zeigte sich darüber sehr erfreut und richtete herzliche Glückwünsche aus. „Der gestrige Tag war nicht nur ein guter Tag für Italien, sondern auch für Europa. Die Italiener haben dem EU-Establishment rund um Kommissionspräsidentin von der Leyen, das über die Köpfe der Bürger hinweg die Zentralisierung der Union in Richtung ‚Vereinigte Staaten von Europa‘ vorantreibt, eine klare Absage erteilt und ein starkes Zeichen für ein Europa der Völker und Vaterländer gesetzt“, so Vilimsky. Wie wichtig dies sei, habe bereits die Drohung der Kommissionspräsidentin mit „Instrumenten“, falls die neue italienische Regierung keine Politik nach ihrem und dem Belieben der Brüsseler Eurozentrismen mache, noch vor dem Wahltag gezeigt: „Wer im jeweiligen souveränen Mitgliedsstaat Verantwortung trägt, bestimmen die Bürger frei nach ihrem politischen Willen und nicht die abgehobenen von der Leyens und Co.“

Der Sieg der patriotischen Allianz stelle auch sicher, dass die neue italienische Regierung entschieden gegen die illegale Masseneinwanderung nach Europa vorgehe und stelle so auch für die FPÖ einen wichtigen Partner dar. „Umso mehr von patriotischen Kräften geführte Regierungen es gibt, desto eher können die gravierenden Probleme unserer Zeit, von der Massenmigration über den Erhalt unserer Souveränität und Identität bis hin zur Sicherung des Wohlstands, angegangen werden. Linke und EU-hörige Regierungen sind von vorgestern, immer mehr Menschen sehen in heimat- und identitätsbewussten politischen Kräften die Zukunft – auch in Österreich!“, erklärte der freiheitliche Delegationsleiter Harald Vilimsky.

Rückfragen & Kontakt:

Freiheitlicher Parlamentsklub

01/ 40 110 - 7012

presse-parlamentsklub@fpoe.at

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>

<http://www.fpoe.at>

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS | FPK0001

Wie aus Wien verlautet, war diese Erklärung mit der Parteispitze in Wien nicht abgestimmt, sondern wurde eigenmächtig abgegeben.

Vor allem die Erklärung Vilimsky's, dass die italienische „*patriotische Allianz*“ einen „*wichtigen Partner*“ darstelle, stößt in der FPÖ auf Widerspruch, denn der **FPÖ-Bundesparteitag von 2009** hatte eindeutig und klar Folgendes beschlossen:

„Der Bundesparteitag stellt fest, dass eine Zusammenarbeit jedwelcher Art der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und ihrer Mandatäre im internationalen und damit auch im europäischen Rahmen nur mit demokratischen Parteien, Vereinigungen und Personen geben kann, welche das bestehende Autonomiestatut der Südtiroler unangetastet respektieren und die sich zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bekennen und in diesem Rahmen auch das Recht der Südtiroler anerkennen, jederzeit frei über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden zu dürfen.“

Und in Punkt 9 des 2011 beschlossenen **FPÖ-Parteiprogrammes** heißt es ganz klar:

„Österreich ist Anwalt der deutschen und ladinischen Südtiroler und vertritt die Interessen für alle Altösterreicher deutscher Muttersprache aus dem Bereich der ehemaligen k.u.k. Monarchie. Wir streben die Einheit Tirols an und bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Südtirols und zur Unterstützung der Heimatvertriebenen-Verbände.“

Widerspruch aus Südtirol gegen „Einzelmeinungen“

In Südtirol wurde rasch erkannt, dass die Äußerungen Vilimsky's nicht die offizielle Position der FPÖ bezeichnen. Die FPÖ war seit Jahrzehnten immer als Wächter über die Interessen Südtirols tätig gewesen und vor allem der **FPÖ-Nationalratsabgeordnete und Südtirol-Sprecher Werner Neubauer** hatte immer wieder die Bundesregierung in Wien in die Schutzmacht-Pflicht genommen, wenn Südtiroler Rechte durch Rom verletzt wurden.

Der **Landtagsabgeordnete Sven Knoll (STF)** erklärte am 30. September in der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“, dass solche „*Jubelgesänge*“ wie jener des EU-Abg. Vilimsky deplatziert seien. Es handle sich aber um Einzelmeinungen. Er erlebe das auch bei Vertretern anderer Parteien, „*dass sie nichts über die Alltagspolitik in Südtirol wissen.*“

Eingang: 04.10.2022

Schweiz (Seiten E 154 – E 155)

35) Schweiz plant Fahrverbote für E-Autos wegen Energiekrise

04. 12. 2022



Die Horrorszenarien aus dem Drehbuch des Great Reset bezüglich der Einschränkungen der Massendemobilität scheinen langsam Gestalt anzunehmen...

Bei drohendem Blackout

Um Stromausfälle, die zu einem Blackout führen, zu verhindern, hat die Schweiz nun einen vierstufigen Aktionsplan entwickelt. Demnach könnte dann in diesem Winter die Nutzung von Elektrofahrzeugen verboten werden.

In der dritten Schutzphase könnten E-Autos verboten werden, wenn sie nicht unbedingt benötigt werden, heißt es im Energiesparplan. Für Elektroautos könnten auf Autobahnen Geschwindigkeitsbeschränkungen eingeführt werden:

„Die private Nutzung von Elektroautos ist nur für zwingend notwendige Fahrten gestattet (z. B. Berufsausübung, Einkäufe, Arztbesuche, Besuch von religiösen Veranstaltungen, Wahrnehmung von Gerichtsterminen).“ – wie [„Der Spiegel“](#) berichtet.

Handel auf dem Strommarkt unter Druck

Frankreich und Deutschland, welche die Schweiz mit Strom versorgen, haben nämlich in diesem Jahr nur begrenzte Exportmöglichkeiten. Obwohl die Schweiz zwar seit Jahrzehnten Nettoexporteur ist, muss es aber aufgrund der langwierigen Wartung französischer Kernkraftwerke Strom importieren.

Deutschland steht vor einer ähnlichen Situation. Deshalb wurde die Winterstromversorgung der Schweiz sehr unsicher. Deshalb könnten es Probleme geben – wie die „Eidgenössische Elektrizitätskommission“ (Elcom) bereits im Juni mitteilte.

Seite E 155 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Der Rückgang der französischen Energieproduktion und der Rückgang der französischen Stromexporte in die Schweiz könnten das Land also in eine schwierige Lage bringen – fügte die Kommission hinzu. Aus diesem Grund muss die Schweiz ihren 4-Gigawattstunden-Stromimportbedarf aus den Nachbarländern Deutschland, Österreich und Italien decken.

Die Stromexporte dieser Länder hängen jedoch auch stark von der Menge an verfügbarem Erdgas ab, sagte Elcom. ([vadhajtasok](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten E 156 – E 157)

01) Tschechien: Neun Kandidaten für die Nachfolge von Miloš Zeman

14. 12. 2022



Tschechien – Ursprünglich waren es 21 Kandidaten, die sich bewerben wollten. Nach Prüfung ihrer Unterlagen durch das Innenministerium (mindestens 20 Abgeordnete, 10 Senatoren oder 50.000 Bürger müssen die Kandidatur unterstützen) werden es neun Kandidaten sein, die bei den tschechischen Präsidentschaftswahlen am 13. und 14. Januar 2023 die Nachfolge von Miloš Zeman antreten werden.

Es handelt sich um Andrej Babiš, Jaroslav Bašta, Pavel Fischer, Marek Hilšer, Danuše Nerudová, Petr Pavel, Denisa Rohanová, Josef Středula und Tomáš Zima.

Der ehemalige Finanzminister (2014–2017) und spätere Premierminister (2017–2021) Andrej Babiš (68) ist ein Geschäftsmann slowakischer Abstammung und Gründer (2011) der populistischen Bewegung ANO (Aktion unzufriedener Bürger), deren Vorsitzender er noch immer ist. Er vereint Liberalismus und Konservatismus und steht dem ungarischen Regierungschef Viktor Orbán recht nahe. Jüngsten Umfragen zufolge liegt er bei 26 bis 30 % der Wählerstimmen.

Jaroslav Bašta (74) war von 1998 bis 2000 Minister ohne Geschäftsbereich unter dem damaligen Premierminister Miloš Zeman und anschließend Botschafter in Russland (2005–2007) und in der Ukraine (2007–2010). Seit den letzten Wahlen 2021 ist er Abgeordneter und vertritt die nationalistische Partei Freiheit und direkte Demokratie (SPD) von Tomio Okamura. Er wird außerdem von der Trikolóra-Bewegung unterstützt. Meinungsumfragen zufolge erhält er zwischen 2 % und 4 % der Stimmen.

Der unabhängige Senator Pavel Fischer (57) ist ebenfalls ein ehemaliger Diplomat. Von 2003 bis 2010 war er Botschafter in Frankreich. Derzeit ist er Vorsitzender des Ausschusses

Seite E 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Sicherheit des tschechischen Senats. Er war bereits Kandidat bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2018, bei denen er 10,23 % der Stimmen erhielt. Heute liegen die Prognosen für ihn zwischen 5 % und 7 %.

Der unabhängige Senator Marek Hilšer (46) ist Arzt, Professor und Forscher an der Ersten Medizinischen Fakultät der Karls-Universität in Prag. Er war 2011 und 2012 an humanitären Aktionen in Kenia beteiligt. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2018 kandidierte er ebenfalls bereits und erhielt 8,8 % der Stimmen. Aktuell werden ihm in Umfragen 3 % bis 5 % der Stimmen zugeschrieben.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Universitätsprofessorin Danuše Nerudová (43) war Rektorin der Mendel-Universität in Brunn (2018–2022), wo sie seit 2007 das Institut für Buchhaltung und Steuerwesen leitet. Jüngsten Umfragen zufolge erhält sie zwischen 23 % und 28 % der Stimmen, was sie zu einer der drei wichtigsten Kandidaten bei dieser Wahl macht.

Der ehemalige General Petr Pavel (61) war Generalstabschef der tschechischen Armee (2012–2015) und anschließend Vorsitzender des Militärausschusses der NATO (2015–2018). Im Jahr 2020 hatte er eine Initiative ins Leben gerufen, um Geld für Freiwillige zu sammeln, die in Krankenhäusern an der Bekämpfung von Covid teilnehmen. Jüngsten Umfragen zufolge liegt er bei 23% bis 27% der Wahlabsichten.

Denisa Rohanová (47) ist Vorsitzende einer Organisation, die überschuldeten Menschen hilft. Sie war nacheinander Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) und der ehemaligen Partei Morgenröte der direkten Demokratie von Tomio Okamura. Die Prognosen sehen sie bei etwa 1 % der Stimmen.

Der Physiker Tomáš Zima (56) schließlich ist ehemaliger Rektor der Karls-Universität in Prag, wo er unter anderem in den Bereichen Biochemie und medizinische Chemie lehrt. In Umfragen werden ihm ebenfalls rund 1 % der Stimmen zugeschrieben.

Wenn es keine Überraschungen gibt, dürfte die Wahl also zwischen dem ehemaligen Premierminister Andrej Babiš, der Wirtschaftswissenschaftlerin Danuše Nerudová und dem General Petr Pavel entschieden werden. Nach dem tschechischen Wahlgesetz würde, ähnlich wie in Frankreich, am 27. und 28. Januar 2023 eine Stichwahl zwischen den beiden im ersten Wahlgang führenden Kandidaten stattfinden, falls keiner der Kandidaten am 13. und 14. Januar 2023 die absolute Mehrheit erlangt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten E 158 – E 166)

02) EXKLUSIV: Schonungsloser EU-Energiepreis-Vergleich: USA ist Profiteur
– Ungarn am billigsten – Berlin und Wien Spitzenreiter

09. 12. 2022



Ungarn: Durch Übergewinn-Steuer am billigsten

Ungarische Privathaushalte zahlen für Gas (bezogen auf eine Verbrauchsgrenze von insgesamt 1729 Kubikmeter, einen auf das 2002-Niveau eingefrorenen) Preis von 102 HUF (0,255 EUR) pro Kubikmeter. Wer über der Grenze liegt, zahlt 747 HUF (1,87 EUR) pro Kubikmeter. Kinderstarke Familien erhalten ein Zusatzkontingent von 600 Kubikmeter pro Jahr für drei Kinder.

Die Stromgebühr beträgt 36 HUF (0,09 EUR) pro Kilowattstunde und zwar jährlich für eine Obergrenze von 2523 Kilowattstunden, über dieser Grenze kostet Strom rund 70 HUF (1,75 EUR).

All diese Subventionen werden durch eine sogenannte Krisen-Übergewinnsteuer abgedeckt. Ungarn war damit das erste Land.

A lakossági fogyasztók villamosenergia-átlagárai euróban, 2022. október (eurócent/kWh)



Visegrad-4-Staaten

Bereits ab Anfang Herbst 2022 übernahmen die V4 das ungarische Übergewinn-Abschöpfungs-Modell:

Tschechien führte für Private, öffentliche Einrichtungen und Kleinunternehmer eine Strompreisobergrenze von 50 Forint (0,124 EUR) pro Kilowattstunde und eine Gaspreisobergrenze von 1010 Forint (2,525 EUR) pro Kubikmeter ein.

In **Polen** gilt für Private ein Stromtarif von 61 HUF (0,1525.-EU). Da ein Drittel der Haushalte mit Kohle heizt, können 1,5 Tonnen Kohle für die Hälfte des Marktpreises erworben werden, was 175.000 Forint (437.-EUR) entspricht.

Auch die **Slowakei** wird im nächsten Jahr Preisobergrenzen für Private einführen: Der Strompreis soll auf dem Niveau von 2022 gedeckelt werden, und der Preis für Gas und Fernwärme soll um maximal 15 Prozent steigen.

Ungarn am günstigsten

Innerhalb der V4-Staaten hat Ungarn eindeutig die billigsten Energiepreise für Industrie und Haushalte: Ein Budapester Haushalt, der 20 Prozent über dem Durchschnitt verbraucht, erhielt im Oktober Strom für 10,57 Cent pro Kilowattstunde, in Warschau für 18,48, in Bratislava für 19,03 Cent und in Prag für 50,87 Cent. Der durchschnittliche Gaspreis pro Kubikmeter für Private: in Budapest, bei 20 Prozent über dem Durchschnitts-Verbrauch: 51,2 Cent, in Bratislava 52,8 Cent und in Warschau 54,5 Cent. Prag ist weit entfernt davon: Ein Kubikmeter Gas kostet 2 Euro. Die Preissteigerungsrate beträgt 77 Prozent in Budapest, 11 Prozent in Bratislava, 38 Prozent in Warschau und 264 Prozent in Prag.

Baltikum

Die schlimmste Energiepreiskrise betrifft das Baltikum. Der Grund: Die drastische Loslösung von russischer Energie erzeugte bereits 2021 eine starke Inflation, obwohl Mitglied der Eurozone.

Trotzdem wurden die Preise des freien Marktes kaum geregelt: In **Estland** gab es von Januar bis März 2022 eine Preisobergrenze von 266 HUF (0,665 EUR) für Gas und 49 HUF (0,1225.-EUR) für Strom. In **Lettland** kompensierte der Staat die Hälfte des Anstiegs der Energiepreise für Privathaushalte, im Falle von Strom jedoch einen Höchstbetrag von 41 HUF (0,1925 EUR) pro Kilowattstunde.

Besonders ernst ist die Lage in **Tallinn**: Ein Kubikmeter Gas kostete im Oktober 2,87 Euro – eine Verteuerung innerhalb von zwei Jahren um 397 Prozent, in **Riga** liegt der Preis bei 1,18 Euro und 283 Prozent Verteuerung, und in **Vilnius** kostet ein Kubikmeter 95 Cent, was 78 Prozent teurer ist als 2020. Strom kostet in Tallinn 46,5 Cent pro Kilowattstunde, ein Plus von 230 Prozent, in Riga 32,83 Cent – ein Preisanstieg von 92 Prozent.

Deutschland

In Deutschland und Österreich, die weitgehend mit den V4-Volkswirtschaften verschmolzen sind, sind die Gas- und Strompreise nicht gedeckelt, sondern nur gebremst – ab Anfang nächsten Jahres nur noch Strom, Gas aber schon ab Dezember dieses Jahres.

Deutschland „bremst“ den Gaspreis von Haushalten, kleinen und mittleren Unternehmen auf einem Niveau, das 492 Forint (1,23.-EUR) entspricht, und bei Fernwärme bei umgerechnet 389 Forint (0,9725 EUR) – allerdings nur bis zu 80 Prozent des erwarteten Jahresverbrauchs bezogen auf September 2022, danach gilt der freie Marktpreis.

Für den Rest der Industrie gilt nicht die Gesamtsumme, sondern nur der Nettopreis, der die Bremse auf einem Niveau von 287 Forint (0,71t5 EUR) auf 70 Prozent des Verbrauchs festlegt.

Haushalte und Klein-Unternehmen erhalten Stroms für 164 HUF (0,41 EUR) pro Kilowattstunde entspricht, die Industrie für 53 HUF (0,1325 EUR), über eine Bezugskapazität wird ähnlich wie Gas frei bepreist.

Die österreichische Strompreisbremse ist einfacher: Haushalte erhalten Strom für umgerechnet 41 Forint pro Kilowattstunde (0,1025 EUR) bis zu 2900 Kilowattstunden pro Jahr, d.h. bis zu 80 Prozent des Durchschnittsverbrauchs, aber nur, wenn der Marktstrompreis unter 164 HUF (0,41 EUR) pro Kilowattstunde liegt – der Staat gewährt keinen Festpreis, sondern eine Subvention von 123 HUF (0,3075 EUR) pro Kilowattstunde für Haushalte, die höhere vertraglich vereinbarte Strompreise zahlen. Darüber hinaus erhalten Haushalte mit mehr als drei Personen eine Stromzulage, und Haushalte mit niedrigem Einkommen erhalten drei Viertel der Systemnutzungsgebühr.

Egy kétkeresős háztartás villamosenergia- és földgázfogyasztásának költségei a jövedelmük arányában, 2022. október



Energieausgaben eines Zweiverdiener-Haushalt mit **Strom- und Erdgasverbrauch in Prozent** (2200 kWh Strom und 1162 Kubikmeter Gas / Bécs = Wien)

Berlin Wien: Extrem teuer

Seit Oktober gilt. In **Berlin** kostet Strom 63,03 Cent (97 Prozent mehr als 2020), und 2,15 Euro für Gas (ein Preisanstieg von 259 Prozent). In Wien kostet Strom nach einem Plus von 162 Prozent 54,37 Cent, Gas kostet horrend 3,39 Euro pro Kubikmeter (eine Steigerung von 374 Prozent), obwohl es bereits 2020 71,4 Cent kostete.

Die Industrie erhielt Strom und Gas im ersten Halbjahr 2022 in etwa auf dem Visegrad-Preisniveau. Der deutsche Strompreis beträgt 15,1 Cent pro Kilowattstunde und der Gaspreis 44,5 Cent pro Kubikmeter (ein Plus von 66 Prozent bzw. 87 Prozent gegenüber 2021)

In **Österreich** liegt der Strompreis bei 14,4 Cent und der für Gas bei 58,4 Cent, was einem Anstieg von 64 Prozent bzw. 133 Prozent entspricht.

Südeuropa

Nur **Italien** war von russischem Gas abhängig. Italien und Spanien erzeugen einen Großteil des Stroms aus Gas, und in Frankreich litt die Kernkraftwerke unter technischen Ausfällen.

Spanien und **Portugal** erhielten von Brüssel für Strom- und Gaspreise eine Ausnahmegenehmigung. Die Preiserhöhung für kleine und mittlere Unternehmen sollte 15 Prozent pro Quartal nicht überschreiten.

Frankreichs Inflation betrug zwar nur niedere 6,2 Prozent im November, wobei aufgrund eines bereits stark defizitären Haushalts von 6,3 Prozent der gesamte Energiepreis-Anstieg zu verschulden ist. Für private Haushalte wurde eine Preisdeckelung (auf dem Oktober-Niveau des letzten Jahres) festgesetzt, und die Strompreise durften nur um 4 Prozent steigen.

Im nächsten Jahr wird in beiden Ländern eine maximale Erhöhung von 15 Prozent erlaubt sein, außerdem werden Energieschecks in Höhe von 100 bis 200 Euro an 12 Millionen einkommensschwache Haushalte vergeben.

Aufgrund des Regierungswechsels in Italien und eines prekären Staatshaushalts gibt es noch kein umfassendes Energiepaket. Deshalb ist der Preis für Wohnenergie skandalös hoch ist: Ein Römer zahlte im Oktober 70,2 Cent für eine Kilowattstunde Strom, ein Madrider 29,7 Cent und ein Pariser 27,1 Cent – in Rom war das ein Anstieg von 241 Prozent gegenüber 2020, in Madrid um 47,8 Prozent und in Paris um 29,4 Prozent.

Gas kostete in Rom 3,02 Euro pro Kubikmeter (ein Plus von 281 Prozent), in Madrid kostete es 1,73 Euro (148 Prozent mehr als vor zwei Jahren), und in Paris kostete es 1,45 Euro (ein Plus von 124 Prozent).



Haushalts-Gaspreise in Europa (Oktober 2022, Eurocent pro kwh / Becs = Wien)

Gesamt-Europa besonders hart getroffen

Alle Länder Europas, welche an den obligatorischen niederländischen TTF-Gastarif gebunden sind, wurden durch die antirussische Sanktionspolitik hart getroffen. Für die gesamte EU-Industrie verteuerte sich Gas um durchschnittlich 147 Prozent (gegenüber dem Vorjahr mit 58,8 Cent pro Kubikmeter) und für Strom auf 16 Cent pro Kilowattstunde. Wobei diese Zahlen für die Industrie noch aus dem ersten Halbjahr stammen, mittlerweile hat sich die Situation leider deutlich verschlechtert.

Die moderatsten Energiepreise (sowohl für Gas und Strom) für Privathaushalte gibt es eindeutig in Ungarn. Das teuerste Gas gibt in Kopenhagen mit 4,05 Euro pro Kubikmeter (eine Steigerung von 347 Prozent gegenüber 2020), und Strom ist dort auch am teuersten (75,8 Cent pro Kilowattstunde, innerhalb von zwei Jahren eine Steigerung um 143 Prozent).

Größter Profiteur: USA

Im Vergleich zum Rest der Welt hat es Europa besonders schlimm getroffen. In den USA zahlten gasbetriebene Haushalte im September zwar für einen Kubikmeter Erdgas 86,9 US-Dollar – gemessen an Europa zwar ein Höchstwert, aber landesbezogen nur ein leichter Anstieg von 22,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Interessant aber: Die Industrie erhielt Erdgas für 43,2 Cent pro Kubikmeter, weit unter dem europäischen Durchschnitt (obwohl auch hier ein Anstieg um 55 Prozent). Amerikas Energieprotektionismus ist besonders eklatant: Die Strompreise der Privathaushalte sind im Vergleich zu 2021 um 16 Prozent, die der Industrie um nur 17 Prozent auf 11,8 Cent gestiegen. Kein Wunder: Kaufen doch die EU-Staaten teures und ökologisch besonders schädliches Flüssiggas aus den USA und dem arabischen Raum auf. Dank dieser Unterwürfigkeit der Europäer haben die USA ihren bisherigen Wettbewerbsnachteil gegenüber Europa aufgrund teurer Gasfördertechnik vollständig überwunden. Strom und Gas sind auffallend billiger als in jedem anderen europäischen Land.

Und auch in Russland liegen die Gaspreise sowohl für Industrie und Private mit 8,5 Prozent-Steigerung weit unter der Inflation. Auf dieser Basis wird beispielsweise das Saratow-Wolga-Erdgas für Private mit 6,52 Rubel bemessen, was 41 Forint entspricht, in wohlhabenderen Großstädten wie St. Petersburg kann der Preis aber bis zu 7,55 Rubel erreichen, was 47 Forint entspricht, fast die Hälfte des reduzierten Preises in Ungarn.

Dieser Artikel wurde in gekürzter Form übernommen von [MANDINER](#), unserem Medienkooperationspartner

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Aus für Kraftstoff-Preis-Obergrenze in Ungarn

08. 12. 2022



Am 6. Dezember verkündeten Gergely Gulyás, Minister im Ministerpräsidentenamt, und Zsolt Hernádi, CEO des ungarischen Mineralölkonzerns MOL:

Die ursprünglich bis Ende Dezember vorgesehene Kraftstoff-Preisdeckelung wird vorzeitig beendet. Bisher konnten ungarische Privat-PKW-Besitzer Benzin und Diesel für 480 Forint pro Liter (rund 1,20 €) tanken. Seit 7. Dezember gelten wieder Marktpreise: Für Benzin rund 641 Forint (etwa 1,60 €), Diesel kostet knapp 700 Forint (rund 1,75 €).

Grund: Treibstoffmangel

Seit Wochen hatte sich der Treibstoffmangel insbesondere Anfang Dezember zugespitzt – bis zu einem Viertel aller Tankstellen hatten einen Totalausfall – wie MOL mitteilte. U.a. weil die Verbraucher mittels Panikkäufen Privatvorräte anlegten. Außerdem war es in der größten ungarischen Ö Raffinerie zu Störungen gekommen. Ebenfalls dramatisch: Der ungarische Kraftstoffverbrauch war aufgrund der Preisdeckelung höher als im letzten Jahr: 2022- 2,2 Milliarden Liter, 2021 – 1,5 Milliarden Liter.

Weiters kam es auch aufgrund des seit 5. Dezember geltenden EU-Erdöl-Embargos gegen Russland zu Unregelmäßigkeiten bei den Öl-Importen.

Der Preisstopp für Kraftstoffe wurde bereits im November 2021 beschlossen und war damit insgesamt beinahe 13 Monate in Kraft. ([Mandiner](#), [DeutschUngarischesInstitut](#))

Der ungarische Minister Gergely Guylás begründete die Entscheidung so:

„Bei jedem Preisstopp muss man sich überlegen, ob sie eine Knappheit erzeugt. Wenn das der Fall ist, lohnt es sich nicht, den Preisstopp aufrechtzuerhalten“.

Preisstopp für Lebensmittel weiterhin in Kraft

Weitere Auswirkungen auf den Preisstopp bei Lebensmitteln bis zum 31.12.2022 schloss Gulyás aber vorerst aus.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n (Seiten E 167 – E 168)

04) Auch Slowenien leider unter Migrantenansturm: Kubaner, Russen, Iraker, Marokkaner und Co. verhaftet...

Von Andrej Žitnik (Nova24TV)

04. 12. 2022



Symbolbild.- Foto: AFP/Sakis MITROLIDIS

Polizeibeamte, die im Bereich der Polizeistation Brežice (Čatež ob Savi, Loče, Slovenska vas, Rigonce) Grenzschaufgaben wahrnehmen, haben 19 kubanische Staatsangehörige, 11 russische Staatsangehörige und sechs marokkanische Staatsangehörige aufgespürt und festgenommen. Der Zaun ist gefallen, und die Rhetorik von Ministerin Tatjana Bobnar, dass die Migration nicht aufzuhalten und sogar von Vorteil sei, hat ihr Ziel erreicht. **Slowenien ist zu einem beliebten Ziel für illegale Migration geworden.**

Die polizeilichen Verfahren gegen Ausländer, die die Grenze illegal überschritten haben, sind noch nicht abgeschlossen.

Am Donnerstag um 20.30 Uhr hielten Polizeibeamte in der Nähe von Aver einen Fiat Ducato mit slowenischer Zulassung an, der von einem 32-jährigen montenegrinischen Staatsangehörigen gefahren wurde und in dem sich 17 weitere irakische Staatsangehörige befanden, als sie die Grenze illegal überschritten. Die Verfahren laufen noch.

Nach offiziellen Angaben versuchen die meisten Migranten, Europa über das Mittelmeer, den Ärmelkanal nach Großbritannien und die Westbalkanroute über Serbien zu erreichen. Österreich, Ungarn und die Europäische Kommission betrachten Serbien als das größte

Problem auf dieser Westbalkanroute, berichten kroatische Medien. Nach Angaben von Frontex, der europäischen Grenz- und Küstenwache, ist diese Route immer noch die aktivste Migrationsroute.

In den ersten neun Monaten sind mehr als 106.000 Menschen aus den westlichen Balkanstaaten in die Europäische Union eingereist, dreimal mehr als im Vorjahr. Allein im September dieses Jahres wurden auf dieser Strecke mehr als 19 Tausend illegale Grenzübertritte registriert. Die Zahl der Migranten, die Serbien in diesem Jahr durchqueren, hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt: Mehr als 60 % der Migranten, die an den Grenzen der EU ankommen, passieren das Land. Die meisten kommen aus Tunesien, Indien, Burundi, Pakistan und Afghanistan.

Migrantenkrise breitet sich in Europa aus, EU schenkt ihr keine Aufmerksamkeit

Die Beliebtheit Serbiens bei Migranten ist auf seine Visaregelung zurückzuführen: Bürger aus Tunesien, Indien und Burundi können ohne Visum einreisen. Dies hat die EU dazu veranlasst, Druck auf Serbien auszuüben, damit es seine Visaregelung ändert. Es wurde ein Vertrag unterzeichnet, nach dem Belgrad 36 Millionen Euro aus Brüssel erhalten wird, um seine Visapolitik bis Ende des Jahres an die europäische anzupassen. Die serbische Regierung hat vor einigen Tagen zugesagt, Visa für Tunesien und Burundi einzuführen, nicht aber für Indien. Angesichts des Krieges in der Ukraine und der Wirtschaftskrise widmen die EU-Mitgliedstaaten der neuen Migrantenkrise, die leise über Europa hinwegfegt, nicht viel Zeit und Energie.

In Ermangelung einer gemeinsamen Politik ergreifen die Mitgliedstaaten individuelle Maßnahmen. So haben Österreich, die Slowakei und die Tschechische Republik an allen Grenzübergängen wieder Fahrzeugkontrollen eingeführt, während Ungarn entlang der Grenze zivile Patrouillen einsetzt und den Zaun zu Serbien weiter erhöht. Laut Politica bereitet die tschechische EU-Ratspräsidentschaft ein Papier mit dem Titel „The way forward for EU migration solidarity and the crisis response mechanism“ vor. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, eine jährliche Mindestschwelle für die Aufnahme von 5 oder 10 Tausend Migranten zu erwägen, die in einem der EU-Mitgliedstaaten Asyl beantragt haben, schreibt Jutranji.

Die Zäune funktionieren

Dass Zäune die illegale Migration stoppen können, haben Fälle in Ungarn, Polen und Finnland gezeigt. Selbst als Russland und Weißrussland Migranten aus dem Irak als menschliche Schutzschilde einsetzen wollten, um die polnische Demokratie zu untergraben, erwies sich der Zaun als erfolgreiche Abschreckung. Andernfalls würde unsere Regierung nicht einmal behaupten, dass sie unsere Grenzen souverän schützt. Zwischen den Zeilen wird uns gesagt, dass wir uns einfach an die illegale Migration gewöhnen sollten, dass sie unvermeidlich ist, dass sie sogar von Vorteil ist und dass alles, was die Migranten wollen, eine sichere Heimat ist. Minister Bobnar sollte die Angehörigen der Tausenden von europäischen Opfern, die bei Terroranschlägen ums Leben gekommen sind, fragen, ob das Postulat, dass alle Migranten nur ein sicheres Zuhause wollen, zutrifft.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 169– E 172)

01) Unterstützung der US-Amerikaner für Ukrainekrieg beginnt laut Umfrage zu bröckeln

08. 12. 2022



Bild: Flickr/Ted Eytan Lizenz: CC BY-SA 2.0

Demokraten eher kriegslüstern – Republikaner tendieren zum Friedenslager

Interessante Ergebnisse brachte eine im November von der US-Denkfabrik „The Chicago Council on Global Affairs“ durchgeführte Umfrage zutage. Demnach ist die Unterstützung der US-Amerikaner für den Ukrainekrieg immer noch sehr hoch, wenngleich sich ein Rückgang abzuzeichnen beginnt. Und während die linken Demokraten von US-Präsident Biden eher kriegslüstern sind, tendieren die Anhänger der oppositionellen Republikaner zum Friedenslager.

Was die einzelnen Ergebnisse betrifft, befürworten 65 Prozent der Befragten weitere Waffenlieferungen an die Ukraine. Bei den Anhängern der Demokraten liegt die Zustimmung bei 76 Prozent, bei den Republikanern bei 55 Prozent. Noch deutlicher geht die Schere bei der Zustimmung zur Wirtschaftshilfe für die Ukraine auseinander. Von den Demokraten

sprechen sich 81 Prozent dafür aus, von den Republikanern aber nur 50 Prozent. Und während sich im Durchschnitt 40 Prozent der US-Bürger für die unbegrenzte Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Unterstützung für Ukraine aussprechen, sind es nur 28 Prozent der Republikaner, aber 52 Prozent der Demokraten. Außerdem sind 48 Prozent der Meinung, die USA sollten die Ukraine so lange wie notwendig unterstützen. Gegenüber Juli (58 Prozent) ist hier ein Rückgang von zehn Prozentpunkten festzustellen. Unterteilt nach Parteipräferenzen sind nur 33 Prozent der Republikaner, aber 61 Prozent der Demokraten für die Fortführung der US-Unterstützung für die Ukraine.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Nach umstrittenem Vortrag: Wissenschaftlerin zerlegt Thesen von Gabriele Krone-Schmalz

Von Michael Ströbel



Aktualisiert am 05.12.2022 Lesedauer: 3 Min.

Wir sind t-online

Mehr als 150 Journalistinnen und Journalisten berichten rund um die Uhr für Sie über das Geschehen in Deutschland und der Welt.

Seite E 171 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Seit Wochen schon im Zentrum der Kritik zahlreicher Russland-Experten: Die ehemalige ARD-Moskau-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz. (Quelle: teutopress GmbH via www.imago-images.de)

Ex-Journalistin Gabriele Krone-Schmalz hat öffentlich Verständnis für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine geäußert. Eine Wissenschaftlerin widerlegt ihre Thesen.

Im Oktober hatte ein [Vortrag von Gabriele Krone-Schmalz an der Volkshochschule Reutlingen](#) über [Russland](#) und die [Ukraine](#) für viel Wirbel gesorgt. Wissenschaftler waren entsetzt über den Inhalt des Vortrages, warfen der selbst ernannten Russland-Expertin Kreml-Propaganda vor.

Nun hat Osteuropa-Expertin Franziska Davies von der Ludwig-Maximilians-Universität [München](#) einen Aufsatz vorgelegt, in dem sie die Thesen der angeblichen Russlandexpertin wissenschaftlich überprüft – und den Aussagen der ehemaligen ARD-Korrespondentin widerspricht. Ihr Fazit gegenüber t-online: ["Der Vortrag beruht auf Verdrehungen, Halbwahrheiten, Auslassungen von zentralen Fakten bis hin zur Desinformation."](#)

Schritt für Schritt arbeitet sie sechs Kritikpunkte heraus: "Halbwahrheiten und Falschaussagen", "Koloniale Arroganz und negative Stereotype", "Manipulativer Gebrauch von Quellen", "Rosinenpicken und Ausblendung von zentralen Fakten" sowie "Täter-Opfer-Umkehr" und "Scheinlösungen und falsche Gegensätze".

Krone-Schmalz macht es sich zu einfach

Empirisch und methodisch seien Frau Krone-Schmalz' Einlassungen unhaltbar. Mit der Behauptung, "der Westen" sei schuld am russischen Angriff auf die Ukraine, er habe Russlands Interessen ignoriert, die [Nato](#) erweitert und Russland zur Reaktion genötigt, mache es sich Krone-Schmalz zu einfach, so Davies: "Diese These kann sich nicht auf Fakten stützen".

Diese Behauptung hat Krone-Schmalz nicht nur in ihrem Vortrag verbreitet, sondern auch schon in ihren Büchern und bei früheren Interviews aufgestellt. So sei im gesamten Quellenapparat ihres Bestsellers "Eiszeit" nur eine einzige russischsprachige Quelle zu finden: "Vor allem ignoriert die 'Expertin' die einschlägige internationale Literatur über Putin und den Putinismus komplett", so Davies.

Wichtige Aspekte bleiben unerwähnt

Auch im Buch "Russland verstehen" befänden sich zweifelhafte Zitationen, sodass laut Davies zumindest wichtige Aspekte unerwähnt blieben. Etwa wenn es um die Behauptung geht, der Krieg im Donbas sei ein "innerukrainischer Bürgerkrieg": "Krone-Schmalz unterschlägt die (...) Informationen, dass ethnische Russen aus Russland die meisten Schlüsselpositionen in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk einnehmen und es viele Hinweise darauf gibt, dass Russland direkt militärisch involviert ist."

Diese Informationen befänden sich auf derselben Seite, die Krone-Schmalz zitiere, oder auf der folgenden. "Es liegt nahe, dass die Autorin der Leserschaft bewusst die Stellen vorenthält, die zeigen würden, dass ihre Darstellung und Interpretation des Krieges im Donbas unhaltbar ist", schreibt Davies.

Lesart des Kremls wird unreflektiert übernommen

Richtig sei zwar, so Davies, "dass Putin und sein Regime die Ukraine nicht in der Nato sehen wollten". Dies bedeute jedoch "keineswegs, dass der Grund für Russlands Angriff auf die Ukraine deshalb erfolgt sei, um Russlands (legitime) 'Sicherheitsinteressen' zu wahren und eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine zu unterbinden", schreibt Davies in Bezug auf die "Notwehr-These", die Krone-Schmalz immer wieder in Bezug auf die Aggressionen Russlands postuliert. "Dies glauben zu machen, läuft auf eine unreflektierte Übernahme der Lesart des Kremls hinaus."

So habe Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) selbst wenige Tage vor dem Überfall auf die Ukraine noch deutlich gemacht, "dass eine Aufnahme der Ukraine in die Nato auf absehbare Zeit kein Thema" sei. "Spätestens seit dem 24. Februar 2022 müsste eigentlich jedem klar sein, dass Russlands Elite sich kaum von einem Land bedroht fühlen konnte, von dem Putin und seine Entourage (...) annahmen, es in wenigen Tagen unterwerfen zu können", schreibt Davies.

Krone-Schmalz an Opfern nicht interessiert

Die brutale, völkerrechtswidrige Form der Kriegsführung Russlands findet bei Gabriele Krone-Schmalz kaum Erwähnung. Stattdessen betreibt sie Täter-Opfer-Umkehr, etwa wenn sie bedauere, dass den Russen der Angriff auf [Aleppo](#) "noch lange nachhängen" werde.

Auch am Schicksal der ukrainischen Opfer scheinere Krone-Schmalz nicht interessiert zu sein. "Frau Krone-Schmalz' Selbstdarstellung als unaufgeregte und sachliche Analytikerin ist ein wichtiger Teil des Erfolgs bei ihrem Publikum. Das ist umso erstaunlicher, als ihre Melange aus Auslassungen, Manipulation und Falschaussagen viel über ihren Blick auf die Opfer der russischen [Politik](#) aussagt, die ermordet, gefoltert, unterdrückt und verschleppt werden."

Auch die von Gabriele Krone-Schmalz angebotenen Lösungsvorschläge seien keine: "Waffenlieferungen, welche die Ukraine zu ihrer Selbstverteidigung wünscht und benötigt, findet Krone-Schmalz 'schlimm'. Stattdessen empfiehlt sie 'Geheimdiplomatie' und 'Verhandlungen'." Dem widerspricht Davies mit Nachdruck: "Welche Verhandlungsgrundlage kann es geben, wenn Russland erklärtermaßen die Ukraine als Staat und Nation vernichten will und nur die totale Niederlage der Ukraine als einen Ausweg aus diesem Krieg akzeptiert?"

Verwendete Quellen

- zeitschrift-osteuropa.de: "[Desinformationsexpertin](#)"
- gea.de: "[Reutlinger VHS-Leiter kontert die Kritik am Vortrag von Gabriele Krone-Schmalz](#)" (kostenpflichtig)

R u s s l a n d (Seiten E 173 – E 202)

Als Dokument!

03) Sergej Lawrow zur Presse in Moskau: „... warten bis die Zurechnungsfähigen wiederkommen!“

12. 12. 2022



Der Aussenminister am 1.12.2022 vor der Presse in Moskau

Teil I – Die Rede des russischen Aussenministers und seine Antworten auf die Fragen der Journalisten im Wortlaut

Sehr geehrte Medienvertreter,
und einen guten Nachmittag!

Vielen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Wir hielten es für wichtig, heute über die Probleme der europäischen und weiter der globalen Sicherheit zu sprechen. In Europa wird der Anspruch der NATO auf globale Dominanz zunehmend wahrgenommen. Der indo-pazifische Raum wurde bereits zum Verantwortungsbereich des Bündnisses erklärt. Was auf unserem Kontinent geschieht, interessiert nicht nur Europäer und Nordamerikaner, sondern auch Vertreter aller anderen Länder der Welt, insbesondere Entwicklungsländer, die verstehen wollen, welche Initiativen NATO-Staaten, die ihre globalen Ambitionen verkündeten, für ihre Regionen bedeuten.

Seite E 174 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Warum haben wir beschlossen, heute diese Pressekonferenz abzuhalten? An diesem Tag beginnt in Lodz eine Veranstaltung, die üblicherweise als Tagung des Rates der Außenminister der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) angesehen wird. In dieser Beziehung gibt es heute gute Gründe zu überprüfen, welche Rolle diese Organisation seit ihrer Gründung spielte.

Die Schlussakte von Helsinki wurden 1975 unterzeichnet und galten als größte Errungenschaft der damaligen Diplomatie und zugleich auch als Vorbote einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen Ost und West. Aber, seither haben die Probleme immer mehr zugenommen. Bis heute haben sich in der Organisation, welche unter dem Namen OSZE geläufig ist, eine Vielzahl problematischer Themen aufgestaut. Sie gehen auf tiefe historische Wurzeln zurück, die bis in die späte Sowjetzeit reichen – zum Ende des Jahrzehnts 1980–90, als die Zahl der verpassten Chancen alle Vorstellungen der pessimistischsten Analysten übertraf.

Werfen wir einen Blick ins Jahr 1990 zurück – als sich das Ende des Kalten Krieges abzeichnete. Schon damals verkündeten viele sein Ende. Man erwartete eine Welt mit dem Fokus auf universelle Werte und einer „Friedensdividende“. Im selben Jahr, 1990, fand ein Gipfeltreffen der Organisation statt, die damals noch *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* hieß. An dem hochrangigen Gipfel nahmen in Paris alle Staaten teil – die der NATO und die des Warschauer Paktes. Die Charta für ein neues Europa wurde verabschiedet, welche das Ende der „*Ära der Konfrontation und der Teilung des Kontinents*“ und die Beseitigung von Hindernissen für den Aufbau eines echten gesamteuropäischen Hauses ohne Trennlinien proklamierte.

Das war 1990. Man könnte sich fragen: Nachdem alle zu so richtigen Deklarationen fanden, warum wurden sie dann nicht umgesetzt? Tatsache ist, dass der Westen keine Schritte setzte, um hehren Worten und Versprechen auch Taten folgen zu lassen. Man kann mit Sicherheit sagen, dass der Westen solche Leitsprüche damals in die Welt setzte, weil man davon ausging, dass unser Land weder in Europa noch in der Welt seine Position wiedererlangen würde. Der Westen ging davon aus, dass – wie man damals sagte – das „*Ende der Geschichte*“ erreicht wäre. Ab jetzt würde alles nach den Regeln der liberalen Demokratien ablaufen: Man konnte sich in Ruhe zurücklehnen und alles versprechen – wie schöne Sprüche eben, obschon sie nur in der Luft zerplatzten.

Sicherheit & Zusammenarbeit: Die grösste Gefahr für NATO

Eine interessante Begebenheit aus dieser Zeit: In der Schlussphase des KSZE-Gipfels in Paris 1990 warnte US-Außenminister James Addison Baker den amerikanischen Präsidenten, dass „*für die NATO die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zur wahren Gefahr werden könnte.*“ Ich kann das verstehen – es war wirklich so. Denn, als der Kalte Krieg zu Ende ging, sagten viele vernünftige, weitsichtige Politiker und Politologen, dass es besser wäre, nicht nur den Warschauer Pakt, der zu diesem Zeitpunkt bereits verschwunden war, sondern auch das Nordatlantische Bündnis aufzulösen und alle Anstrengungen darauf zu richten, um die OSZE zu einer echten Brücke zwischen Ost und West zu machen: Als exklusive *Plattform* für internationale Zusammenarbeit zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele auf der Grundlage des Gleichgewichts der Interessen aller teilnehmenden Länder.

Dies ist nicht geschehen. Vielmehr war der Westen bestrebt, seine Dominanz weiterzutreiben. Doch der Westen sah in der Realisierung von Gleichheit zur Überwindung

von Trennlinien und Schranken in einem wahren paneuropäischen Haus eine Bedrohung seiner Positionen, die auf Dominanz über Washington und Brüssel und alle globale Angelegenheiten – vor allem in Europa – ausgerichtet war.

Dieser „*Urininstinkt*“, den weder die Amerikaner noch andere NATO-Mitglieder je los wurden, erklärt den Kurs der rücksichtslosen Expansion der NATO, welche den Kern und das Wesen der OSZE als kollektives Instrument zur Gewährleistung gleicher und unteilbarer Sicherheit unterlief und all die „schönen“ Dokumente entwertete, die von der Organisation seit den 1990er Jahren verabschiedet worden waren. Für den Westen war es von fundamentaler Bedeutung aufzuzeigen, wer der Chef in besagtem paneuropäischen Hauses war, zu dessen Bau sich alle gemeinsam verpflichtet hatten. Denn, hier liegt der Ursprung des berüchtigten Konzepts der „*regelbasierten Weltordnung*“. Schon damals betrachtete der Westen diese „*Regeln*“ als integralen Bestandteil seiner Stellung auf der Bühne der Welt. Es ist dieses Gefühl, dass westliche „*Regeln*“ jedes Problem lösen können, ohne jemanden konsultieren zu müssen, welche den Westen dazu veranlassten sich für berechtigt zu halten, Jugoslawien fast 80 Tage lang barbarisch bombardieren und seine gesamte zivile Infrastruktur zerstören zu lassen. Später marschierte der Westen unter einem fadenscheinigen Vorwand in den Irak ein und bombardierte alles, was für das Leben der Zivilbevölkerung und die Lebensversorgung des Landes notwendig war. Als nächstes wurde der libysche Staat zerstört. Es folgten viele weitere Abenteuer, die Ihnen bestens bekannt sind.

Wir erinnern uns an die Aggression gegen Jugoslawien, weil sich im Resultat niemand mehr darum schert: Dieser Schritt war ein grober Verstoß gegen die Helsinki-Prinzipien. Damals, im März 1999, wollten die NATO-Mitglieder ihre Zügellosigkeit beweisen: Sie öffneten die „*Büchse der Pandora*“ und traten die in der OSZE proklamierten Grundsätze der europäischen Sicherheit mit Füßen.

Russland hat nie die Hoffnung aufgegeben, zu den Ursprüngen der Helsinki-Prinzipien zurückzukehren. Wir haben weiter für die OSZE gekämpft und schlugen vor, ein rechtsverbindliches Dokument, wie eine OSZE-Charta, auf der Grundlage der Schlussakte von Helsinki ausarbeiten zu lassen. Der Westen hat dem jedoch nicht stattgegeben.

Die Bemühungen all jener, die ehrlich an gemeinsamen europäischen Ansätzen zur Lösung aller Probleme interessiert waren, führten 1999 in Istanbul zur Verabschiedung wichtiger Dokumente, insbesondere der Charta für europäische Sicherheit. Es war möglich, den *Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa* (KSE) an die Tatsache anzupassen, dass der Warschauer Pakt nicht mehr existierte. Der ursprüngliche KSE-Vertrag wurde verfasst, als es noch zwei militär-politische Blöcke gab – die NATO und die Warschauer Vertragsorganisation oder Warschauer Pakt. Letzterer wurde aufgelöst. Natürlich verlor die Begrenzung an Waffen, die im Rahmen der Konfrontation zwischen Ost- und Westeuropa vereinbart worden waren, ihre Bedeutung, als viele europäische Länder begannen, sich in die Nordatlantische Allianz hineinziehen zu lassen. Nach einer Reihe von schwierigen Verhandlungen wurde der KSE-Vertrag angepasst und 1999 in Istanbul unterzeichnet. Danach wurde das Dokument als „*Eckpfeiler europäischer Sicherheit*“ gefeiert.

Die USA untersagen Verbündeten die Vertragsunterzeichnung

Sie wissen, was daraus geworden ist. In Bestreben am altem Dokument festzuhalten, untersagten die Vereinigten Staaten ihren Verbündeten, den modifizierten Vertrag zu unterzeichnen, zumal der ursprüngliche Vertragstext die Rechtsgrundlage zur Vorherrschaft der NATO nach Auflösung des Warschauer Paktes war. In Folge traten die Vereinigten Staaten aus dem ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty / Vertrag über die Begrenzung

Seite E 176 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

von antibalistischen Raketenabwehrsystemen) sowie INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty – Mittelstrecken Nuklearstreitkräfte Vertrag) aus und kündigten auch den Vertrag über den *Offenen Himmel* (OH-Vertrag). Die OSZE stand diesen Änderungen zwar nicht völlig gleichgültig gegenüber, war aber nicht in der Lage, sich für den Erhalt der Verträge einzusetzen. Der amtierende OSZE-Vorsitzende und ihr Generalsekretär schwiegen.

Ein weiteres 1999 in Istanbul verabschiedetes Dokument, die *Europäische Sicherheitscharta* (OSCE Istanbul Charter für Europäische Sicherheit), besagt, dass kein Land seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten durchsetzen dürfe. Dennoch setzte sich die Osterweiterung der NATO fort: Trotz aller Erklärungen, die von den OSZE-Mitgliedstaaten auf höchster Ebene verabschiedet waren.

Gemeinsam mit Gleichgesinnten, welche die Hoffnung zur Rettung der Organisation (OSZE) nicht aufgaben, gelang es auf dem Gipfeltreffen in Astana im Jahr 2010 eine weitere Erklärung auf hoher Ebene zu verabschieden. Da heisst es, dass die Sicherheit gleich und unteilbar sei und Staaten das Recht hätten Bündnisse zu wählen, nicht jedoch das Recht, ihre Sicherheit auf Kosten anderer zu erhöhen. Die wichtige Erklärung besagt, dass kein Land oder Ländergruppe das Recht habe, eine exklusive Rolle im Bereich der Sicherheit im euro-atlantischen Raum einzunehmen.

NATO hat gegen alle ihre Verpflichtungen verstossen

Bei Betrachtung der Lage in Europa über die letzten Jahre, sieht man, dass NATO gegen alle ihre Verpflichtungen verstoßen hat. Die Erweiterung des Bündnisses schaffte für die Russische Föderation direkte Bedrohungen. Die militärische Infrastruktur des Blocks rückte näher an unsere Grenzen, was direkt gegen die Verpflichtungen der Istanbul Erklärung von 1999 verstösst. Doch, die NATO erklärte ausdrücklich, dass nur das Bündnis zu entscheiden hätte, wem es rechtliche Sicherheitsgarantien gewähren wolle. Auch dies war ein direkter Verstoß gegen die Verpflichtungen von Istanbul sowohl auch Astana.

Wir erlebten, dass NATO-Mitglieder diese politischen Erklärungen einfach ignorieren können, obwohl ihre Staatsoberhäupter die Dokumente unterschrieben hatten. Bereits 2008 schlug die russische Seite vor, diese politischen Erklärungen zu kodifizieren und rechtsverbindlich zu machen. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, dass derartige rechtliche Garantien in Europa nur Mitgliedstaaten innerhalb der NATO vorbehalten wären. Die (NATO) Allianz verfolgte vorsätzlich und bewusst den rücksichtslosen Kurs einer künstlichen Blockerweiterung, ohne dass es reale Bedrohungen gegen NATO-Länder gegeben hat.

Wir erinnern uns, wie die NATO entstanden war. Der erste Generalsekretär des Bündnisses, G. Ismay, prägte dazu die folgende Formel: „Keep the Soviet Union out, keep the Americans in, and keep the Germans down“ („halte die Russen draussen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen nieder“). Was heute geschieht, bedeutet nichts weniger als die Rückkehr des Bündnisses zu den vor 73 Jahren entwickelten konzeptionellen Grundsätzen. Nichts hat sich geändert: Sie wollen die „*Russen*“ aus Europa raus haben, die Amerikaner drinnen und haben bereits ganz Europa versklavt. Sie kontrollieren nicht nur die Deutschen, sondern die gesamte Europäische Union. Die Philosophie der Dominanz und einseitiger Vorteile ist seit dem Ende des Kalten Krieges noch immer nicht verschwunden.

Während ihres Bestehens kann NATO kaum eine wirkliche „Erfolgsgeschichte“ als Aktivposten vorweisen. Das Bündnis trägt Zerstörung und Leid nach draußen. Ich habe bereits die Aggressionen gegen Serbien und Libyen und die Zerstörung des libyschen

Seite E 177 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Staates erwähnt. Dazu gesellte sich die des Irak. Erinnern wir uns an das letzte Beispiel – Afghanistan, wo die Allianz 20 Jahre lang erfolglos versucht hat, dem Land Demokratie „überzustülpen“. Es ist auch bezeichnend, dass die Sicherheitsprobleme in der serbischen Provinz Kosovo, in der ebenfalls seit mehr als zwei Jahrzehnten NATO-Mitglieder stationiert sind, immer noch ungelöst sind.

Wenn wir über die friedensstiftenden Fähigkeiten der USA sprechen, dann sehen Sie sich an, wie viele Jahrzehnte die Amerikaner versucht haben, Ordnung in einem so kleinen und kontrollierbaren Land wie Haiti zu schaffen. Das ist nicht mehr Europa. Es gibt außerhalb des europäischen Kontinents eine Vielzahl von Beispielen dieser Art.

Anspruch der NATO auf indo-pazifischen Raum und Zentralasien

Bestand die NATO 1991 noch aus 16 Ländern, so sind es heute bereits 30. Schweden und Finnland stehen kurz vor ihrem Beitritt. Das Bündnis verlegt seine Streitkräfte und militärische Infrastruktur immer näher an unsere Grenzen. Es baut seine Fähigkeiten und Ressourcen ständig aus und verlagert sie näher zu Russland. Es werden Manöver abgehalten, bei denen unser Land sogar offen zum Feind erklärt wird. Die NATO weitet ihre Aktivitäten in der ehemaligen Sowjetunion aktiv aus. Sie erhebt Anspruch auf den indo-pazifischen Raum und nunmehr auch auf Zentralasien. All diese Versuche, die Welt zu dominieren, sind ein direkter und flagranter Verstoß gegen die Erklärung von Lissabon aus dem Jahr 2010, die von allen Präsidenten und Premierministern des nordatlantischen Blocks unterzeichnet wurde.

Bis zuletzt haben wir versucht, die zunehmende Verschlechterung der Lage in der euro-atlantischen Region zu verhindern. Im Dezember 2021 hat Präsident Wladimir Putin neue Vorschläge zu Sicherheitsgarantien unterbreitet – einen Vertragsentwurf zwischen Russland und den Vereinigten Staaten und einen Vertragsentwurf zwischen Russland und der NATO. In dieser Situation und angesichts der Hartnäckigkeit, mit der der Westen die Ukraine in die NATO zu „ziehen“ trachtete – eine offensichtlich „rote Linie“ für die Russische Föderation, welche dem Westen seit vielen Jahren bekannt ist – haben wir vorgeschlagen, auf die Erweiterung des Bündnisses zu verzichten und spezifische rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien für die Ukraine, für die Russische Föderation, für alle europäischen Länder und für alle OSZE-Teilnehmerstaaten zu vereinbaren. Verhandlungen fanden nicht statt. Auf unseren Vorschlag nach einer umfassenden und kreativen Herangehensweise zu dieser Sache wurde uns nur eines gesagt: Jedes Land, und vor allem die Ukraine, hätte das Recht, der NATO beizutreten, und niemand könne etwas dagegen unternehmen. Alle Elemente einer Kompromissformel wurden einfach ignoriert, wie auch der Gedanke der Unteilbarkeit von Sicherheit, wobei es unzulässig ist, dies auf Kosten der Sicherheit anderer zu tun und keine Organisation den Anspruch erheben darf, Europa zu dominieren.

Westen unterstützt Nazismus gesetzlich verankern zu lassen

Im Dezember 2021 entschied Washington, eine echte Chance zur Deeskalation auszulassen. Es waren nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch die OSZE, die durchaus zur Entschärfung der Spannungen hätte beitragen können, wenn es ihr gelungen wäre, die Beilegung der Ukraine-Krise auf Grundlage des im Februar 2015 vereinbarten Minsker „Maßnahmenpakets“ zu erreichen, welches im selben Monat einstimmig vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet worden war. Die Exekutivstrukturen der Organisation waren jedoch vollständig den Vereinigten Staaten und Brüssel untergeordnet, die dem Kiewer Regime in seiner Politik der Tilgung alles Russischen uneingeschränkte Unterstützung gewährten: Bildung, Medien, Verwendung der Sprache in der Kultur, im Alltag und für Kunst. Der Westen unterstützte das Kiewer Regime in seiner Politik, die Theorie und Praxis des

Nazismus gesetzlich zu verankern: Die entsprechenden Gesetze wurden verabschiedet, doch Reaktionen von den „aufgeklärten“ Hauptstädten westlicher Demokratien blieben aus – ebenso wie zu den Bemühungen, die Ukraine in ein Sprungbrett zur Eindämmung Russlands zu verwandeln, was zu einer direkten militärischen Bedrohung gegen unser Land führte. Diese Tatsachen sind inzwischen allgemein bekannt. Ich möchte anmerken, dass auch die Sonderbeobachtungsmission (Special Monitoring Mission / SMM der OSZE) in der Ukraine zur Diskreditierung der OSZE beigetragen hat, die unter grober Verletzung ihres Mandats nicht auf die täglichen Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die Streitkräfte der Ukraine und nationalistischen Bataillone reagierte. Vielmehr stellte sich die Organisation in ihrer Mission de-facto auf die Seite des Kiewer Regimes.

Schon nach Abschluss ihrer Tätigkeit wurden unziemliche Tatsachen über das Zusammenspiel der SMM mit westlichen Sonderdiensten unter Beteiligung vermeintlich neutraler OSZE-Beobachter in Bezug auf die Ausrichtung von (Artillerie)feuer auf LDNR-Stellungen (der Lugansk und Donezk Republiken) sowie das Sammeln von Informationen zugunsten der ukrainischen Streitkräfte und nationalistischen Bataillone, aufgedeckt: Die Ukraine erhielt Informationen, die von den installierten Überwachungskameras der (Sonderbeobachtungs)Mission entlang der Kontaktlinie (der Front) stammten, so zugespielt.

All diese himmelschreienden Probleme, von denen viele von Ihnen aufgedeckt und veröffentlicht wurden, doch von Ihren Redaktionen nicht immer zugelassen wurden, versuchte die OSZE Sonderbeobachtungsmission unter den Teppich zu kehren. Die Mission hat bewusst die Augen vor allen Verstößen verschlossen, einschließlich der Vorbereitung der gewaltsamen Lösung des Donbass-Problems, die das Kiewer Regime plante, indem es sich öffentlich weigerte, die Minsker Vereinbarungen durch Poroschenko und später Selenskyj umsetzen zu lassen. Der Westen duldet diese inakzeptablen Maßnahmen still und leise. Mitte Februar dieses Jahres hat sich der seit Jahren anhaltende Beschuss der LPR (Volksrepublik Lugansk) und DPR (Volksrepublik Donezk) verzehnfacht – es gibt Statistiken, die sich nicht leugnen lassen. Ein riesiger Flüchtlingsstrom strömte nach Russland. Wir hatten keine andere Wahl, als die LPR und die DPR anzuerkennen und gemäß Artikel 51 der UN-Charta auf deren Ersuchen hin eine spezielle Militäroperation einzuleiten, um sie vor Nazis zu schützen, die Bewohner des Donbass zu retten und die Bedrohung der Sicherheit der Russischen Föderation vom ukrainischen Hoheitsgebiet aus zu eliminieren.

Ich möchte anmerken, dass es für diese verwerfliche Linie der OSZE eine eigene Erklärung gibt. Unter Ausnutzung ihrer numerischen Überlegenheit in dieser Organisation versucht der Westen seit vielen Jahren, die OSZE zu dominieren oder besser gesagt, diese letzte Plattform des regionalen Dialogs zu instrumentalisieren. Es gab auch den Europarat, aber auch der wurde vom Westen lahmgelegt ohne Chance auf Wiederherstellung. Jetzt gerät die OSZE ins Fadenkreuz. Ihre Befugnisse und Zuständigkeiten werden verwässert und auf enge, nicht inklusive Formate umgeschichtet.

Dank Bemühungen der EU werden parallele Strukturen geschaffen, wie die *Europäische Politische Gemeinschaft*. Die Eröffnungssitzung dieses Formats fand am 6. Oktober 2022 in Prag statt. Bei der Vorbereitung der Veranstaltung und der Ankündigung der Initiative zur Gründung einer *Europäischen Politischen Gemeinschaft* erklärte Präsident Emmanuel Macron stolz, dass alle außer Russland und Belarus eingeladen wären. Er zog es gleich vor, mit prominenten Vertretern der europäischen Diplomatie wie Borrell (Hoher Vertreter der EU Aussen- & Sicherheitspolitik) oder Annalena Baerbock „gemeinsam zu singen“: Sie erklärten, dass Sicherheit gegen die Russische Föderation und nicht mit ihr, wie A. Merkel und andere europäische Staatsoberhäupter es noch forderten, zu schaffen sei. Es werden

auch andere Strukturen geschaffen, um konfrontative Ansätze im Geiste kolonialen Denkens anderen Ländern aufzuzwingen und die OSZE-Agenda über verengte Formate und Plattformen mit Initiativen und Partnerschaften neu umzuverlagern.

Deutschland und Frankreich fallen der OSZE in den Rücken

Vor einigen Jahren fielen Deutschland und Frankreich der OSZE in den Rücken, indem sie ankündigten, eine *Allianz der Multilateralen* gründen und wenn auch immer dazu einladen zu wollen. Ähnlich laden die Vereinigten Staaten nur „ihre eigenen“ Parteigänger zu dem – wie sie es nannten – „*Gipfel für Demokratie*“ ein. Als wir die Deutschen und Franzosen fragten, warum sie eine Allianz gründen wollten, zumal Europa bereits über eine integrative OSZE-Struktur verfüge und die UNO ein globales Format anbiete – viel mehr als andere multilaterale Formate – wurde uns gesagt: Alle Länder wären in diesen Strukturen zwar vertreten, aber für einen effektiven Multilateralismus sei es notwendig, nicht in der OSZE oder den Vereinten Nationen vertreten zu sein, sondern eine Gruppe mit Führung zu schaffen. Sie sagen, dass die OSZE und die UNO von „rückwärtsgerichteten Kräften“ geprägt wäre, die den Fortschritt eines wirksamen Multilateralismus behindere. Sie, die Progressiven, werden dies tun und der Rest hätte sich dem anzupassen. Das ist eine Philosophie, die alle hohen Prinzipien auf denen die OSZE aufbaut, so untergräbt.

Im Ergebnis wurde die Sicherheitsarchitektur Europas zuletzt fragmentiert, und die Organisation (OSZE) selbst verkommt, gelinde gesagt, zu einer Randerscheinung. Die laufenden OSZE-Vorsitzenden der letzten Jahre zeigten keinerlei Interesse diesem negativen Trend in irgendeiner Weise entgegenzuwirken – ganz im Gegenteil.

Die Schweden hielten 2021 den Vorsitz inne und begannen schon damals, nicht als „ehrliche Makler“, sondern als aktiv Mitwirkende westlicher Politik auf die Unterordnung der OSZE hinter die Interessen der Vereinigten Staaten und auch von Brüssel hinzuarbeiten. In der Tat, es waren die Schweden, die mit den Vorbereitungen zur „Beerdigung“ der Organisation OSZE den Anfang machten.

Das unverschämte Verhalten der Polen zum Schaden der OSZE

Unsere polnischen Nachbarn haben das ganze Jahr fleissig damit verbracht das „Grab“ der OSZE zu schaufeln und letzte Reste einer Konsenskultur zu auszulöschen. Das Vorgehen Warschaws verstößt in grober Weise gegen die Geschäftsordnung und die Beschlüsse der Entscheidungsgremien der Organisation. Zurück im Jahr 2002 wurde auf dem Ministertreffen in Porto ein spezielles Dokument verabschiedet, in dem festgelegt wurde, wie sich der amtierende Vorsitzende zu verhalten hätte: Er darf nicht zulassen, dass seine Handlungen im Widerspruch zu den von allen Teilnehmerstaaten, d.h. in Übereinstimmung, getroffenen Positionen stünden, und er muss sicherstellen, dass seine Schritte und Erklärungen das gesamte Spektrum der Ansichten der Mitgliedsländer der Organisation abbilde. Am 23. November haben wir im Rahmen der OVKS (*Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit – ein von Russland angeführtes Militärbündnis*) auf der Ebene der Außenminister der sechs Länder eine besondere Erklärung verabschiedet, in der wir unsere grundsätzliche Bewertung dieser unverschämten Handlungen des polnischen Vorsitzes zum Ausdruck brachten. Wir wissen, dass eine Reihe anderer OSZE-Länder diesen Standpunkt teilt. Ich kann mit Fug und Recht behaupten, dass die „Anti-Präsidentschaft“ Polens einst als unansehnlichste Periode in der Geschichte der Organisation angesehen werden wird. Niemand hat jemals der OSZE einen solchen Schaden zugefügt, während er an ihrer Spitze stand.

Westen versucht System europäischer Sicherheit zu verhindern

Seit vielen Jahren zielen die Bemühungen der westlichen Länder darauf ab, die Schaffung eines Systems gleicher und unteilbarer europäischer Sicherheit zu verhindern, trotz dem „Mantra“ aller politischen Erklärungen, die sie als politische Deklarationen immer wieder zum Besten geben. Jetzt ernten wir die Früchte dieser kurzsichtigen und fehlgeleiteten Politik. Geist und Buchstaben der grundlegenden OSZE-Dokumente sind verletzt worden. Die Organisation wurde einst für einen gesamteuropäischen Dialog geschaffen. Ich habe bereits die Ziele genannt, die der Westen und ihre OSZE-Vorsitzenden in diesem und letztem Jahr setzten. All dies wirft schwierige Fragen auf, wie sich unsere Beziehung zur Organisation insgesamt gestalten werden. Noch wichtiger ist die Frage, was mit der OSZE selbst geschehen wird. Klar ist nur, falls unsere westlichen Nachbarn – aus dieser Nachbarschaft gibt es kein Entrinnen – und ehemaligen Partner plötzlich Interesse zeigen würden, irgendwie zur gemeinsamen Arbeit an der europäischen Sicherheit zurückzukehren, es nicht funktionieren würde. Das würde bedeuten, zu etwas zurückzukehren, was vorher war, aber ein „Geschäft, wie bisher“ würde es nicht mehr geben.

Wenn und falls der Westen begriff, dass es besser wäre, auf Grundlage einer gemeinsam vereinbarten Basis Nachbarn zu sein, werden wir auf das hören, was uns angeboten würde. Dies sollten grundsätzlich neue Anfänge des Zusammenspiels sein. Wird es in absehbarer Zeit eine Gelegenheit für eine Zusammenarbeit geben? Ich weiß es nicht. Das hängt vom Westen ab, der systematisch alles zerstört hat, was in all den langen Jahrzehnten als Funktionsprinzipien einer einzigartigen gesamteuropäischen Organisation namens OSZE begründet wurde.

Teil II: Die Fragen an den russischen Außenminister

Frage: *Russland ist von der europäischen Diplomatie abgeschnitten, nachdem seinen Vertretern die Teilnahme an den Sitzungen der OSZE oder der Münchner Sicherheitskonferenz untersagt wurde. Was sollte Moskau in diesem Fall tun? Wie kann es sich an die neuen Realitäten anpassen? Welche Bedeutung hat das Getreideabkommen für Russland in diesem Zusammenhang?*

#Sergej Lawrow: Zu diesen Beispielen können wir hinzufügen, dass unsere Parlamentarier in diesem Jahr zweimal an der Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gehindert wurden, indem die Ausstellung von Visa verweigert wurde (einmal im Vereinigten Königreich, das andere Mal kürzlich in Polen). Dies ist bezeichnend dafür, wie „ehrliche Makler“ mit der Leitung einer gesamteuropäischen Organisation umgehen.

Um der Frage nachzugehen, ob wir von der europäischen Diplomatie abgeschnitten sind, müssen wir zunächst untersuchen, ob es die europäische Diplomatie noch gibt, und wenn ja, wie sie heute aussieht. Bislang hören wir von den europäischen Schlüsseldiplomaten Aussagen wie die von José Borrell, die er seit Beginn der militärischen Sonderoperation Mantra artig verkündet, dass dieser Krieg von der Ukraine „auf dem Schlachtfeld“ gewonnen werden muss. Dies ist die Aussage eines europäischen Diplomaten.

Als Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ein Treffen im Rahmen der von ihm geförderten Europäischen Politischen Gemeinschaft ankündigte, sagte er, dass Russland und Weißrussland nicht dazu eingeladen würden. Der Hohe Vertreter der EU für Außen-

und Sicherheitspolitik, José Borrell, und die deutsche Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Annalena Baerbock, haben ein weiteres neues Ziel formuliert: Die europäische Sicherheit nicht mit, sondern gegen Russland aufzubauen.

Russland muss warten bis zurechnungsfähige Leute auftauchen

Wenn solche Erklärungen die europäische Diplomatie kennzeichnen, dann glaube ich nicht, dass wir uns daran beteiligen müssen. Wir sollten warten, bis zurechnungsfähige Leute dort auftauchen. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, betont, wie wichtig es sei, den Sieg der Ukraine zu sichern, weil die Ukraine nach europäischen Werten strebe, und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg behauptet, die Ukraine verteidige und fördere bereits europäische Werte, Freiheit und Demokratie. Auch die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, äußerte sich in diesem Sinne.

Wenn die Quintessenz europäischer Diplomatie besagt, man solle jetzt der Ukraine helfen, die sich für „europäische Werte“ einsetze, dann bedeutet das nur eines: Diesen europäischen Diplomaten werden zahlreiche Fakten über das, was in der Ukraine tatsächlich passiert, vorenthalten: Lange vor der speziellen Militäroperation wurde die russisch-orthodoxe Kirche zerstört, was gegen alle Normen des zivilisierten Umgangs verstößt; die Möglichkeit für nationale Minderheiten, ihre Sprache in allen Bereichen ausnahmslos zu verwenden (obwohl dann die anderen europäischen nationalen Minderheiten von diesem Verbot ausgenommen wurden, so dass nur noch eine übrig blieb – die russische); russischsprachige Medien wurden verboten, die nicht nur im Besitz von Russen und russischen Organisationen sind, sondern auch von Ukrainern in russischer Sprache ausgestrahlt werden; politische Opposition; politische Parteien wurden verboten; es gab Verhaftungen von Führern politischer Organisationen, und offen nazistische Praktiken wurden in ukrainischen Gesetzen verankert.

Falls die europäische Diplomatie, die weiterhin pathetisch alle aufruft, die Ukraine zu verteidigen, die europäische Werte hochhalte, tatsächlich weiß, was dieses Land in Wirklichkeit „fördert“, dann wollen wir nicht Teil dieser Diplomatie sein.

Wir werden darauf drängen, dass eine solche „Diplomatie“ so schnell wie möglich endet und dass die Leute, die eine mit Hass erfüllte Politik verfolgen, die gegen die UN-Charta und mehrere Konventionen sowie das humanitäre Völkerrecht verstößt, zurücktreten.

Die «Werte» des Kiewer Regimes

Zahlreiche Interviews mit Wolodymyr Selenskyj zeigen deutlich, welche Werte das derzeitige Kiewer Regime vertritt. Er hört nicht auf zu sagen, dass „*man Russland nicht gewinnen lassen darf*“. Alle applaudieren, als wären sie von einem Zauber gefangen. In einem Interview sagte er, dass, wenn man Russland gewinnen ließe (NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte dies später ebenfalls), andere große Länder davon ihr Recht ableiten könnten, kleinere Länder anzugreifen. Mehrere große Länder auf verschiedenen Kontinenten würden die globale Geografie neugestalten. Wolodymyr Selenskyj behauptet, dass ihm ein anderes Szenario vorschwebt, in dem „*jeder Mensch auf der Erde weiß, dass er unabhängig davon, in welchem Land er lebt und welche Art von Waffen er besitzt, die gleichen Rechte und das gleiche Maß an Schutz genießt wie alle anderen Menschen auf der Welt*“.

Keiner der Reporter, die ihn interviewten, kam auf die Idee Herrn Selenskyj zu fragen, ob er sich daran erinnere, was er den Ukrainern, die sich als Teil der russischen Kultur fühlten, zu tun geraten habe. Vor einem Jahr, im August 2021, sagte er ihnen, sie sollten sich „nach

Russland absetzen“. Ein Mensch, der bereit ist, die Rechte aller Menschen auf der Welt zu schützen, will die Russen aus ihrem Land vertreiben, nur weil sie ihre Sprache und Kultur behalten wollten. Als er von dem Recht aller Menschen auf Schutz sprach – „*unabhängig davon, wo sie leben*“ -, ist ihm vielleicht die folgende öffentliche Erklärung entfallen. In einem Interview in Kasachstan sagte der ukrainische Botschafter in Kasachstan, Pjotr Wrublewski: „*Wir werden so viele von ihnen töten wie möglich. Je mehr Russen wir jetzt töten, desto weniger werden unsere Kinder zu töten haben.*“ Kein einziger europäischer Diplomat hat sich zu dieser Aussage geäußert, obwohl wir sie auf die Unhaltbarkeit solcher Aussagen aufmerksam gemacht haben. Dies war ein offener Affront des Selenskyj-Regimes gegenüber unseren kasachischen Nachbarn, die verlauten liessen, dass es inakzeptabel wäre, dass ein Botschafter solche Äußerungen mache.

Aber diese Person hat sich dort noch etwa einen Monat lang „*herumgetrieben*“, und wurde erst dann ausgewiesen. Ich bedauere die europäische Diplomatie, die solche Manifestationen der ukrainischen Annäherung an europäische Werte „*schluckt*“.

Wir haben viele Medienmitteilungen zum Getreidehandel veröffentlicht. Seit März 2022 haben unsere Militärs tägliche 12-Stunden-Fenster für den humanitären Korridor zugesichert, in denen ukrainisches Getreide von ukrainischen Häfen aus abtransportiert werden sollte. Der einzige Haken an der Sache war, dass die Häfen vermint waren. Unsere ukrainischen Kollegen sollten die Schiffe durch die Minenfelder navigieren, während das russische Militär für die sichere Lieferung in die Meerenge sorgen sollte. Wolodymyr Selenskyj behauptete, dies sei eine „*Falle*“ und „*den Russen kann man nicht trauen*“. Dann schlugen wir vor, in Zusammenarbeit mit unseren türkischen Kollegen die freie Durchfahrt durch neutrale Gewässer zu garantieren. Sie stimmten zu. Selenskyj fing wieder an, Wutanfälle zu bekommen. Dank der Intervention des UN-Generalsekretärs konnten am 22. Juli in Istanbul zwei Dokumente unterzeichnet werden. Das erste klärt die Schritte und Garantien, die bei der Ausfuhr ukrainischen Getreides von drei ukrainischen Häfen aus gelten sollten. Das zweite Dokument besagt, dass sich der UN-Generalsekretär für die Aufhebung künstlicher Hindernisse für russische Düngemittel- und Getreideexporte einsetzen wolle. Vor einer Woche hörte ich jemanden von einer europäischen Institution sagen, dass russische Düngemittel- und Getreideexporte keinen Sanktionen und Beschränkungen unterlägen, was einer eklatanten Lüge gleichkomme. In den Sanktionslisten gibt es zwar kein Kapitel „*Dünge- und Lebensmittel aus Russland*“. Doch Bankgeschäfte, vor allem für unsere führende Rosselkhozbank, die vom SWIFT abgeschnitten ist, sind verboten. Die Rosselkhozbank wickelt über 90 Prozent unserer Transaktionen im Zusammenhang mit Lebensmittellieferungen ab. Der Zugang zu europäischen Häfen für russische Schiffe und zu russischen Häfen für ausländische Schiffe sowie deren Beladung oder Versicherung sind ebenfalls verboten. UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat auf dem G20-Gipfel in Indonesien offen darüber gesprochen. Er setzt sich dafür ein, dass diese Beschränkungen aufgehoben werden. Fünf Monate nach dem Abschluss des Abkommens reagieren die Vereinigten Staaten und die EU jedoch bedauerlich langsam. Wir müssen hart arbeiten, um Ausnahmen zu erreichen. Wir unterstützen, was der Generalsekretär tut. Der Westen zeigt jedoch nicht viel Respekt für seine Bemühungen. Auf diese Weise lassen sie jeden wissen, wer der Boss ist und wer wem hinterherlaufen bzw. zu betteln hätte.

Frage: *Wie wird die europäische Sicherheit ohne die Beteiligung der Unionsstaaten Russland und Belarus aussehen? Wie lauten Ihre Prognosen?*

Sergej Lawrow: Es ist schwierig, Prognosen abzugeben. Ich kann nur mit Sicherheit sagen, wie die Sicherheit der Unionsstaaten Russland und Weißrussland aussehen wird, unabhängig vom künftigen Mobbing an der Basis der OSZE.

Wir kennen den Wert derjenigen, die den OSZE-Vorsitz übernehmen wollen und versprechen, „*ehrlche Makler*“ zu sein, sowie die derzeitigen Leiter des OSZE-Sekretariats, die nichts außerhalb des Rahmens ihres neuen Konzepts tun dürfen. Die *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit* in Europa wurde 1975 nicht gegründet, um Mitgliedstaaten zu zwingen, nach der Pfeife irgendeines Staates zu tanzen und die Vision der Welt mit den Sicherheits- und Kooperationszielen, formuliert von unseren westlichen Partnern zu übernehmen. Die OSZE wurde gegründet, damit die Stimmen aller Länder gehört würden und sich kein Land von dem gemeinsamen Prozess ausgeschlossen fühle. Jetzt wurde alles auf den Kopf gestellt. Der Westen tut das, was die OSZE eigentlich verhindern sollte: Er zieht Trennlinien. Aber die Gräben, die sie ausheben, können auch dazu benutzt werden, jemanden zu begraben. Ich befürchte, dass dafür ihr Ziel OSZE heisst. All diese Initiativen, wie die *Europäische Politische Gemeinschaft* (mit ihren Mitgliedstaaten außer Russland und Weißrussland) mit der offenen Einladung die OSZE zu zerstören und an ihre Stelle einen westlichen Schauplatz zur Förderung ihrer Projekte zu setzen, einschließlich illegaler einseitiger Sanktionen und zur Einsetzung von Tribunalen, um die Vermögen anderer Länder zu beschlagnahmen. All das sind Elemente einer kolonialen Mentalität, die noch immer vorhanden ist. Es ist der Wunsch und das Bestreben, andere auszuplündern.

Die USA plündern Europa aus und lassen es deindustrialisieren

Die Vereinigten Staaten plündern jetzt Europa aus. Sie werden sich an der Wirtschafts- und Energiekrise in Europa bereichern, ihr Gas verkaufen (vierfach teurer als Europa für russisches Gas zu zahlen hätte), ihre eigenen Gesetze zur Inflationsbekämpfung fördern und Hunderte von Milliarden Dollar für ihre eigene Industrie bereitstellen, um Investoren aus Europa anzulocken. Dies wird letztlich zu einer Deindustrialisierung Europas führen.

Der Westen versucht, ein Sicherheitssystem ohne Russland und Weißrussland zu aufzubauen. Sie sollten damit beginnen, sich mit einander zu arrangieren. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist nach Washington geflogen, um sich zu beschweren und Forderungen zu stellen. Ich weiß nicht, wozu das führen wird, aber wir brauchen diese Form der Sicherheit ganz sicher nicht. Die Sicherheit Europas läuft auf eine totale Unterordnung gegenüber den Vereinigten Staaten hinaus. Vor einigen Jahren gab es in Deutschland und Frankreich Debatten über eine vorgeschlagene „*strategische Autonomie*“ der EU und Schaffung einer EU-Armee. Ein US-Beamter für nationale Sicherheit sagte kürzlich, Europa müsse seine Träume von einer unabhängigen europäischen Armee aufgeben. Vor einigen Jahren führten solche Diskussionen zum Schluss, dass Deutschland zum Schutz seiner Sicherheit sich auf die NATO zu verlassen hätte. Polen, die baltischen Staaten und mehrere mitteleuropäische Staaten, die früher einen vernünftigen Ansatz in dieser Frage verfolgten, werden jetzt von ultraradikalen, russophoben und antieuropäischen Regierungen regiert.

Was die Unabhängigkeit Europas betrifft, so wurde über eine Aufstockung der US-Truppen für Übungen in der Nähe der Grenzen zu Russland und Weißrussland diskutiert. Als Pentagon-Chef Lloyd Austin gefragt wurde, ob die US-Truppen dauerhaft in Europa stationiert würden oder nicht, antwortete er ohne zu zögern, dass Washington noch nicht über die Art seiner militärischen Präsenz in Europa entschieden hätte. Es kam ihm nicht einmal in den Sinn zu sagen, dass Washington erst seine europäischen Verbündeten konsultieren wollte: „*Wir haben uns noch nicht entschieden.*“ Das ist ihre Antwort (der USA) auf die Frage, wie es um die Sicherheit in Europa bestellt sein wird.

Der Unionsstaat (mit Russland) hat Pläne für den militärischen Aufbau. Es gibt einen gemeinsamen Verband mit einer Land- und Luftkomponente. Die Präsidenten Russlands und Weißrusslands widmen dem Problem angesichts der ständigen Provokationen aus der

Ukraine erhöhte Aufmerksamkeit. Alle notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Bereitschaft für alle Optionen sind ergriffen. Wir werden uns auf die soliden Fähigkeiten des Unionsstaates verlassen

Nachdem Westeuropa, die NATO und die EU die enormen Risiken ihre Politik in die Sackgasse erkennen sollten, werden wir prüfen, was sie für die Verhandlungen uns anzubieten hätten.

Frage: *In diesem Monat hat die NATO gemeinsame Übungen im Atlantik und im Mittelmeer abgehalten. Daran waren Flugzeugträger aus vielen Ländern beteiligt, darunter die USS Gerald R. Ford, das Führungsschiff der US-Marine, das zum ersten Mal an den Übungen teilnahm. Welche Rolle spielen die Vereinigten Staaten bei NATO-Übungen? Welches Ziel wird mit der verstärkten militärischen Integration der USA nach Europa verfolgt? Welche Auswirkungen haben die NATO-Übungen auf die regionale Sicherheit in Europa?*

Sergej Lawrow: In den letzten zehn Jahren sind die NATO-Übungen intensiver und häufiger geworden und zielen ganz offen darauf ab, Russland einzudämmen. Sie erfinden verschiedene Legenden und Namen, um ihren antirussischen Kurs zu verschleiern. Die Übungen rücken immer näher an die russische Grenze heran; sie werden in der Ostsee und im Schwarzen Meer abgehalten, in Polen finden Bodenübungen statt, und andere Maßnahmen stehen im Widerspruch zur 1997 zwischen Russland und der NATO unterzeichneten *Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit*, in der die Grundsätze einer „robusten Partnerschaft“ besiegelt wurden. Es gelang, uns auf die „Partnerschaftsprinzipien“ zu einigen, die in der Akte festgeschrieben sind. Das Schlüsselement war die Verpflichtung der NATO, auf die zusätzliche dauerhafte Stationierung von „substantiellen Kampftruppen“ in den neuen Mitgliedstaaten zu verzichten. Dies ist eine gute politische Verpflichtung, ebenso wie die 1999 und 2010 eingegangene Verpflichtung der OSZE, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit der Nachbarn voranzutreiben. Die Russland-NATO-Grundakte enthält die Zusage, keine „substantiellen Kampftruppen“ in den neuen Mitgliedsstaaten zu stationieren. Die NATO machte dieses „Zugeständnis“ im Zusammenhang mit unserem Argument, dass sie sich entgegen den Versprechungen gegenüber der sowjetischen und russischen Führung (gegen Osten) erweitert hatten.

Russland wurde angelogen & NATO hat Grenzen 5x verschoben

Wir wurden angelogen. In der naiven Hoffnung, eine Partnerschaft mit dem Block aufrechtzuerhalten, unterzeichneten wir die Grundakte, mit der Russland die Erweiterung des Blocks förmlich akzeptierte. Im Gegenzug verpflichtete sich die NATO, keine „substantiellen Kampftruppen“ in den neuen Mitgliedstaaten des Blocks zu stationieren. Einige Zeit später schlugen wir vor, das gegenseitige Vertrauen durch die Definition des Begriffs „substantielle Kampftruppen“ zu stärken, und entwarfen eine konkrete rechtliche Vereinbarung. Das Bündnis lehnte diesen Vorschlag kategorisch ab und erklärte, es werde selbst eine Definition für „substantielle Kampftruppen“ finden, mit ihrem Versprechen sie nicht permanent zu stationieren und dem Zusatz, dass es keine regelmässigen Truppenrotationen einschliesse. Entgegen ihrer Verpflichtung verlegt die NATO unter dem formalen Vorwand einer Truppenrotation ständig erhebliche Streitkräfte. Bis vor kurzem hat sich der Block mit der Behauptung brüsten können, dass die Sicherheit Russlands oder eines anderen Staates nicht bedroht sei, da die NATO ein Verteidigungsbündnis sei, das das Hoheitsgebiet seiner Mitgliedstaaten schütze. Zumindest war in der Zeit der Sowjetunion und des Warschauer Paktes klar, gegen wen sie diese schützen wollten.

Seite E 185 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Den Warschauer Pakt und die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Seither hat die NATO ihre Verteidigungslinien fünfmal nach vorne verschoben. Mit der Ausweitung ihres Zuständigkeitsbereichs hat sich das „Verteidigungsbündnis“ weiterhin selbst geschützt, auch wenn unklar bleibt, gegen wen.

Im Juni 2022 sprachen die Teilnehmer des NATO-Gipfels in Madrid nicht mehr davon, dass NATO ein „Verteidigungsbündnis“ sei, welche das Territorium seiner Mitgliedstaaten schütze. Sie beanspruchten offen die Verantwortung für die globale Sicherheit, vor allem in der indo-pazifischen Region. Sie vertraten die Auffassung, dass „die Sicherheit der euro-atlantischen und der indo-pazifischen Region unteilbar ist“. Mit anderen Worten: Die NATO verlagert ihre Verteidigungslinien weiter nach Osten, möglicherweise bis zum Südchinesischen Meer. In Anbetracht der Rhetorik der EU, der Vereinigten Staaten, Australiens, Kanadas und Großbritanniens ist das Südchinesische Meer eine Region, in der die NATO bereitsteht, Spannungen zu schüren, wie sie es in der Ukraine getan hat.

Wir wissen, dass China solche Provokationen sehr ernst nimmt, ganz zu schweigen von Taiwan und der Meerenge von Taiwan. Wir wissen, dass das Spiel der NATO mit dem Feuer in dieser Region Risiken und Bedrohungen für Russland mit sich bringt. Die Region liegt ebenso nah an Russland wie an China.

Russland und China bauen ihre militärische Zusammenarbeit aus und halten gemeinsame Übungen ab, darunter auch Übungen zur Terrorismusbekämpfung. Vor kurzem haben wir eine gemeinsame Luftpatrouillen-Mission durchgeführt. Zum ersten Mal überhaupt landeten russische Langstreckenbomber auf chinesischen Flugplätzen und chinesische Flugzeuge in Russland. Dies ist eine Sicherheitsmaßnahme, die darauf abzielt zu zeigen, dass wir auf jede Eventualität der Ereignisse vorbereitet sind.

Versuch im indo-pazifischen explosive Situation herbeizuführen

Es ist jedem klar, dass die von den USA geführte NATO versucht, eine explosive Situation im indo-pazifischen Raum herbeizuführen, so wie sie es in Europa auch tat. Sie wollten Indien in ihre Anti-China- und Anti-Russland-Bündnisse einbeziehen, aber Indien weigerte sich, einem Bündnis beizutreten, das als militärisch-politischer Block entworfen wurde. Neu-Delhi beteiligt sich nur an wirtschaftlichen Projekten, die im Rahmen der indopazifischen Strategien angeboten werden. Daraufhin beschloss Washington, einen angelsächsischen militärisch-politischen Block, AUKUS, mit Australien und dem Vereinigten Königreich zu schaffen, und versucht, Neuseeland, Japan und Südkorea in den Block hinein zu locken.

Die Vereinigten Staaten und die EU demontieren alle Grundsätze der OSZE-Zusammenarbeit in der Ukraine und bewerben ihre unilateralen Ansätze. In größerem Maßstab zerstören sie die Organisation selbst und versuchen, sie durch alle möglichen engen, nicht inklusiven Plattformen wie die *Europäische Politische Gemeinschaft* zu ersetzen.

Der Westen versucht ebenso, die ASEAN Staatengruppe zu untergraben, eine umfassende Kooperationsplattform mit Formaten wie dem ASEAN-Regionalforum, dem Ostasiengipfel und dem Treffen der ASEAN-Verteidigungsminister, die allgemein als Rückgrat der Zusammenarbeit auf den Gebieten von Sicherheit, Wirtschaft und weiteren Belangen anerkannt ist. Der Westen tut sein Bestes, um diese Plattformen zu untergraben. Sicherheitsfragen wurden von der Tagesordnung der ASEAN gestrichen. Die Vereinigten Staaten versuchen, die Hälfte der ASEAN-Staaten für ihre Pläne zu gewinnen, und die andere Hälfte hält sich fern, weil sie sich der damit verbundenen Risiken bewusst ist.

Der zerstörerische Charakter des Vorgehens Washingtons gegen die in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum geschaffenen universellen Strukturen, die Sicherheitsfragen auf der Grundlage von Gleichheit und Interessenausgleich lösen sollen, ist offensichtlich. Die Vereinigten Staaten versuchen einen Kurs ständiger Irritationen und „Krisenherde“ zu kreieren, in der Hoffnung, dass sie davon selbst nicht betroffen wären, weil sie geographisch so weit entfernt davon sind. Je mehr Krisen die Amerikaner provozieren, desto mehr würden sich ihre Rivalen gegenseitig reduzieren.

Europa schwächt sich selbst, indem es unbesonnen den USA hinterherläuft und seine russophobe Politik und die Ukraine als Waffe im Krieg gegen Russland verwendet.

Frage: *Glauben Sie, dass es in absehbarer Zeit noch möglich sei, sich auf die Sicherheitsgarantien zu einigen, die Russland den Vereinigten Staaten und der NATO vorgeschlagen hat?*

Sergej Lawrow: Falls unsere westlichen Partner ihre Fehler einsähen und ihre Bereitschaft bekundeten, die von uns im Dezember 2021 vorgelegten Vertragsvorschläge erneut zu erörtern, würde dies einen positiven Faktor ergeben. Ich bezweifle allerdings, dass sie die Kraft und den Verstand dazu aufbringen werden, aber wenn es passierte, wären wir bereit, zum Dialog zurückzukehren

Nachdem unsere Vorschläge abgelehnt worden waren, unternahm der Westen auch eine Reihe von Schritten, die der Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Dialogs zuwiderlaufen. So versicherten die NATO-Außenminister bei einem Treffen in Rumänien, dass die Ukraine Mitglied werden würde – und daran hat sich nichts geändert. Gleichzeitig sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg, die Ukraine müsse erst den Krieg gewinnen, bevor sie in das Bündnis aufgenommen würde. Die Verantwortungslosigkeit solcher Äußerungen ist für jeden offensichtlich, der in Fragen der Politik einigermaßen beschlagen ist.

Wir waren bereit, Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit der Ukraine breiter zu diskutieren. Der Westen lehnte jedoch unsere Vorschläge im Dezember 2021 ab; die Treffen der Militärs und meine Gespräche mit US-Außenminister Antony Blinken in Genf im Januar führten zu nichts. Nach dem Beginn der speziellen Militäroperation warnten wir, dass die Behauptung, die Ukraine könne die Entscheidung über ihren NATO-Beitritt allein treffen, ein gefährliches Szenario heraufbeschwöre.

Im März dieses Jahres baten die Ukrainer um Verhandlungen. Nach mehreren Runden, die am 29. März in Istanbul stattfanden, gaben sie uns erstmals etwas „auf Papier“. Wir stimmten den in diesem Dokument enthaltenen Grundsätzen einer Regelung zu. Dazu gehörte die Gewährleistung der Sicherheit der Ukraine durch die Achtung ihres Status als blockfreier Staat (d. h. ihr Nichtbeitritt zur NATO), ihr atomwaffenfreier Status (Wolodymyr Selenskyj sollte nicht mehr erklären, dass der Verzicht auf Atomwaffen im Jahr 1994 ein Fehler gewesen wäre) und die Bereitstellung kollektiver Garantien, doch nicht durch die NATO, sondern die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats inklusive Deutschland und der Türkei. Wir haben dem zugestimmt.

US-Kuratoren unterminierten Friedenverhandlungen in Istanbul

Nach ein oder zwei Tagen sagten die amerikanischen“ Kuratoren“ zu ihren Ukrainern: „*Warum macht ihr das?*“ Es ist klar, dass die Vereinigten Staaten erwarteten, die russische Armee mit Hilfe Ukraine als Proxy zu zermürben, und die Europäer zu veranlassen ein Maximum für Waffen auszugeben, um später Ersatz aus Washington beschaffen zu lassen

und dem industriellen militärischen Komplex und US-Rüstungskonzernen Einnahmen zu beschern. Die Ukrainer hätten – so sagten die USA – ihre Bereitschaft, Sicherheitsgarantien von den Russen zu erhalten und auf dieser Grundlage eine Lösung zu finden, zu früh geäußert.

Man beschuldigte Russland ständig, Verhandlungen zu fordern, um „Zeit zu gewinnen, um Verstärkungen für die spezielle Militäroperation herbeizuschaffen“. Das ist sowohl seltsam als auch widerlich. Diese Leute lügen ganz offensichtlich. Wir haben niemals Verhandlungen angestrebt, aber wir haben immer gesagt, dass wir bereit sind, zuzuhören, wenn jemand an einer Verhandlungslösung interessiert sei. Als die Ukrainer im März dieses Jahres einen solchen Antrag stellten, kamen wir ihnen nicht nur auf halbem Wege entgegen, sondern waren auch bereit, den von ihnen vorgetragenen Grundsätzen zuzustimmen. Die ukrainische Seite durfte dies damals nicht tun, weil der Krieg denjenigen noch nicht genug Reichtümer beschert hat, die diesen betreuen und lenken – und das sind in erster Linie die Vereinigten Staaten und Briten.

Frage: *Warum ist die Minsk-Gruppe der OSZE zur Lösung des Berg-Karabach-Konflikts Ihrer Meinung nach derzeit nicht aktiv? Gibt es eine Möglichkeit, diese Tätigkeit wieder aufzunehmen?*

Sergej Lawrow: Die Minsk-Gruppe der OSZE wurde geschaffen, um Länder mit Einfluss in der Region zu vereinen, um Signale an Eriwan und Baku zu senden. Wir einigten uns auf einen gemeinsamen Vorsitz von Russland und den Vereinigten Staaten. Irgendwann erklärte Frankreich, wie so oft, dass es sich anschließen wolle. Wir beschlossen, dass Paris den dritten Co-Vorsitz übernehmen könne.

Seitdem haben die Co-Vorsitzenden mehr als ein Jahrzehnt lang positive Ergebnisse erzielt, indem sie sich mit den Führern von Armenien und Aserbaidschan zusammen oder getrennt getroffen haben. Eine der wichtigsten gemeinsamen Veranstaltungen fand Ende der 1990er Jahre in Madrid statt, wo die Madrider Grundsätze entwickelt wurden, die später von den Parteien diskutiert, aktualisiert und angepasst wurden. Zu Beginn der 2010er Jahre übernahm Russland den führenden Co-Vorsitz. Wir hielten etwa zehn trilaterale Treffen mit den Führern von Eriwan und Baku ab. An jedem dieser Treffen nahmen Vertreter der Vereinigten Staaten und Frankreichs teil.

Nach einem 44-tägigen Krieg erzielten die Seiten im September/Oktober 2020 unter unserer Vermittlung ein Waffenstillstandsabkommen. Russland unterstützt Armenien und Aserbaidschan weiterhin Verkehrsverbindungen und Wirtschaftsbeziehungen in der Region wieder freizugeben. Dies sollte der Entwicklung anderer Nachbarstaaten wie der Türkei, dem Iran und Georgien Auftrieb geben. Wir haben vereinbart, dass unser Land bei der Grenzziehung und bei der Aushandlung eines Friedensvertrags zwischen Armenien und Aserbaidschan helfen wolle. All dies war das Ergebnis von Gipfeltreffen zwischen den Präsidenten Russlands und Aserbaidschans sowie dem armenischen Premierminister

Gleichzeitig beobachteten wir krampfhaft Versuche anderer Akteure, sich in diese Prozesse „einzubeziehen“. Wir hatten damit keine Probleme.

Die einzige Veränderung, die wir bei den Kontakten mit Eriwan und Baku feststellten, war, dass der Westen nach Beginn der militärischen Sonderoperation (in der Ukraine) über Washington und Paris offiziell verkünden liess, nirgendwo und in keiner Form mit Russland zusammenarbeiten zu wollen. Dies kam einer Beendigung der Aktivitäten der Minsk-Gruppe der OSZE gleich. Unsere armenischen Kollegen erwähnen dies gelegentlich. Wir sagen

ihnen, dass es an den Vereinigten Staaten und Frankreich läge, welche erklärten die Gruppe nicht mehr einzuberufen sowie an Aserbaidshan, weil ohne diese alle Vermittlungsbemühungen sinnlos wären.

Nun versuchen die Franzosen, die Amerikaner und die Europäische Union, das Scheitern der Minsk-Gruppe zu kompensieren, indem sie sich selbst in die Vermittlungsbemühungen einschalten. Gleichzeitig versuchen sie, die von den Parteien unter russischer Beteiligung getroffenen Vereinbarungen „aufzugreifen“ und sich anzueignen. So fand beispielsweise in Brüssel eine Sitzung der Grenzziehungskommission statt. Die Armenier und Aserbaidshaner sind höfliche Leute, daher kommen sie, wenn sie eingeladen werden, aber wie kann man ohne Karten der ehemaligen Sowjetrepubliken über eine Grenzziehung diskutieren? Und die einzigen solchen Karten befinden sich im Besitz des russischen Generalstabs. Das ist schwer für mich vorzustellen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Friedensvertrag. Sie reisten nach Prag, um am *Forum der Europäischen Politischen Gemeinschaft* teilzunehmen, wo sie ein Dokument unterzeichneten, wonach der Friedensvertrag auf den festgelegten Grenzen gemäss UN-Charta und der Erklärung von Alma-Ata vom 21. Dezember 1991 basieren sollte. Damals war das Autonome Gebiet Berg-Karabach Teil der Aserbaidshanischen SSR. Armenien, Aserbaidshan, Frankreich und der Europäische Rat, vertreten durch Charles Michel, haben dies im Rahmen des oben genannten Dokuments gebilligt und die Erklärung von Alma-Ata ohne Vorbehalte anerkannt. Dies erleichtert die weitere Arbeit und löst das Problem des Status von Karabach

Nicht umsonst spricht die armenische Führung in letzter Zeit nicht so sehr über den Status, sondern über die Notwendigkeit, die Rechte der armenischen Bevölkerung in Karabach zu sichern. Baku stimmt dem zu und ist bereit, über Garantien für die gleichen Rechte zu sprechen, die andere Bürger Aserbaidshans genießen. Niemand erinnert sich mehr an die Minsk-Gruppe der OSZE. Gelegentlich sagt ein armenischer Politiker etwas, aber die Minsk-Gruppe wurde von den Franzosen und Amerikanern beerdigt. Wir hatten nichts damit zu tun.

Übersetzung aus dem Russischen: Unser Mitteleuropa

Teil II: Sergej Lawrow auf Pressekonferenz: „... EU setzt koloniale Methoden ein!“

13. 12. 2022



**Sergej Lawrow zur Presse in Moskau – Fortsetzung von Teil I:
[„... warten bis die Zurechnungsfähigen wiederkommen!“](#)**

Frage: Können Sie sich zu den kontroversen Äußerungen des armenischen Premierministers Nikol Paschinjan zum armenisch-aserbaidshianischen Friedensvertrag und zu Berg-Karabach äußern? Zuvor machte er die Ansage, dass Arzach zu Armenien gehöre – keine Diskussion. Er rief dazu auf, die Bevölkerung von Karabach an den Verhandlungstisch zwischen der armenischen und der aserbaidshianischen Seite zu bringen. Nach dem Gipfeltreffen im Oktober in Prag sagte er, Eriwan und Baku könnten ein Abkommen schließen, ohne Berg-Karabach zu erwähnen. Am 31. Oktober, unmittelbar vor dem Gipfeltreffen in Sotschi, erklärte die armenische Regierung, sie unterstütze die russischen Vorschläge für einen Friedensvertrag, der nach ihrem Verständnis eine Verschiebung der Entscheidung über den Status von Berg-Karabach „auf einen späteren Zeitpunkt“ beinhalte. Nach dem Treffen in Sotschi wurden Forderungen an Moskau gestellt, die russischen Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidshan zu bekräftigen, als ob Russland einen Rückzieher gemacht hätte.

Sergej Lawrow: Sie haben die Abfolge der Ereignisse genau beschrieben. Wir haben 2012 Vorschläge gemacht; falls diese Vorschläge angenommen worden wären, hätte man dieses Problem ein für alle Mal lösen können. Damals entstand die Idee, eine Entscheidung über den Status von Karabach „auf später“ zu verschieben. Das Konzept war einfach: Die Armenier würden die fünf aserbaidshianischen Bezirke um Karabach aufgeben und die beiden Bezirke, die Armenien mit Karabach verbinden, behalten. Die Zukunft dieser beiden

Bezirke (niemand bestritt, dass sie zu Aserbaidschan gehörten) sollte in Verbindung mit der Entscheidung über den Status von Karabach festgelegt werden. Dies war das erste Mal, dass die Idee, die Statusfrage „auf später“ (für die nächsten Generationen) zu verschieben, erwähnt wurde.

Im Herbst 2020 befand sich die Region im Krieg. Die Feindseligkeiten wurden in der Phase der Vorgespräche ausgesetzt. Es wurden trilaterale Erklärungen vorbereitet und drei trilaterale Gipfeltreffen abgehalten: zwei in Moskau und eines in Sotschi. Die Teilnehmer sprachen auch über die Notwendigkeit, einen politischen Prozess einzuleiten. Man war sich einig, dass der Status von Karabach „auf später“ verschoben werden könnte. Auf dieser Grundlage schlug Russland seine Version des Friedensvertrags vor, die den Parteien im Frühjahr übermittelt wurde. Und sie enthielt diese Klausel. Die aserbaidschanische Seite erklärte, sie sei bereit, fast alles zu unterstützen, aber die Statusfrage müsse weiter diskutiert werden.

Ende Oktober 2022 trafen wir uns in Sotschi. Wir wollten auf dieses Thema zurückkommen und herausfinden, ob unsere Partner bereit wären, auf der Grundlage eines Gentleman's Agreement zu handeln – die anderen Fragen zu lösen, aber den Status von Karabach „auf später“ verschieben zu lassen. Präsident Ilham Aliyev und Premierminister Nikol Paschinjan brachten dasselbe Dokument aus Prag mit nach Sotschi, in dem sie erklärten, dass sie einen Friedensvertrag unterzeichnen wollten, der sich an der UN-Charta und der Alma-Ata-Erklärung von 1991 über die Gründung der GUS orientiere. In dieser Erklärung heißt es eindeutig, dass die Grenzen zwischen den neuen Staaten auf den Verwaltungsgrenzen zwischen den Republiken der ehemaligen Sowjetunion beruhen sollen, wobei die Autonome Region Berg-Karabach ausdrücklich Teil der Aserbaidschanischen SSR sei. Und jetzt, nach der Unterzeichnung dieses Abkommens, verlangen unsere armenischen Kollegen von uns, die russischen Vorschläge zum Status von Karabach zu bekräftigen. Das folgt definitiv einer anderen „Praxis“, nicht jedoch den Regeln klassischer Verhandlungen.

Frage: *Papst Franziskus hat wiederholt Vermittlungsvorschläge gemacht und seine Bereitschaft bekundet, Friedensgespräche zwischen Moskau und Kiew zu vermitteln. Zugleich betont der Heilige Stuhl die Notwendigkeit langfristiger Lösungen und sinnvoller Zugeständnisse beider Seiten. Was bedeutet das für Sie, wenn es um Zugeständnisse geht? Welche Rolle könnten Italien, Frankreich und Deutschland in diesem Zusammenhang spielen? Oder hängt von diesen europäischen Ländern nichts mehr ab?*

Sergej Lawrow: Papst Franziskus hat seine Dienste schon seit einiger Zeit öffentlich angeboten. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in regelmäßigen Abständen ähnliche Erklärungen abgegeben. Sogar der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, er werde weiterhin mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sprechen. In den vergangenen zwei Wochen hat Emmanuel Macron wiederholt erklärt, er wolle mit Wladimir Putin sprechen. Das kam ziemlich unerwartet, da wir vor diesen Äußerungen keinerlei Signale über diplomatische Kanäle erhalten hatten. Die Franzosen haben die Angewohnheit, ihre Diplomatie extrem öffentlich zu machen. Wir haben erwartet, dass er anruft, falls er dies wirklich beabsichtige. Vor einigen Tagen wurde er von Reportern erneut danach gefragt, und er sagte, er werde nicht versuchen, Wladimir Putin zu kontaktieren, bevor er nach Washington gereist sei. Daraus schließen wir, dass der französische Präsident nicht nur über die Schwächung der europäischen Wettbewerbsverhältnisse sprechen wolle, sondern auch über die ukrainische Frage.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat wiederholt erklärt, dass er sowohl mit Wladimir Putin als auch mit Wolodymyr Selenskyj gesprochen hätte. Abgesehen vom Heiligen Stuhl habe ich von Italien als Land noch keine Initiativen gehört. Mein Kollege

Seite E 191 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Antonio Tajani – wir haben uns noch nicht in seiner jetzigen Funktion als (italienischer) Außenminister getroffen – schlägt einige Ideen für Lösungen vor. Aber niemand schlägt etwas Konkretes vor.

Wir haben die Vorschläge der Ukraine am 29. März ausführlich diskutiert; wir haben sie akzeptiert, aber Kiew wurde untersagt, sie umzusetzen. Sie (USA) meinten, sie müssten Russland noch mehr erschöpfen bzw. noch mehr Waffen an Europa verkaufen, damit dieses seine eigenen Waffen an die Ukraine abgeben könne.

Papst Franziskus ruft zu Gesprächen auf, aber er hat kürzlich auch eine verwirrende, sehr unchristliche Aussage gemacht. Das Oberhaupt des Vatikans bezeichnete zwei ethnische Gruppen in der Russischen Föderation als „Kategorie“, die dazu neigten, bei Feindseligkeiten Gräueltaten zu begehen. Das russische Außenministerium, die Republik Burjatien und die Tschetschenische Republik reagierten darauf. Der Vatikan stellte fest, dass sich dies nicht wiederholen werde. Es handele sich um ein Missverständnis. Solche Dinge sind nicht hilfreich; sie stärken auch nicht den Einfluss des Heiligen Stuhls.

Sie haben nach möglichen Zugeständnissen gefragt. Als wir im Dezember 2021 unsere Vorschläge formulierten (einen Entwurf für ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten und ein Abkommen mit der NATO), sind wir diese beiden Dokumente in gutem Glauben angegangen. Wir haben keine „Giftpillen“ in diesen Dokumenten platziert. Hätten wir das getan, hätte der erste Absatz verlangt, dass die NATO sich selbst aufzulösen und die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus Europa abzuziehen hätten – angefangen mit den taktischen Atomwaffen, die derzeit in Italien, Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Türkei stationiert sind. Das wäre eine „Giftpille“ gewesen.

Wir haben versucht, fair zu bleiben. Wir haben versucht, eine Lösung zu finden, die auch den Amerikanern und der NATO gerecht würde. Wir haben versucht, die aktuelle Situation mit den Augen unserer westlichen Kollegen zu betrachten. So sind diese Dokumente zustande gekommen. Sie schienen faire Vorschläge zu enthalten und stützten sich auf wiederholte Zusicherungen. Insbesondere schlugen wir eine Rückkehr zur militärischen Konfiguration von 1997 vor, als die NATO im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte vereinbart hatte, auf die Stationierung umfangreicher Kampftruppen im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu verzichten.

In Istanbul schlugen die Ukrainer eine Einigungsoption vor. Wir akzeptierten sie und machten dabei einen angemessenen Anteil an Zugeständnissen. Es ging um die Situation „vor Ort“ in diesem speziellen Moment. Man könnte weiter darüber phantasieren, wer was vorzuschlagen hätte. Ich möchte betonen, dass unsere Vorschläge vom Dezember 2021 keine Giftpillen enthielten, die abgelehnt werden sollten. Unserer Ansicht nach boten sie einen Ausgleich der Interessen.

Frage: *Wie Sie gerade in Ihren einleitenden Worten sagten, ist einer der Gründe für die Spezial Militär Operation in der Ukraine der Wunsch, die russischsprachige Bevölkerung zu schützen. Wie rechtfertigen Sie die Raketenangriffe auf die Zivilbevölkerung und Infrastruktur, die den Menschen den Zugang zu Wasser und Strom entzieht, auch im Gebiet von Cherson, das Russland als sein Territorium betrachtet?*

Sergej Lawrow: Die Stadt Stalingrad war unser Territorium. Wir haben die Deutschen so sehr geschlagen, so dass sie von dort weggelaufen sind. Das russische Verteidigungsministerium und Militärexperten (aus Russland, den USA und anderen NATO-Ländern) weisen darauf hin, dass Russlands militärische Sonderoperation von Anfang an so durchgeführt wurde, dass die negativen Folgen für die Zivilbevölkerung und die

angegriffene Infrastruktur möglichst geringgehalten würden. Es ist kein Geheimnis, dass die Infrastruktur das Kampfpotenzial der Streitkräfte der Ukraine und der nationalistischen Bataillone liefert. Die Angriffe werden mit hochpräzisen Waffen durchgeführt: Energieanlagen, von denen das Funktionieren der ukrainischen Streitkräfte abhängen, und die Lieferung einer riesigen Menge von Waffen, die der Westen in die Ukraine pumpt, um Russen zu töten, werden außer Gefecht gesetzt.

Der Westen möchte Russland auf dem Schlachtfeld besiegen

Kürzlich sagte einer der europäischen Politiker, dass es notwendig sei, Waffen zu liefern, die in der Lage sind, Objekte tief im russischen Hoheitsgebiet zu „erreichen“. Das können wir alle sehen. Wir sind nicht beeindruckt von dem Gerede, der Westen sei an einer friedlichen Lösung interessiert. Der Westen hat öffentlich verkündet, dass sie Russland nicht nur „auf dem Schlachtfeld“ besiegen, sondern als Akteur vernichten möchten. Einige halten sogar Sonderkonferenzen ab, auf denen darüber nachgedacht wird, in wie viele Teile unser Land aufgeteilt werden soll und wer welchen Teil davon kontrollieren würde.

Wir legen Energieanlagen lahm, die es ermöglichen, die Ukraine mit tödlichen Waffen zu versorgen, um Russen zu töten. Es ist nicht nötig zu sagen, dass die USA und die NATO in diesen Krieg verwickelt sind. Sie sind direkt beteiligt, nicht nur durch die Lieferung von Waffen, sondern auch durch die Ausbildung von Personal. Das militärische Personal wird im Vereinigten Königreich, in Deutschland, Italien und anderen Ländern ausgebildet. Darüber hinaus arbeiten Hunderte von westlichen Ausbildern (ihre Zahl steigt) direkt „vor Ort“ und zeigen dem ukrainischen Militär, wie man mit den gelieferten „Dingen“ umgeht. Erwähnenswert ist auch eine sehr große Zahl von Söldnern.

Nachrichtendienstliche Daten, einschließlich des gesamten zivilen Starlink-Satellitensystems, wurden genutzt, um Ziele für das ukrainische Militär zu identifizieren. Sie werden auch über andere Kanäle übermittelt. Die überwiegende Mehrheit der Ziele, welche die Nazis ukrainischer Bataillone und die Streitkräfte der Ukraine angreifen, wird von westlichen Kuratoren und ihren Regimestützen vorgegeben. Darüber müssen Sie offen schreiben: Es gibt genügend Fakten.

Wir verwenden hochpräzise Waffen zur Zerstörung von Infrastruktureinrichtungen, welche die militärischen Operationen der ukrainischen Streitkräfte begünstigen.

In den sozialen Netzwerken, wie Telegram und anderen finden Sie die Meinungen von Experten, die nicht in Worten, sondern anhand von Fakten die Unterschiede zwischen dieser Militäroperation und anderen aufzeigen, welche die Vereinigten Staaten in Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan und die Franzosen in Libyen ausführten.

Ein Mitarbeiter des Zielerfassungszentrums der Kampagne gegen Jugoslawien im Jahr 1999 berichtete, wie anlässlich eines Treffens eine Woche nach Beginn der Aggression bekannt wurde, dass alle militärischen Ziele zerstört wären, wobei zwei vom jugoslawischen Militär genutzte Brücken übrig blieben. Doch, auch Sie wurden zerstört. Sie begannen sich zu fragen, was sie noch tun könnten. Es stellte sich heraus, dass es noch Dutzende weitere zivile Brücken gab, die nicht vom Militär genutzt wurden. Auch sie wurden bombardiert. Eine Brücke wurde zerstört, als ein Personenzug sie gerade überquerte: Es war kein „Kollateralschaden,“ aber einfach nur der Angriff auf ein ziviles Objekt. Als das Gebäude und der Turm des Fernsehentrums in Belgrad bombardiert wurden, erklärte man, dass das Fernsehen Propaganda ausstrahle und die Moral der jugoslawischen Armee stütze.

Seite E 193 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Die Logik ist dieselbe wie heute in Frankreich, wo man auf Anordnung von Präsident Emmanuel Macron die Akkreditierung von Russia Today und Sputnik für eine Pressekonferenz im Elysee-Palast verweigert. Der französische Präsident hat persönlich gesagt, dass sie nicht zugelassen würden, weil es sich nicht um Massenmedien, sondern um Propagandamedien handle. Ich hoffe, dass der Westen die Hauptquartiere und Büros von Russia Today und Sputnik in Europa nicht angreifen wird, so wie er das Fernsehzentrum in Jugoslawien bombardiert hat.

Siehe Afghanistan: Ein Anschlag auf eine Menschenmenge. Anschliessend stellte sich heraus, dass 200 Menschen auf dem Weg zu einer Hochzeit waren. Russland ist nicht Vertragspartei des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Amerikaner sind es auch nicht, aber sie „animieren“ diese Organisation auf jede erdenkliche Art und Weise, um Verfahren gegen diejenigen zu eröffnen, welche die Vereinigten Staaten für schlecht ansehen.

Vor ein paar Jahren beschloss der Internationale Strafgerichtshof plötzlich zu untersuchen, was die Amerikaner in Afghanistan anrichteten und wie sie sich dort verhielten. Es gab eine große Anzahl von Berichten, dass Australier, Briten und Amerikaner Kriegsverbrechen begangen hätten. Die australische Regierung wartet immer noch auf die Nachweise von den Beteiligten, um ihre Unschuld nachzuweisen.

Als der ICC (Internationale Strafgerichtshof in Den Haag) einst nur daran dachte, ein Verfahren zur Untersuchung von US-Kriegsverbrechen in Afghanistan einzuleiten, zögerte Washington nicht, Ankläger und Richter Sanktionen anzudrohen, während der ICC das Vorkommnis unter den Teppich wischte.

Wir sind bereit, darüber zu diskutieren, wie man Kampfhandlungen unter modernen Bedingungen führen sollte. Überlassen wir das den Profis. Wir werden nicht versuchen, unhaltbare Erklärungen abzugeben, nur um dem Publikum zu gefallen, indem wir nur eine Person für alles verantwortlich machen und darüber vergessen, dass es viel ernstere Situationen gibt, die alle ignorieren, einschließlich die Medien, welche in der Russischen Föderation arbeiten oder über die Geschehnisse in Russland berichten.

Der ukrainische Staatsstreich 2014 mit Hilfe westlicher Dienste

Im Jahr 2013 gab es Unruhen auf dem Maidan, und 2014 kam es trotz der unter Vermittlung der Europäischen Union erzielten Einigung zu einem Staatsstreich. Wir hatten gewarnt, dass die dann an die Macht kamen und sich zum Ziel setzten, die Russen von der Krim zu verjagen und die russische Sprache zu verbieten, eine echte Bedrohung darstellen, und zur Räson gebracht werden müssten. Niemand hat „einen Finger gerührt“. Dann kam der Krieg und die von der Europäischen Union garantierten Minsker Vereinbarungen wurden unterschrieben, doch wieder tat niemand etwas. Weder P. A. Poroschenko noch W. A. Selenskyj machte Anstalten sie zu implementieren. Sie sagten nur, dass sie vergeblich auf Atomwaffen verzichtet hätten, dass sie die Krim zurückhaben wollten und dass sie mit der Unterzeichnung der Minsker Abkommen Zeit gekauft hätten, um Waffen zu erhalten, um alles mit militärischer Gewalt zu lösen.

Wir appellierten an Berlin, Paris und Washington, um das Kiewer Regime, welches sie kontrollieren, zur Vernunft zu bringen und unverblümte Rassisten zu zwingen davon abzulassen. Es gab keine Reaktion. Wir haben über Jahre versucht ihre Aufmerksamkeit zu gewinnen. Doch jetzt machen die Medien viel Lärm, als hätten sie nicht mitgekriegt, was in der Ukraine nach Abschluss der Minsker Vereinbarungen alles ablief, so als hätten sie alle unsere Aufrufe zur Besonnenheit niemals gehört.

Vergleichen Sie die heutige Hysterie, die Medien versuchen aufzuzwingen, mit jener zum Geschehen, als die Vereinigten Staaten den Irak bombardierten. Die Amerikaner hatten nicht jahrelang geklagt, dass englische oder Hollywood-Filme im Irak verboten wären: Sie griffen nur zu einem Reagenzglas und sagten, der Irak produziere biologische Waffen. Doch, sie bombardierten ein Land, das sie nicht bedrohte und nicht direkt an der Grenze zu den USA liegt, aber zehntausend Meilen entfernt. Sie taten es, weil sie glaubten es machen zu können. Es entspricht genau der Regel, nach der ihre Weltordnung errichtet ist. Im Fall von Russland ist es der Versuch, unsere legitimen Interessen nach internationalem Recht zu vertreten, doch nicht nach amerikanischen Vorstellungen.

Was machte Libyen falsch?

Was machte Libyen falsch? Seine Sünde war, dass einer der europäischen Führer oder einer der Nachbarn Gaddafi nicht mochte. Das Land lebte „glücklich und zufrieden“, genau wie der Irak. Bei aller Strenge unter ihren autokratischen Regimen war die wirtschaftliche und soziale Lage zu deren Zeit unvergleichbar besser. Es gab keine Millionen an Flüchtlingen aus dem Irak, Afghanistan oder Libyen nach Europa. Hatte damals jemand vergessen darüber nachzudenken? Als Kirkuk im Irak und Ar-Raqqa in Syrien dem Erdboden gleichgemacht wurden, blieben wochenlang Dutzende von Leichen liegen. Alle Überlebenden sind von dort nur weggelaufen.

Man gewinnt den Eindruck, dass die westliche Propaganda nur dann ihre Alarmglocken läuten lässt, wenn Menschen leiden, die dem Westen ihre Treue geschworen hatten. Der Westen benützt sie als Werkzeuge für seine geopolitischen und militärischen Ziele. In diesem Fall sind es die Ukrainer.

Der Westen hat im Irak, in Libyen, in Syrien oder in Afghanistan eine unermesslich höhere Zahl an Arabern bzw. Afghanen getötet. Ich kann mich nicht erinnern, dass man sich um die Zivilbevölkerungen dort grosse Sorgen gemacht hätte. Ist es so, dass es sich dort nur um Menschen der zweiten, dritten und vierten Klasse handle? Und die Ukrainer, die sich als Nachfahren der alten Römer betrachten, verdienen offenbar einen besonderen Schutz von westlichen Institutionen und Organisationen.

Ich bedauere und Sorge mich um jedes Menschenleben, vor allem wenn es durch militärische Operationen und Schäden an der zivilen Infrastruktur verloren geht. Lassen Sie uns dieses Problem ehrlich und ohne Doppelmoral angehen.

Westliche Politikwissenschaftler und Spezialisten für Kriegsführung haben viele Informationen, Statistiken und Argumente zu ihrer Verfügung: Sie wissen, wo Kriegsführung rücksichtslos und ohne Zurückhaltung geführt wird und wo Streitkräfte versuchen, sich so weit wie möglich zurückzunehmen, um Schäden an der Zivilbevölkerung und zivilen Infrastruktur so klein wie möglich zu halten.

Frage: *Russland und die Vereinigten Staaten haben die wichtigsten Ziele der Rüstungsreduzierung im Rahmen von START-3 im Jahr 2018 erreicht. Fünf Jahre sind vergangen – ist es da nicht an der Zeit für ehrgeizigere Schritte zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen? Welche Schritte erwartet Russland in dieser Beziehung von den Vereinigten Staaten, wenn überhaupt?*

Sergej Lawrow: Das ist keine Frage für mich. Es lag nicht an uns, dass es zu einer Verzögerung der Verhandlungen über mögliche neue Vereinbarungen im Bereich der Begrenzung strategischer Offensivwaffen – „post-START“ – gekommen ist. Verhandlungen haben stattgefunden. Die erste Runde fand im Juli statt, die zweite im September 2021. Die

Positionen waren diametral entgegengesetzt. Die Amerikaner wollten unseren 2018 angekündigten neuen Waffentypen – vor allem fünf Hyperschallwaffensystemen – Vorrang einräumen. Wir haben das nicht völlig zurückgewiesen. Wir stimmten zu, dass zwei dieser fünf Systeme (Sarmat und Avangard) durchaus in den bestehenden START-3-Vertrag von 2010 integriert werden könnten. Andere Systeme fielen allerdings nicht unter die in diesem Dokument festgelegten Parameter. Wir haben unsere Bereitschaft bekundet, weitere mögliche Schritte zur Rüstungskontrolle unter Berücksichtigung unserer neuen Systeme zu besprechen, unter der Annahme, dass die russische Seite von den Amerikanern ebensolche Schritte in Annäherung an ihre Positionen erwartet.

Auf der Sitzung im September 2021 konnten sich die Verhandlungsführer darauf einigen, dass die weiteren Arbeiten im Rahmen von zwei Expertengruppen durchgeführt werden: Die eine soll ermitteln, welche Waffentypen strategischer Natur sind und zur Erreichung strategischer Ziele eingesetzt werden können. Dies ist für uns eine grundsätzliche Frage. Wir haben vorgeschlagen, dass wir die Definition des Gegenstandes eines zukünftigen Vertrages systematisch angehen und nicht unter dem Gesichtspunkt, etwas Neues darin aufzunehmen. Zunächst müssen wir analysieren, was wir und die USA an wirklich strategischem Material haben, sei es nuklear oder nicht nuklear. Das amerikanische System „*Prompt Global Strike*“ ist nicht nuklear, aber es ist noch effektiver bei der Erreichung militärischer Ziele. Man muss ein Gleichgewicht halten, wenn etwas Neues auftaucht. Wir sind übereingekommen, dass sich Experten zusammensetzen und ehrlich darüber nachdenken werden, um etwas auszuarbeiten und dem entspricht, was Wladimir Putin die „*Sicherheitsgleichung*“ nennt.

Westen versucht alles, um seine Kriegsbeteiligung auszubauen

Im Jahr 2021 hat uns COVID-19 nicht daran gehindert, zwei recht nützliche Treffen abzuhalten. Aber nach dem September zeigten die Amerikaner keine Lust mehr auf eine Fortsetzung. Das war lange vor dem Beginn der militärischen Sonderoperation. Es ist schwer zu beurteilen, was die Ursache dafür war. Entgegen allen Intentionen und Absichten ist die Verantwortung Russlands und die der Vereinigten Staaten als die beiden (zu diesem Zeitpunkt) größten Atommächte nicht verschwunden. Es gibt eine gemeinsame Erklärung der Präsidenten vom Juni 2021, dass ein Atomkrieg von niemandem gewonnen werden könne, sodass man ihn auch nicht entfesseln dürfe. Es gibt eine entsprechende ähnliche Erklärung der Führungen der fünf Atomwaffenstaaten. Ich habe wiederholt gesagt, dass wir bereit sind, noch weiter zu gehen, um zu sagen, dass es nicht nur unmöglich sein soll, einen Atomkrieg zu starten, sondern dass jeder Krieg zwischen Atommächten inakzeptabel wäre. Selbst wenn jemand versucht, ihn mit konventionellen Mitteln zu beginnen, besteht die enorme Gefahr, dass ein solcher Krieg sich zu einem Atomkrieg ausweitet. Daher beobachten wir mit Sorge die Rhetorik des Westens, die Russland beschuldigt, eine Art Provokation mit Massenvernichtungswaffen vorzubereiten. Gleichzeitig unternimmt der Westen selbst, einschließlich der drei Atommächte USA, Großbritannien und Frankreich, alles, um ihre nahezu direkte Beteiligung an dem Krieg, der mit den Händen von Ukrainern gegen Russland geführt wird, auszubauen. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

Frage: *Europäische Sicherheit bedeutet auch Energiesicherheit. In Europa gibt es jetzt eine Diskussion über die Preisobergrenze für russisches Öl. Die Position Russlands ist bekannt. Wenn wir davon ausgehen, dass der Preis hoch genug angesetzt würde (es gibt verschiedene Zahlen – 30, 60 Dollar pro Barrel). Was würde in dem Fall passieren, wenn der Preis auf dem Marktniveau läge? Wird sich Russland weigern, Energieressourcen an Länder zu liefern, die einem solchen Mechanismus folgen würden? Wie sehr spielt der Preis eine Rolle?*

Sergej Lawrow: Unsere Position wurde vom russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexander Novak, der für den Energiesektor zuständig ist, dargelegt. Ich wiederhole: Wir werden kein Öl an die Länder liefern, die mit „*Diktatoren gemeinsame Sache*“ machten: Dass diejenigen, die jahrzehntelang die Freiheit des Marktes, fairen Wettbewerb, die Unzulässigkeit von Verletzungen des Privateigentums und Unschuldsvermutung verteidigten, nun dem Markt die Preise diktieren, ist eine interessante Entwicklung. Unter anderem sendet es eine starke langfristige Botschaft an alle Staaten, dass sie darüber nachdenken müssen, wie sie sich vom Westen und den aufgezwungenen Instrumenten seines Globalisierungssystems lösen könnten.

China wird zur (nächsten) Zielscheibe

Russland wird nicht mehr „*erwünscht*“. China wird zur Zielscheibe von Sanktionen und verboten, Waren zu verkaufen und kaufen, die den Amerikanern zum Wettbewerbsvorteil dienen. Jeder kann der Nächste sein. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Saat für einen langfristigen Prozess der Neuformatierung globaler Mechanismen jetzt gelegt wird. Wenn man bedenkt, welche Tricks die Europäische Union anwendet, gibt es kein Vertrauen, weder in den Dollar noch in den Euro, der ebenso droht für Betrügereien verwendet zu werden. Die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, versuchte, die Gesetze zu rechtfertigen, die erlassen werden müssten, um dem russischen Staat und seinen Bürgern ihr Geld zu stehlen. In der EU gibt es eine Tendenz, auf koloniale Methoden zurückzugreifen und auf Kosten anderer zu leben. Amerika lebt auf Kosten von Europa. So möchte auch Europa auf Kosten anderer leben. Sie suchen gerade nach einem Opfer und wollen es auf unsere Kosten tun.

Ich bin sicher, dass wir unser Prinzip nicht aufgeben werden. Es geht heute nicht darum, mehr Einnahmen für unser Öl zu generieren, sondern ein System aufzubauen, das unabhängig von diesen neokolonialen Methoden ist. Wir tun dies mit unseren BRICS-Kollegen (und mit einem Dutzend Ländern, die sich eng mit den BRICS-Staaten abstimmen), in der SCO (Shanghai Cooperation Organization), der EAEU (Eurasian Economic Union) und in den bilateralen Beziehungen mit China, Iran, Indien und anderen Ländern.

Es interessiert uns nicht, wo genau besagte „Preisobergrenze“ zu liegen kommt. Wir werden direkt mit unseren Partnern verhandeln. Sie werden sich nicht nach besagten „Vorgaben“ richten oder denjenigen Garantien abgeben, die diese „Vorgaben“ unrechtmäßig einführten. Wenn wir mit China, Indien, der Türkei und anderen Großabnehmern verhandeln, geht es immer auch um einen Interessenausgleich in Bezug auf Zeitpunkt, Menge und Preis. Dies sollte auf gegenseitiger Basis zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher entschieden werden und nicht von irgendeinem „Onkel“, der beschlossen hat, jemanden zu bestrafen.

Frage: *In Ihren einleitenden Bemerkungen und Antworten auf Fragen sprachen Sie ausführlich über die Position Russlands zur europäischen Sicherheit. Wir haben schon vor einem Jahr davon gehört. Wie schätzen Sie als russischer Außenminister die Wahrscheinlichkeit eines Treffens zwischen den Präsidenten Wladimir Putin mit John Kerry oder Joe Biden im nächsten Jahr oder ein Treffen von Ihnen mit US-Außenminister Eric Blinken ein? Scheinen hochrangige Treffen in naher Zukunft überhaupt noch möglich?*

Sergej Lawrow: Die heutigen Einschätzungen zum Stand der europäischen Sicherheit decken sich nahezu mit dem, was wir in den Jahren 2020 und 2021 gesagt haben. Dies unterstreicht nur die Konsistenz unserer Position, die Langfristigkeit der Euro-Sicherheitskrisen und die mangelnde Bereitschaft des Westens, unsere Worte aufzunehmen.

Seite E 197 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Es gilt der Grundsatz, dass, wenn die kollektive Sicherheit „*nicht funktioniert*“, sich jeder unabhängig um seine eigene Sicherheit zu kümmern hat. Die von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten Ukraine ausgehende Bedrohung für Russland ist real und existenziell. Erinnern Sie sich an den Landsmann unserer polnischen Nachbarn, Z. Brzezinski, der 1994 sagte, dass alles getan werden müsse, um die Ukraine von Russland zu trennen, denn Russland mit der Ukraine sei ein Imperium, und Russland ohne die Ukraine sei ein regionaler Akteur. Im Jahr 1994 hatten wir ausgezeichnete Beziehungen zu den Amerikanern. Aber auch damals wollte niemand, dass Russland unabhängig bzw. nicht einmal beschränkt unabhängig werde. So ist das alles angewachsen und hat sich angehäuft.

Ich habe das Beispiel des Irak genannt. Die USA wollten ihnen an einem Tag sagen, dass es im Irak Massenvernichtungswaffen gäbe, um am nächsten Morgen loszuschlagen und mit den Bombardierungen zu beginnen. Es stellte sich heraus, dass auch dort nichts zu finden war. Daraufhin sagte T. Blair, dass „sie einen Fehler gemacht haben“ – so etwas passiert kann jedem passieren. Hunderttausende von Menschen wurden begraben. Das Land lebte zuvor normal und hatte keine besonderen sozio-ökonomischen Probleme. Es wurde einfach zerstört. Jetzt wird das Land aus seinen Fragmenten wieder zusammengebaut, genau wie mit Libyen. Und das alles ist 10.000 Meilen entfernt von den USA, jenseits des Ozeans. Doch, sie können sich alles leisten. Gleichzeitig verkünden sie, dass es sich um ganz andere Dinge handele: Sie sagen, sie kämpften für Demokratie. Deshalb dürfen sie bis zu einer Million Menschen töten, was sie auch taten. Wo ist die Demokratie in Afghanistan? Im Irak? In Libyen? Der Terrorismus ist überall aufgeblüht. Und in Europa gibt es Millionen ansonsten vermeidbarer Flüchtlinge.

Im Fall der Ukraine sind wir nicht ohne Grund „aufgestanden“. Es ist nicht so, dass wir V. A. Selenskyj nicht mochten, weil er aufhörte, KVN (Club der Lustigen & Innovativen) zu spielen oder sein Studio Kwartal-95 zu betreiben. Darum sind wir nicht gegen die Ukraine „*in den Krieg gezogen*“. Das ist nicht der Fall. Wir haben sie schon seit Jahren gewarnt. Doch nichts ist passiert.

Wir wollen erst einmal verstehen, wer was zu bieten hat. Sie fragten nach den Kontakten zwischen Wladimir Putin mit John Kerry & Joe Biden. Wir haben schon oft gesagt (auch der russische Präsident), dass wir vor Kontakten niemals zurückschrecken. Als der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz kommen wollte, sagten wir, bitte sehr. Als der französische Präsident Emmanuel Macron kommen wollte – sagten wir, bitte sehr. Wollten Sie ein Telefonat führen? Jeder, der um ein Telefongespräch ansuchte, bekam diese Gelegenheit ohne zeitliche Begrenzung. Unser Präsident kommuniziert mit allen. Doch, wir durften bisher noch keine sinnvollen Ideen erfahren.

Die amerikanischen Kollegen schlugen ein Treffen zwischen W. Burns (Chef CIA) und S. Naryshkin (Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes) vor. Wir waren einverstanden. Zudem hatten uns die Amerikaner selbst dutzende Mal versichert, dass dies ein absolut vertraulicher Kanal wäre. Wir sollten es nicht ankündigen, damit niemand etwas erfahren würde. Es müsse ein seriöser Kanal sein, immun gegenüber Propaganda-Informationen-Intrigen von aussen. Wir waren einverstanden. Aber sobald sie in Ankara ankamen, „sickerte“ sofort etwas durch. Ich weiß nicht, woher: Aus dem Weißen Haus, aus dem Außenministerium? So war dann auch der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Moskau, Elisabeth Rood, gezwungen zu sprechen und sagte, dass sie diesen vertraulichen Kanal aufrecht halten wollten. Sergey Naryshkin hatte sich auch zu melden, um zu erklären, welche Agenda besprochen wurde: nukleare Sicherheit, strategische Stabilität, über das Kiewer Regime und die Situation in der Ukraine im Allgemeinen.

Die Amerikaner und andere Länder sagen, dass sie nicht über die Ukraine ohne die Ukraine sprechen wollten. Erstens diskutiert die NATO über die Ukraine ohne die Ukraine, wenn immer ukrainische Delegierte nicht eingeladen wurden, und zweitens ist jedem sonnenklar, dass es heute unmöglich ist, über strategische Stabilität zu diskutieren, falls man alles ignorierte, was in der Ukraine passiert. Das Ziel besteht nicht darin, die ukrainische Demokratie zu retten, sondern Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen oder gar zu vernichten. Wie kann ein solches Ziel nicht wichtig für die strategische Stabilität sein? Wenn sie einen der wichtigsten Akteure auf dem Gebiet der strategischen Stabilität zerstören wollen. Gleichzeitig wird uns gesagt, dass die Ukraine mit den Ukrainern besprochen werden sollte, und zwar dann, wenn die Ukrainer es wollen. So werden in der Zwischenzeit Gespräche über Atomwaffen und strategische Stabilität besprochen? Das ist ein naiver Ansatz, um es gelinde auszudrücken.

Wenn es Vorschläge des US-Präsidenten und anderer Mitglieder der Administration geben sollte, gingen wir keinem Gespräch aus dem Weg. E. Blinken hat vor längerer Zeit einmal angerufen. Schon damals war er stets besorgt über die amerikanischen Staatsbürger, die hier verurteilt wären und im Gefängnis säßen. Obwohl er genau weiß, dass die Präsidenten im Juni 2021 in Genf vereinbart hatten, einen ganz eigenen Kanal dafür zu schaffen, einen Kanal zwischen den Sonderdiensten, um dieses Thema zu behandeln. Dies funktioniert und ich hoffe, dass einige Ergebnisse erzielt werden können. Wir hatten keine Kontakte mit E. Blinken zu allgemeinen politischen Fragen. Soweit ich weiß, findet in Washington eine „Arbeitsteilung“ statt. Die Einrichtung von Jack Sullivan will etwas tun. Das Außenministerium will etwas anderes tun. Wir gehen nicht auf die Verwicklungen ein, die es in der amerikanischen bürokratischen Maschinerie geben kann. Das müssen der Präsident und die betroffenen Verantwortlichen unter sich regeln.

Frage: *Sie haben bereits das Treffen des Nordatlantikrats erwähnt, dass vorgestern in Rumänien zu Ende ging. Viele haben sich daran erinnert, dass US-Präsident George W. Bush damals in Bukarest erstmals Georgien und die Ukraine als Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses vorgeschlagen hat.*

Ich möchte Sie bitten, sich nicht so sehr zu diesem Thema zu sprechen, aber zu der Erklärung von Außenminister Eric Blinken, der erklärte, dass die Infrastruktur der NATO in der Region vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee ausgebaut werden müsse. Was bedeutet das für Russland? Wie gedenkt Moskau darauf reagieren?

Sergej Lawrow: Was diese Erklärung betrifft, so wurde sie parallel zu der Erklärung von Präsident Stoltenberg abgegeben, der sagte, dass es für den Frieden in der Ukraine notwendig sei, das Kiewer Regime weiterhin mit Waffen voll zu pumpen. Ein schizophrener Ansatz: Wenn man Frieden will, bereitet man sich auf den Krieg vor. Nur hier bereiten Sie sich nicht auf den Krieg vor, doch weil Sie vorgeben den Frieden zu wollen, kämpfen Sie bis zum Ende – das ist die Logik.

1. Blinkens Worte sind bezeichnend für die Frage, wer jetzt in der NATO „die Musik“ angibt. Die Idee der Drei-Meere (-Initiative) – ein Kordon gegen die Russische Föderation zu errichten (vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee) – kam ursprünglich von den Polen, wurde von den Balten aktiv unterstützt und mehrere Jahre lang als Konzept zur „Wiederbelebung“ polnischer Größe propagiert. Sie begannen, es schon vor der speziellen Militäroperation zu verfolgen, doch wurden im Anschluss nur noch aktiver. Die Tatsache, dass E. Blinken diese Logik nun aufgegriffen hat, ist sehr bezeichnend. Das bedeutet, dass die Amerikaner zur weiteren Entwicklung des Nordatlantikbündnisses auf Länder wie Polen und die baltischen Staaten setzen, welche russophobe und rassistische Positionen am stärksten vertreten. Und Länder

wie Deutschland und Frankreich bleiben dabei auf der Strecke. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass das vom französischen Präsidenten propagierte „*Konzept der strategischen Autonomie*“ eindeutig nicht mit den amerikanischen Überlegungen „*im Einklang*“ steht. Die Amerikaner sind der Meinung, dass es in der Europäischen Union keine „*strategische Autonomie*“ brauche. Sie wollen selbst entscheiden, wie die EU ihre Sicherheit nach amerikanischem Muster einzurichten hätte. Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel beklagte kürzlich in einem Interview, dass sie nach dem Gipfeltreffen mit Biden und Wladimir Putin im Juni 2021 in Genf den EU-Russland-Gipfel gemeinsam mit Emmanuel Macron abhalten wollte. Das wurde ihr untersagt. Wer kann Deutschland und Frankreich verbieten, sich unter normalen Umständen untereinander zu treffen? Es geschah über die Polen und Balten, die diesen Kordon, das Konzept der Drei-Meere (-Initiative), verfolgten. Dies ist ein sehr wichtiges Zeichen.

Übrigens, was den Einfluss der Europäischen Union angeht: Die EU garantierte im Februar 2014, dass es eine Einigung zwischen Viktor Janukowitsch und der Opposition geben würde. Sie haben das entsprechende Papier unterzeichnet. Es beginnt mit den Worten „*Bildung einer Regierung nationalen Einvernehmens*“ und dem „*Abhalten vorgezogener Wahlen*“. Der russische Präsident Wladimir Putin hat das schon oft erwähnt. Hätten sie, wie vereinbart, vorgezogene Wahlen abgehalten, hätte Viktor Janukowitsch sie niemals gewonnen. Dieselben Oppositionellen, die am nächsten Morgen den Staatsstreich durchführten, wären an die Macht gekommen. Ich weiß nicht, wohin sie gegangen wären. Sie hätten das von Deutschland, Frankreich und Polen garantierte Dokument erfüllt. Es hätte kein Krim-Referendum gegeben und keine der anderen Entwicklungen. Niemand würde sich gegen diese Leute aufgelehnt haben. Denn es bestand eine Vereinbarung zur Durchführung von Wahlen.

Aber dies wäre ohne einen amerikanischen „*Beitrag*“ niemals geschehen. Alles, worüber wir hier sprechen, geschah im Februar 2014. Der Maidan wurde beendet, eine Vereinbarung zur Beilegung des Konflikts wurde unterzeichnet, und die EU-Länder traten als Garanten auf. Drei Wochen zuvor hatte Nuland, die damals für den postsowjetischen Raum zuständig war, die Zusammensetzung der neuen ukrainischen Regierung mit dem US-Botschafter in der Ukraine telefonisch koordiniert, offenbar in der Erwartung, dass besagter Umsturz bald stattfinden würde. Sie nannte mehrere Namen, doch der US-Botschafter in der Ukraine teilte ihr mit, dass die Europäische Union keinen einzigen der Kandidaten wirklich mochte. Sie werden sich erinnern, was sie sagte bzw. mit der Europäischen Union zu tun sei. Ein Wort mit vier Buchstaben.

Dieselbe Einstellung hat sich seither in der EU so durchgesetzt: Zuerst interessierten sie sich nicht für ihre Garantien zu den Vereinbarungen zwischen W. F. Janukowitsch und der Opposition, die unter die Räder kamen. Dann war es ihnen egal, ob die Europäische Union, vertreten durch Deutschland und Frankreich, die Minsker Vereinbarungen realisierten, die einen direkten Dialog zwischen Kiew, Donezk und Lugansk zur Gewährung eines Sonderstatus für diese Gebiete und die Beibehaltung der russischen Sprache garantierten. 2019 luden die Franzosen und Deutschen den neuen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj erneut nach Paris ein. Es war ein Treffen im Normandie-Format. Erneut hat W. A. Selenskyj zugesagt, dass er mit Donezk und Lugansk über deren Sonderstatus verhandeln und diesen dauerhaft festmachen wollte. Aber er hat dazu wieder nichts unternommen. Die Europäische Union ist für ihre Vermittlungsbemühungen einmal mehr gohrfeigt worden.

Im Jahr 2018 sagte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Frau Mogherini, dass, wenn die EU in der Region (gemeint war der Balkan) sei, es keinen Platz

für andere gäbe. Sie sagen, dass die Russen auf dem Balkan nichts zu suchen hätten und dass die Kontakte der Russen mit Serbien und anderen Balkanländern vollständig zu unterbleiben hätten.

Im Jahr 2013 vermittelte die Europäische Union zwischen Belgrad und Pristina (Hauptstadt vom Kosovo). Die Regierungschefs von Serbien und Pristina wurden nach Brüssel geladen. Dort unterzeichneten sie ein Dokument zur Gründung einer Gemeinschaft der serbischen Gemeinden im Kosovo. Tatsache ist, dass es im Kosovo viele serbische Enklaven gibt. Neben dem nördlichen Teil dieser Region, in dem hauptsächlich Serben leben, gibt es auch eine Reihe von Enklaven im übrigen Gebiet. Sie werden von der albanischen Mehrheit schwer diskriminiert und schikaniert, sowohl in Bezug auf ihre Sprache, Unterricht in serbischer Sprache, Medienvielfalt wie auch Ausübung religiöser Riten der serbisch-orthodoxen Kirche. Alle Seiten kamen überein, eine Gemeinschaft serbischer Gemeinden im Kosovo zuzulassen. Doch bislang möchte niemand etwas tun. Um genau zu sein: Die Europäische Union hat bereits verstanden, dass die Albaner in Pristina – sie haben dies öffentlich erklärt – diese Vereinbarung niemals erfüllen wollen. Die EU hat ihrer Ohnmacht völlig ergeben. Nun hat dies auf Frankreich und Deutschland „abgefärbt“ (entschuldigen Sie diese Beschreibung), die nunmehr eine neue „Initiative“ verfolgen. Sie sieht keinerlei Rechte für die Serben im Kosovo vor. Sie fordern lediglich, dass Belgrad, falls es die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennen wollte, die Tatsache akzeptieren müsste, dass der Kosovo trotz solcher einer Nichtanerkennung internationalen Organisationen beitreten würde, einschließlich der UNO, dem Europarat und mehr.

Dieses Dokument über die Gemeinschaft der serbischen Gemeinden im Kosovo erfuhr genau das Gleiche wie die Minsker Vereinbarungen. Nur im Fall des Kosovo ging es um die Rechte der Serben, und in den Minsker Vereinbarungen um die Rechte der Russen im Donbass. Und diese Rechte wurden in beiden Fällen gleichermaßen festgeschrieben: Auf die Muttersprache, Bildung, das Recht, eigene Strafverfolgungsstrukturen (lokale Polizei) zu schaffen, sowohl in den serbischen Regionen des Kosovo als auch in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk, sowie das Wahlrecht bei der Ernennung von Richtern und Staatsanwälten. Dazu auch das Recht auf Erleichterung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Nachbarregionen, für die Kosovo-Serben – mit Serbien, und für den Donbass – mit der Russischen Föderation. Das Gleiche, eins zu eins – hier wie dort.

Die Europäische Union zerstört sich selbst

Die Europäische Union hat ihre völlige Handlungsunfähigkeit unterschrieben. Diese Tendenzen zur Schwächung der EU werden einerseits von den Amerikanern in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht aktiv ausgenutzt, und in politischer, geopolitischer und diplomatischer Hinsicht tut die Europäische Union von sich aus alles, um ihre Rolle weiter zu minimieren.

Frage: *Die Situation in der Welt verschlechtert sich. Es zeigt sich, dass je mehr wir über Sicherheit reden, desto weiter entfernt sie sich von uns. Was stimmt Sie optimistisch? Worauf gründet sich Optimismus in dieser Situation? Glauben Sie, dass es möglich ist, den Frieden zu wahren und den schlimmsten Fall zu verhindern?*

Sergej Lawrow: Wissen Sie, ich und alle meine engsten Mitarbeiter in unserem Ministerium sowie die Kollegen aus anderen Abteilungen und Gremien (die Präsidialverwaltung, der Regierungsapparat) sind es gewohnt, nicht über „Erfolg oder Misserfolg“ zu philosophieren. Alle die nicht handeln, erzielen auch keine Ergebnisse. Wann immer wir ein Problem sehen, bemühen wir uns, es zu lösen, und setzen unsere äusserste Kraft dafür ein. Ob es funktionieren könnte oder nicht – darüber würden später nachdenken, nachdem wir gesehen

hatten, was wir erreichten. Das Ergebnis ist nicht immer zufriedenstellend. Aber in der Regel ist es so, dass man sich Mühe gibt und kreativ an die Sache herangeht, sich immer bemüht, nicht nur seine eigenen Ansätze zu verfolgen, sondern auch seinem Partner zuzuhören und zu verstehen, wie aufrichtig dieser Partner ist, wie sehr er einseitige Zugeständnisse erhalten will, oder ob er wirklich bereit ist, ehrlich zu sein, wie es in der UN-Charta steht und auf der Grundlage der Gleichheit unter souveränen Staaten, oder, wie es in den OSZE-Dokumenten steht, Kompromisse im Konsens zu suchen. Wenn Sie Ihren Partner verstehen (es gibt keinen Ersatz für eine persönliche Kommunikation, da man online nur schwer zu verstehen ist) und auch dieser einen Kompromiss anstrebt – dann ist das Ergebnis erreicht.

Ich werde Ihnen ein Beispiel geben. Als John Kerry Außenminister der Vereinigten Staaten war, haben wir mit Kerry mehr, öfter und länger gesprochen als mit jedem anderen unserer Partner, einschließlich unserer engsten Nachbarn. Wir haben uns mehr als 50 Mal im Jahr getroffen oder miteinander telefoniert. Kerry ist ein Mensch, der wirklich an Ergebnissen interessiert ist. Er ist bereit zu akzeptieren, dass die Ergebnisse nicht einseitig, pro-amerikanisch, sondern ausgewogen sind und uns hilft, Probleme gemeinsam zu lösen.

Diese Haltung spürte ich, als wir uns im April 2014 in Wien trafen, unmittelbar nach dem Referendum über die Unabhängigkeit der Krim und dem Anschluss an Russland. Mit dabei waren auch die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die Britin K. Ashton, und der amtierende Leiter des außenpolitischen Dienstes der Kiewer „Putschisten“ Andrij Deschtschyzja. Wir vier setzten uns zusammen und einigten uns auf ein Papier, das den Zusicherungen der ukrainischen Behörden vom April 2014 Rechnung trug und das Problem der Ukraine auf der Grundlage von Föderalisierung und Dezentralisierung zu lösen hatte. Dann wurde geschrieben, dass dieser Prozess unter Beteiligung aller Regionen und Oblaste der Ukraine eingeleitet werden soll. Mir schien, dass auch John Kerry diesen Ansatz befürwortete. Er war sich sehr wohl bewusst, dass ohne einen solchen breit angelegten Dialog der Versuch, die Konzepte und Werte des westlichen Teils des ukrainischen Volkes dem Rest aufzuzwingen (es war offensichtlich, dass dieser Coup von Westlern durchgeführt wurde), eine Katastrophe wäre. Leider geriet dieses Konzept dann in Vergessenheit. Offensichtlich gab es im US-Außenministerium noch einige andere „Kuratoren“, die in eine andere ukrainische Richtung dachten. Aber wir haben mit John Kerry positive Ergebnisse erzielt.

Im Jahr 2013 konnten wir im Namen von Barack Obama und Wladimir Putin in Rekordzeit eine Einigung über den Beitritt Syriens zur Chemiewaffenkonvention erzielen. Dadurch konnte der bevorstehende amerikanische Angriff auf Syrien verhindert werden.

Danach, 2015, hatten wir ein Treffen mit John Kerry und waren in einen Verhandlungsprozess über Syrien involviert, der zu einer Einigung führte, die damals völlig undenkbar war, und heute erst recht. Danach folgte die Stationierung unseres Militärs dorthin und die Amerikaner drangen in den Osten Syriens ein. Russische und amerikanische Militärangehörige verpflichteten sich, den Terrorismus gemeinsam zu bekämpfen. Wenn wir oder sie (die Russen und Amerikaner) das zu zerstörende Ziel bestimmten, würden wir es nur im Einvernehmen mit der anderen Seite zerstören. Das hiess, wir müssten unsere Angriffe mit den Amerikanern koordinieren, und die Amerikaner müssten ihre Angriffe mit uns koordinieren. In diesem Sinne waren die Streitkräfte der Arabischen Republik Syrien bereit, ihre Kampfflugzeuge nicht mehr einzusetzen. Das war alles abgesprochen. Nur hat John Kerry gesagt, er müsse sich noch eine Woche lang mit jemandem beraten. Diese Abmachung hat leider nicht geklappt.

Seite E 202 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Sie müssen die Verhandlungen nicht mit der Aufgabe beginnen, die Gegenüber zu zerdrücken, sondern mit dem Ziel, durch einen respektvollen Dialog ein Ergebnis zu erzielen.

Da Sie unsere Landsleute vertreten, möchte ich unsere Solidarität mit all jenen zum Ausdruck bringen, die auch im Ausland lebend weiterhin mit der Russischen Föderation und ihrer Heimat sich verbunden fühlen, die ihre Sprache schützen, ihre Kinder und Enkelkinder in ihrer eigenen Sprache erziehen und versuchen, die gegenseitige Durchdringung der Kulturen zu fördern. Die Diaspora ist immer ein Träger von Kultur. Und so wie die Deutschen und Italiener in Russland jahrhundertlang gelebt haben und weiter dort leben, so tragen die Russen heute im modernen Europa unsere Kultur und bereichern die Länder, in denen sie sich durch den Willen des Schicksals wiedergefunden haben.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich kürzlich zu dieser Situation geäußert. Man kann eine Kultur nicht abschaffen. Sie entzieht sich der Kontrolle irgendwelcher Borrells und anderer Bürokraten, die versuchen, russophobe Stimmungen zu schüren, die einfache Bevölkerung „aufzuhetzen“, Russen zu diskriminieren, bis hin zu Aushängen in Restaurants, um keine Russen zu bedienen oder auch nur ein Gespräch in russischer Sprache in irgendeiner osteuropäischen Stadt, was ggf. einen Vorfall auslösen könnte.

Wir verstehen den Druck, dem die Organisationen unserer Landsleute im Ausland ausgesetzt sind. In den Vereinigten Staaten werden sie von Vertretern des FBI aufgesucht und aufgefordert zu erklären, was sie tun und was diese „*Organisationen russischer Landsleute*“ wären, und vieles mehr, bis hin zu Versuchen der Strafverfolgung. Umso erfreulicher ist es, dass unsere Landsleute ihrer Entscheidung treu bleiben.

Wir arbeiten weiterhin über die Regierungskommission für die Angelegenheiten der Landsleute im Ausland. Im Jahr 2021 werden wir den nächsten *VII. Weltkongress russischer Landsleute* ausrichten, an dem auch der russische Präsident teilnehmen wird. In diesem Jahr wurde eine thematische Konferenz zu der Frage abgehalten, wie wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation unsere Landsleute nützen kann und wie sie die Zusammenarbeit in den Ländern, in denen sie leben, entwickeln können. An dieser Konferenz nehmen russischstämmige Geschäftsleute aus mehr als 80 Ländern teil.

Es werden regionale Veranstaltungen abgehalten. In diesem Jahr wurden sie für die Länder Europas, Afrikas, des Nahen Ostens, Amerikas, des Pazifiks und Asiens abgehalten. Vertreter von Landsleuten aus diesen Ländern kommen zusammen und halten ihre eigenen regionalen Veranstaltungen ab.

Auch in diesem Jahr fand ein wichtiges Ereignis statt – die internationale Konferenz „*Konsolidierung von Frauenverbänden und ihre Rolle in modernen gesellschaftlichen Prozessen*“. Dort wurde beschlossen, einen Weltverband der russischsprachigen Frauen zu gründen. Ich hoffe, dass die russischsprachigen Männer sie dabei in jeder erdenklichen Weise unterstützen werden.

Ich zweifle nicht daran, dass alle Bürger der westlichen Länder, in denen sich die russische Diaspora niedergelassen hat, sehr wohl wissen, wie positiv und bereit diese Gruppe von Menschen ist, sowohl in geschäftlichen Angelegenheiten als auch auf persönlichen Bereichen zusammenzuarbeiten.

Übersetzung aus dem Russischen: Unser Mitteleuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte!

Keine Berichte!

Frankreich (Seiten E 205 - E 206)

01) Migranten: Frankreich, vom EGMR verurteilt. Skandalös

12. 12. 2022



Symbolbild · Foto: STA / Nebojša Tejić

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), die höchste Instanz in der Hierarchie der Rechtsnormen, hat ein ziemlich hartes Urteil für die französische Regierung gefällt. Am Donnerstag, den 8. Dezember, verurteilte er unser Land, weil es im Jahr 2018 mehrere Migrantenfamilien nicht in Sicherheit gebracht hatte, obwohl Gerichtsurteile in ihrem Sinne ausgefallen waren. Drei Familien (zwei aus dem Kongo und eine aus Georgien) waren 2018 in Frankreich angekommen und hatten vom Verwaltungsgericht eine Entscheidung erwirkt, die die Präfektur des Departements Haute-Garonne dazu verpflichtete, sie unterzubringen. Diese Entscheidung blieb jedoch ohne Wirkung. Nun ist Frankreich also gezwungen, dem Urteil nachzukommen und jeder dieser Familien zusätzlich 5.000 Euro zu zahlen. Ein bescheidener Grund zur Freude: In einem Urteil vom 8. Dezember 2022 wurde Frankreich in einem anderen Fall, in dem es um die Räumung illegaler Roma-Siedlungen in einem Pariser Vorort ging, nicht verurteilt.

Ein Grund zur Freude? Nicht wirklich, um genau zu sein. Die Frage ist letztlich nicht so sehr, ob Frankreich schuldig ist oder nicht, weil es diese drei Familien nicht untergebracht hat, schuldig ist oder nicht, weil es Roma-Lager geräumt hat. Die Frage, die wahre Frage, ist die nach der Hierarchie der Normen. Es ist uns nämlich egal, ob Frankreich in den Augen des EGMR dies oder jenes hätte tun, dieses oder jenes Lager hätte räumen sollen oder nicht – denn es sollte uns egal sein, was der EGMR über unsere Innenpolitik denkt. Die Richter des EGMR handeln im Namen eines körperlosen Gebildes, des Europarats, einer Instanz, die nicht mit der Europäischen Union zu verwechseln ist, die 1949 gegründet wurde und heute 46 Länder umfasst, darunter ... die Türkei und Aserbaidschan, auf der Grundlage angeblich universeller Werte.

Es sollte uns empören, dass ein supranationales Gericht urteilt, dass der französische Steuerzahler durch die Hand der Regierung 15.000 Euro an drei illegale Familien zahlen muss, denen ein an sich schon versagendes französisches Gericht Asyl gewährt hat, obwohl mindestens zwei von ihnen (die kongolesischen Familien) nicht aus einem Land stammen, in dem Krieg herrscht. Und es sollte uns nicht beruhigen, dass die Räumung von Roma, die Privatgrundstücke besetzen, vom selben Gericht bestätigt wurde. In Wirklichkeit erstickt Frankreich daran, dass es den größten Teil, wenn nicht sogar fast alle seine hoheitlichen Befugnisse an völlig abgehobene supranationale Instanzen delegiert hat, die ihm Normen und Gesetze aufzwingen. Die hoheitlichen Privilegien, die Privilegien der Könige (das sage nicht ich, sondern die Etymologie), waren nicht zahlreich, aber entscheidend: Münzen prägen, seine Grenzen verteidigen, seine Bürger schützen, Recht sprechen, über den Haushalt entscheiden. Der Euro, die Anordnungen der UNO oder von NGOs, die Verhinderung von Polizeikräften, rote Richter und obligatorische Haushaltsfilter (EU, NATO, EZB, IWF) haben die einst französischen Vorrechte ersetzt.

Die Entscheidung des EGMR, der in einer normalen Welt nichts zu den Angelegenheiten eines souveränen Staates zu sagen hätte, ist daher regelrecht skandalös, aber so weit ist es leider nicht mehr gekommen. Es stimmt, dass wir unsere Souveränität abgetreten haben, indem wir das Übereinkommen, das uns an den EGMR bindet, unterzeichnet haben. Das nennt man die berühmte Rechtsstaatlichkeit ...



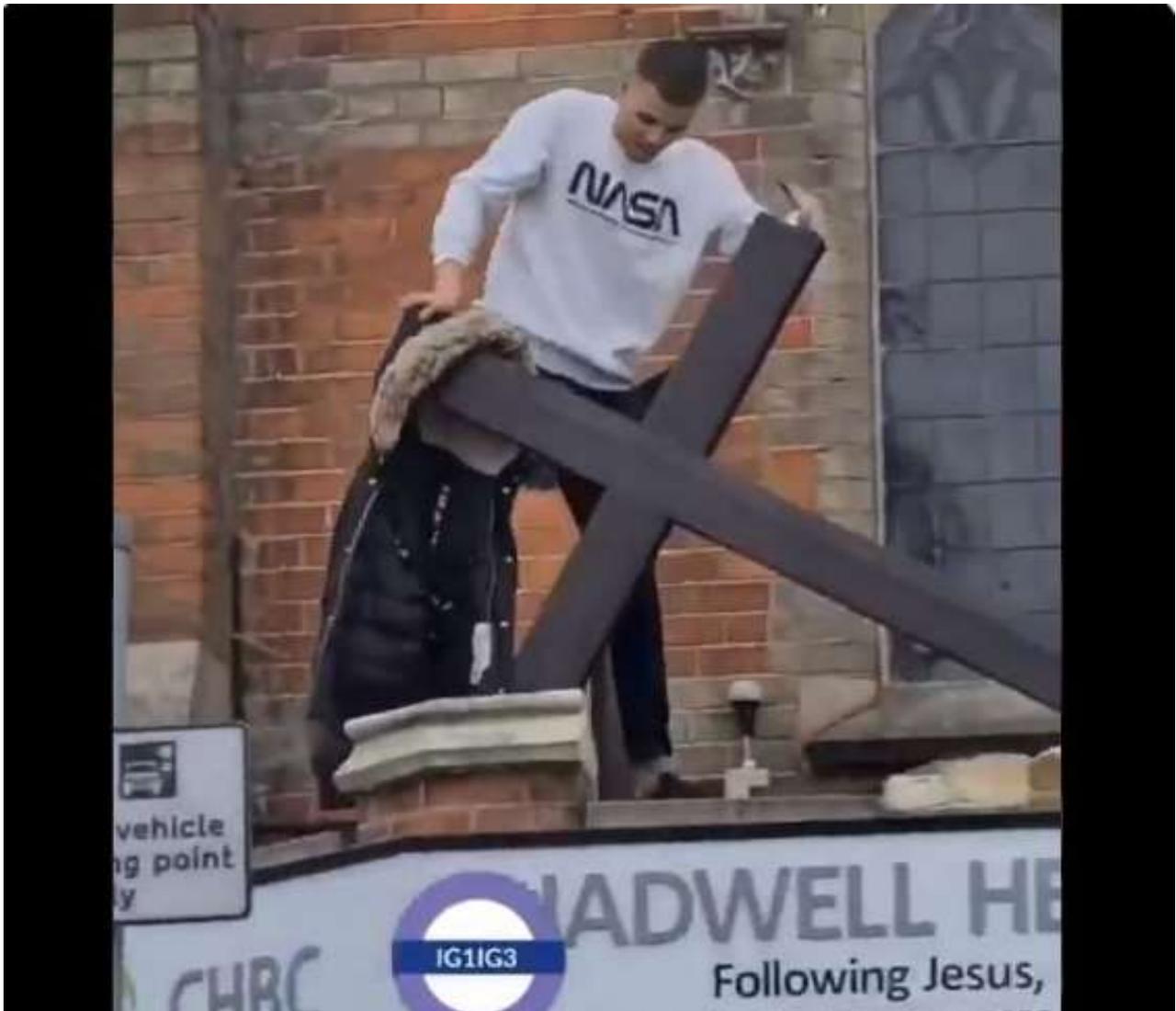
Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Großbritannien (Seiten E 207 – E 208)

01) Großbritannien: Weiße und christliche Briten werden zum Auslaufmodell

02. 12. 2022



Die Schändung einer Kirche in Großbritannien durch einen Migranten am helllichten Tag.

Nur menr weniger als 50 Prozent der Briten sind Christen und der Anteil ethnischer Minderheiten wächst

Die Tage des weißen, christlichen Großbritannien scheinen sich ihrem Ende zuzuneigen. Wie die Zeitung „Daily Mail“ berichtet, bezeichneten sich bei der Volkszählung 2021 deutlich weniger Engländer und Waliser als weiß bzw. christlich als ein Jahrzehnt zuvor. Konkret bezeichnet sich nach Angaben der nationalen Statistikbehörde ONS rund 81,7 Prozent der Einwohner von England und Wales als weiß – 2011 waren es noch 86 Prozent gewesen.

Besonders krass ist die Lage in London. In der Hauptstadt bezeichneten sich bei der Volkszählung 36,8 Prozent der Einwohner als „weiße Engländer, Waliser, Schotten, Nordiren oder Briten“, während es im Jahr 2011 noch 44,9 Prozent waren.

Seite E 208 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 830 vom 15.12.2022

Allgemein ist in Großbritannien ein deutlicher Anstieg von Angehörigen verschiedener Minderheiten zu verzeichnen. Jene, die sich bei der Volkszählung als Asiaten identifizierten, stieg von 7,5 Prozent (4,2 Millionen) im Jahr 2011 auf 9,3 Prozent (5,5 Millionen) im Jahr 2021. Bei den Schwarzen ist ein Anstieg von 3,3 Prozent (1,9 Millionen) auf 4,0 Prozent (2,4 Millionen) zu verzeichnen, und gemischte oder mehrere ethnische Gruppen stieg von 1,0 Prozent (564.000) auf 2,1 Prozent (1,3 Millionen).

Die vom ONS veröffentlichten Daten zeigen auch, dass in Großbritannien das Christentum im Rückzug ist. 2021 bezeichneten sich nur noch 46 Prozent der Briten als Christen, gegenüber 59,3 Prozent im Jahr 2011. Innerhalb eines Jahrzehnts sank die Gesamtzahl der Christen von 33,3 Millionen auf 27,5 Millionen.

Die am stärksten wachsende „Religionsgruppe“ sind die Konfessionslosen. Ihr Anteil stieg innerhalb eines Jahrzehnts von 25,2 Prozent auf 37,2 Prozent bzw. um 8,1 Millionen Menschen. Stark im Vormarsch sind auch die Moslems, deren Bevölkerungsanteil von 4,9 Prozent auf 6,5 Prozent stieg. Die Zahl der Hindus stieg von 1,5 Prozent auf 1,7 Prozent und konnte die Millionengrenze überspringen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: <https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC% A0Westpreussen.png>

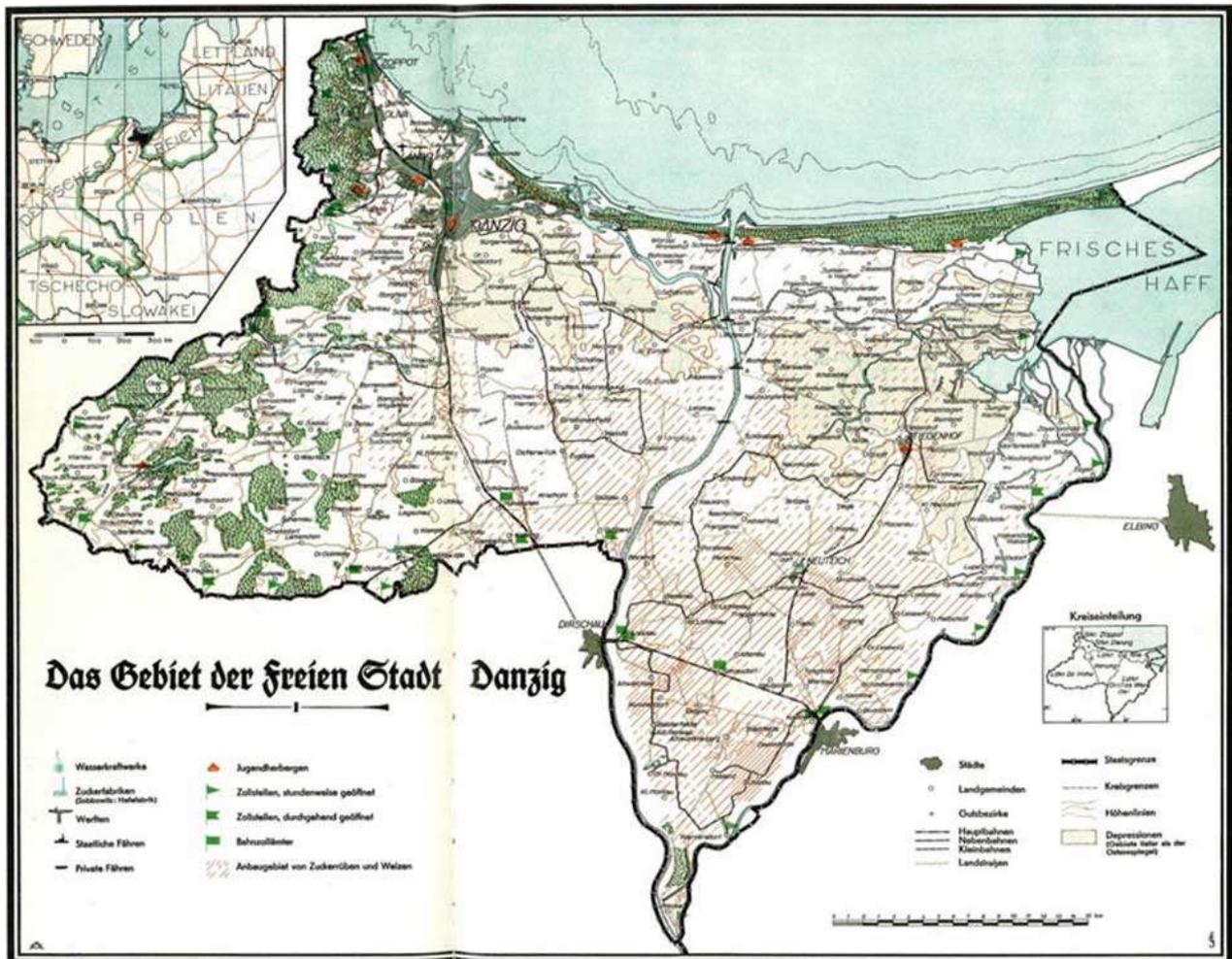


Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945



Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 830 vom 15.12.2022:
12.12.2022, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 831 erscheint) voraussichtlich, am
06.01.2023.

Redaktionsschluss für AWR-831: Montag, 02.01.2023, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!